Carl A. Rudisill Library
0 1976 0056087 8

THE LIBRARY
OF
WALTER T. NAU

This book is from the Walter Theodore Nau Library
Given to the Carl A. Rudisill Library
Lenoir-Rhyne College, Hickory, NC
In memory of
The Reverend Dr. Henry and
Mrs. Helen Hempfling Nau
missionaries of the Lutheran
Church to India, Africa.
By
The Reverend Dr. Walter T. Nau.
Professor of French & German
B.A. of Theology (Concordia Seminary 1930)
Ph.D. (Duke University 1947)
Secretary of Faculty
Honorary Honors Committee
Chief College Marshall

Hickory, NC
March 5, 1996 (Birthday of the Donor).

WITHDRAWN
L. R. COLLEGE LIBRARY

CARL A. RUDISILL LIBRARY
LENOIR-RHYNE COLLEGE

DER TOTE AUF MADEIRA

VON

KARL WERKMANN
LETZTEM SEKRETÄR DES KAISERS UND KÖNIGS KARL

1. BIS 10. TAUSEND

AUSGABE FÜR ÖSTERREICH
VERKAUF NACH DEN ÜBRIGEN LÄNDERN VERBOTEN

MÜNCHEN 1923
VERLAG FÜR KULTURPOLITIK

CARL A. RUDISILL LIBRARY
LENOIR-RHYNE COLLEGE

DB
92
.W35
1923
Mar. 1998

Copyright 1923
by Verlag für Kulturpolitik,
München

INHALT

VORWORT 9

VON SCHÖNBRUNN INS EXIL 11

Das Manifest vom 11. November 1918. — Fahrt nach Eckartsau. — Die Proklamierung der Republik. — Mein Abschied von Schönbrunn. — Die Republik ohne Republikaner. — Wieder in der Hofburg. — Not in Eckartsau. — Verfehlte Anschlußpolitik. — Der Feldzug gegen das alte Regime. — Die Wahlen zur Konstituante. — Koalition oder Bolschewismus. — Erkrankung des Kaisers. — Abdankung oder Vertreibung des Kaisers. — Dr. Renner in Eckartsau. — Dr. Bauers Anfrage in Bern. — Bedrohung des Kaisers durch Volkswehr. — Colonel Strutt. — Erzherzöge für die Abdankung. — Englands Bemühungen um Schweizer Asylschutz.—Das Ultimatum Dr. Renners.—Landesverweisung des Kaisers. — Reise in die Schweiz. — Protest aus Feldkirch.

IN DER SCHWEIZ 41

Schweizer Eindrücke. — Im Schloß Wartegg. — Das österreichische Landesverweisungsgesetz. — Übersiedlung an den Genfer See. — Das Zukunftsprogramm des Kaisers. — Tiroler Politik. — Ein italienischer Fühler. — Süddeutsche Träume. — Die monarchistische Bewegung in Deutschland. — Ein österreichisches Heldenschicksal. — Sowjetherrschaft in Ungarn. — Die unzufriedenen Kroaten.

KAISER KARL UND DIE DEUTSCHEN 69

Südtirol und Elsaß-Lothringen. — Erzherzog Karls Mission in Pleß. — Verdun und Folgaria. — General von Seeckt. — Falkenhayns Geschichtschreibung. — Österreichisch-deutscher Offiziersaustausch. — Aus einem Briefe des Kaisers. — Unterseebootkrieg. — Admiral Holtzendorff als Gast. — Die Revolutionierung der Russen. — Die beiden Kaiser. — Kriegsursache und Kriegsziel.—Grenzen der Bündnispflicht.—Bismarcks Zeugnis.

DER KAISER UND DIE SEINEN 83

Der Kaiser und seine Mutter. — Die Oltener Deklaration vom 27. Oktober 1919. — Reform des Familienstatutes ex 1839. — Die Erzherzöge Max, Peter, Friedrich und Eugen. — Erzherzog Joseph im Ungarn Béla Kuns. — Ein Kaiser der Donaukon-

föderation. — Zwei gekrönte Könige von Ungarn. — Der Prätendent Erzherzog Albrecht. — Die Familie der Kaiserin. — Die Bourbons in Parma. — Die Mutter der Kaiserin. — Prinz Sixtus. — Die Kaiserin.

UMGEBUNG UND RATGEBER DES KAISERS 109
Bischof Seydl. — Oberst Graf Ledochowski. — Fregattenkapitän von Schonta. — Sektionsrat Jobb. — Legationssekretär von Borovicsény. — Graf Revertera. — Legationsrat Baron Hye. — Der Autor.

DER OSTERPUTSCH 115
Der Restaurationswille entthronter Herrscher. — Die ersten Putschpläne im Jahre 1920. — Empfänge in Villa Prangins. — Botschafterresolution vom 4. Februar 1920. — Die Anfänge der Kleinen Entente. — Der Vertrag von Rapallo. — Italien für König Konstantin. — Französische Sympathien für Habsburg. — England gegen die Restauration. — Der russisch-polnische Gegensatz. — Eine Warnung aus dem Vatikan. — Ungarische Berater des Königs. — Horthys Wahl zum Reichsverweser. — Der ungarische Gesetzartikel I ex 1920. — Weißer Terror in Ungarn. — Budapester Nebenregierung. — Die Organisation der ungarischen Legitimisten. — Das nationale Königtum. — Das Ende des Dualismus. — Prätendentenpolitik. — Des Königs Verhältnis zu Horthy. — Die Mission des Rittmeisters von Révhegyi. — Handschreiben an Horthy. — Major Ottrubay und Oberst Baron Láng. — Der Entschluß zur Rückkehr im „Frühjahr". — Mein Memorandum vom 12. Januar 1921. — Eingreifen des Erzherzogs Max. — Meine Warnungen. — Die Ermutigung aus Frankreich. — Mangelhafte Vorbereitungen. — Meine Bitte um Entlassung. — Des Kaisers Antwort. — Eine politische Begegnung in Genf. — Erkrankung des Kaisers. — Der König in Ungarn. — Die Polizei in Villa Prangins. — Ministerrat in Rambouillet. — Ausweisung aus dem Kanton Waadt. — Flugpost Prangins-Szombathely. — Der Restaurationsversuch gescheitert. — Mit der Kaiserin nach Buchs. — Rückkehr des Monarchen in die Schweiz. — Die Erzählung des Kaisers. — In Luzern. — Erzherzog Josephs Verhalten. — Die Berichte Fouchets. — Die Affäre Erzherzog Albrecht-Beniczky. — Wirkungen des Putsches.

EXTERRITORIALITÄT UND ASYL 181
Die völkerrechtliche Lage. — Die Schweizer Auffassung. — Ungarns Anerkennung des gekrönten Königs. — Die Schweiz als Asylstaat. — Tschechische Konspirationen auf Schweizer Boden. — Die Bedingungen für die Rückkehr des Kaisers in die Schweiz. — Der Kaiser in Unkenntnis der Bedingungen. — Einladung zum Verlassen der Schweiz. — Die Vorschläge

des Autors. — Borovicsénys Irrtum. — Interpellation Grimm. — Kontroverse zwischen Liberalen und Konservativen. — Borovicsénys Instruktion vom 14. Mai. — Minister Dinichert beim Kaiser. — Mißverstandene Bedingungen. — Die Verhandlung des schweizerischen Nationalrates. — Suche nach einem neuen Asyl. — Verlängerung des provisorischen Aufenthaltes in der Schweiz. — Scheitern der Verhandlungen mit Spanien. — Kantonspräsident Walther in Hertenstein. — Aufenthaltsbewilligung bis zum 8. Januar 1922.

DER LETZTE KAMPF 211

Kundgebungen gegen Habsburg — Österreichische Krisen. — Demission des Grafen Teleki. — Englisch-französischer Gegensatz. — Tschechen, Serben und Rumänen. — Die westungarische Frage. — Der Aufmarsch der Parteien in Ungarn. — Beitritt Rumäniens zur Kleinen Entente. — Putschgerüchte im Juni. — Polizeiagent Zdeborsky in Hertenstein. — Die angebliche Rückkehr des Königs im August. — Die Entrevuen von Hallstadt und Lana. — Verhandlungen mit Rumänien. — Dr. Gratz bei Horthy. — Der Brief des Reichsverwesers. — Attentat auf die Kaiserfamilie? — Dr. Gratz' politische Ansichten. — Der Sturz Rakovszkys. — Oberstleutnant Pronays Vorstoß. — Ungarns Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund. — Keine Rückkehr vor 1923! — Unruhe in Bern. — Eine Weltkrise. — Offensive der „Freien Königswähler". — Drohende Entwaffnung des Detachements Ostenburg. — Graf Apponyi und Graf Bethlen in zwölfter Stunde. — Ein Kurier der Legitimisten in Hertenstein. — Der Restaurationsplan der Ungarn. — Das Kaiserpaar zum Fluge entschlossen. — Vorbereitungen zum Fluge. — Abschied vom Kaiserpaar. — Bei Erzherzog Max und Erzherzogin Maria Josepha. — Die erste Nachricht aus Sopron. — Baron Hye beim Bundespräsidenten. — Wortbruch oder Mißverständnis? — Enquête der Schweizer Bundesanwaltschaft. — Ausweisung des kaiserlichen Gefolges. — Warum der Restaurationsversuch scheiterte. — Gefangennahme des Königs. — Auf dem Wege in die Verbannung. — In Sicht von Madeira!

TOD IN DER VERBANNUNG 293

Auf Madeira. — Die Haltung der Kaiserin. — Die ersten finanziellen Sorgen. — Die Vereinsamung des Kaisers. — Erkrankung des Erzherzogs Robert in Wartegg. — Die Kaiserin in der Schweiz. — Kesseltreiben gegen die Kaiserin. — Drohung der Botschafterkonferenz. — Rückkehr nach Madeira. — Das Wiedersehen mit den Kindern. — Zunehmende Gemütsdepression des Kaisers. — Die Not der Kaiserfamilie. — — Krankheit, Tod und Bestattung des Kaisers.

Kaiser Karl hat mich, sooft ich ihm ein Memoirenwerk der Nachkriegszeit vorlegte, gefragt, ob nicht auch ich meine Erinnerungen der Öffentlichkeit übergeben wolle. Und der Kaiser hat an diese Frage jedesmal die Mahnung gereiht: Erinnerungen sollten nicht der Verteidigung einer bestimmten Person, sondern der Wahrheit dienen. Das Streben nach Wahrhaftigkeit leide unter den unabweislichen Rücksichten auf bestimmte Personen und Verhältnisse. Um so mehr müsse man die Rücksicht auf die Person ausschließen, deren Leben und Wirken dargestellt werden soll. Die Eigenliebe erschwere aber die getreue Wiedergabe des eigenen Wirkens, die Unmöglichkeit, sich ganz in die Geistes- und Gefühlswelt eines andern Menschen hineinzudenken, mache Werke über das Leben anderer Personen unvollkommen. Und auf die Frage nach meinen Absichten zurückkommend, scherzte der Kaiser: „Sie hätten es leicht, über mich zu schreiben. Sie sind während meiner ganzen Regierungszeit an meiner Seite gestanden und darüber hinaus in meinem Unglück, das mitteilsam macht." Ich lehnte den Gedanken, Erinnerungen zu publizieren, gewöhnlich mit der Begründung ab, daß jedes Lob des lebenden Herrschers eine Liebedienerei, jede solche Kritik eine Taktlosigkeit wäre. „Und", so schloß ich, „die Jugend Euerer Majestät macht es mehr als wahrscheinlich, daß ich nicht den Tod meines Kaisers zu betrauern haben werde."

Es ist anders gekommen.

Kaiser und König Karl ist am 1. April 1921 im 35. Jahre seines Lebens auf Madeira gestorben.

Seiner Mahnungen eingedenk, bringe ich nun einige meiner Erinnerungen zu Papier.

Dem milden Sinn des Kaisers entspräche es wohl, wenn ich an niemandem — ihn ausgenommen — Kritik übte. Das ist aber nicht zu vermeiden. Schon in der Einführung bestimmter Personen in die Darstellung liegt eine Kritik ihrer Handlungen oder Unterlassungen. Zudem: Wer den Mut hatte, für oder gegen einen

Herrscher zu streiten, darf nicht den Richterspruch der Mitwelt fliehen wollen.

Meine Kompetenz, über das Leben und Wirken des Kaisers zu schreiben, ist besser aus dem ganzen Buche als aus dem längsten Vorwort zu entnehmen. Es genüge daher hier die Angabe, daß ich dem Kaiser in der Thronfolgerzeit als Organ seines militärischen Stabes, in der Regierungszeit als Leiter des für ihn organisierten Presseamtes diente; und daß ich den Kaiser nicht verließ, als er im Unglücke war.

Im Februar 1923.

Karl Werkmann.

VON SCHÖNBRUNN INS EXIL

Das Manifest vom 11. November 1918. — Fahrt nach Eckartsau. — Die Proklamierung der Republik. — Mein Abschied von Schönbrunn. — Die Republik ohne Republikaner. — Wieder in der Hofburg. — Not in Eckartsau. — Verfehlte Anschlußpolitik. — Der Feldzug gegen das alte Regime. — Die Wahlen zur Konstituante. — Koalition oder Bolschewismus. — Erkrankung des Kaisers. — Abdankung oder Vertreibung des Kaisers. — Dr. Renner in Eckartsau. — Dr. Bauers Anfrage in Bern. — Bedrohung des Kaisers durch Volkswehr. — Colonel Strutt. — Erzherzöge für die Abdankung. — Englands Bemühungen um Schweizer Asylschutz. — Das Ultimatum Dr. Renners. — Landesverweisung des Kaisers. — Reise in die Schweiz. — Protest aus Feldkirch.

Bulgarien war von den Verbündeten abgefallen. Ebenso die Türkei. Die vor dem Feinde stehende Armee hatte gemeutert. Das Heimatheer war unterwühlt. Die Tschechen, Kroaten, Slowenen und Polen waren aus der alten Heimat geflohen. In Ungarn hatten Károlyi und sein Anhang die Fackel des Aufruhrs entflammt. Deutschland war niedergebrochen . . .

Schönbrunn, am 9. November:

Wir, die um den jungen, vor tragischen Entscheidungen stehenden Kaiser standen, wußten, daß der Kampf um die Erhaltung der Monarchie sich seinem Ende näherte, daß wir keine Reserven mehr aufs Schlachtfeld zu führen hatten ...

Auch der Kaiser fühlte, daß das harte und ungerechte Schicksal an ihn herantrat. — Es war Mitternacht. — Er rief den Grafen Hunyady und mich zu sich und sprach zu uns:

„Das Beispiel, das die deutsche Revolution gibt, wird Österreich zusammenbrechen lassen. Die Republik wird gefordert, die Monarchie nicht verteidigt werden. Schon wurde mir gedroht, man werde die Arbeitermassen nach Schönbrunn führen, wenn ich nicht auf die Krone verzichtete. — Ich werde nicht abdanken, und ich werde nicht fliehen. Eine Dethronisation nimmt mir kein Recht — wenn ich nur selbst keines aufgebe. Ich will aber wissen, ob die Parteien, die sich vor wenigen Tagen für die Monarchie ausgesprochen haben, noch den Mut ihrer Überzeugung haben."

Der Kaiser befahl mir, in die Stadt zu fahren und Informationen einzuholen. Ich tat es. Um 2 Uhr früh kehrte ich zurück. Ich besprach mit Hunyady, was ich gehört hatte: Die Sozialdemokraten wollten Schluß machen. Die christlichsoziale Partei Deutschösterreichs stand noch auf dem Boden der Monarchie. Wenn es gelang, sie unter dieser Fahne zusammenzuhalten, dann fand sich vielleicht keine oder eine nur geringe Mehrheit für die Republik. Die Deutschnationalen waren zwar nicht mehr entschlossen, für Habsburg zu kämpfen, aber auch noch nicht bereit,

offen abzufallen. Man empfehle dem Kaiser, sich mit Hauser, dem Führer der Christlichsozialen, zu besprechen. Graf Hunyady und ich kamen überein, den Kaiser, der erst vor kurzem zur Ruhe gegangen war, schon um 6 Uhr früh zu wecken und ihm vorzuschlagen, daß er das Mitglied des Herrenhauses Kardinal Fürsterzbischof von Wien Dr. Piffl mittels Handschreiben bitte, sich mit dem Prälaten Hauser sogleich ins Einvernehmen zu setzen.

So geschah es. Der Kaiser kam um ½7 Uhr ins Arbeitszimmer und hörte unseren Vortrag an. Er war so müde, daß er fror oder doch vom Froste geschüttelt schien. Das Zimmer war dabei furchtbar überheizt, so heiß, daß ich mich einen Augenblick in frischer Luft erholen mußte. Als ich nach wenigen Minuten wieder eintrat, hatte der Kaiser das Handschreiben bereits fertiggestellt. Er las es uns vor. Es war ein kurzer, sehr eindrucksvoller Appell an den Kirchenfürsten. Das Schreiben wurde mir mit dem Befehle übergeben, sogleich zum Kardinal zu fahren und ihm nach der Überreichung des Handschreibens die eventuell gewünschten Aufklärungen zu bieten.

Ich fuhr um 7 Uhr früh in die Stadt. Es war Sonntag. Viele Geschäftsläden waren mit Holzbalken verrammelt. Man fürchtete also bereits ernste Ausschreitungen. Es waren selbst für diese frühe Stunde auffallend wenige Menschen in den Straßen. An einer Kaserne ging es vorüber, in der ich vor mehr als zwanzig Jahren meine militärischen Lernjahre verbracht hatte. Jetzt standen zwei Rotgardisten vor den Toren. Sie übersahen das Auto; für sie hatte das Tagewerk noch nicht begonnen. Langsam bog mein Wagen in die Ringstraße ein. Ein unsäglich trauriges Bild: Schmutzig wie noch nie dehnte sich der sonst so herrliche Straßenzug vor mir aus. Durch die Kärntner Straße zum fürsterzbischöflichen Palais. Ich öffnete das Tor, trat in den Flur. Niemand fragte mich in dem ruhigen Hause, wohin ich wollte. Türen öffneten sich, und ich stand in der Bibliothek. Eine Minute später kam der Kardinal. Eine bange Frage lag in seinen Augen. Ich überreichte das kaiserliche Handschreiben. Der Fürsterzbischof las es aufmerksam. Noch einen Blick auf die Unterschrift und schon ließ er sich vernehmen: „Ich erfülle meine Pflicht."

Ich fuhr nach Schönbrunn zurück.

Um 9 Uhr 5 Minuten hatte ich die Antwort. Aus dem fürsterzbischöflichen Palais war mir telephoniert worden, daß die Mission des Kardinals einen guten Erfolg gehabt hätte. Ich sollte sofort ins Palais kommen, um Näheres zu hören.

Um 9 Uhr 10 Minuten meldete ich dem Kaiser den Inhalt des Telephongespräches. „Ich war gewiß, daß Hauser mir und sich treu bleiben wird." Eine halbe Stunde später war ich wieder in der Stadt. Kardinal Piffl schien mir voll Vertrauen. Er erzählte mir den Hergang seiner Intervention. Hauser hatte bereits das Hotel verlassen. Der Kardinal war ihm ins Parlament gefolgt, so gerne er auch das Aufsehen seines Erscheinens an diesem Orte vermieden hätte. Der Prälat wäre von dem Beweise kaiserlichen Vertrauens tief ergriffen gewesen. Er hätte zwar die Schwierigkeiten der Lage hervorgehoben, aber betont, daß diese Schwierigkeiten ihn nicht zu Falle bringen könnten. „Eminenz, ich versichere, daß ich die christlichsoziale Partei bei der kaiserlichen Fahne halten werde. Und wenn alle sich von ihr abwendeten, so werde ich bei ihr ausharren." Das hatte Hauser versichert.

„Nun aber", fügte der Kardinal bedeutungsvoll hinzu, „habe ich Seiner Majestät noch etwas melden zu lassen. Die christlichsozialen Führer glauben, ihre Parteigenossen leichter bei der Stange halten zu können, wenn die Monarchie sich — dem demokratischen Geiste der Zeit entsprechend — auch auf das Volk stützte. Sie bitten daher, Seine Majestät möge, seine Rechte zurückstellend, die Entscheidung über die Staatsform in die Hände des Volkes legen. Am 12. November tritt, wie Sie wissen, die provisorische Nationalversammlung zu einer wichtigen Sitzung zusammen. Ihr wird ein Antrag auf Proklamierung der Republik vorliegen. Wenn Seine Majestät vorher jene Erklärung abgegeben haben wird, so wird der Kaiser der christlichsozialen Partei ein Argument für ihre loyale Haltung an die Hand gegeben haben."

Ich versicherte dem Kardinal, daß ich seine Worte getreulich dem Kaiser vermitteln würde.

Ich habe Grund zur Annahme, daß der mir vom Kardinal übergebene Vorschlag schon in einer Sitzung des österreichischen Ministerrates eine Rolle gespielt hatte. Die Haltung des Prälaten nach der Begegnung mit dem Kardinal ist unverständlich. Es ist nicht bekannt geworden, daß er auf seine Parteigenossen einen

bestimmten Einfluß genommen hätte, als immer mehr von ihnen im Laufe des 10. und 11. zum Streichen der Flagge bereit wurden. Unmittelbar nach der Unterredung mit dem Kardinal hat Hauser allerdings der Meinung Ausdruck gegeben, die Christlichsozialen sollten sich gegebenenfalls überstimmen lassen. Am 11. wollte er aber aus Oberösterreich bestimmte Nachrichten erhalten haben, daß die Bauern republikanisch gesinnt seien. Er hielt deshalb das Verhängnis für unaufhaltsam und richtete scheinbar danach seine Haltung ein.

Das letzte kaiserliche Kabinett des Professors Lammasch versammelte sich am 10. November zweimal, das zweitemal bis 1 Uhr nachts. Seine Beratungen hatten zu der Erkenntnis geführt, daß am 12. November jedenfalls eine Majorität für die Republik vorhanden sein werde. Von entscheidendem Einflusse auf diese Stimmungsbildung waren die Vorgänge in Berlin gewesen, besonders die Flucht des Kaisers und die blutigen Ausschreitungen. Man befürchtete, daß es auch in Wien zu einem gewaltsamen Ausbruch der Leidenschaften kommen könnte.

Die Frage war nun, wie sich das Kabinett zu dieser Situation stellen sollte. Dankte der Kaiser sogleich ab, so blieb ihm die Absetzung erspart, er konnte aber dann nach menschlicher Voraussicht nicht mehr wieder auf den Thron kommen. Dankte er nicht ab, so würde er abgesetzt werden. Die Mehrheit der Minister war hauptsächlich von der Sorge um das Wohl des Monarchen erfüllt. Der Minister des Innern, Ritter von Gayer, sah in dieser Hinsicht sehr schwarz. Er war überzeugt, daß die Arbeiterbataillone nach der Proklamierung der Republik bestimmt nach Schönbrunn ziehen würden, um sich der Person des Herrschers zu versichern. Er hielt ein solches Unternehmen schon für den 11. November nachmittags für möglich. Dem k. k. Ministerrat, der am Morgen des 11. erneut zusammentrat, lag der Entwurf einer Abdankungsurkunde aus des deutschösterreichischen Staatskanzlers Dr. Renner Feder vor. Der deutschösterreichische Staatsrat sollte um 10 Uhr vormittags über die Absetzung beschließen. Der Antrag Renners fiel im Ministerrat durch. Der Minister für soziale Fürsorge, Dr. Seipel, beantragte nun formell, ein Manifest zu entwerfen, in dem nur von dem Verzichte des Kaisers auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften die Rede wäre. Der Minister-

rat nahm diesen Antrag an. Es wurde daraufhin der Entwurf eines Manifestes hergestellt.

Der Kaiser wußte, daß er einen auf einen so schwerwiegenden Staatsakt abzielenden Vortrag der Minister zu erwarten habe, seitdem ich am 10. November von meiner Audienz beim Kardinal nach Schönbrunn zurückgekehrt war. Der Kaiser zeigte sich dem Vorschlage nicht geneigt, obgleich ich wiederholt vorstellte, daß Hauser — nach den mir gewordenen Eröffnungen — ein solches Manifest gewissermaßen als Voraussetzung für ein Ausharren der Christlichsozialen bei der kaiserlichen Fahne ansehe. Ich gab zu bedenken, welchen Wert eine Abstimmung der Christlichsozialen gegen die Republik auch im Falle ihrer Überstimmung hätte. Der Kaiser brach schließlich die Audienz mit den Worten ab: „Ich werde ja den Vortrag der Minister hören."

Sie wurden für den gleichen Tag erwartet. Sie kamen aber noch nicht.

Am Nachmittag erschien der das Ministerium des Äußern leitende Botschafter von Flotow in Schönbrunn. Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Umsturz waren während der letzten Tage wiederholt zu den fremden Missionen gedrungen. Die Verhandlungen im Ministerrat, im deutschösterreichischen Staatsrat und im Parlament, wie sie den ganzen 9. und 10. ausgefüllt hatten, waren kein Geheimnis geblieben. Nun hatten die Vertreter der neutralen Mächte im Ministerium des Äußern vorgesprochen und den k. u. k. Botschafter gebeten, dem Herrscher zu melden, daß sie ihn zu seinem Schutze kollektiv begleiten würden, wenn er sich genötigt sehen sollte, ins Ausland zu gehen. Herr von Flotow meldete dies dem Kaiser, der für die zarte Rücksicht mit herzlichen Worten dankte, aber bemerkte, er werde nicht fliehen.

Am 11. November ist der Kaiser ungeduldig geworden. Er befahl mich zeitlich früh und bald nach 10 Uhr zu sich, um mich zu fragen, was denn aus dem tags vorher vorgetragenen Vorschlag geworden sei. Ich wußte nichts. Wenig später rief mich Gesandter von Wiesner aus dem Ministerium des Äußern an. Er teilte mir den Beschluß des deutschösterreichischen Staatsrates auf Proklamierung der Republik und des Anschlusses Österreichs an Deutschland mit. Und dann kamen — Lammasch und Gayer. Ihr Kommen, ihre Erscheinung hat sich mir tief ins Gedächtnis geprägt.

Dr. Lammasch, aufgeregt, zerfahren, nervös, einmal hierhin, dann dorthin horchend, keinen Satz zu Ende führend. Ritter von Gayer sehr bewegt. Sie wurden knapp vor 11 Uhr zum Kaiser geführt. Während nun die beiden dem Herrscher die Beschlüsse des Ministerrates vortrugen, wurde mir aus der Stadt telephoniert, daß die Korrespondenz „Austria", das Organ der christlichsozialen Partei, eben eine Mitteilung versende, in der es heiße:

> „Vom Träger der Krone verlautet, daß er sich noch vor der morgen stattfindenden Sitzung der Nationalversammlung zurückziehen wird. Gleichzeitig wird das Ministerium Lammasch zurücktreten. Über die künftige Staatsform kann nur die Volksabstimmung im Wege der Konstituante entscheiden."

Dieses parteioffiziöse Communiqué sah wie ein weiterer Versuch der christlichsozialen Parteileitung aus, den Kaiser zur Unterfertigung des Manifestes zu bringen. Der (allerdings nicht sehr klare) Schlußsatz hätte danach besagt, daß die Christlichsozialen am 12. November keine Entscheidung über die Staatsform zulassen würden, soferne nur das Manifest erschienen war.

Ich brachte das Telephonat rasch zu Papier und ließ es dem Kaiser in sein Arbeitszimmer reichen. Gleich darauf wurde ich gerufen. Der Minister des Innern fragte mich, ob mir die Mitteilung authentisch erscheine. Ich konnte das bejahen. Nun bestürmte Ritter von Gayer vor mir den Kaiser: „Euere Majestät sehen, daß die christlichsoziale Partei drängt. Ohne die Unterschrift Euerer Majestät wird die Entscheidung schon heute gegen Euere Majestät fallen. Nach allen mir zugekommenen Meldungen werden Euere Majestät nachmittags die Arbeitermassen vor Schönbrunn sehen. Gewiß werden Euere Majestät nicht ganz verlassen sein. Es werden aber die wenigen fallen, die Sie nicht verlassen. Und mit Euerer Majestät auch die Allerhöchste Familie. Es gibt keinen anderen Ausweg als das Manifest. Wir brauchen es sogleich, in dieser Minute. Es muß noch in die Staatsdruckerei gehen und soll schon um 3 Uhr kundgemacht sein. Diese Kundmachung allein kann diejenigen aufhalten, die vor nichts mehr zurückschrecken." Ich habe den sonst ruhigen Minister nie so aufgeregt, so drängend sprechen gehört. Lammasch hatte die Fassung vollkommen verloren. Schwer atmend brachte er ab und zu hervor: „Jawohl, es muß sein. Ich brauche das Papier so-

gleich. Ich bitte um die Unterschrift." Der Kaiser wich noch nicht diesem Drängen. Trotz der ernstesten Vorstellungen der Minister, daß keine Zeit mehr zu verlieren sei, bat er, ihn einige Minuten allein zu lassen. Lammasch und Gayer verließen das Arbeitszimmer. Als auch ich mich zum Gehen wendete, befahl mir ein Wink zu bleiben.

Der Kaiser wünschte eine Wiederholung meines Berichtes über die Mission des Kardinals.

Ich referierte und schloß: „Ich bitte Euere Majestät, zu unterschreiben."

Der Kaiser: „Dann soll auch Ihre Majestät Sie hören."

Die Kaiserin wurde gerufen. Sie kam. Der Kaiser überreichte ihr das inhaltsschwere Blatt. Die Kaiserin überflog es, ohne es wirklich zu lesen: „Niemals! — Du kannst nicht abdanken!"

Der Kaiser wendete ein: „Das ist keine Abdankung."

Die Kaiserin war aber so ergriffen, daß sie überhörte und fortfuhr: „Niemals kann ein Herrscher abdanken. Er kann abgesetzt, kann seiner Herrscherrechte verlustig erklärt werden. Gut. Das ist Gewalt. Sie verpflichtet ihn nicht zur Anerkennung, daß er seine Rechte verloren habe. Er kann sie verfolgen, je nach Zeit und Umständen, — aber abdanken — — nie, nie, nie! Lieber falle ich mit dir hier, dann wird Otto kommen. Und wenn wir alle fallen sollten — noch gibt es andere Habsburger!"

Die Kaiserin flammte und glühte in Erregung und Entschlossenheit.

Es war schwer, den Irrtum zu berichtigen. Nicht nur die Erregung der Kaiserin war dagegen. Es gab auch mannigfache Störungen. Der Flügeladjutant Graf Ledochowski pochte an die Tür. Er meldete: „Euere Majestät, die Minister bitten dringendst um Antwort." — „Sie mögen noch etwas warten!" — Nach einigen Minuten kam der Flügeladjutant aufs neue. Bald danach öffnete Minister von Gayer die Türe. Der Kaiser zog sich nun mit der Kaiserin, mich zum Nachkommen auffordernd, in das Porzellanzimmer zurück, um in Ruhe, ungestört, zu einem Entschlusse zu kommen.

Die Kaiserin hatte sich doch so weit beruhigt, daß ich einiges vorbringen konnte: „Euere Majestät haben bereits gehört, daß Dr. Renner mit dem Argument, ein kaiserliches Österreich würde

einen schlechten Frieden finden, selbst treue Anhänger des Herrschers wankend gemacht hat ..."

Der Kaiser unterbrach: „Das ist ein Unsinn! Sicher ist, daß ich Österreich mehr bringen kann, daß man auf mich eher hören wird als auf die Herren, die den Irrsinn so weit treiben, die Sieger durch eine Anschlußerklärung zu reizen. Dieses Österreich wird in Paris zu Boden getreten werden. Man wird keinen Unterschied machen zwischen dem der Entente verhaßten Deutschland und einem Österreich, das ein Bestandteil dieses Deutschlands werden soll ..."

„Euere Majestät, die Vernunft, die klare Überlegung spielt jetzt keine Rolle, sondern die Leidenschaft, die Verführung, die Vergewaltigung. — Da die treuesten Anhänger Euerer Majestät zu diesem Schritte raten, so darf man diesem Rate vertrauen. — Was morgen im Parlament geschehen soll, wird nicht die Äußerung des Volkswillens sein, sondern der Ausdruck der Vergewaltigung des Volkswillens."

„Bis aber das Volk entschieden haben wird, wird Österreich elend geworden sein", warf die Kaiserin ein, die indessen erkannt hatte, daß es sich um keine Abdankung, sondern um einen zeitweisen Rückzug mit dem Gedanken des Vorrückens zu gelegenerer Zeit handelte. „Wer kümmert sich denn um das Vaterland, wenn der nicht führt, den nicht Parteiinteressen leiten, sondern der Gedanke an die Zukunft aller Bewohner des Staates?!"

„Euerer Majestät pflichte ich bei, daß das Volk elend werden wird. Aber kann Seine Majestät das hindern? Euere Majestät wollen eines nicht übersehen: In dieser Stunde existiert keine Monarchie mehr. Ungarn ist abgefallen. Die Tschechoslowakei ist abgefallen. Kroatien ist abgefallen. Österreich ist eigentlich auch schon abgefallen. Das ist keine Monarchie, in der über den Kopf des Kaisers hinweg ein Kabinett eingesetzt, mit dem Gegner verhandelt und die Heimat einem anderen Staate angeboten wird. Wäre die Möglichkeit vorhanden, den Kaiser heute noch an der Macht zu erhalten — was wäre das Ende? Der Monarch bliebe in Schönbrunn — ohne Macht. Ist das begehrenswert? — Der Kaiser ist auch nicht der Landesherr der Deutschösterreicher allein. Er ist ebensogut der Souverän von Ungarn, Tschechen, Polen und vielen anderen Völkern. Wer an die Zukunft denkt,

der wird die Wiedervereinigung aller dieser Völker wollen. Sie kann kommen, indem die Völker in wirtschaftlicher Not sich wieder einander nähern. Dem Kaisertum Deutschösterreich wird es schwerer sein, mit der tschechoslowakischen Republik in engere Beziehungen zu kommen, als der Republik Deutschösterreich. Wenn Deutsche, Ungarn, Tschechen, Polen und sie alle sich ihres Aufeinanderangewiesenseins wieder bewußt werden, dann werden sie den Herrscher rufen, der ihnen allein Band und Spitze sein kann. — Heute regiert der Irrsinn. In einem Narrenhause gibt es keine Herrscher. Seine Majestät möge die Genesung der Völker abwarten. Dazu hält das Manifest die Wege offen. — Euere Majestät wollen es unterfertigen."

Der Kaiser: „Gibt es keine noch so kleine Macht, die willens wäre, die Monarchie zu verteidigen?"

„Euere Majestät, die paar hundert Leute, die notwendig wären, um die Masse im Zaume zu halten, sind vielleicht zu sammeln. Sie können verhindern, daß Euerer Majestät ein Leid geschehe. Sie könnten aber nicht erreichen, daß die Räder in den Fabriken sich drehen, daß die Eisenbahnen den gequälten Städtern Lebensmittel bringen."

„Sagen Sie dem Ministerpräsidenten, daß das Manifest, so wie es mir vorgelegt worden ist, veröffentlicht werden kann." —

Schon stand ich im Blauen Salon vor Dr. Lammasch und Ritter von Gayer: „Das Manifest kann veröffentlicht werden."

Die beiden Minister drückten mir dankend die Hand. Im nächsten Augenblicke saßen sie im Wagen, der sie in die Stadt entführte. —

Wien erfuhr die Botschaft des Kaisers:

„Seit Meiner Thronbesteigung war Ich unablässig bemüht, Meine Völker aus den Schrecknissen des Krieges herauszuführen, an dessen Ausbruch Ich keinerlei Schuld trage.

Ich habe nicht gezögert, das verfassungsmäßige Leben wieder herzustellen, und habe den Völkern den Weg zu ihrer selbständigen staatlichen Entwicklung eröffnet.

Nach wie vor von unwandelbarer Liebe für alle Meine Völker erfüllt, will Ich ihrer freien Entfaltung Meine Person nicht als Hindernis entgegenstellen.

Im voraus erkenne Ich die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine zukünftige Staatsform trifft.

Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften.

Gleichzeitig enthebe Ich Meine österreichische Regierung ihres Amtes.

Möge das Volk von Deutschösterreich in Eintracht und Versöhnlichkeit die Neuordnung schaffen und befestigen! Das Glück meiner Völker war von Anbeginn das Ziel Meiner heißesten Wünsche.

Nur der innere Friede kann die Wunden dieses Krieges heilen." —

Nach dem Aufruhr der Elemente die Ruhe, das Schweigen. Über Schönbrunn lag nun eine Stille, die fast wehe tat. Das Leben des Staates, das so lange vom Kaiserhause seine Impulse empfangen hatte, hatte nun eine andere Wohnstätte gefunden. Das war die Straße. Ihr lauter Lärm drang aber nicht von Wien nach Schönbrunn.

Der Kaiser empfing mich um 1 Uhr mittags. Er dankte mir. Und ich versprach mit wenigen Worten, den Glauben an eine Zukunft nicht verlieren zu wollen: „Wir haben eine Schlacht verloren, aber nicht den Feldzug."

Um 3 Uhr nachmittags kam der Minister des Innern. Er brachte die Reinschrift des Manifestes und erhielt die Unterschrift auf ein Dokument, das bereits zu den Wienern sprach. Tief erschüttert verließ Ritter von Gayer nach einer Stunde das Kabinett des Kaisers.

Nun verlangte der Herrscher nochmals nach mir. Im Arbeitsgemach saß die Kaiserin, der Kaiser setzte sich zu ihr, und auch ich wurde eingeladen, Platz zu nehmen. Die Kaiserin hätte mir etwas zu sagen. Die Kaiserin erklärte, sie sei vormittags unnötig erregt gewesen. Jetzt, nach genauer Prüfung des Manifestes, habe auch sie erkannt, daß es keine Zukunft begrabe. Die Kaiserin sprach voll Vertrauen von dieser Zukunft, die ihr nicht nahe, aber gewiß schien. Sie fand nun selbst zahlreiche Gründe für die Entschließung des Kaisers. Das Kaiserpaar teilte mir mit, daß es

nach Eckartsau gehen werde. Kaiser und Kaiserin fragten mich, was ich nun selbst beginnen wollte. Ich hatte darüber noch nicht nachgedacht. Ich wurde aufgefordert, recht oft nach Eckartsau zu kommen: „Wir bleiben die alten und — auf Wiedersehen!"

Es wurde zur Abfahrt gerüstet. Die in Wien Zurückbleibenden versammelten sich um ½7 Uhr im Zeremoniensaale. Das Kaiserpaar führte seine Kinder in die Schloßkapelle. Dann kamen Kaiser und Kaiserin auf uns zu, jedem die Hand drückend und uns ihres treuen Gedenkens versichernd. Langsam über die Treppe in den Hof. Da — ein Bild der neuen Zeit! Vor dem Tore marschierte ein Volkswehrbataillon auf, das nun das Lustschloß in seine Hut nehmen sollte. Rauchend und schwatzend schlossen sich die Leute in entwickelter Linie aneinander. Die Gewehre stießen gegen den Boden, der Pack wurde unordentlich niedergeworfen. Der neuen Zeit stellte sich die alte und, so Gott will, die Zukunft entgegen. Die Akademiker, die den Kaiser in diesen letzten Tagen bewacht, traten vor das scheidende Kaiserpaar und schworen ihm ewige Treue.

Die Schatten der Nacht fielen ein, als die Automobile sich in Bewegung setzten, die den Kaiser aus seiner Residenz in den Frieden des Marchfeldes führten. —

Die alte und die neue Zeit! — Sie stießen nun überall zusammen. Im großen und im kleinen und auch in dem kleinen Ausschnitt aus dem Leben Österreichs, der Schönbrunn hieß. Kaum waren die Wagen unseren Blicken entschwunden, als ein Kämmerer sich an mich mit der Frage wendete: „Was ist's nun mit dem Garde- und dem Kämmerereid? Das sind Hindernisse für die eigene Zukunft. Ich halte mich nicht mehr daran gebunden." Ich fand nur eine Antwort: „Euch waren bisher die Ehren vorbehalten für eine Leistung, die ihr schuldig bliebt, weil sie niemand von euch einforderte. Bezahlet jetzt! Der Preis ist nicht hoch: Treu bleiben." — Mit dem Gardeoberleutnant Grafen Mensdorff ging ich ins Appartement des diensttuenden Leibgardereiteroffiziers. Er nahm die Lade des Tisches heraus, in deren Holz sich seit Jahrhunderten die wachehabenden Offiziere verewigt hatten.

Er schloß diese eigenartige Chronik mit seinem Namen und dem Datum ab: „Mensdorff — 11. November 1918." — Es war allmählich Nacht geworden.

Am Morgen des 12. November war mir's, als ob ich in eine fremde Welt getreten wäre.

Die meisten Menschen, die Schönbrunn zu bevölkern begannen, beleidigten und zerstörten das Bild, das die Künstler Maria Theresias geschaffen hatten. Volkswehr in den Höfen, Volkswehr im Park, Volkswehr in den Korridoren und Gemächern. Zwischendurch die Angehörigen dieser Krieger. Hier und dort stieß man auf Diener, die mißmutig und sorgenvoll durch die hohen Gänge wanderten. Es waren auch einige Wiener herausgeflohen, um dem Staatsakte der Proklamierung der Republik zu entgehen. Sie hatten geglaubt, sich damit in die alte Zeit zu retten. Sie wurden schwer enttäuscht und verließen traurigen Herzens ein Schönbrunn, das nun ersichtlich nicht mehr kaiserlich war. Mittags fanden sich der Leibarzt des Kaisers, einige Hofbeamte und ich bei der uns vom Volkswehrkommando bestimmten Mahlzeit zusammen. Dann kehrte ich in meine Wohnung zurück. Schönbrunn war nun in einen tiefen Schlaf verfallen. Die Stadt weiter unten hüllte ein Dunstschleier ein. Friede schien auch auf ihr zu liegen. Oder die Ruhe eines Kirchhofes.

Da zerriß ein Geknatter die Luft. — Maschinengewehrfeuer . . .

Österreich wurde Republik. Um 3 Uhr 55 Minuten hatte die provisorische Nationalversammlung e i n s t i m m i g die Umwandlung des alten Kaiserreiches in eine Republik beschlossen. Einstimmig! Auch die Leute des Prälaten Hauser hatten gegen die Monarchie votiert. Und daß diese Republik nicht schon eine Viertelstunde später der Sowjetherrschaft wich, war letzten Endes nur dem Türsteher des Parlamentsgebäudes zu danken. Kaum hatten die Präsidenten der Nationalversammlung dem herbeikommandierten Volk den Anbruch der neuen Zeit verkündet, so stürmte eine Kompanie Roter Garde, heftig feuernd, gegen das Portal los. Eine Panik sondergleichen bemächtigte sich der Menge, die zwei Tote und einunddreißig Verwundete auf dem Platze ließ. Der Schock der von blasser Furcht geschüttelten, nach rückwärts strebenden Massen pflanzte sich bis vor die Oper fort. Niemand wollte die neue Ordnung verteidigen! Der Türsteher allein vollbrachte das Werk. Im letzten Augenblicke, mit dem Aufgebote aller Kräfte, warf er die mächtigen Gittertore ins Schloß, die junge

republikanische Regierung vor dem Ehepaar Friedländer und seinen Soldaten schützend.

Am nächsten Tage kam auch das revolutionäre Ungarn zu Wort. Der Präsident der Magnatentafel, Baron Wlassics, die Bannerherren Fürst Esterházy und Graf Aurel Dessewffy begaben sich im Auftrage des indessen in Ungarn zur Macht gelangten Grafen Károlyi nach Eckartsau und legten dem gekrönten König ein Manifest zur Unterzeichnung vor, das nun auch für die Länder der Stephanskrone den Verzicht des Herrschers auf seinen Anteil an den Staatsgeschäften bis zu der im voraus anerkannten Entscheidung des Volkes aussprach. Nun konnte auch Ungarn, das ja ohnehin schon eine Regierung revolutionären Charakters hatte, zur Ausrufung der Republik schreiten. Am 16. November verblaßten zwei Farben der rotweißgrünen Fahne. Die weiße und die grüne.

Am gleichen Tage verließ ich Schönbrunn. Es war mir unmöglich geworden, in diesem Kaiserschloß unter so wesentlich veränderten Umständen weiterzuleben. Jede Stunde erinnerte mich zu sehr an die Zeit vor dem 12. November. Auch der Erste Obersthofmeister Graf Hunyady litt unter seiner Vereinsamung. Er hatte die ersten Tage in Eckartsau verbracht, sich dann aber genötigt gesehen, nach Wien zurückzukehren, um in die Auseinandersetzungen zwischen Krone und Staat einzugreifen. Tagsüber hatte er viel Arbeit. Der Abend sah ihn allein mit seinen schmerzlichen Gedanken. Er lud mich ein, sein Heim mit ihm zu teilen. Mit Freuden nahm ich an. Ich bat den Kommandanten von Schönbrunn, mit meinen Habseligkeiten abziehen zu dürfen. Er kam, als mein Gepäck auf einem armseligen, mit einem Klepper bespannten Streifwagen verladen war, zu flüchtiger Visitierung. Ein Volkswehrsoldat wurde auf die Koffer gesetzt, auf daß er mir freie Passage verschaffe. So zogen wir — ich und mein Diener hinter dem Wagen einhertrottend — aus dem Hause des Kaisers.

Die „Arbeiterzeitung" hat den jungen Volksstaat die „Republik ohne Republikaner" genannt. Sie hatte recht. Der überzeugten Anhänger der neuen Staatsform waren ein paar Dutzende; um so größer war die Zahl der „Nutznießer der Revolution", der „Novembersozialisten", der „Konjunkturrepublikaner". Die ersten

Wochen nach dem 12. November standen im Zeichen einer gegenseitigen Furcht und eines aus Furcht geborenen Gesinnungswechsels. Die bürgerliche Presse schwieg mit wenigen Ausnahmen zu den Purzelbäumen der neuen Herrschaft. Es gehörte auch einiger Mut dazu, selbst die bescheidenste Kritik an den öffentlichen Zuständen zu üben. Wer es tat oder verdächtig war, es tun zu wollen, empfing den Besuch der Roten Garde, so die Redaktionen der „Neuen Freien Presse", der „Reichspost" und der „Staatswehr". Die neue Armee hatte bald einige militärische Kommandanten gefunden, die sich von ihren Untergebenen führen ließen und allen Ausschreitungen ihr Placet erteilten. Die Volkswehr konnte unter diesen Umständen ein gutes Stück aller öffentlichen Gewalt an sich reißen. Sie terrorisierte die ohnehin eingeschüchterten Bewohner Wiens durch Visitationen und Konfiskationen. Aber auch sie bangte. Allüberall wurden „Weiße Garden" gesehen. Das fürsterzbischöfliche Palais in Wien, das stille Stift zu Klosterneuburg wurden beargwöhnt, den Kadern solcher Formationen Schutz zu gewähren. Zur Bewachung der Hofburg hatten sich hundert oder zweihundert Offiziere bereitgefunden. Voll Mißtrauen wurde die Offizierswache betrachtet, die — natürlich bewaffnet — die Schätze der Burg hütete. In der Hofburg wurde überhaupt das Zentrum reaktionärer Umtriebe erblickt. Im Januar 1919 drang mit Zustimmung des Staatsamtes für Heereswesen Rote Garde in die Burg ein, um nach einem Waffendepot — vergeblich — zu forschen. Im Februar wurde die Offizierswache aufgelöst. Als ich Anfang 1919 meine ehemaligen Kanzleiräume in der Hofburg als Wohnung mietete, ging eine gewisse Unruhe durch die loyale und illoyale Welt. Parteiführer mahnten mich von einem Putsche ab, den ich — gar nicht beabsichtigte. Ich wußte nur zu gut, daß die neuen Machthaber wohl leicht wegzublasen, die alte, bessere Zeit aber noch nicht herbeizurufen war.

Die Tage, die ich nach dem Umsturz in der Hofburg verbracht habe, gehören zu den traurigsten meines Lebens. In denselben Räumen hatte ich bis zum November für den Kaiser gearbeitet. Nun war ich in sie eingezogen, ohne fürs erste eine rechte Beschäftigung zu haben. Allmählich schuf ich mir etwas Arbeit. Ich intervenierte bei Behörden und einzelnen einflußreichen Per-

sonen zugunsten des in seiner Lebensführung eingeschränkten Kaisers und studierte die politische Entwicklung in Österreich und im Ausland. Eckartsau litt vor allem unter Beleuchtungsschwierigkeiten. Der im Schlosse befindliche Elektromotor wurde mit Benzin betrieben. Daran fehlte es, und so geschah es wiederholt, daß das Leben in Eckartsau mit dem frühen Scheiden der Wintersonne erstarb. Lebensmittel wurden oft nur in bescheidenem Maße durchgelassen. Viele Menschen haben dauernd mehr Not gelitten als die kaiserliche Familie in ihren schlimmsten Tagen. Aber der plötzliche, wenn auch geringere Mangel trifft diejenigen, die auf den Höhen des Lebens zu wandeln gewohnt waren, härter als jene, deren Wiegengeschenk die Not war. Ich stellte dies wiederholt dem Staatssekretär Dr. Mataja und dem Staatsnotar Dr. Sylvester vor. Sie verstanden, was ich meinte, aber sie waren machtlos. Die Macht lag in den Händen einer kleinen Gruppe radikaler Elemente.

Die politischen Vorgänge verfolgend, konnte ich die Schäden der Anschlußpolitik erkennen und einen systematisch geführten Feldzug zur Bloßstellung des alten Regimes konstatieren.

Was immer die verschiedenen Parteien zur Proklamierung des Anschlusses Österreichs an Deutschland geführt hat — es ist mir unverständlich, daß keine die verhängnisvollen Folgen einer solchen Deklarationspolitik vorausgesehen hat. Wie ich über den Anschluß denke, tut nichts zur Sache. Ich gehe von der Tatsache aus, daß in der provisorischen Nationalversammlung die Zahl der Anschlußfreunde die der Gegner überwog. Da ist es nun unbegreiflich, daß der Anschluß nur angekündigt, aber nicht durchgeführt wurde. Der Anschluß an Deutschland, ohne jede Vorankündigung vollzogen, wäre von unseren Gegnern gewiß nicht als berechtigte Wahrnehmung völkischen Selbstbestimmungsrechtes anerkannt worden. Aber: die — in besseren Tagen — vollzogene Tatsache hätte denn doch anders gewirkt als die provokatorische Ankündigung. Die „Ankündigung" bot den ausländischen Gegnern des Anschlusses die Möglichkeit, ihre Abwehr zu organisieren und zu verstärken, die fortwährende Wiederholung der Deklaration hat die Widerstrebenden gereizt und uns und Deutschland schwer geschadet. Der noch in der Regierungszeit des Kaisers Karl zur Fühlungnahme mit Ententediplomaten in die Schweiz entsandte

Baron Chlumecky hat Meldung auf Meldung geschickt, um die Wiener Machthaber von der Fortsetzung ihrer Politik der Reizungen abzubringen. Er ist nicht gehört worden. Noch vor dem 12. November (über den Anschluß ist in Österreich schon bis dahin genug „geredet" worden) teilte das Mitglied der französischen Botschaft in Bern, Bucher, im Auftrage der französischen Regierung dem Freiherrn mit, daß die Westmächte die Vereinigung Österreichs und Deutschlands nicht zulassen würden. Ein darauf abzielender Beschluß hätte zur Folge: 1. Härtere Friedensbedingungen für Deutschland; man werde dann rücksichtslos vorgehen und „die härtesten Bedingungen stellen, um den Machtzuwachs, den Deutschland durch den Anschluß Österreichs erlangte, vorwegzunehmen"; 2. daß Österreich nicht mehr auf die gleich günstigen Dispositionen werde rechnen können und darauf gefaßt sein müsse, beim Friedensschlusse viel schlechter abzuschneiden; 3. daß auch die Frage der Ravitaillements in enge Verbindung mit der Anschlußfrage gebracht werden würde. In der Folge gelangten an die noch immer wirkende k. u. k. Gesandtschaft in Bern Telegramme, daß „Wien von Hungersnot bedroht sei". Baron Chlumecky wurde nun von dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger in Bern amtlich ersucht, seine Beziehungen zur französischen Botschaft zu benützen, um die Versorgung Österreichs mit Lebensmitteln durch die Entente zu erreichen. Chlumecky trat mit der französischen Vertretung in Unterhandlungen ein. Seine Vorschläge (radiotelegraphische Umdirigierung im Mittelmeer schwimmender, mit Lebensmitteln beladener Schiffe nach Triest, von dort Bahntransport unter amerikanischer Eskorte) wurden vom französischen Botschafter Dutasta nach Paris weitergegeben. Zwei Tage später teilte Bucher dem Freiherrn von Chlumecky, wiederum im Auftrage der französischen Regierung, mit, daß der Vorschlag in ernste Erwägung gezogen und Aussicht auf baldige Verproviantierung Wiens vorhanden sei, „unter der Voraussetzung, daß der Anschluß an Deutschland nicht beschlossen werde". Auch bei dieser Gelegenheit wurde betont, daß uns und Deutschland viel günstigere Friedensbedingungen zugesichert werden könnten, wenn der Anschluß nicht erfolge. Baron Chlumecky drahtete all dies nach Wien. In Österreich erinnerte sich aber niemand der Weisheit eines Gam-

betta, der im Jahre 1871 den Verlust Elsaß-Lothringens mit den Worten quittiert hatte: „Toujours y penser, jamais en parler."

Was nun den Krieg gegen die Erinnerungen an die Kaiserzeit anbetraf, so wurden die Archive aller Ämter durchwühlt und wahllos der Öffentlichkeit preisgegeben, was nach der Meinung einiger Republikaner den Kaiser, sein Haus, die Stützen des Thrones und die Kriegführung kompromittieren könnte. Bemühungen, offenkundige Verleumdungen und Entstellungen aufzudecken, stießen auf die größten Schwierigkeiten. Die Sehnsucht nach der Monarchie sollte auch unterdrückt und ihre Wiederherstellung erschwert werden, indem man raschestens alles zerstörte, was an den Glanz und die Kultur des Hofes erinnerte. Der Marstall — ein Zierstück Wiens — wurde aufgelöst, die kostbarsten Pferde wurden an Kriegsgewinner verkauft. Mit Lippizanern und Kladrubern fuhren in der Folge diejenigen, die aus dem Blute der Ärmsten ihre Reichtümer gesogen hatten. Die Kampagne gegen den Kaiser und gegen alle konservativen Elemente verschärfte sich in dem Maße, als der Tag der Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung näher kam. Die publizistischen Organe der Sozialisten und Kommunisten scheuten nicht vor der Drohung zurück, ein ihnen ungünstiges Wahlresultat nicht akzeptieren, sondern mit Gewalt umwerfen zu wollen. Die bürgerlichen Elemente verloren unter solchem Terror alle Energie, alle Schwungkraft. Die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager tat ihr übriges. Mit dieser mutlosen, zersplitterten Gesellschaft war nichts anzufangen. Die Wahlen fielen aus, wie sie unter diesen Umständen ausfallen mußten. Keine Partei errang die absolute Majorität. Eine schwache relative Majorität hatte sich für die Sozialdemokraten ergeben. Man hat damals von einer Niederlage des Bürgertums und des Kommunismus gesprochen. Das erstere war richtig, das zweite nicht. Die Eigenbrötler allerdings, die sich in einer besonderen kommunistischen Partei zusammengefunden hatten, waren nicht durchgedrungen, der röteste Radikalismus hatte aber in der sozialdemokratischen Partei und mit ihr im Staate gesiegt. Da keine der Wahlparteien allein die Führung des Staates übernehmen konnte, warf sich die Frage auf, welche bürgerliche Partei mit den Sozialdemokraten regieren wollte, denn eine Koalition der bürgerlichen Parteien wäre an dem

Widerstande der Sozialdemokraten gescheitert, die mit den Eisenbahnen, Fabriken und anderen wichtigen Betrieben das Leben des Staates in der Hand hielten. Ich habe damals die Meinung vertreten, daß die bürgerlichen Parteien die Verantwortung für die Zukunft ablehnen sollten. — Was wäre gekommen? — Der Bolschewismus — hat man mir entgegengehalten. Der hat mich nicht geschreckt. Ein offenes Sowjetregime wäre meines Erachtens dem verschleierten Bolschewismus vorzuziehen gewesen, für den die Sozialdemokratie die ihr koalierte bürgerliche Partei die Mitverantwortung tragen ließ, und der in den Sumpf führen mußte, in den wir tatsächlich geraten sind. Vor allem hätte ein Sowjetregime in Österreich nie zu der schauderhaften Ausartung geführt wie in Rußland oder in Ungarn. Die Moskauer Praxis hätte sich bei uns bald überlebt; sie wäre von einem konservativen Regime abgelöst worden. Die Gegensätze berühren sich auch im Verfassungsleben der Staaten. Bayern hat es bewiesen. Der kürzeste Weg ins gelobte Land führt durchs Rote Meer. Die wenigen Führer der christlichsozialen Partei, die ich damals gesprochen habe, lehnten meinen Gedanken ab. Der Kaiser hat sich für die Koalition der Christlichsozialen und Sozialdemokraten mit der Begründung ausgesprochen, daß Österreich andernfalls dem Bolschewismus verfiele, ein Herrscher aber die Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft nicht auf das Opfer von Leben und Werten bauen dürfe, das eine bolschewistische Herrschaft zweifellos fordern würde.

Nach Eckartsau, zum Kaiser, war ich etwa zehn Tage nach dem Umsturz zum ersten Male gekommen. Der Kaiser hatte dieses Schloß wohl als Aufenthaltsort gewählt, weil es von einem wild reichen Naturpark umgeben war, sich ihm also dort die Gelegenheit bot, dem Weidwerk zu huldigen. Die Nähe der Kaiserstadt hatte sich anfangs als Vorteil, später aber als ein arger Nachteil erwiesen. Fürs erste war derart die Möglichkeit gegeben, daß den Kaiser doch einige Besucher erreichten, die aus unmittelbarem Erleben über die Gehversuche der neuen Herrschaft berichten konnten. Um den Kaiser waren ständig die Flügeladjutanten Oberst Graf Ledochowski und Fregattenkapitän von Schonta. Jede Woche kamen Graf Hunyady und der Chef der Militärkanzlei Generalmajor Baron Zeidler, sehr oft der als Sektionschef in die General-

direktion der Privat- und Familienfonds übernommene Dr. von Schager. Der Schutz des Kaisers lag in den Händen eines Polizeirates. Der wirksamste Schutz wurde dem Monarchen von der Bevölkerung des Marchfeldes zuteil, die, kaisertreu geblieben, den Verkehr in der Umgebung des Schlosses aus eigenem Antriebe beobachtete. Dem Polizeirat standen Detektivs, dazu anfangs einige Garden, später aber uniformierte Sicherheitswachen zur Verfügung. Am 30. November 1918 hörte nämlich die Garde auf zu existieren. Bis dahin war die Leibgardeinfanteriekompanie in ihrer Kaserne versammelt. Der Oberst sämtlicher Garden, General Baron Dankl, hatte das wiederholt an ihn gerichtete Begehren, die Waffen der Garden abzuliefern, zurückgewiesen und Drohungen mit der würdigen Erklärung beantwortet, daß jede Gewalt der Gewalt begegnen würde. Der General schied erst von seinem Posten, als der Kaiser die Garde ihres besonderen Eides entbunden hatte.

Als ich das erstemal, spät abends, nach dem noch von der Garde bewachten Eckartsau kam, erwartete mich der Kaiser im Parke. Er zog sich mit mir zu mehrstündiger Unterredung zurück. Es wurden wie in der Folge keine Anschläge auf die Republik besprochen. Der Kaiser hörte meine Vorträge und hielt Rückschau auf die Ereignisse der letzten Wochen. Er war in guter Stimmung. Das Bewußtsein, Österreich-Ungarn einen Bürgerkrieg erspart zu haben, und die Überzeugung, daß das Volk einmal zu ihm zurückkehren werde, hielten den Kaiser sehr lange aufrecht. Sorge bereitete ihm in jenen Tagen die Not des Volkes. Die Enttäuschung ob der Haltung so vieler, die in glücklicheren Tagen von Treueversicherungen überflossen und sich jetzt den neuen Machthabern anbiederten, ist dem Kaiser nahegegangen. An den Undank ganzer Völker hat er nicht geglaubt. Daß sie der Verführung erlagen und verschüchtert der neuen Obrigkeit dienten, hat der Kaiser den Völkern nicht übelgenommen. Er sah eine Zukunft vor sich.

Ich war nicht beunruhigt, als ich am 16. Dezember von einer Erkrankung des Kaisers hörte. Er war gleich seinen Kindern von einer Grippe befallen worden. Nach einiger Zeit wurde ich aber besorgt. Der Kaiser, der sonst Erkältungen sehr leicht überwand und Bettruhe nicht liebte, war nun schon allzulange an sein Lager gebannt. Er empfing mich wohl und schien sich

objektiv nicht schlecht zu fühlen, er klagte aber über große Müdigkeit, die ihn nicht aufstehen lasse. Zu Weihnachten mußte er im Lehnstuhl zur Bescherung an den Christbaum geschoben werden, und, als er zu Neujahr aufstehen wollte, erlitt er einen leichten Ohnmachtsanfall. Ich hörte von ärztlicher Seite, daß kein akutes Leiden nachweisbar sei. Die Krankheit des Kaisers war als ein Versagen der Kräfte nach der ungeheuren Anspannung der letzten Jahre zu bezeichnen. Diese Erkrankung hat der österreichischen Regierung schon im Dezember Anlaß gegeben, dem Kaiser die Abreise von Eckartsau nahezulegen. Von dem Aufenthalte des Kaisers in der Nähe Wiens wurde ein Einfluß auf die Wahlbewegung besorgt. Ich sprach es schon aus: Wie die Monarchisten die Republikaner, so fürchteten die Republikaner die Monarchisten. Die Sozialisten sagten sich plötzlich, sie hätten doch eine große Unklugheit begangen, als sie dem Kaiser trotz Verweigerung der Abdankung das Verweilen im Lande gestattet hatten. Der Staatskanzler wurde von seinen radikaleren Genossen zur Inaugurierung einer Politik der Vertreibung des Kaisers angestachelt. Die Wiener „Arbeiterzeitung" hatte schon am 17. November einen Artikel gebracht „Die Dynastie soll auswandern". Von da ab hörte die Hetze nicht auf, die den Kaiser zum Verlassen Österreichs oder zum formellen Verzicht auf die Krone bringen sollte. Es haben sich damals auch Christlichsoziale gefunden, die das Begehren auf Abdankung unterstützten. In den ersten Dezembertagen drang einer der vornehmsten christlichsozialen Publizisten in mich, dem Kaiser die formelle Abdikation anzuraten; sie hindere ihn nicht, wiederzukommen, wenn die Uhr der Republik abgelaufen sein werde. Ich lehnte die mir zugedachte Mission als meiner Überzeugung widersprechend ab. Am 10. Dezember stellte Prälat Hauser dem Dr. Seipel, als dem einzigen in Wien weilenden Repräsentanten der letzten kaiserlichen Regierung, vor: Seitz wolle im Staatsrat die förmliche Abdankung oder die ausdrückliche Absetzung des Kaisers verlangen; er — Hauser — suche nach einer milderen Form; das beste wäre, wenn Seipel den Kaiser zur Abdankung bringen könnte. Der einstige Minister stellte sich hierfür nicht zur Verfügung. Am 14. Dezember regte der Führer der Deutschnationalen, Dr. Sylvester, die Übersiedlung des Kaisers nach St. Martin in Oberösterreich an. Am 22. Dezember brachte Staatskanzler

Dr. Renner die Frage im Staatsrat zur Sprache. Das Direktorium beauftragte ihn mit der Klarstellung der staatsrechtlichen Lage. Ich wurde in jenen Tagen gefragt, ob der Kaiser den Staatskanzler empfangen würde. Ich verneinte und verwies außerdem darauf, daß der Kaiser krank sei. Dr. Renner erschien dann in der ersten Januarwoche unangesagt in Eckartsau und teilte nachher im Staatsrat, später auch durch die Presse mit, daß er sich persönlich von der Erkrankung des Kaisers die Überzeugung verschafft habe. Renner ist aber vom Kaiser nicht empfangen worden. Er hat lediglich die Bekanntschaft des Flügeladjutanten, Fregattenkapitäns von Schonta, und eines Tafeldeckers gemacht, von dem er sich einen Imbiß servieren ließ. Gegenüber dem Flügeladjutanten äußerte er wohl den Wunsch, vom Kaiser empfangen zu werden, er bestand aber nicht darauf, als Schonta einen solchen Empfang für ausgeschlossen erklärte. Renner äußerte nun Besorgnisse wegen der Sicherheit des Kaisers und gab zu bedenken, ob es nicht besser wäre, wenn der Kaiser einen Aufenthaltsort im Auslande wählen würde. Er empfahl auch, der Kaiser sollte auf die Ansprache „Majestät" verzichten, worauf Schonta replizierte, das könne jedermann halten, wie er wolle. Er spreche zum Beispiel, ohne hierzu gezwungen werden zu können, auch den Dr. Renner als „Herr Doktor" an, weil Renner eben Doktor sei. Renner brachte die Frage der Abdankung nicht aufs Tapet. Da es also auf diesem Wege nicht gegangen war, beschritt man den diplomatischen und militärischen. Man frug in der Schweiz an, ob der Kaiser dort aufgenommen werden könnte. Auf ein Einverständnis mit dem Kaiser konnte man sich nicht berufen, die Antwort war demnach vorherzusehen: Die Schweiz verneinte. Der militärische Weg! Die Lebensmitteltransporte für Eckartsau wurden überfallen und ausgeplündert. Bewaffnete brandschatzten die Wildkammer der nahe Eckartsau gelegenen kaiserlichen Herrschaft Orth. Scharen von organisierten Wilderern drangen bis in die Nähe von Eckartsau vor und schossen das Wild zusammen. Einmal gab es einen regelrechten Kampf zwischen diesen Wilderern und der Gendarmerie.

Das Verhalten der deutschösterreichischen Regierung erregte die Aufmerksamkeit der auswärtigen Kabinette. Mitte Februar teilte der Chef der englischen Militärmission in Wien, Oberst Cunningham, der deutschösterreichischen Regierung mit, daß der

König von England dem Kaiser und König einen englischen Ehrenkavalier zuteilen werde. Am Ballhausplatz, wo Staatssekretär Dr. Bauer regierte, erschrak man ganz gewaltig. Es ist wohl verbürgt, daß Dr. Bauer damals ausrief: „Das kann unser Ende sein. Was machen wir, wenn Kaiser Karl Minister ernennt und sie uns durch seinen englischen Offizier präsentieren läßt? Wir könnten nichts anderes tun, als unsere Amtsräume schleunigst verlassen." Am 19. November stellte Oberst Cunningham dem Kaiser den Obersten Sumerhayes vor, der bis zum Eintreffen des Oberstleutnants Strutt in Eckartsau blieb.

Nach dem Zusammentreten der konstituierenden Nationalversammlung wurde die Agitation ärger denn je. Die Behelligungen Eckartsaus häuften sich. Wieder wendete man sich an Dr. Seipel mit der Bitte, den Kaiser zur Abdankung zu bewegen. Wieder lehnte er ab. Die „Arbeiterzeitung" erhob am 13. März die Forderung „Karl muß abdanken", am 20. März das Begehren „Alles Monarchische muß weg". Diese Bewegung machte die in Wien weilenden Erzherzöge unruhig. Einige baten den Herrscher, im Interesse seiner Sicherheit das Opfer seiner Krone zu bringen. Sie wurden — wie vorherzusehen war — abgewiesen. Der Staatskanzler forderte die Abdankung mit Berufung auf die Verheißung des Kaisers, er werde die Entscheidung Deutschösterreichs über die Staatsform anerkennen; diese sei nun durch die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung gefallen. Der Kaiser ließ antworten, daß er die im Zeichen des Terrors gestandenen Wahlen, die gar nicht das ganze deutschösterreichische Staatsgebiet umfaßt, an denen sich aber Ausländer beteiligt hätten, nicht als eine Volksentscheidung ansehen könne, daß übrigens die Regierung sein Manifest mißachtet und aus dem Wege geräumt habe, indem sie schon am 12. November durch eine provisorische, nicht vom Volke gewählte Nationalversammlung die Republik proklamieren ließ. Angesichts der fortwährenden Bedrängungen des Kaisers, noch mehr aber der von der Regierung geduldeten Vorstöße bewaffneter Banden gegen Eckartsau bat der für die Sicherheit des Kaisers verantwortliche englische Offizier seine Regierung, sie möge Sorge tragen, daß er den Kaiser gegebenenfalls rasch an einen sicheren Ort begleiten könne. England ließ am 18. März die Schweiz wissen, daß die alliierten und assoziierten

Mächte es gerne sähen, wenn dem Kaiser die Einreise bewilligt werden würde; man wünsche, zu erkennen zu geben, daß man um einen Monarchen Sorge trage, der nicht nur keine Schuld an dem Ausbruch des Krieges trage, sondern sich vielmehr um dessen Beendigung bemüht habe. Die Schweiz sagte zu. Der Kaiser war, als er davon erfuhr, durchaus nicht bereit, in die Schweiz zu gehen. Er wollte weiterhin in Eckartsau bleiben. Da setzte die deutsch-österreichische Regierung mit Drohungen ein. Dr. Renner wiegelte die Öffentlichkeit auf, den Kaiser als außerhalb des Gesetzes stehend zu betrachten, und stellte den Kaiser vor folgende Wahl: Abdankung und freier Aufenthalt in Österreich; keine Abdankung, dann Ausreise; nicht abdanken und nicht ausreisen, dann Internierung. Letzteres hätte wohl bedeutet: „Bewachung durch Volkswehrleute", die den Kaiser als vogelfrei ansehen durften. Renner war sich aber wohl bewußt, daß er den dritten Weg schwer gegen den Widerstand Englands beschreiten konnte. Er wählte daher den Ausweg der Landesverweisung. Seit dem 20. März bereitete er die Öffentlichkeit auf die Einbringung eines Verbannungsgesetzes vor. Um dieselbe Zeit ließ er den Kaiser wissen, daß er verbannt werden würde. Nun erst entschloß sich der Kaiser zur Reise in die Schweiz.

Oberst Strutt forderte vom Staatskanzler einen der dem Kaiser abgenommenen Hofzüge an. Für die Sicherung wollte er mit englischen Soldaten sorgen. Der Zug wurde beigestellt und in die Station Kopfstetten geleitet.

Dort fanden sich am 23. März die Bürgermeister der Marchfeldgemeinden und viel Landvolk ein, um Abschied zu nehmen. Voll Trauer nahten sie dem Kaiser, der um 7 Uhr früh das Bahnhofgebäude erreichte. Mit einem „Auf Wiedersehen in der Heimat!" bestieg die kaiserliche Familie den Wagen. Wenige Minuten später setzte sich der Zug in Bewegung, der von demselben Personal begleitet war, das dem Kaiser auf allen seinen Reisen in der Regierungszeit gedient hatte.

Am 24. März passierte der Hofzug die vorarlbergisch-liechtensteinische Grenze. Ehe der Kaiser die Grenze überschritt, erließ er folgenden Protest gegen die ihm angetane Gewalt:

„In dem Augenblicke, da Ich Mich anschicke, Deutsch-österreich zu verlassen und den gastlichen Boden der Schweiz

zu betreten, erhebe Ich für Mich und Mein Haus, dessen immerwährende Sorge das Glück und der Friede Seiner Völker war, feierlichen Protest gegen alle Meine jahrhundertealten Herrscherrechte verletzenden Maßnahmen, die die Regierung, die provisorische und die konstituierende Nationalversammlung Deutschösterreichs vom 11. November 1918 an getroffen haben und — wie die Thronentsetzung und Meine sowie der Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen Landesverweisung — für die Zukunft angekündigt wurden.

Ich habe in Meiner Kundgebung vom 11. November 1918 erklärt, Deutschösterreich die Entscheidung über seine Staatsform anheimzugeben.

Die deutschösterreichische Regierung nun hat Mein Manifest vom 11. November 1918, das Ich in schwerer Stunde erlassen habe, b e s e i t i g t, indem sie noch am gleichen Tage beschloß, der am 12. November 1918 tagenden provisorischen Nationalversammlung einen Antrag auf Proklamierung Deutschösterreichs zur Republik vorzulegen, und damit der Entscheidung vorgriff, die gemäß Meinem Manifeste nur das gesamte deutschösterreichische Volk treffen sollte.

Am 12. November 1918 wurde dieser Antrag der deutschösterreichischen Regierung unter dem Drucke der hierfür aufgebotenen Straße von einer provisorischen Nationalversammlung angenommen, deren Mitglieder sich das Mandat, ‚das deutschösterreichische Volk zu vertreten', selbst erteilt hatten, ohne sich als dessen berufene Repräsentanten betrachten zu dürfen, da sie aus dem alten österreichischen Reichsrate hervorgegangen waren, dessen über die verfassungsmäßige Funktionsdauer hinausgehende Wirksamkeit nicht die Zustimmung der Wähler fand. Hierbei ergab sich noch der Widerspruch, daß dieselben Elemente des Umsturzes, die die Zusammensetzung der provisorischen Nationalversammlung bis dahin heftig bekämpft hatten, gerade diese Versammlung dann das Schicksal Deutschösterreichs in einer seiner vitalsten Fragen bestimmen lassen wollten.

Die Konstituante, die, am 16. Februar 1919 gewählt, jene provisorische Nationalversammlung ersetzte, ist deren Be-

schlüssen hinsichtlich der Staatsform und des Anschlusses an Deutschland beigetreten.

Auch diesen Beschlüssen kommt keine bindende Kraft zu, weil die sogenannte Konstituante nicht die Meinung und den Willen Deutschösterreichs zum Ausdruck bringt.

Die Öffentlichkeit auch außerhalb Deutschösterreichs weiß, daß die Wahlen für die Konstituante im Zeichen des Terrors standen, daß die Wähler, die am 16. Februar 1919 zur Urne schritten, keineswegs unbeeinflußt ihre Stimmen abgaben, sondern vielfach im Banne einer planmäßigen Verhetzung und unter dem Drucke einer sich Volkswehr nennenden Parteigarde standen. Die am 16. Februar 1919 gewählte Konstituante ist aber auch keine Vertretung der deutschösterreichischen Nation, wie sie die deutschösterreichische Regierung definiert hat. Weite Gebiete, die diese Regierung und die provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich reklamiert haben, sind — wie zum Beispiel die von Deutschen bewohnten Teile Südtirols, Böhmens, Mährens, Kärntens, Krains und der Steiermark — in dieser konstituierenden Nationalversammlung unvertreten, anderseits haben Ausländer — die in Deutschösterreich lebenden Reichsdeutschen — mitgewählt. Die willkürlich zusammengesetzte Volksvertretung eines Staates ohne Grenzen hat sich angemaßt, über Staatsform und Einordnung in ein größeres Staatensystem für einen völkerrechtlich noch nicht bestehenden Staat zu entscheiden.

Was deutschösterreichische Regierung, provisorische und konstituierende Nationalversammlung seit dem 11. November 1918 in diesen Belangen beschlossen und verfügt haben und weiterhin resolvieren werden, ist demnach für Mich und Mein Haus null und nichtig.

Mein und Meiner Familie Verweilen in Eckartsau war niemals eine Anerkennung der die Rechtskontinuität unterbrechenden revolutionären Entwicklungen, sondern vielmehr ein Unterpfand des Vertrauens in das Volk, mit dem Ich und die Meinen die Leiden und Opfer des unseligen Krieges getragen haben. Inmitten dieses Volkes habe Ich auch nie für die Sicherheit Meiner Mir so teuren Gemahlin und Kinder gebangt.

Da aber die deutschösterreichische Regierung Mich durch

ihren Kanzler wissen ließ, daß die Ablehnung ihrer Forderung nach Thronentsagung zur Internierung führen müßte, wenn Ich nicht das Land verließe, und Mich kurz vorher dieselbe Regierung durch die Staatskorrespondenz als außerhalb des Gesetzes gestellt erklärt hatte, sah Ich Mich vor die bedeutungsvolle Frage gestellt, ob Deutschösterreich die Schmach zu ersparen sei, daß sein legitimes Oberhaupt mit den Seinen einer Woge preisgegeben sein solle, gegen die derzeit kein Damm besteht.

So verlasse Ich Deutschösterreich.

Tiefbewegt und dankbarst gedenke Ich in dieser Stunde der Millionen Getreuer, die in Mir und Meinem Hause die teure Heimat lieben. Dem Volksheere, das Mir Treue geschworen hat und Mir durch die Erinnerung an die gemeinsamen erhebenden und leidvollen Erlebnisse des Krieges treu verbunden bleibt, gilt Mein besonderes Gedenken.

Im Kriege wurde Ich auf den Thron Meiner Väter berufen, zum Frieden trachtete Ich Meine Völker zu geleiten, im Frieden wollte und w i l l Ich ihnen ein gerechter und treubesorgter Vater sein.

Feldkirch, am 24. März 1919.

Karl."

Der Kaiser hat diesen Protest nicht der Öffentlichkeit übergeben, sondern in die Hände einiger befreundeter Staatsoberhäupter gelegt. Das Handschreiben, das die Sendung des Protestes begleitete, erklärte diese Zurückhaltung:

„In dem Augenblicke, da Ich die österreichische Grenze überschritt, um die Gastfreundschaft der Eidgenossenschaft in Anspruch zu nehmen, geboten Mir Gewissen und Herz, vor Meinen Völkern, von deren Treue und Anhänglichkeit Ich überzeugt bin, mag auch der von der Umsturzpartei ausgeübte Druck ihr offenes Bekenntnis zu Mir und Meinem Hause jetzt noch hemmen, das an Mir begangene Unrecht darzulegen und ihm Mein gutes Recht entgegenzusetzen. Wenn Ich Mich trotzdem entschlossen habe, kein neues Manifest an Meine Völker zu erlassen, bringe Ich dem Frieden und der Kultur der Menschheit ein Opfer. Ich will den Elementen der Unord-

nung und der Gewalttätigkeit, die alle Gesittung und Wohlfahrt zu zerstören drohen, keinen Anlaß bieten, eine solche neuerliche Kundgebung zum erwünschten Vorwand zu nehmen, im Zeichen eines Kampfes gegen die sogenannte Reaktion neues Unheil über Meine durch einen mehrjährigen Krieg schon genug gepeinigten Lande zu bringen.

Vor dem Gewissen der Welt soll aber die Stimme des Rechtes und der Gesetzlichkeit nicht verstummen.

So bitte Ich Dich denn schon jetzt, Meinen beigeschlossenen feierlichen Protest de dato Feldkirch, 24. März 1919, zu vernehmen."

IN DER SCHWEIZ

Schweizer Eindrücke. — Im Schloß Wartegg. — Das österreichische Landesverweisungsgesetz. — Übersiedlung an den Genfer See. — Das Zukunftsprogramm des Kaisers. — Tiroler Politik. — Ein italienischer Fühler. — Süddeutsche Träume. — Die monarchistische Bewegung in Deutschland. — Ein österreichisches Heldenschicksal. — Sowjetherrschaft in Ungarn. — Die unzufriedenen Kroaten.

Unmittelbar nach den Wahlen hatte ich nicht den Eindruck, daß die Offensive der Sozialdemokraten gegen den Kaiser zu dessen Vertreibung führen könnte. Ich erbat und erhielt daher vom Kaiser die Erlaubnis, auf vierzehn Tage in die Schweiz gehen zu dürfen. Meine Frau weilte dort seit dem Sommer 1918; ich wollte sie wiedersehen. Und da in der Feindespresse schon sooft von Herden monarchistischer Propaganda in der Schweiz gesprochen worden war, wollte ich auch diese kennenlernen. Die Fahrt durch das österreichische Land war etwas unsagbar Trübseliges. Gewiß, schon der Krieg hatte die Eisenbahneinrichtungen heruntergebracht. Der Republik, dem Frieden war es aber gelungen, die Bahnen in einer Art verwahrlosen zu lassen, daß man sich nur mehr mit Widerwillen einem Zug anvertraute. In den schmutzigen Bahnhöfen erhielt man kaum irgendwelche Erfrischungen. Aus Gründen, die zu erforschen ich bald aufgab, hatten die Züge vielstündige Verspätungen. Das Eisenbahnpersonal, einstmals wegen seiner Höflichkeit geschätzt, war unliebenswürdig über die Maßen. Die Gesellschaft, mit der ich das Kupee zweiter Klasse teilte, war das widerwärtige Produkt der neuen Zeit. Ich atmete auf, als ich in Feldkirch ankam. Wenig später ging es über die Grenze.

Buchs. — Die Schweiz!

Im März 1919 ließ sich sagen: Wer aus Österreich in den Nachbarstaat kam, fühlte sich wie neugeboren. Die Heerespolizei, die den Fremden empfing, sauber, diszipliniert, streng, aber gerecht. Es gab kein Feilschen. Wessen Paß nicht in Ordnung war, wurde unerbittlich zurückgeschickt. Wer sich mit allen vorgeschriebenen Dokumenten ausweisen konnte, den ließ man ohne überflüssige Plackerei passieren. Man mußte sich aber dann beeilen: Der Zug, mit dem man ins Innere des Landes vordringen wollte, ging pünktlich ab. Die Not des Krieges war an der Eidgenossenschaft nicht spurlos vorübergegangen. Die Lokomotiven wurden größtenteils mit Holz gefeuert; am Sonntag war der gesamte Eisenbahnverkehr eingestellt. Es gab auch dort Lebensmittelkarten. Beim Eintritte

erhielt man die Abschnitte, deren man bis zum Eintreffen am Bestimmungsorte bedurfte, und dort wurde man mit weiteren Karten für die Dauer der Aufenthaltsbewilligung versehen. Es gab fleischlose Wochen. Aber worauf man Anspruch erheben konnte, das erhielt man. Die Behörden arbeiteten mit großer Gewissenhaftigkeit. Es fehlte ihnen die gewinnende Form der Süddeutschen, man fühlte sich aber in ihrem Schutze geborgen. Die Züge waren tadellos sauber, niemand hatte ein Vorrecht auf Platz, es gab keine Trinkgelderwirtschaft.

Am 5. März, abends, war ich in Zürich. Vor mir breitete sich der herrliche See aus, hinter ihm stiegen beschneite Berge empor. Die Hänge am Ufer übersät von zahlreichen sauberen Siedlungen. Die Stadt war von Fremden überfüllt. Es war eine buntscheckige Gesellschaft, die die Halle eines jeden Hotels bevölkerte. Aus aller Herren Ländern hatten sich hier Diplomaten, Politiker und Geschäftsleute ein Rendezvous gegeben. Auch viele Österreicher, noch mehr Ungarn, waren zu sehen. Noch erhielt man etwa 25 Franken für 100 Kronen!

Ich habe in der Folge auch die Schattenseiten der Schweiz kennengelernt. Die Schweiz war in der ersten Nachkriegsperiode der Sammelplatz des politischen und wirtschaftlichen Auswurfs der ganzen Welt. Politische Desperados, die radikalsten Schreier, Agents provocateurs, Spione der übelsten Art, schlechtbeleumundete Pseudojournalisten, Schieber, Wucherer gingen in dem herrlichen Lande ihrem unsauberen Gewerbe nach. Strenge Handhabung der Fremdenpolizei, noch mehr aber die Entwertung vieler Währungen hat diesem Treiben nach einiger Zeit ein Ende bereitet.

Ich verbrachte einige Tage in Zürich, ging dann nach Luzern und Bern und zog mich schließlich für eine Woche auf den Gurten zurück, von dem man das Bild der pittoresken Bundeshauptstadt an der Aare und den Blick auf die weiße Pracht des Berner Oberlandes genießt. Auch auf dem Gurten wurde hohe Politik gemacht. Vertreter der jungägyptischen und der jungindischen Partei hatten sich dort ein Stelldichein gegeben. Meine politische Leistung in jenen Wochen erschöpfte sich in der rasch gewonnenen Erkenntnis, daß es keine für Habsburg wirkenden Organisationen gab. Ich traf die Grafen Berchtold und Andrássy, den Prinzen Windischgraetz, Baron Chlumecky. Graf Berchtold lebte in stiller Zurück-

gezogenheit am Thuner See. Die Ungarn waren vom Unglücke ihrer Heimat niedergedrückt. Baron Chlumecky hatte seine Propagandatätigkeit längst eingestellt. Eine monarchistischer Propaganda bezichtigte Nachrichtenagentur, die Agence Centrale, stellte sich bald als ein Instrument spezifisch ungarischer und polnischer Interessen sowie der wirtschaftlichen Bedürfnisse eines der Mitbesitzer heraus. Ich habe mich nicht bemüht, irgend jemanden für habsburgische Politik zu gewinnen. Häufigere Berührung mit diplomatischen Vertretern versprach auch keinen Erfolg; sie alle waren ob der Entwicklung der Dinge an der mittleren Donau bestürzt und wie ihre Regierungen desorientiert. Niemand wußte, was werden sollte. Die Kabinette der großen Mächte waren ja selbst noch zu keiner Einigkeit und Klarheit gelangt. Da brachte das „Journal de Genève" vom 20. März die Nachricht von der bevorstehenden Einreise des Kaisers in die Schweiz. Der Nachricht folgte keine offizielle oder offiziöse Kundgebung. Ich hielt sie daher für falsch und wurde in dieser Meinung noch durch ein Dementi des Fregattenkapitäns von Schonta bestärkt. Am 25. März lief die letzte Prolongation meiner Schweizer Aufenthaltsbewilligung ab. An diesem Tage wollte ich abreisen. Am Vorabende rief ich Schloß Wartegg an, um mich von dem dort weilenden Prinzen René von Bourbon zu verabschieden. Am Telephon wurde eine Stimme vernehmbar, die ich nicht erkannte. Ich frug: „Wer ist am Apparat?" Die Antwort war: „Ihr Kaiser." Ich war überrascht, fand kaum die Worte, um zu melden, daß ich am nächsten Tage die Schweiz verließe, und ihn zu fragen, ob er mir irgendwelche Befehle für Österreich mitgeben wolle. Der Kaiser drang in mich, nach Wartegg zu kommen. Er sei nur vom Grafen Ledochowski begleitet, während Schonta erst in einigen Tagen nachkommen sollte. Er müsse Ledochowski zum Bundespräsidenten nach Bern schicken und wäre also einige Tage allein. Ich sollte wenigstens für diese kurze Zeit zu ihm kommen. So fuhr ich nach Wartegg. Am nächsten Tage stand ich vor dem Kaiser.

Der Monarch hatte, wie er mir nach der Begrüßung erzählte, am 24. nachmittags die Grenze passiert. Er war vom Oberstkorpskommandanten Bridler und vom Legationsrat Borsinger im Namen des Bundesrates empfangen worden. Borsinger hatte auch den

Wunsch des Bundesrates vorgetragen, daß der Monarch dem Lande durch politische Tätigkeit keine Ungelegenheit bereite. Er, der Kaiser, habe nun dem Präsidenten Ador mit seinem Danke für die Aufnahme sagen lassen, daß er gewiß keine der Schweiz nachteilige Politik machen werde. Er halte es aber für selbstverständlich — fügte der Kaiser für mich hinzu —, daß er die Entwicklung der Dinge in seinen Ländern verfolgen und seine Stunde wahrnehmen werde. Noch am gleichen Tage hat mich der Kaiser aufgefordert, dauernd bei ihm in der Schweiz zu bleiben.

Jedem fiel auf, wie der Kaiser in dem Familienkreise von Wartegg aufblühte. Von dem bei Staad am Bodensee gelegenen Schlosse mochte er auf den blauen See und darüber hinweg auf österreichisches Land blicken. Und schaute er nieder auf das Schweizer Ufer, dann ersah er Arbon, die Stätte des alten deutschen Kaiserschlosses, von dem aus Konradin, der letzte Hohenstaufe, seinen verhängnisvollen Zug nach dem Süden antrat. Das Schloß Wartegg war bis zum Jahre 1557 Eigentum der Herren von Wartensee gewesen und hatte in der Folge wiederholt den Besitzer gewechselt, bis sich dort in den sechziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts der depossedierte Herzog Robert von Parma niederließ. Das Schloß selbst gewährte nur dem Kaiserpaar und seinen Kindern Aufnahme, denn schon vorher waren die Herzogin von Parma, die Kinder aus der ersten Ehe des Herzogs Robert, dann die Prinzen Felix, René, Ludwig und Kajetan, die Prinzessinnen Maria Antonia, Isabella und Enrica von Bourbon-Parma, der Herzog, die Herzogin und die Prinzessin Elisabeth von Braganza eingetroffen. Später kam auch noch Prinz Sixtus. Das Schloß war also bis in den Dachboden von Fürstlichkeiten bewohnt. Die Suite und die Dienerschaft des Kaiserpaares wurde in einem nahe dem Schlosse gelegenen Institut und in Rorschach untergebracht. Das Leben war vollkommen auf den familiären Ton gestimmt. Die Herzogin war eine würdevolle und doch herzliche Gastgeberin. Der Frohsinn, der die Jugend erfüllte, teilte sich dem Kaiserpaare mit. Wir haben Kaiser und Kaiserin bei Schneeballenschlachten und der Formung von Schneemännern gesehen. Der Kaiser war in Wartegg in selten froher Stimmung.

Meine erste Arbeit war die Feststellung der Aufnahme, die der Kaiser in der Schweiz gefunden hatte. Die radikalen Blätter hatten

wohl einige Kritik an dem Einreisebeschluß des Bundesrates geübt, sich aber doch eines halbwegs anständigen Tones befleißigt, was im Hinblick auf die Persönlichkeit des Asylisten und die Zeit bemerkenswert war. Die liberale Presse hatte Zurückhaltung geübt, manchmal aber Worte der Anerkennung für das Wirken des Herrschers im Kriege gefunden. Die konservative Presse hatte den Kaiser mit schwungvollen Begrüßungsartikeln erfreut. Der offizielle Empfang war der Regenten erwiesenen Courtoisie nahegekommen. Der Bundespräsident Ador, eine sehr starke Persönlichkeit, hatte in der Unterhaltung mit dem Grafen Ledochowski sehr rücksichtsvoll und herzlich gesprochen. Mein Eindruck war der: Die Schweiz sah den Kaiser gerne innerhalb ihrer Grenzen; sie brachte ihm Sympathien entgegen wegen seiner pazifistischen und demokratischen Neigungen, dann aber auch als dem Repräsentanten einer Macht, an deren Wiederherstellung allen echten Eidgenossen sehr viel gelegen war und ist. Die internationale Stellung des Landes ist bis zum Jahre 1918 auf dem Gleichgewicht der vier Nachbarstaaten aufgebaut gewesen. Die Schweiz empfände es sehr unangenehm, wenn sie — nach dem Anschlusse Österreichs an Deutschland — an zwei Fronten von Deutschland umfangen wäre. Der Sieg des nationalen Gedankens, der sich in solchem Zusammenschlusse ausspräche, müßte zudem die Italiener ermutigen, ihre Einigungsbestrebungen auf Schweizer Boden zu erstrecken. Der Kampf gegen Österreich ist zu Ende. Die nächsten nationalen Ziele Italiens richten sich daher gegen die Schweiz und in weiterer Folge gegen Frankreich. —

Die Nachrichten aus Österreich und Ungarn waren in dieser Zeit nicht erfreulich. Dr. Renner hatte sich beeilt, die Landesverweisung der Habsburger gesetzlich regeln zu lassen. Am 27. März hatte er in der Nationalversammlung den betreffenden Gesetzentwurf eingebracht, am 2. April war dieser gegen den Widerspruch der Christlichsozialen angenommen worden. Nach diesem Gesetze wurden die Herrscherrechte und sonstigen Vorrechte des Hauses Habsburg-Lothringen aufgehoben. Der Träger der Krone und jene Mitglieder des Hauses, die nicht auf die Mitgliedschaft zu diesem Hause und auf alle aus ihr gefolgerten Herrschaftsansprüche verzichten und sich als getreue Staatsbürger der Republik bekennen wollten, wurden des Landes verwiesen. Hofärari-

sches und gebundenes Vermögen des Hauses verfiel dem Staate. Der „demokratische" Staat Deutschösterreich hatte die Bahn der Ausnahmegesetzgebung betreten, indem er die allgemeinen Grundrechte des Staatsbürgers in diesem Falle aufgehoben hatte. Das Gesetz war übrigens, was den Raubparagraphen anbetraf, so liederlich verfaßt, daß es den Protest der übrigen Sukzessionsstaaten herausforderte und nachträglich abgeändert werden mußte.

Ungarn war dem Bolschewismus verfallen. Am 20. März, 11 Uhr vormittags, war beim Grafen Károlyi der Chef der französischen Militärmission, Oberstleutnant Vyx, erschienen. Er hatte eine Note überreicht, mit der die Demarkationslinie zwischen Ungarn einerseits, der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien anderseits zum Nachteile Ungarns neu fixiert worden war. Graf Károlyi hatte diesen Anlaß benützt, um den Präsidentenstuhl zu verlassen, und eine sozialistisch-kommunistische Regierung wurde gebildet. —

Schloß Wartegg war niemals als Aufenthaltsort für die Dauer gedacht. Nach wenigen Wochen wurde dieser Séjour mit dem in Villa Prangins am Genfer See vertauscht. Hier formte der Kaiser sein politisches Zukunftsprogramm.

Kaiser und König Karl dachte damals an die Herstellung einer ausschließlich wirtschaftlichen Gemeinschaft der Völker an der mittleren Donau, einer Gemeinschaft, die allmählich aus innerer Notwendigkeit hervorgehen, niemals durch Zwang von oben neubegründet werden sollte. Der Monarch war überzeugt, daß die Länder, die einerseits Österreich, anderseits Ungarn ausgemacht hatten und im Dualismus verbunden waren, nicht vollkommen getrennt und im Gegensatze zueinander bleiben könnten, ohne schwere Einbuße an politischer Geltung, an Wohlstand, Kultur und sozialem Frieden zu erleiden. In einer Niederschrift entwickelte der Kaiser die Schäden des Zerfalles der Doppelmonarchie in so überzeugender Weise, daß ich es mir nicht versagen kann, einen Teil dieses Memorandums wiederzugeben. Der Kaiser schrieb:

> „... Der Raum beiderseits der mittleren Donau ist, seitdem Österreich-Ungarn verschwunden ist, nicht nur die Heimat schwer leidender, verzweifelter Menschen, sondern auch ein Hexenkessel, ein Gefahrenherd erster Ordnung.

Es konnte nicht anders kommen, denn die Desaggregation Österreich-Ungarns war eine Verletzung historischer, geographischer, ethnographischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rücksichten. Daß so viele staatsbildende Elemente dazu beigetragen haben, Österreich-Ungarn erstehen zu lassen und bis zum Gewaltstreich vom Herbste 1918 zu erhalten, erledigt die Fabel, Österreich-Ungarn sei lediglich das Kunstprodukt einer egoistischen habsburgischen Hauspolitik gewesen.

In dem Raume zwischen Tetschen und Budua, Bregenz und Czernowitz lebten und leben — an einem Orte in geschlossenen Massen, anderwärts bunt durcheinandergewürfelt — Deutsche, Magyaren, Tschechen, Slowaken, Polen, Ukrainer, Kroaten, Serben, Slowenen, Italiener, Rumänen, Ladiner, Türken, Armenier, Zigeuner und einige andere Volkssplitter. Keine dieser Nationen hat ein bestimmtes, von anderen Nationen gar nicht berührtes Siedlungsgebiet inne. Selbst inmitten der (ehemals österreichischen) Italiener, die sich im Süden an den konnationalen Einheitsstaat Italien anlehnten, und deren nördliche Sprachgrenze sich ziemlich scharf abhebt, gibt es fremde Sprachinseln, so die der Deutschen auf den Plateaux von Lavarone und Folgaria, im Noce-Tal, nordöstlich Trient und anderswo. Wahre Merkwürdigkeiten sind die deutschen Sprachinseln Iglau im Tschechischen, Bielitz im Polnischen, Kremnitz in Oberungarn, Gottschee inmitten slowenischen Siedlungsgebietes, die deutschen Kolonien in Galizien, die von Rumänen umgebenen Wohnstätten der Székler, der sogenannten Sachsen in Siebenbürgen, endlich der Südslawen, die in den westungarischen Komitaten ein umfriedetes Heim haben. Eine solche nationale Durchschichtung gestattet keine nationalstaatliche Abgrenzung ohne die Verletzung der nationalen Rechte ansehnlicher Minoritäten. Eine wirkliche, allgemeine Befriedigung des Rechtes auf nationales Eigenleben — aber auch nur dieses Rechtes — brächte lediglich die Atomisierung des alten Österreich-Ungarn, eine Atomisierung, die aus den schon erwähnten Sprachinseln ebensogut Staaten machte wie etwa aus Tschechisch-Sudetenland, Deutschösterreich und Magyarisch-Ungarn. Gewiß bedeutete das alte

Österreich-Ungarn, wie es im Innern konstruiert war, keine befriedigende und schon gar nicht die befriedigendste Lösung des nationalen Rechenexempels, das an der mittleren Donau gestellt ist. Ebensowenig aber d e r Zerfall Österreich-Ungarns, der anno 1918 arrangiert worden ist. Die Härten einer anationalen oder doch nicht ausgesprochen nationalen Staatenbildung, die sich aus der Verschichtung der Völker der alten Donaumonarchie immer ergeben müssen, erfuhren durch die Bildung gar nicht mehr aneinander gebundener, b l o ß s o g e n a n n t e r Nationalstaaten eher eine Verschärfung, und sie können nur dadurch gemildert werden, daß diese Sukzessionsstaaten wieder irgendwie zu einander geführt werden; fruchtbringende wirtschaftliche Gemeinschaft ließe die nationalen Gegensätze und die politischen Kämpfe in der Vergangenheit einigermaßen übersehen; jede nationale Minderheit — und wäre sie noch so klein — fände Konnationale im großen Verbande und schöpfte aus dieser völkischen Rückendeckung das Vertrauen und die Beruhigung, national nicht vergewaltigt werden zu können. Nun sind die ‚Nationalstaaten' einmal geschaffen. Manche kranken an dem österreichischen Übel, Vielvölkerstaaten zu sein und, darüber hinaus, an der nationalen Lüge. Was anderes als eine Lüge ist die ‚tschechoslowakische Nation', ist das ‚Brudervolk der Serben, Kroaten und Slowenen'? Nicht die Sprache allein ist es, die ein Volk macht. Die Nation hat auch noch andere Gemeinsamkeiten. Tschechen und Slowaken sind aber schon von der Natur durch die Gebirgsmauer der Karpathen getrennt. Die Donau-Zuflüsse der einen führen östlich, die der anderen westlich jenes Walles zum Strombette der Donau. Straßen, Eisenbahnen, Telegraphen-, Telephonlinien, Kanäle führen in der Direktion Wien für die Tschechen, Budapest für die meisten Slowaken. Es gibt nur wenige Transversallinien. Orographie und Hydrographie, daher auch Geschichte und Volkswirtschaft, ließen diese zwei Stämme ihre Gemeinschaft erst an der Donau finden, die sich — politisch — in der Donaudoppelmonarchie ausdrückte. Die Slowaken sind zudem treue Söhne der katholischen Kirche, die Tschechen vielfach von hussitischem

Geist erfüllt. Nicht anders steht es mit dem ‚Brudervolk' der Serben, Kroaten und Slowenen. Die Donau-Save-Linie hat die Serben von ihren südslawischen Vettern geschieden. Griffen die Serben — wie im Banat — nach dem Norden über, so gingen sie dem spezifischen Belgrader Gedanken verloren, während die Kroaten südlich der Save — in Bosnien — für Belgrad nicht gewonnen werden konnten. Die Serben sind starre Orthodoxe, die Kroaten und Slowenen positive Katholiken; jene bedienen sich der Cyrillika, diese der lateinischen Schrift. Der Kulturkreis der Kroaten und Slowenen ist der westliche, der der Serben der östliche. Wirtschaftsgüter haben Serben und Kroaten nicht auszutauschen; dies- und jenseits der Donau-Save-Linie gedeihen Mais und Zwetschgen, Schweine und Schafe. Wo Sehnsucht nach nationaler Vereinigung bestand — die Belgrader Kaffeehauspolitiker können in dieser Darstellung außer Betracht bleiben —, wurde die Union der südslawischen Stämme unter dem Schutze der Habsburger, nie aber unter Belgrader Führung in Betracht gezogen. Die erstere Lösung bedeutete die Befruchtung Serbiens durch die westliche Kultur, die letztere dagegen das Hinuntergleiten zweier hochentwickelter Stämme, der Kroaten und Slowenen, in die Niederungen mazedonischer Kulturhändel.

Die Unmöglichkeit, die an der mittleren Donau sich aufwerfende nationalkulturelle Frage im Wege der Bildung von voneinander g a n z unabhängigen Nationalstaaten zufriedenstellend zu lösen, dazu die europäische Bedeutung des Areals, das ehemals Österreich-Ungarn hieß, der große wirtschaftliche Gedanke, der von der Donau diktiert war, niemals aber strategische Momente, ließen Österreich-Ungarn mit Recht jahrhundertelang als eine europäische Notwendigkeit erscheinen.

Ein Verlust für ganz Europa ist es, daß die alte Wirtschaftsgemeinschaft an der Donau verlorengegangen ist, denn es konnte an ihre Stelle keine neue treten, und so existiert jetzt dort ein Vakuum. Es soll nicht behauptet werden, daß ein Flußsystem immer und überall staatenbildende und staatenerhaltende Kraft habe, nach einem Flußsystem baut sich aber, wenn die lebenswichtigen Teile eines solchen Systems

einmal zu einem Staate zusammengefaßt worden sind, ein Wirtschaftssystem auf, das die Frucht jahrhundertelanger Arbeit darstellt, also nie und nimmer von heute auf morgen ausgewechselt werden kann. Kapital ist in langer Zeit zusammengescharrt und in den Dienst einer bestimmten, organisierten Arbeit gestellt, ein Netz von Banken und industriellen Gesellschaften über die Rohstofflager- und Rohstoffverarbeitungsgebiete geflochten, Eisenbahnen, Straßen, Telegraphen und Telephon für sie und nach ihren Interessen eingerichtet worden. Dieses ungeheure, feinrädrige Werk, eine Voraussetzung, ein Gebot und eine Wirkung moderner Wirtschaft, niederreißen, heißt: eine Trümmerstätte schaffen."

Der Kaiser war sich aber anderseits darüber im klaren, daß der Zusammenschluß nur mehr in ganz neuer Form und, was die einzelnen Staaten anbetrifft, in den verschiedenartigsten Bindungen erfolgen könnte. Warum sollten — diese Frage warf sich immer wieder auf — zwei oder mehrere, dauernd aufeinander angewiesene Staaten nur durch ein staatsrechtliches Band aneinander gefesselt sein können? Der Kaiser führte oft aus, er könne sich sehr gut vorstellen, daß zwei Sukzessionsstaaten durch ein staatsrechtliches, zwei andere durch ein völkerrechtliches Band zusammengehalten wären. Er glaubte auch, daß die Sukzessionsstaaten nicht in ihrem heutigen Umfang in den neuen Verein eintreten müßten. Man dürfte sich nicht daran stoßen, daß ein solches Staatengebilde etwas apart wäre. Sonst müßte man sich eben auch an der Tatsache stoßen, daß auf dem Boden des alten Österreich-Ungarn ein beispiellos verworrenes Völkermosaik existiere, und diese Tatsache aus der Welt schaffen wollen.

Dem Kaiser war es klar, daß ein solcher Völkerbund nach außen niemals imperialistisch, sondern nur wirtschaftspolitisch wirken könnte. Das aber entsprach in hohem Maße seinen schon im Kriege bekundeten Neigungen und Überzeugungen.

Der Kaiser wünschte, demokratische Staaten zu regieren. Er anerkannte die wahren Errungenschaften der Revolution — es sind ihrer wenige — und war durchaus willens, sie den Völkern zu erhalten. In dem Maße aber, als er in einem Staate wieder an Macht gewonnen haben würde, hätte er seine Kraft gewiß zur

Reinigung des öffentlichen Lebens eingesetzt: die Unehrlichkeit, die Verschwendungssucht, der Wucher und ähnliche Erscheinungen der Revolution hätten in ihm einen kampflustigen Feind gesehen.

Der Kaiser war während des ganzen Jahres 1919 und noch bis ins Jahr 1920 hinein entschlossen, die Entwicklung, die ihn in irgendeinen Nachfolgestaat zurückführen konnte, nicht zu überstürzen. Als Prangins bezogen wurde, und noch lange nachher, war ja auch noch kein Friede geschlossen.

Sobald die Pariser Friedenskonferenz zu einem internen Ergebnis gekommen war, tat sich das Unheil Österreich-Ungarns kund. Der Kaiser hat seine Stimme zugunsten seiner alten Staaten vernehmen lassen, sie ist jedoch nicht gehört worden. Der Umsturz in Österreich und Ungarn hatte ihren westmächtlichen Freunden die Möglichkeit genommen, diese Staaten als politische Werte in die Friedensrechnung einzustellen. Die Fehler der neuen Machthaber haben ihr übriges getan, um tatbereite Sympathien für die unglücklichen Völker nicht aufkommen zu lassen und günstige Gelegenheiten zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu verschütten. Über das Schädliche der Politik der Anschlußdeklarationen ist bereits gesprochen worden. Die verfehlte Tiroler Politik verdient noch ein Wort. Der Staatskanzler und der Staatssekretär für Äußeres jener Zeit hatten kein Herz für ein Land, das nur wenige sozialdemokratische Wähler stellen konnte, das dem konservativen Gedanken huldigte. Besonders nahe ging es aber dem Kaiser, aus der Nähe beobachten zu können, wie schlecht die Interessen Tirols auch von Tirolern gewahrt wurden. Einzelne Tiroler gingen, als sie die Teilnahmslosigkeit Wiens gegenüber dem ihnen drohenden Schicksal erkannt hatten, so weit, Nordtirol den Italienern anzubieten, „um die Einheit des Landes aufrechtzuerhalten". Sie dachten nicht daran, daß Italien Nord- und Südtirol gewiß nicht vereinigt, sondern ganz verschieden behandelt haben würde. Dabei ist Tirol schon zu einer Zeit angeboten worden, als Italien noch nicht ganz sicher war, seine Aspirationen erfüllt zu sehen. Man erinnert sich noch, daß Wilson durchaus nicht alle italienischen Wünsche erfüllen wollte. Hat Wilson auch nur die Forderungen Italiens nach Fiume und Dalmatien ausdrücklich zurückgewiesen, so war Italien im April 1919 doch in

einen solchen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten geraten, daß Orlando entschlossen schien, die Erfüllung seiner Wünsche auf anderen als Pariser Wegen zu suchen. Das war ein Augenblick, in dem eine um Südtirol besorgte Regierung wenigstens einiges hätte erreichen können.

Ich führe es auf diese Krise der Pariser Konferenz zurück, daß im Mai 1919 Fühler aus Italien auch nach dem Kaiser ausgestreckt wurden. Es waren keine ministeriell verantwortlichen, aber immerhin politische Persönlichkeiten, die den Kaiser betreffs seiner Zukunftspläne und der Möglichkeit, sie mit den wirklichen oder vermeintlichen Interessen Italiens zu vergleichen, sondierten. Ich habe damals den Auftrag gehabt, der Mittelsperson unter anderem zu erklären: „Österreich-Ungarn hat Italien nicht den Krieg erklärt. Es war niemals Österreich-Ungarn, das Wünsche an Italien hatte, die nur mit den Waffen durchzusetzen gewesen wären. Die Bevölkerung Tirols hat aus ererbter Pflichttreue im Weltkriege ihre Schuldigkeit getan, ist aber von dem Weltkriege gar nicht erbaut gewesen. Tirols Wehrmacht war seit jeher auf die Landesverteidigung abgestellt. Der Kaiser ist nicht willens, über Abtretungen an Italien zu sprechen."

Der von der Entente geäußerte Wunsch, daß der letzte kaiserliche Ministerpräsident Dr. Lammasch der österreichischen Friedensdelegation zugeteilt werde, ließ den Kaiser hoffen, durch den in der ganzen Welt als Pazifist gewürdigten Gelehrten Vorteile für Österreich zu erlangen. Dr. Lammasch, der, ehe er nach Paris ging, in der Schweiz geweilt hatte, war vom Monarchen auf verschiedene, für Österreich besonders wichtige Fragen aufmerksam gemacht worden. Doch der Kaiser und Dr. Lammasch haben eine schwere Enttäuschung erlebt: niemand hat in Paris das Wort des Gelehrten zu vernehmen verlangt. Die äußere Politik Dr. Bauers hatte Frankreich zum individuellen Gegner Österreichs gemacht.

An den Kaiser ist, solange er in Prangins war, wiederholt die Versuchung herangetreten, die dynastische Frage im Zusammenhange mit der süddeutschen zu lösen. Einmal wurde vorgeschlagen, der Kaiser sollte sich im Interesse Österreichs an die Spitze der auf die Losreißung des deutschen Südens vom deutschen Norden abzielenden Bewegung stellen. Das andere Mal wurde dem Gedanken das Mäntelchen des Katholizismus umgehängt: Die Be-

gründung eines großen katholischen Staates sollte das Ziel sein. Die so sprachen, führten die zu gewärtigende Unterstützung Frankreichs und den Wunsch des Heiligen Stuhles ins Treffen, um den Monarchen für derlei Ideen zu gewinnen. Der Kaiser hat alle diese Zumutungen zurückgewiesen. Er stand auf dem Boden der Legitimität. Er strebte die Wiederherstellung seiner Rechte nur dort an, wo sich begründete Ansprüche erheben ließen. Er hielt es für fehlerhaft und unsittlich, die Rückkehr zum Throne dadurch erleichtern zu wollen, daß man dem Volke einen unrechtmäßigen Gewinn an Land versprach. An eine Unterstützung der Idee des katholischen süddeutschen Reiches durch den Papst hat der Monarch nicht geglaubt. Der Kaiser sagte sich übrigens auch, daß ein solches süddeutsches Reich eine sehr ephemere Erscheinung wäre. In den Gliedern des Deutschen Reiches ist der Glaube an die Notwendigkeit der Reichseinheit genügend verwurzelt, um eine dauernde oder auch nur längere Trennung von Nord und Süd zu verunmöglichen. Der Kampf gegen die Weimarer Verfassung ist in Villa Prangins nicht als ein Kampf gegen das Reich gedeutet worden.

Einige bayerische Royalisten hatten den Separatismus auf ihre Fahne geschrieben, den Franzosen das gefällige Bild eines selbständigen süddeutschen Staates gezeigt, um deren Unterstützung zu erreichen. Sie würden den Norden im geeigneten Momente gewiß dem Süden wiederangeschlossen haben. Die nicht ganz klaren, vor den Franzosen natürlich geheimgehaltenen Gedankengänge dieser Herren waren die folgenden: „Auch der noch widerstrebende nördliche Teil Bayerns wäre für eine Restauration zu gewinnen oder mit der Monarchie zu versöhnen, wenn ihm Bayern als ein Staat gezeigt werden könnte, der Einfluß hat auf die Gestaltung Mitteleuropas. In diesem Falle übte Bayern auch auf die süddeutschen Staaten einen ihm die Hegemonie sichernden Einfluß aus. Es müsse daher die Erkenntnis gefördert werden, daß Bayern das Kniegelenk zwischen Rhein- und Donaugebiet sei. Bayern müsse das Rheingebiet straffer an das Donauland anschließen. Bayern könne das, wenn es in einem dieser Gebiete die unbestritten herrschende Macht sei. Da das nicht a priori das Rheinland sein kann, habe Bayern zuerst einen größeren Teil der Donau beidufrig zu umfassen.“ Wie schon gesagt, die

Absichten jener Herren waren nicht sehr klar ausgedrückt. Sie ließen aber doch den Wunsch dieser Kreise erkennen, das Kronland Oberösterreich für Bayern zu annektieren, womit auch Tirol und Salzburg an das Wittelsbacher Reich gefallen wären. Diese Erwerbungen hätten Bayern ein solches Übergewicht im deutschen Süden gegeben, daß es ein Süddeutschland unter seiner Führung hätte aufrichten können. Die nächste Etappe sollte der Zusammenschluß mit dem Rhein-Weser-Raum des deutschen Nordens sein. Auf dieser Basis wollten manche ältere bayerische Royalisten einen Ausgleich zwischen Wittelsbacher und Habsburger Ansprüchen versuchen, ein Ausgleich, bei dem Habsburg der bescheidene Rest Österreichs und Ungarn unter der Voraussetzung eines österreichisch-ungarisch-großbayerischen Zollvereins überlassen worden wäre. Aber welchem Habsburger? In dieser Frage war man nicht einig. Hier und dort hätte man gerne den Erzherzog Joseph als ungarischen König gesehen. (Die Gemahlin des Erzherzogs ist eine geborene bayerische Prinzessin.) Die maßvolleren Elemente sagten sich aber doch, daß die Zerstückelung Österreichs u n d die Ausscheidung des legitimen Habsburgers aus allen Kombinationen eine zu starke Belastung eines „legitimistischen" Programms wäre. Diese Politiker fragten sich wohl auch, was nach einer Thronbesteigung Josephs in Budapest mit dem Reste Österreichs geschehen sollte. Erzherzog Joseph wäre in Wien nicht möglich. An eine Annexion Ganzösterreichs wurde aber nicht gedacht, weil ein Süddeutschland mit der Hauptstadt München kein Wien verträgt und schon gar kein Verlangen nach den niederösterreichischen und steirischen Sozialisten hat. Kronprinz Rupprecht hat Ideen, wie die dargelegten, gewiß nicht zu den seinigen gemacht. Einige seiner Anhänger hielten aber doch persönliche Verhandlungen über jene Konstruktion zwischen Kaiser Karl und Kronprinz Rupprecht für denkbar. Ob Kronprinz Rupprecht in dieser Hinsicht angegangen worden ist, weiß ich nicht. Den Kaiser hat man vor die Frage gestellt, ob er eine Aussprache mit dem bayerischen Thronanwärter wünsche. Die Antwort war klar und bestimmt. Eine p o l i t i s c h e Aussprache mit dem Kronprinzen sei nicht möglich und notwendig. Vor allem sei es nicht sicher, ob nicht (der damals noch lebende) König Ludwig seinen Thronverzicht als einen er-

preßten und daher ungültigen ansähe. Dann gäbe es keine politischen Differenzen zwischen Habsburg und Wittelsbach, Österreich und Bayern.

Der Kaiser beschränkte sich also auf die Verfolgung seiner legitimen Ansprüche und enthielt sich sorgfältig jeder Berührung und Zusammenarbeit mit den Monarchisten in anderen Staaten. Das hinderte ihn nicht, deren Arbeit sehr aufmerksam zu verfolgen. Alle in Prangins eingelaufenen Nachrichten ließen erkennen, daß die legitimistischen Parteien in Deutschland auf noch größere Schwierigkeiten stießen als die in Österreich. Vor allem hatte und hat das Reich keinen allgemein anerkannten Thronkandidaten. Dann stand und steht Deutschland noch mehr unter dem Drucke des Auslandes als Österreich und Ungarn. Während sich die politische Abhängigkeit Österreichs vom Auslande lediglich in der Unveräußerlichkeit seines staatlichen Eigenlebens ausspricht und aus seinen wirtschaftlichen Nöten hervorgeht, ist Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles einigermaßen unter die Souveränität der Reparationskommission geraten, und das für Jahrzehnte. Dazu trat der Gegensatz zwischen Nord und Süd, ein Gegensatz, der nach Ansicht des Kaisers wohl nicht das Reich sprengen, aber immerhin verhindern würde, daß das Reich sobald wieder eine monarchische Spitze bekäme. Denn vorerst müßte ja entschieden sein, ob das Kaiserreich von Berlin oder München aus geleitet werden sollte. Der Kaiser zweifelte nicht daran, daß die Führung dauernd den Preußen verbliebe. Gerade im nördlichen Deutschland ist aber das republikanische Bürgertum und das Proletariat am stärksten vertreten. Der Kaiser hat es nicht sehr tragisch genommen, daß die reichsdeutschen monarchistischen Parteien auch in Österreich Proselyten warben. Es schmerzte ihn aber als Soldaten, daß sich in die alldeutsch-antihabsburgische Bewegung auch einige k. u. k. Offiziere gestürzt hatten. Was die alte Armee anging, berührte den Monarchen sehr tief. Es kann aber gesagt werden, daß er besonders mit den maßgebenden älteren Offizieren mehr gute als schlechte Erfahrungen gemacht hat. Der Amnestieerlaß, das Oktobermanifest, die Prinz Sixtus-Affäre, die Erlässe gegen das Duell, die Aufhebung der letzten Körperstrafen hatten in der Offizierswelt böses Blut gemacht und ernste Vorstellungen mancher Führer

hervorgerufen. Diese Verstimmung hat aber auf die Treue der meisten Offiziere nicht abgefärbt. Als ein Beispiel für viele führe ich den seither verewigten Feldmarschall Baron Boroevic an, der dem regierenden Kaiser sooft in politischen und militärischen Dingen opponiert hatte. Der Monarch hatte in Prangins erfahren, daß der Feldmarschall in Not geraten war, und hatte geholfen. Das Dankschreiben Boroevic' enthüllte nicht nur die Gesinnung dieses Grenzers, sondern erzählte auch von einem typischen österreichischen Heldenschicksal. Es sei darum hierhergesetzt:

„Tief ergriffen von dem mir heute zugekommenen Allergnädigsten Handschreiben Euerer Majestät bitte ich alleruntertänigst, meinen ehrfurchtsvollsten, aus tiefstem Herzen kommenden Dank für diesen erneuerten Gnadenbeweis Allergnädigst genehmigen zu wollen. In trüber Zeit ist er ein Lichtstrahl in meinem Dasein, der mich neu belebte. Zeigt er mir doch, daß ich das unschätzbare Vertrauen Euerer Majestät genieße, und welches auch in Zukunft zu verdienen, der Leitstern meines Handelns sein wird.

Die durch die munifizente Widmung Euerer Majestät betätigte Allergnädigste Fürsorge löst nicht weniger meinen alleruntertänigsten Dank, aber auch das lebhafteste Bedauern aus, daß irgendwer, wenn auch in bester Absicht, Euere Majestät mit meinen materiellen Sorgen belästigte. Ich habe dieselben bisher für mich behalten und als eine Fügung des unerforschlichen Schicksals betrachtet, gegen welches zu murren ebenso vergebens als unchristlich wäre.

Wohl ist es wahr, daß der Nationalrat in Laibach, während ich noch in Udine war, mein auf der Bahn zurückrollendes Privatgepäck in Krain beschlagnahmte und selbst vor meinen Orden, meinem Marschallpatent, dem Privatgepäck meiner im Feldspital in Tarcento tätigen Frau nicht abstand. Der unendliche Schade ist nicht ersetzt. Auch ist es richtig, daß alle meine Friedens- und Kriegsersparnisse, die ich in Form von ungarischen Kriegsanleihen dem Vaterland zur Verfügung stellte, gesperrt, im Südslawen-Staate vielleicht wertlos sind und ebensowenig Zinsen tragen als die Kaution meiner Frau. Wenn ich hinzufüge, daß der Südslawen-Staat meine Bitte um

Ausfolgung meiner Pension bisher überhaupt nicht beantwortete, so habe ich das Bild meiner materiellen Situation erschöpft. Ich lebe seit der Demobilisierung zur Miete in zwei kleinen Zimmern eines Häuschens am Wörther See von meiner Theresien-Ordens-Pension und von Schulden und bin nicht in der Lage, meine seit Kriegsbeginn in Wien deponierte Einrichtung an mich zu ziehen und mich irgendwo definitiv niederzulassen.

Trotzdem blicke ich, von Jugend auf an Entbehrungen aller Art gewöhnt und von meiner braven Frau unterstützt, ungebrochen der Zukunft entgegen. Daran ändert auch die traurige Tatsache nichts, daß mir die Machthaber des Südslawen-Staates bisher nicht gestatteten, deren Gebiet zu betreten, weil ich deren wiederholte Zumutung, Ehre und Pflicht zu vergessen und meinem Eide untreu zu werden, entschieden zurückgewiesen habe. Ich habe bisher vergebens versucht, für die durch diese Zumutung mir angetane Schmach Satisfaktion zu erlangen.

All das tritt aber zurück gegen den einen, in mir bohrenden Schmerz: den Schmerz über das Schicksal Euerer Majestät!

Die Gnade und den Segen des Allmächtigen auf die geheiligte Person Euerer Majestät und die Allerhöchste Familie herabflehend, und Euere Majestät meiner felsenfesten Treue versichernd, zeichne ich mich als Euerer Majestät treugehorsamster

Klagenfurt, 4. April 1920. Boroevic, Fm.“

Mit großem Kummer verfolgte der Kaiser die Entwicklung der Dinge in seinem Königreiche Ungarn. Die Nachricht von dem Versinken Ungarns in der roten Flut hatte den König nach Wartegg geleitet.

Die neuen Machthaber Ungarns folgten dem von Lenin und Trotzky gegebenen Beispiel. Sie schenkten Ungarn die Segnungen des Terrors und des Kommunismus. Binnen wenigen Wochen verelendete das Reich St. Stephans. Anfangs April drangen zum Könige Gerüchte, daß Rumänien das rote Ungarn angreifen werde. Es ist nicht bekannt geworden, ob die Rumänen einen Auftrag der Entente hatten oder aus eigenem Antriebe handeln wollten.

Jedenfalls brach am 16. April die Offensive der Rumänen los, die sie bis an die Theiß führte. Diese Tatsache führte zu einer solchen Erschütterung des Sowjetregimes, daß Béla Kun bereit war, abzudanken. Am 2. Mai fand die historische Sitzung der Sowjets statt, nach der der Wiener außerordentliche Vertreter, Diener-Dénes, den Auftrag erhielt, den französischen Gesandten Allizé um freies Geleite für die Volkskommissäre zu bitten. Um 5 Uhr nachmittags meldete Diener-Dénes nach Budapest, daß die Entente das freie Geleite abgelehnt hätte. Diese Antwort veränderte die Lage. Nun beschloß der Arbeiterrat die Fortsetzung des Kampfes. Die Eifersucht der Nachbarn Ungarns gestattete Béla Kun, sich für den neuen Kampf vorzubereiten. Waren die Rumänen bei ihrem Vormarsch von den Tschechen nicht unterstützt worden, so ließen jetzt die Rumänen die angreifenden Tschechen im Stiche. Fünf Wochen später waren die angreifenden Tschechen fast aus der ganzen Slowakei vertrieben, und bei Bartfa war die frühere ungarische Grenze erreicht. Béla Kun verfügte aber am 25. Juni — unter dem Drucke Paris' — die Einstellung der Feindseligkeiten und räumte einen großen Teil des slowakischen Gebietes.

Die Situation der Roten hatte sich wohl auf dem Kriegsschauplatze gebessert, aber im Innern katastrophal verschlimmert. Die große Armee, die Béla Kun brauchte, um der Rumänen und Tschechen Herr zu werden, bestand nur mehr zum geringsten Teile aus kommunistisch gerichteten Soldaten; und die Arbeiter, vor allem die ausschlaggebenden Metallarbeiter, fielen von der Moskauer Idee ab.

Diese Entwicklung wurde in Villa Prangins seit einiger Zeit vorhergesehen. Schon am 28. Mai war dort ein Bericht eingelangt, der das nahe Ende des Bolschewismus in Ungarn verriet. Von einem in Ungarn weilenden aufmerksamen und fachkundigen Beobachter stammend, verdiente und fand er alle Beachtung. Er ist auch für die Geschichte der Sowjetherrschaft in Ungarn interessant:

> „Als zutreffendste Charakterisierung der Lage erscheint mir — begann der Berichterstatter —, was der Volkskommissär des Innern, Földes, einem seiner leitenden Beamten sagte: ‚Obzwar unsere militärische Situation eine günstige ist, erscheint unsere Lage der Außen- und Innenpolitik halber

als derart verzweifelt, daß wir unmöglich mit einer längeren als dreiwöchigen Lebensdauer rechnen können.'

Die militärische Lage der Bolschewiken erscheint, so unglaublich es auch klingt, zumindest für die nächste Gegenwart nicht als hoffnungslos. Die Rumänen sind an der mächtig angeschwollenen Theiß zum Stillstand gekommen, ihre mit nur zweieinhalb Divisionen geführte Offensive hat sich trotz der Minderwertigkeit der Roten Truppen erschöpft, für das weitere Vorgehen sind umfassende Vorbereitungen in der Etappe notwendig, die unzweifelhaft viel Zeit beanspruchen. Die tschechische Offensive bedeutet einen absoluten Mißerfolg für den Angreifer; das Mißlingen kann keinesfalls als ein Beweis für die Tüchtigkeit der Roten Truppen dienen, es spricht vielmehr für die Minderwertigkeit der tschechischen Kontingente. Der jüngst erfolgte Verlust von Fülek und Miskolcz bestätigt nur zu stark diese Beurteilung. Die übrigen Ententetruppen sind bisher völlig untätig gewesen; diese Untätigkeit hat es der Roten Armeeleitung ermöglicht, zeitweise ganze Gebiete von den eigenen Truppen zu entblößen und alles Verfügbare auf bedrohte Punkte, so z. B. auf Szolnok und Salgótarján zu konzentrieren.

Am 16. April begann der rumänische Vormarsch; er dauerte zwei Wochen lang, erreichte widerstandslos die Theiß, ohne daß nennenswerte Gefechte stattgefunden hätten; die ganze Operation setzte sich aus einer Reihe von Paniken bei den Roten Truppen zusammen. Sobald der Ruf ertönte: ‚Es kommen die Rumänen!' lief alles kopflos davon, ohne an irgendeine Überprüfung der Alarmnachrichten, geschweige denn an einen Widerstand zu denken. Resultat der rumänischen Operation war, daß die östlich der Theiß stehenden Kontingente mit insgesamt nur 3000 Feuergewehren das Westufer der Theiß am 1. Mai erreichten. Die Székler Division ging unter Befehl des Obersten Kratochwill zum Feinde über.

Die Rote Armeeleitung beurteilte an diesem Tage die Lage reif zur Kapitulation und ordnete am 2. Mai nachmittags tatsächlich die Waffenstreckung an.

Die überaus günstig verlaufende rumänische Offensive wurde weder von den Tschechen noch von den anderen

Ententetruppen in irgendeiner Weise unterstützt. Nur so war es möglich, daß Béla Kun, vom Stocken der rumänischen Offensive nächst Szolnok authentische Nachrichten erhaltend, in der äußerst stürmischen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates die allgemeine Mobilisierung des Proletariates durchsetzte und, die organisierten Arbeiter tatsächlich zum Waffendienste zwingend, die bereits angeordnete Kapitulation im letzten Augenblicke rückgängig machte.

Einige Tage darauf setzte die tschechische Offensive mit dem bekannt kläglichen Erfolge ein; sie hatte als einziges Resultat ein übermäßiges Anschwellen des Selbstvertrauens der Roten Heeresleitung zur Folge und wurde von den Roten zu politischen Propagandazwecken im größten Stile ausgenützt. Charakteristisch für den Mangel jeder Zusammenarbeit war die absolute Untätigkeit der Rumänen und Franzosen während der Offensive der Tschechen.

Ist somit die militärische Lage Sowjetungarns auch noch nicht als rosig zu bezeichnen, so ist sie doch gegenüber der am 1. Mai als gebessert anzusehen.

Die Feuergewehrstärke der Roten Armee dürfte 15 000 nicht überschreiten, der Verpflegsstand beträgt hingegen etwas über 100 000; die Geschützzahl kann mit etwas über 80, die Anzahl der in der Front befindlichen Maschinengewehre mit 400 angegeben werden. Die sehr geringe Feuergewehrzahl ist aus dem großen Materialverlust bei der rumänischen Offensive erklärlich. Von den Feuergewehren wurden dabei kaum nennenswerte Mengen auf das Westufer der Theiß gebracht.

Den Kampfwert der Roten Truppen muß ich als sehr gering bezeichnen. Diese schlechtausgerüsteten, indisziplinierten Truppen werden keinem ernsten Angriff widerstehen können. Die zum größten Teile zwangsweise eingereihten Offiziere, denen keine Demütigung erspart blieb, werden jede Gelegenheit zum Desertieren benützen. Es kann jedoch nicht geleugnet werden, daß die Rote Heeresleitung die seit dem 1. Mai verstrichene Zeit tüchtig auszunützen verstand. Die Disziplin wurde mit allen, auch terroristischen Mitteln halbwegs hergestellt; sämtliche Verfügungen des alten Dienst-

reglements sind wieder in Geltung; das System der Vertrauensmänner ist abgeschafft, Gehorsamsverweigerung wird mit dem sofortigen Niedermachen bestraft, die Distinktionen für Kommandanten sind wiedereingeführt.

Die Ausrüstung ist auch so gut wie möglich ergänzt. Deutschösterreich soll für Lebensmittel einiges geleistet haben. Jedenfalls bildet eine von Deutschösterreich erworbene 30,5 cm-Mörserbatterie und eine Luftfahrzeugabwehr-Kanonenbatterie den Stolz der Sowjetartillerie.

Mit 15. April wurden alle früheren Berufsoffiziere, gleichgültig ob aktiv, im Ruhestands- oder im Verhältnis zur Disposition, unter Androhung der Aburteilung durch die Revolutionsgerichte zum Eintritte in die Rote Armee gepreßt. Von den so eingereihten Offizieren soll bereits mehr als die Hälfte den Anschluß an die Székler Division des Obersten Kratochwill gefunden haben. Ich glaube hoch zu greifen, wenn ich 1% der eingeteilten Offiziere als der Sowjetidee ergeben bezeichne.

Wenn man sich der inneren Politik zuwendet, wird das Situationsbild für die Bolschewisten bedeutend düsterer.

Als erste und schwierigste Frage stellt sich die der Ernährung von Budapest dar. Die Stadt, welche gegenwärtig nahezu eineinhalb Millionen Einwohner zählt, ist fast völlig ausgehungert. Mehl und Gemüse sind noch vorhanden, dagegen fehlen Fleisch, Fett, Zucker und Salz sozusagen gänzlich. Die Budapester Bevölkerung, welche die Ernährungsschwierigkeiten bis Mitte März 1919 nur zufolge der Preissteigerungen kannte, leidet gegenwärtig die bitterste Not, die um so schmerzlicher wirkt, als sie ganz unvermittelt hereinbrach. Die Landbevölkerung verhält sich gegen jede Lebensmittelforderung ablehnend, die meisten Komitatsdirektorien haben Ausfuhrverbote erlassen, deren Aufhebung die Rote Regierung bisher nicht erzwingen konnte.

Die zweite Schwierigkeit stellt sich im Geldwesen ein. Hartgeld sowie die blauen Noten der österreichisch-ungarischen Bank sind verschwunden, sie wurden vom Bauern, Arbeiter und Kleinbürger versteckt und kommen nicht mehr zum Vorschein. Alle Staatszahlungen werden nun mit den in

Budapest erzeugten, halbseitig bedruckten 200- und 25-Kronen-Noten geleistet; diese wurden jedoch von der österreichisch-ungarischen Bank als Falsifikate erklärt. Der Arbeiter will nun diese Banknoten nicht mehr annehmen. Bei der am 17. Mai erfolgten Wochenlohnauszahlung stellten sich bereits Schwierigkeiten ein; die Arbeiter wollten die früher bezeichneten Noten nicht an Zahlungsstatt annehmen. Man erwartet neue Schwierigkeiten für den 24. Mai.

Große Unzufriedenheit verursacht auch der in den Kaufläden herrschende totale Warenmangel. Die Sowjetregierung verteilte nämlich im Laufe des Monats April alle in den Budapester Läden vorhanden gewesenen Waren zum Friedensanschaffungspreise an die Mitglieder der Fachgenossenschaften. Die Waren gelangten jedoch nicht in die Hände der Arbeiterschaft, sondern in jene der kleinen Juden, welche, diese Konjunktur erwartend, sich zeitgerecht in irgendeine Fachgenossenschaft aufnehmen ließen. Angesichts der geleerten Kaufläden und der Unmöglichkeit der Wareneinfuhr wird die Stimmung der Arbeiter immer gereizter, sie erklären offen, nichts von ihren gegenwärtig so hohen Löhnen zu haben, wenn sie für ihr Geld weder Nahrung noch Bekleidung erhalten können. ‚Mit Kinovorstellungen und Reden wird man nicht satt', hört man zu jeder Zeit. So hat die Finanzpolitik der Sowjetregierung einen totalen Schiffbruch erlitten. Trotzdem der Arbeiter, der auch zur Roten Armee eingetreten ist, ein Monatsgehalt von 3000 Kronen erhält, ist er unzufrieden, er sehnt sich nach den Zeiten, wo er bei einem Taglohn von 6 Kronen besser leben konnte als heute mit 100 Kronen. Sämtliche Industriebetriebe mit Ausnahme der Beleuchtungs- und Wasserleitungswerke sowie der Waffen- und Munitionsfabriken stehen still, es muß aber überall den Angestellten der volle Lohn entrichtet werden. Durch diesen bereits acht Wochen dauernden Vorgang verfügen die Industrieunternehmungen kaum mehr über ein nennenswertes Kapital.

Die starken Krisen im Innern blieben nicht ohne Einfluß auf das Verhalten der Regierung. Ein sukzessives Abschwenken von der reinen bolschewistischen Lehre ist wahrnehmbar; die Herstellung der Religionsfreiheit, die Belassung der

Grundwirtschaften bis zu 100 Joch im Eigenbesitz, die Versprechung der Steuerfreiheit für bäuerliche Landwirtschaftsbetriebe sprechen genügend zur Illustrierung der Schwenkung.

Die anfänglich massenhaften Verhaftungen wurden reduziert, zahlreiche Häftlinge auf freien Fuß gesetzt. Gegenwärtig sind teilweise im Sammelgefängnis zu Budapest, teilweise im Strafhause zu Rakos-Palota beziehungsweise im Pajor-Sanatorium zu Budapest zirka 160 Personen inhaftiert.

Nebst den inneren Schwierigkeiten bildet die äußere Situation eine vielleicht noch bedeutendere Verlegenheit der Roten. Die Sowjetregierung wurde bisher von keiner Ententemacht anerkannt. Es wimmelt zwar zeitweise von Ententekommissionen in Budapest, und eine ziemlich zahlreiche im Hotel Ritz etablierte italienische Mission scheint starke Beziehungen zur Roten Regierung zu unterhalten, von einer formellen Anerkennung kann aber keine Rede sein, es haben vielmehr die verschiedenen Ententevertreter in einer unzweideutigen Form erklärt, daß sie das ehetunlichste Verschwinden der kommunistischen Regierung fordern. Auffallend ist übrigens der Mangel an Gleichmäßigkeit beim Vorgehen der diplomatischen Vertreter der Entente, jeder arbeitet auf eigene Rechnung und intrigiert im geheimen gegen die Verbündeten. Als hervorragendster der in Budapest tätigen Ententevertreter muß entschieden der englische Major Fryman bezeichnet werden, der es musterhaft verstand, die gegen die Sowjetregierung sich ansammelnde Entrüstung für eine anglophile Stimmungsmache auszunützen.

Man kann wohl sagen, daß in Ungarn die Sowjetregierung alle Popularität verloren hat. Bürger und Bauer verabscheuten sie vom Anfange an, der Arbeiter beginnt auch, sich von ihr abzuwenden. Die rasch einander folgenden Ereignisse werden den Umsturz bald herbeiführen, kommt dieser nicht durch äußeren Druck, so ist der innere Zusammenbruch unvermeidlich. Unzweifelhaft ist es jedoch, daß die kommende Regierung nur Trümmer vorfinden wird."

Wie auch dieser Bericht erkennen läßt, war die Räteregierung trotz ihren nicht ganz erfolglosen militärischen Anstrengungen

einem neuen Angriffe nicht mehr gewachsen, denn die Not hatte ihr die Arbeiterschaft entfremdet, die Kriegsopfer die Frauen gegen sie aufgebracht. Béla Kun mußte aber seine Soldaten noch einmal gegen die Rumänen schicken. Er bedurfte des reichen Tieflandes jenseits der Theiß, um aus ihm die Hauptstadt versorgen zu können. Die neue Offensive wurde aber nur mehr mit einem Bruchteil der alten Armee angetreten, mußten doch die besten Truppen in dem unruhig gewordenen Budapest zurückgehalten werden! Die meisten Offiziere und auch schon viele Mannschaften waren von gegenrevolutionärem Geiste erfüllt. Niemand versprach sich etwas von dem neuen Kampfe. — Graf Károlyi begab sich einige Tage vor diesem Vormarsch von Budapest über Wien nach Prag. — Am 20. Juli überschritten die Spitzen der Roten Armee die Theiß, wenige Tage später flutete sie auf Budapest zurück. Am 1. August fand eine Sitzung der Räteregierung statt, am Nachmittag beriet der Arbeiterrat. Béla Kun gab den Entschluß der Räteregierung bekannt, zurückzutreten.

Unter dem Vorsitze Peidls bildete sich ein neues, rein sozialistisches Kabinett.

Drei Tage später zogen die rumänischen Truppen in Ungarns Hauptstadt ein.

Peidl wurde gestürzt. — Es kam Erzherzog Joseph.

In Kroatien hatten indessen die Dinge folgenden Verlauf genommen: Mit dem Beschluß des kroatischen Landtages vom 29. Oktober 1918 war deklariert worden, daß Kroatien, Slawonien und Dalmatien mit Fiume und der Murinsel einen selbständigen Staat bilden sollten. Die oberste Staatsgewalt war ohne das Recht der Weiterübertragung dem Nationalrat übergeben worden. Es war weiter ausgesprochen worden, daß der neue kroatische Staat nur in eine solche Gemeinschaft eintreten wolle, in der die gesetzgebende Versammlung die staatliche Form frei bestimmen könne und in der es für die Kroaten keine Majorisierung gebe. In Überschreitung der ihnen übertragenen Gewalten boten acht Mitglieder des nationalrätlichen Zentralausschusses am 1. Dezember 1918 dem Prinzregenten von Serbien die Herrschaft auch über das neue Kroatien an. Der Prinzregent beeilte sich, die Übernahme der Herrschaft zu proklamieren. Die besten Männer Kroatiens erklär-

ten sofort und besonders ausführlich in einer im April 1919 an die Pariser Friedenskonferenz gerichteten Petition, daß das kroatische Volk niemals angestrebt habe, unter die serbische Herrschaft zu kommen, und protestierten in der Folge immer wieder gegen die dem Lande widerfahrene Vergewaltigung. Speziell der Bauernführer Radic, der rasch an Anhang gewann, setzte dem zentralistischen Belgrader Programm die Idee einer neutralen kroatischen Bauernrepublik entgegen; er sah in dem Prinzen Alexander nur den Prinzregenten von Serbien und machte dem Verfassungswerke für den Staat der Serben, Kroaten und Slowenen Opposition. Wenn diese Bewegung sehr rasch den größten Teil des kroatischen Volkes ergriff, so dürfen sich diesen „Erfolg" die Serben zuschreiben; sie taten alles, um das serbische Regime dem kroatischen Volke verhaßt zu machen. Am 11. Februar legten bereits 48 kroatische Abgeordnete dem Prinzen die Beschwerden ihres Volkes vor; sie forderten, daß er die Bildung einer kroatischen Bauernrepublik zulasse und nicht gestatte, daß dieses Werk mit den Gewaltmitteln seiner serbischen Regierung gestört werde.

Die wirklichen Absichten Radic' sind dem Kaiser nicht bekanntgeworden. Der Bauernführer hat keine Beziehungen zu Villa Prangins unterhalten. Die Kroaten jedoch, die mündlich und schriftlich mit dem Kaiser verkehrten, betonten, daß das Volk die Erinnerung an ihn bewahre und die Wiedereinsetzung des legitimen kroatischen Königs das Endziel ihrer Politik sei.

Der Kaiser hatte aber, was seine dynastischen Wünsche anbetraf, Zeit. Er glaubte, daß der Dynastie noch eine Zukunft beschieden sei, und da er die Zukunft seines Hauses der eigenen Zukunft voranstellte, konnte er sich selbst mit dem Gedanken abfinden, daß e i n Habsburger das verletzte Recht wiederherstellen würde; natürlich der jeweils legitime Kandidat. Kaiser Karl war anderseits überzeugt, daß nur die Wiederherstellung der legitimen Gewalten den vom Umsturz heimgesuchten Ländern den innern und äußern Frieden gäben, und n u r aus diesem Gesichtspunkte war er besorgt, die f r ü h e s t e Möglichkeit zur Wiederherstellung seiner Macht nicht zu versäumen. Im Jahre 1919 hat aber diese Sorge keine Ungeduld ausgelöst. Von seinem Wollen unabhängige Vorgänge haben im Jahre 1920 diese Ungeduld gebracht. Sie hat den Kaiser ins Elend geführt.

KAISER KARL
UND DIE DEUTSCHEN

Südtirol und Elsaß-Lothringen. — Erzherzog Karls Mission in Pleß. — Verdun und Folgaria. — General von Seeckt. — Falkenhayns Geschichtsschreibung. — Österreichisch-deutscher Offiziersaustausch. — Aus einem Briefe des Kaisers. — Unterseebootkrieg. — Admiral Holtzendorff als Gast. — Die Revolutionierung der Russen. — Die beiden Kaiser. — Kriegsursache und Kriegsziel. — Grenzen der Bündnispflicht. — Bismarcks Zeugnis.

Die aktive Restaurationspolitik, die der Kaiser nach seiner Vertreibung aus Österreich gemacht hat, ist nur zu oft als eine Folge deutschfeindlicher, franzosenfreundlicher Stimmungen des Monarchen beurteilt worden. Und diese Neigungen sollten nicht dem Geistes- und Gefühlsleben des Habsburgers eigentümlich, sondern ihm von Bourbonen eingegeben worden sein. Man gelangt also nur dann zu einer richtigen Einschätzung dieser Politik, wenn man das Verhältnis des Kaisers Karl zu seinen deutschen Kriegspartnern, seine intellektuelle und moralische Eigenart, dann die seiner Umgebung und seiner Ratgeber kennt.

Der Kaiser war bis zum Kriege bloß Offizier und hat nicht daran gedacht, schon bald ein mächtiges Staatengebilde regieren zu sollen. Von keinem Eindruck, den er vor dem Jahre 1914 empfangen hat, kann gesagt werden, daß er noch im Herrscherleben Karls zu verfolgende Spuren hinterlassen habe. Der Weltkrieg hat eine Zäsur im Leben dieses Fürsten bedeutet. Sein letzter Anlaß rückte den 27jährigen Erzherzog Karl dem Throne eines Greises nahe. Was diesen Thron, was die in seinem Schutze gestandenen Staaten anbetraf, berührte den Jüngling mit einem Male außerordentlich stark. Bei ihm waren die Eindrücke um so tiefer, als er noch in den Jahren gesteigerter Empfänglichkeit stand. Aber der Kaiser hatte ein besseres Erinnerungsvermögen für ihm geleistete Dienste als für ihm widerfahrene Unbill. Das hat ihn bis an sein frühes Lebensende gehindert, Feind einer Person, Feind eines Volkes zu sein.

So hat Kaiser Karl an den guten Willen Wilhelms II. geglaubt, die Organisationskraft des Reiches und die gigantischen Leistungen seines Heeres und Volkes anerkannt. Die Differenzen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland sind dem Kaiser nicht wegen des Konfliktes zwischen den Personen, sondern wegen des Gegensatzes in der Sache selbst nahegegangen.

Der Thronfolger hat schon frühe diesen Gegensatz kennengelernt. Die deutsche Regierung hat in der italienischen Frage fast

immer einen von dem unsern abweichenden Standpunkt eingenommen. Unvertraut mit der österreichischen Volksseele, hat man in Berlin die Opfer geringgeschätzt, die uns Italien für seine zweifelhafte eventuelle Neutralität zumutete. Die Berliner Politik hat den Quirinal ermutigt, seine gekünstelte Interpretation des Dreibundvertrages mit großer Hartnäckigkeit gegen uns zu vertreten. Der deutschen Empfindlichkeit wegen Elsaß-Lothringens stand unsere Empfindlichkeit wegen Tirols gegenüber. Und doch mußten wir uns, von Berlin gedrängt, anfangs 1915 auf die schiefe Bahn der Kompensationen begeben, die auf unserm Boden — in Tirol und an der Adria — gefunden werden sollten. Gerade diese leidige Frage war es nun, die Kaiser Franz Joseph bestimmte, das Ansehen des Thronfolgers gegen das Gewicht der deutschen Staatsmänner einzusetzen. Kaiser Karl hat mir oft erzählt, daß es ihm wehe getan habe zu erfahren, wie wenig man im Deutschen Hauptquartier die Bedeutung dieser Frage für uns gewürdigt habe. General von Falkenhayn war in der Unterredung mit dem Thronfolger so weit gegangen zu sagen, daß es wohl selbstverständlich sei, Südtirol zu opfern, wenn dadurch der Krieg mit Italien vermieden werden könne. Erzherzog Karl hatte erwidert, daß er dann nicht begreife, warum Deutschland nicht schon lange auf Elsaß-Lothringen verzichtet habe; Frankreich sei der mächtigere Gegner, ihn aus dem Spiele zu halten, wäre daher ungleich wichtiger gewesen, als Italien freundlich zu stimmen; dabei komme noch in Betracht, daß Frankreich dann wahrscheinlich Deutschland in Ruhe und Frieden gelassen hätte, während Italien durch das „kleine“ Tiroler Opfer gewiß nicht zufriedengestellt sein werde; dem römischen Kabinett handle es sich um die Verdrängung Österreich-Ungarns aus der Adria und überhaupt um das Ende der Doppelmonarchie.

Der Thronfolger hatte im Frühjahr 1916 das Glück, mit dem seiner Führung anvertrauten XX. Korps Siege gegen Italien zu erringen. Und dennoch mußte er Ende Juni zurückgehen, weil Teile der österreichisch-ungarischen Armee bei Luck gegen die Russen versagt hatten. Deutschland und Österreich-Ungarn waren getrennt marschiert. Verdun hatte nicht genommen, die gegen Italien gewonnenen Erfolge hatten nicht ausgewertet werden können, weil Deutschland und Österreich-Ungarn verschiedenen

operativen Zielen nachgejagt hatten, wobei das Ziel der k. u. k. Armee das aussichtsreichere gewesen war. Die Folgen dieses Unglücks, das nicht allein die Nervenschwäche von einigen Regimentern und die geringere Eignung der örtlichen Führer, Erzherzog Joseph Ferdinand und Linsingen, sondern auch der Eigensinn Falkenhayns verschuldet hatte, sollte der Thronfolger persönlich zu fühlen bekommen. Um den 1. Juli erhielt er — der siegreiche Korpsführer — die Verständigung, daß er zum Kommandanten einer in Ostgalizien neu aufzustellenden 12. Armee ernannt und daß ihm als Generalstabschef der deutsche General von Seeckt beigegeben worden sei. Es war ein Mißgriff, gerade den Thronfolger zum Opfer eines Entschlusses zu machen, der wie eine Anerkennung des gegen Österreich-Ungarn erhobenen Vorwurfes aussah, nicht führen und kämpfen zu können. Herr von Seeckt hat seine Aufgabe unter anderm auch dahin aufgefaßt, den Thronerben der verbündeten Doppelmonarchie mit dem Wesen der deutschen Armee und der Deutschen im allgemeinen vertraut zu machen. General von Seeckt ist ein Herr. Die Erfüllung der eben definierten Aufgabe ist ihm aber durch die weniger einnehmende Art einiger deutscher Unterbefehlshaber und durch die operative Lage erschwert worden; das Kommando des Erzherzogs Karl war den ganzen Sommer hindurch mit der oft sehr großen Sorge um das Halten der Front gegen den Ansturm Brussilows belastet. Der Ausklang der Periode gemeinsamen Wirkens war doch der des Sieges über die Rumänen. Aber auch diese Freude sollte eine von deutscher Seite nicht ungetrübte bleiben. General von Falkenhayn hat allen, die über den Feldzug gegen Rumänien schreiben wollen, das Beispiel gegeben, wie man den Anteil des Bundesgenossen an einem gemeinsamen kriegerischen Unternehmen entstellt oder totschweigt. Es würde den großen Verdiensten des Generals um die Führung der 9. Armee keinen Abbruch getan haben, wenn er die geringeren Verdienste des ihm vorgesetzten Heeresfrontkommandos anerkannt hätte.

In die Zeit der Zusammenspannung des Thronfolgers mit dem preußischen General reicht der deutsche Gedanke einer Österreich-Ungarn aufzudrängenden Militärkonvention zurück. Die k. u. k. Armee konnte von der deutschen vieles lernen. Der Lehr- und Lernerfolg wäre aber ein unverhältnismäßig größerer ge-

wesen, wenn die Deutschen den Grundsatz der Pädagogik beachtet hätten, daß der Lehrer seinen Schüler kennen und seiner Eigenart liebevoll Rechnung tragen muß. Der Grundsatz ist den deutschen Offizieren nicht unbekannt. Das Verhängnis war aber, daß zwischen der Theorie und der Praxis eine breite Kluft klaffte. Die Deutschen wußten, daß Österreich-Ungarn ein Vielvölkerstaat war, in dem die Deutschen, Magyaren und Kroaten ihre Pflicht taten, weniger die Polen und noch weniger die Tschechen und Italiener. Sie wußten auch, daß das verfassungsrechtlich komplizierte Gebäude Österreich-Ungarn naturgemäß eine komplizierte, folglich schwerfällige Verwaltung hatte. Sie wußten weiter, daß sich in einem Kriege die alteingelebten Verfassungs- und Verwaltungskonstruktionen nicht von heute auf morgen über den Haufen werfen lassen. Sie wußten das so sehr, daß sie sich zum Beispiel scheuten, den Preußen ein erweitertes Wahlrecht zu geben, solange der Krieg tobte. Und doch forcierten sie den Versuch, Österreich-Ungarn und in ihm die k. u. k. Armee in geistiger und moralischer Beziehung zu uniformieren! Als ein Mittel erschien ihnen der Offiziersaustausch. Er war gedankenlos geplant und gedankenlos durchgeführt. Die deutschen Regimenter Österreichs bedurften keiner reichsdeutschen Offiziere, um sterben zu lernen. Die anderen Regimenter hatten aber keinen Vorteil von der Lehrtätigkeit der deutschen Offiziere, denn sie wurden — nicht verstanden. Diesen sachlichen Einwand haben österreichisch-ungarische Offiziere wiederholt rechtzeitig erhoben. Sie sind nicht gehört worden. Unter ihnen befand sich der Thronfolger, der sich auch noch als Kaiser gegen die verfehlte Idee zu wehren hatte. In einem mir am 14. Mai 1917 diktierten Schreiben des Kaisers an den Grafen Czernin heißt es über jene Periode:

„... Dann kam die traurige Periode des gegenseitigen Austausches der Offiziere, der nebenbei bemerkt auch ein aufgelegter Unsinn ist. Wie soll ein preußischer Hauptmann ein böhmisches Bataillon in einem Augenblick begeistern, wo es gilt, vom Manne das Höchste, den Einsatz seines Lebens zu verlangen?“

Während der Regierungszeit Karls I. häuften sich die Unstimmigkeiten.

Ein charakteristischer Fall war der des Unterseebootkrieges. Die deutsche Oberste Heeresleitung forderte ihn auf Grund der Rechnung, daß mit Hilfe dieses Kriegsmittels England bestimmt binnen weniger Monate auf die Knie gezwungen werden würde. Führende deutsche Persönlichkeiten haben eingewendet, daß die Heeresleitung die Fähigkeit Englands, sich einzuschränken, neutralen Schiffsraum zu gewinnen, neue Schiffe und Abwehrmittel zu bauen, unterschätze; sollte aber England nicht in kurzer Zeit niedergeschlagen werden können, so wäre mit dem Eingreifen amerikanischer Truppen als Folge des Unterseebootkrieges zu rechnen. Der deutsche Reichskanzler war so sehr gegen diese Kriegsart, daß er seinen Rücktritt erwog. Er ist zum Bleiben unter Anrufung seines Patriotismus bewogen worden: Der Unterseebootkrieg sei beschlossen; er werde geführt werden, gleichgültig, ob der Reichskanzler gehe oder bleibe; sein Gehen würde aber die Bundesgenossen in ihrem Widerstande gegen den deutschen Plan ermutigen und in dieser Frage möglicherweise von Deutschland trennen. Kaiser Karl glaubte nicht an den feldzugentscheidenden Erfolg des submarinen Krieges. Um die Österreicher zu bekehren, wurde Admiral von Holtzendorff nach Wien geschickt. Am 20. Januar 1917 war er Gast des Kaiserpaares. Der Admiral verfocht seinen Plan, indem er, bei Tisch, die Kaiserin unhöflich behandelte: „Ich weiß schon, Sie sind die Gegnerin des Unterseebootkrieges; Sie sind überhaupt gegen den Krieg." Das ruhige „Ich bin gegen den Krieg wie jede Frau, die die Menschen lieber in Freude als im Leide sieht", entwaffnete Holtzendorff nicht. „Ach was leiden," polterte er, „ich arbeite am leichtesten, wenn ich einen leeren Magen habe; da heißt es dann, den Riemen fester schnüren und durchhalten." Ein „Ich liebe es nicht, vom Durchhalten sprechen zu hören, wenn man an einer vollbesetzten Tafel sitzt", bereitete der unerquicklichen Szene ein Ende. — Kaiser Karl hat trotzdem schließlich dem Unterseebootkrieg zugestimmt, aus dem sachlichen Grunde, weil die Teilnahme unserer wenigen U-Boote keinen größeren Anteil an dieser Kriegführung als die nicht verweigerbare Überlassung von Häfen an deutsche Boote bedeutete.

Eine andere Meinungsverschiedenheit, in der die Zeit dem Kaiser recht gegeben hat, war die wegen der Absicht der deutschen Obersten Heeresleitung, die russische Front zu revolutionieren.

General von Ludendorff will, wie ich weiß, an diesen „unglücklichsten Entschluß“ nicht mehr erinnert werden. Das genügt mir. Der Kaiser hat den Entschluß für unselig gehalten, als er noch in Erwägung stand.

Gerade die Verschiedenheit der Auffassungen der verbündeten Heeresleitungen und Regierungen hat Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm am häufigsten zusammengeführt. Und auch durch die brieflichen Beziehungen der beiden Monarchen klang öfter die Uneinigkeit als die Gleichheit der Gedanken. Die Dokumente verschiedener Auffassung häuften sich gegen das Kriegsende. Die Achtung für Kaiser Wilhelm hat darunter nicht gelitten. Der Kaiser und König sah in dem deutschen Souverän den älteren Freund. Er würdigte den Ernst der Lebensauffassung des Bundesgenossen und seinen Willen, alles zum Besten seines Volkes zu tun. Kaiser Karl hat mit dem Deutschen Kaiser leicht und gerne gesprochen. Er war überzeugt, bei ihm am ehesten auf Verständnis für die Notwendigkeiten Österreich-Ungarns zu stoßen, und er war auch gewiß, daß der Deutsche Kaiser den Krieg am liebsten schon beendet sähe. Daher die häufige Bemühung um des Kaisers Seele, wenn die deutsche Heeresleitung diejenige der deutschen Regierung bereits eingefangen hatte. Kaiser Karl begriff auch, daß Kaiser Wilhelm sich vor allem auf die Auffassung und den Rat seiner verantwortlichen Ratgeber stützte, er bedauerte es aber, daß diese Ratgeber schlecht waren. Kaiser Karl hat ein ungünstiges Urteil über diese Ratgeber nicht etwa in dem Sinne gehabt, daß er ihnen Patriotismus, Ehrlichkeit, Gesinnungstreue oder die spezielle fachliche Eignung bestritten hätte. Er vermißte aber bei so manchem von ihnen die wünschenswerte Bescheidung auf den eigenen Wirkungskreis, bei andern, politisch verantwortlichen Männern die Energie, sich durchzusetzen. Kaiser Wilhelm erschien ihm schlecht, einseitig informiert. In dem von mir schon erwähnten Kaiserbrief heißt es auch: „Ich bin überzeugt von der Loyalität des Kaisers Wilhelm, er meint es nach seiner Art sehr gut mit uns, aber seine Ratgeber — und man weiß, was die für einen Einfluß auf ihn haben!“ Die Hoffnung auf den Deutschen Kaiser ließ Kaiser Karl sich immer wieder zu dem verbündeten Monarchen und — von einer Enttäuschung zur andern flüchten. Hatte er am Vormittag zu seinem Freunde gesprochen, so vernahm er am

Nachmittage aus seinem Freunde die Stimme seiner Ratgeber, denen Kaiser Karl nicht das gleiche Vertrauen entgegengebracht hat wie Kaiser Wilhelm. Jener sah voraus, daß die vom Obersten Kriegsherrn Deutschlands nicht gebrochene Unnachgiebigkeit der Heeresleitung das Reich nicht rechtzeitig werde zum Frieden kommen lassen, und fürchtete, daß der daraus zu gewärtigende Zusammenbruch den Kaiser als Opfer heischen werde.

Jene Erfahrungen und Enttäuschungen und selbst der als eine Folge der Berliner politischen Fehler gewertete Zusammenbruch Österreich-Ungarns haben aber den Kaiser nicht gehindert, dem Kaiser Wilhelm die wärmste Teilnahme zu erhalten. Der gutherzige Habsburger hat seine relative Bewegungsfreiheit in der Schweiz mit der Bindung des Hohenzollern an sein holländisches Haus verglichen und das Los des Deutschen Kaisers als sehr hart beurteilt. Oft und oft habe ich den Kaiser — und auch die Kaiserin — das Schicksal des Deutschen Kaisers bedauern gehört. Voll Mitleids verfolgten die beiden die Krankheit und schließlich das Sterben seiner Lebensgefährtin.

Eine Verbindung mit dem Deutschen Kaiser hat allerdings seit den Umsturztagen nicht mehr bestanden.

Der Kaiser blieb auch in der deutschen Frage frei von persönlichen Stimmungen und Verstimmungen. Sein Verhältnis zum Deutschen Reich bestimmte nicht der Ärger über deutsche Unfreundlichkeiten oder deutsche Unnachgiebigkeit, sondern der reale Interessengegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland.

Der Zusammenbruch, der an die Stelle Österreich-Ungarns mehrere sogenannte Nationalstaaten gesetzt hat, läßt so leicht vergessen, daß Österreich-Ungarn zur Behauptung seiner Existenz in den Krieg getreten ist. Für die Erhaltung des Vielvölkerstaates griff Kaiser Franz Joseph zum Schwert — für nichts anderes. Man kämpfte, damit Österreich-Ungarn seinen Umfang, seine Unabhängigkeit und seine europäische Geltung bewahre. Der Krieg hatte für uns nie den Sinn eines Feldzugs für deutsche Vormachtgedanken. Daß die Deutschen Österreichs um eine prädominierende Stellung im Staate rangen, ist zu

verstehen — aus der österreichischen Geschichte und besonders der des Krieges. Angesichts der ungeheuren Blutopfer der Nation, angesichts des manchmal recht schmählichen Verhaltens anderer Staatsvölker konnten die Deutschen zu einer der Staatsidee widerstreitenden Politik gelangen: Pflicht des Kaisers war es aber, dieser Politik im Interesse der Staatsidee entgegenzutreten. Auch das ist verständlich, daß die Masse der Deutschen des Reiches gefühlsmäßig auf der Seite der Konnationalen in Österreich stand. Unerklärlich ist aber, daß führende Männer Deutschlands zugunsten der Deutschösterreicher eine Politik der Einmengung in österreichische Verhältnisse treiben wollten, die die ernstesten Verlegenheiten schaffen und die nichtdeutschen und nichtmagyarischen Stämme samt und sonders ins Feindeslager treiben mußte.

Es ändert nichts an dieser traurigen Erkenntnis, daß es eine Minderheit war, die diese Politik verfolgte, denn diese Minderheit hatte sich gegen die Mehrheit des deutschen Volkes so sehr durchgesetzt, daß die Politik der Minderheit als die des Deutschen Reiches erschien. Dieser undemokratische Rollentausch zwischen Majorität und Minorität hat das katastrophale Ende mitverschuldet; er sprengte die Einigkeit des deutschen Volkes und entzog der deutschen Kriegführung bedeutende Mittel, sobald er auch von den Deutschen des Reiches, in ihren inneren Angelegenheiten, als nicht mehr erträglich empfunden worden ist.

Die Katastrophe vorherzusehen und sich ihr sehenden Auges, reglosen Armes zuführen zu lassen, wäre Torheit und Verbrechen am Geschicke der eigenen Völker gewesen. Kaiser Karl hat, das ist heute schon genügend bekannt, den Zusammenbruch frühe gesehen, und er hat sich bemüht, ihm zu entkommen, das heißt: seine Völker davor zu bewahren.

Ein rechtzeitiger Schluß auch um den Preis großer Opfer hätte Österreich-Ungarn erhalten. Gewiß, die nationale Frage hätte zugunsten aller und nicht bloß einer Nation gelöst werden müssen. Territoriale Opfer, namentlich nach der italienischen Seite hin, wären notwendig geworden. Aber wäre das nicht besser gewesen als das Ende mit Schrecken, das die Donaumonarchie genommen hat? Ein rechtzeitiger Schluß hätte auch Deutschland große Opfer auferlegt. Aber wer glaubt nicht, daß diese großen Opfer erträg-

licher gewesen wären als Versailles? Man kann solchem Glauben entgegenhalten, daß wir das rechtzeitige Ende nicht kennengelernt haben, die unbekannte Größe also nicht mit der bekannten vergleichen sollen. Aber ist es nicht weit ungerechter, die gegen Kaiser Karl eröffnete Rechnung auf die große Unbekannte zu stellen, wie der Krieg ausgegangen wäre, wenn die Verbündeten auch die letzten Reserven an moralischer und physischer Kraft verbraucht hätten? Die Möglichkeit, daß ein über den Oktober 1918 hinaus fortgesetzter Widerstand die Völker der Entente kriegsmüder gemacht hätte, als sie es ohnehin schon waren, soll nicht von der Hand gewiesen werden. Aber die Frage darf wohl gestellt werden: War es nicht wahrscheinlicher, daß auch bei einer noch längeren Dauer des Krieges die Nerven desjenigen früher versagten, der nicht mehr genährt, der nicht mehr abgelöst wurde, als die Nerven des Feindes, der aus dem unversieglichen amerikanischen Reservoir schöpfte?

Nein — es ist nicht zu bestreiten: Die Zeit lief gegen uns, und wir waren militärisch nicht imstande, sie zu kürzen. Haben doch auch Hindenburg und Ludendorff, die damals als Meister der Kriegskunst bewundert wurden, sie nicht zu kürzen verstanden! Die Entschuldigung gilt nicht, daß das Hinterland den Feldherrn nicht erlaubt habe, einen großzügigen, erfolgsicheren operativen Plan zum glücklichen Ende zu führen. Es ist gleichgültig, ob die Überzahl der Gegner und ihre bessere Ausrüstung oder der „Dolchstoß aus der Heimat" den Plan zum Scheitern brachte. Das eine so gut wie das andere war in die Rechnung zu stellen. Der Dolch ist in langen Wochen und vor aller Augen geschmiedet und geschärft worden.

Kaiser Karl hat die moralischen Imponderabilien besser gekannt und weniger außeracht gelassen als so viele. Er sah die einem guten Ende entgegenstehenden Hindernisse und begann daher, mit denjenigen zu sprechen, die den Zerfall der Donaumonarchie nicht wünschten. Kaiser Karl war seinen Völkern nicht zum Herrscher gesetzt, um sie wem immer zuliebe ins Verderben führen zu lassen. Kaiser Karl war nicht dem einen Volk als Vater, dem andern als Stiefvater gegeben.

Die Bündnistreue steht im öffentlichen Leben so hoch im Werte

wie die Treue von Freunden im Leben der einzelnen Menschen. Höher steht die Treue gegenüber dem eigenen Kinde, dem eigenen Volke. Das Kind ist auch gegen den Freund zu verteidigen.

D a s war die Auffassung Kaiser Karls über die Grenzen der Bündnispflicht. Er hat mir im Jahre 1921 Notizen übergeben, die nebst einem Diktate die Grundlage für eine Erklärung seiner Friedenspolitik liefern sollten. Ich teile daraus den Schluß mit:

„. . . Man vergesse nicht, daß Kaiser und König Karl nicht der Souverän der Deutschen Österreichs allein, sondern der Herrscher aller Österreicher und Ungarn war. Von dieser Auffassung seiner Herrscherpflichten erfüllt, mußte es ihm klar sein, daß die zu enge Anlehnung an Deutschland möglicherweise den nationalen Wünschen der Deutschen in Österreich, nicht aber den Wünschen der übrigen Völker und auch nicht den Interessen aller seiner Völker entsprechen konnte. Die zu enge Verbindung des friedensbedürftigsten Staates mit dem zur Weltmacht gewordenen Sieger im Feldzuge 1870/1871 mußte Österreich-Ungarn mit Feindschaften belasten, deren Austragung für uns selbst dann keinen Gewinn bedeuten konnte, wenn wir mit unseren Verbündeten Sieger blieben. Das Bündnis — weniger wie es an der Donau gedacht war, mehr wie es geworden ist — bedeutete auch eine Erschwerung der inneren Politik in den beiden Staaten, denn es hetzte verschiedene Nationalitäten in einen Kampf gegen die befürchtete (wenn auch nur ‚befürchtete') Hegemonie der Deutschen und Magyaren. Im Kriege mußte denn auch Österreich-Ungarn die Rechnung bezahlen.

Kaiser und König Karl hatte keinen Anteil an dem Zustandekommen des politischen Systems ‚Dreibund-Entente', das sich das System des europäischen Gleichgewichtes zu nennen beliebte; hatte keinen Anteil am Ausbruch des Krieges und keinen Anteil an dessen politischem Verlaufe, ehevor er den Thron bestieg. Zu diesem Zeitpunkte hatten die verbündeten Mittelmächte ihren Besitzstand im wesentlichen militärisch gewahrt. Der Kaiser-König konnte von dieser Tatsache ausgehen, als er seine ersten Versuche, zum Frieden zu

gelangen, aufnahm. Diese Friedensbemühungen sind nicht immer mit solchen des Deutschen Reiches parallel oder d'accord gegangen. Es ist daher gegen den Kaiser und König wiederholt der Vorwurf der Untreue, des Vertragsbruchs erhoben worden.

Über die aus Bündnisverträgen fließenden Verpflichtungen hat bereits Bismarck im II. Bande seiner ‚Gedanken und Erinnerungen' geschrieben: ‚Eine solche Assekuranz (d. i. ein parlamentarisch sanktionierter Bündnisvertrag — Anm. d. Verf.) hat für den Gedanken etwas Beruhigendes: ob auch im Drange der Ereignisse etwas Sicherstellendes, daran kann man zweifeln, wenn man sich erinnert, daß die theoretisch sehr viel stärker verpflichtende Verfassung des heiligen römischen Reiches den Zusammenhalt der deutschen Nation niemals hat sichern können, und daß wir nicht imstande sein würden, für unser Verhältnis zu Österreich einen Vertragsmodus zu finden, der in sich eine stärkere Bindekraft trüge als die früheren Bundesverträge, nach denen die Schlacht von Königgrätz theoretisch unmöglich war. Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten ist eine bedingte, sobald sie in dem Kampf ums Dasein auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehen auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen. Das Ultra posse nemo obligatur kann durch keine Vertragsklausel außer Kraft gesetzt werden, und ebensowenig läßt sich durch einen Vertrag das Maß von Ernst und Kraftaufwand sicherstellen, mit dem die Erfüllung geleistet werden wird, sobald das eigene Interesse des Erfüllenden dem unterschriebenen Text und seiner früheren Auslegung nicht mehr zur Seite steht. Es läßt sich daher, wenn in der europäischen Politik Wendungen eintreten, die für Österreich-Ungarn eine antideutsche Politik als Staatsrettung erscheinen lassen, eine Selbstaufopferung für die Vertragstreue ebensowenig erwarten, wie während des Krimkrieges die Einlösung einer Dankespflicht erfolgte, die vielleicht gewichtiger war als das Pergament eines Staatsvertrages.'

Die Haltbarkeit des österreich-ungarisch-deutschen Vertra-

ges war nun in dem ‚Kampf ums Dasein', der der Weltkrieg war, auf die Probe gestellt.

Österreich-Ungarn konnte nach den Worten des großen Sehers nicht zugemutet werden, sein ‚Bestehn auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern'.

Es war R e c h t und P f l i c h t des Kaiser-Königs, alles zu tun, um seinen Völkern den Frieden zu geben. Das hat er nicht unterlassen."

DER KAISER UND DIE SEINEN

Der Kaiser und seine Mutter. — Die Oltener Deklaration vom 27. Oktober 1919. — Reform des Familienstatuts ex 1839. — Die Erzherzöge Max, Peter, Friedrich und Eugen. — Erzherzog Joseph im Ungarn Béla Kuns. — Ein Kaiser der Donaukonföderation. — Zwei gekrönte Könige von Ungarn. — Der Prätendent Erzherzog Albrecht. — Die Familie der Kaiserin. — Die Bourbons in Parma. — Die Mutter der Kaiserin. — Prinz Sixtus. — Die Kaiserin.

Kaiser Karl war ein Sohn des lebenslustigen Erzherzogs Otto und seiner Gemahlin Maria Josepha geborenen Prinzessin von Sachsen. Der Vater starb, als sein Erstgeborener ins zehnte Lebensjahr getreten war. Einfluß auf die Geistes- und Charakterbildung des Kindes hat also jedenfalls eher die Mutter als der Vater gehabt.

Von ihr hat Papst Benedikt XV. gesagt: „Sie ist eine Heilige." General von Cramon würdigt sie in den Erinnerungen aus seiner vierjährigen Tätigkeit als bevollmächtigter deutscher General beim k. u. k. Armeeoberkommando als eine politische Frau, denn in dem Abschnitte seines Buches, der von den weiblichen Einflüssen auf Kaiser Karl handelt, ist zu lesen: „Die Mutter des jungen Kaisers, eine Schwester des letzten Sachsenkönigs, eines der treuesten deutschen Bundesfürsten, war streng katholisch und dem protestantischen Preußen wie den Hohenzollern wenig günstig gesinnt." Und Alfred Dumaine, bis zum Kriegsausbruch französischer Botschafter am Wiener Hofe, sah sie in folgendem Lichte: „Die Erzherzogin Maria Josepha führte in ihrem Augartenpalais ein tätigeres und nützlicheres Dasein als die Mehrzahl der anderen Prinzessinnen. Diese große und starke Sächsin beschäftigte sich mit charitativen Werken, sie interessierte sich für die Entwicklung und Popularisierung der kirchlichen Künste und war die Patronin verschiedener Frauenvereinigungen."

Also auch für die Erzherzogin Maria Josepha gilt, was von vielen geschichtlichen Persönlichkeiten gesagt werden kann: „Von der Parteien Gunst und Haß entstellt, schwankt ihr Charakterbild in der Geschichte." Erzherzogin Maria Josepha ist aber nur insofern eine geschichtliche Persönlichkeit, als sie einem Kaiser das Leben und ihre mütterliche Sorge geschenkt hat. Die Erzherzogin hat niemals den Wunsch gehabt, das Schicksal von Völkern zu bestimmen. Daß sie den Preußen und Hohenzollern abhold gewesen wäre, kann nicht gesagt werden. Wohl aber wird sie — die überzeugte Katholikin — keine Sympathien für ein Preußen des Herrn

Michaelis gehabt haben, der nicht nur Österreich, sondern auch Deutschland mit seinem frömmelnden Protestantismus abgestoßen hat. Für alldeutsche Ziele hatte Erzherzogin Maria Josepha kaum ein Verständnis, denn sie war mit ihrer Vermählung ein Kind Österreich-Ungarns geworden. Untersuchungen über politische Sympathien und Antipathien der Kaisermutter erscheinen mir aber überhaupt ziemlich wertlos, denn die Neigungen dieser edlen Frau lagen in der Richtung humanitären Strebens.

Die Erzherzogin hat im Jahre 1887 ihren ersten Sohn geboren. Er war ein selten schwaches Kind, ist scheinbar schwächlich geblieben, hat aber doch einen hohen Grad von Widerstandsfähigkeit und Zähigkeit besessen. An der mütterlichen Liebe und Fürsorge, die allein die ersten Lebenskrisen überstehen läßt, hat es ihm also gewiß nicht gefehlt. Für die mütterliche Herrschaft im Reiche des Kindes spricht es auch, daß Karl und sein um sieben Jahre jüngerer Bruder Max sich in wahrhaft brüderlicher Liebe zugetan waren. Was dann in späteren Jahren an der Erziehung verfehlt oder auch nur übersehen worden sein mag, belastet nicht die Mutter, sondern das System, das erst mit dem Regierungsantritte Karls zu Grabe getragen worden ist.

Es ist mir nicht bekannt, ob Erzherzog Karl von seinem Vormund und Onkel, Erzherzog Franz Ferdinand, als Thronfolger angesehen worden ist. Manches ließe fast darauf schließen, daß der Vormund an die Nähe des Neffen zum Throne zum mindesten nicht erinnert werden wollte. Erzherzog Karl ist jedenfalls zum Herrscher nicht erzogen worden. Man hat ihn als „Erzherzog" im Stile jener Zeit herangebildet.

Erzherzog Karl hat das Schottengymnasium in Wien als Privatschüler besucht und dann durch einige Semester an den Prager Universitäten rechts- und staatswissenschaftliche Vorlesungen gehört. Das Gymnasium hat ihn auf Prüfungen vorbereitet, die Universität ihm Forschungsresultate, nicht die Arbeit des Forschens vermittelt. Die S c h u l e hat ihm unter diesen Umständen nicht die Freude an einer bestimmten Disziplin geschenkt. Wenn der Kaiser sich schließlich doch reiche Kenntnisse auf den für einen Herrscher wichtigen Gebieten angeeignet hat, so ist dies vor allem seinem rege entwickelten P f l i c h t g e f ü h l zuzuschreiben gewesen. Man hat den jungen Erzherzog jahrelang

in einer kleinen Garnison, ferne der Hauptstadt, dienen lassen, als ob er der letzte Anwärter auf die Kronen Österreichs und Ungarns wäre. Durch militärwissenschaftliche Vorträge sollte er zum Heerführer herangebildet werden. Hierfür waren hervorragende Lehrer gewählt worden, aber — sie hatten keine Freiheit zu lehren und zu üben. Der Erzherzog hatte, als er im Frühjahr 1916 an die Spitze eines Korps gestellt wurde, keine anderen Ressourcen als seine eigene Intelligenz.

Unter den ungünstigsten Voraussetzungen, was die Heranbildung, unter noch schlechteren Bedingungen, was die zu meisternde Lage der Doppelmonarchie anbetraf, bestieg Karl am 21. November 1916 den Thron.

Ich darf wohl sagen: Dieser Habsburger wäre ein absolut guter Herrscher geworden, würde er für sein Amt richtig vorgebildet worden sein, oder hätte er die Zeit besessen, sich in seinen Beruf hineinzuleben. Denn Kaiser Karl konnte seiner Herrschaft große Schätze leihen. Er war im besten Sinne des Wortes sittlich, gut und klug. Er hatte aber noch nicht erfahren, daß die Güte zum Unrecht am Guten wird, wenn sie auch den Schlechten umfaßt, daß Millionenvölker nicht nur mit weicher, sondern viel öfter mit harter Hand zu ihrem Glück geführt werden müssen, daß Güte gar leicht als Schwäche gedeutet und selten gelohnt wird. Güte allein gestattet es fast nie, die Schicksale von Staaten zu entscheiden. Auf deren Lebensbahn stehen Hindernisse, die mit rauher Hand gebrochen werden müssen. Der Kaiser war gut, gewiß nicht schwach, denn der Schwache ist gemeiniglich auch feig, und den Vorwurf der Feigheit haben ihm kaum seine Gegner gemacht, gewiß nicht seine Soldaten, die doch hierfür die kompetentesten Richter sind. Die Klugheit des Kaisers entbehrte des unerläßlichen Korrelates einer großen Erfahrung. Er zählte erst einunddreißig Lebens- und zwei Regierungsjahre, als sein Thron zu wanken begann!

Der Kaiser war ein überzeugter Katholik. Gehässige Kritiker haben selbst die eifrige Religionsübung Karls I. einen leeren Formalismus gescholten. Sie sind wohl durch das Sterben dieses Christen belehrt und beschämt.

Kaiser Karl stand an der Spitze eines zerfallenden Vielvölkerstaates, er führte diesen Vielvölkerstaat in einem Kriege, den er verabscheute. Er hat daher zu Gegnern gehabt: die Feinde der

katholischen Kirche, die Gegner der Mittelmächte, die Nationalisten in der Doppelmonarchie, die Defaitisten, die Nutznießer des Krieges, gar oft auch die Bundesgenossen. Er hat mehr Gegner gehabt als irgendein Herrscher vor ihm, und ist doch seinen Prinzipien bis ans Lebensende treu geblieben. Überzeugungstreue, Standhaftigkeit, zäheste Konsequenz dürfen also gerade ihm nicht bestritten werden. Die Buntscheckigkeit der Gegner, die Verschiedenartigkeit ihrer Ziele machen es erklärlich, daß ihm die widersprechendsten Herrschereigenschaften nachgesagt worden sind. Die Ententepropaganda der Kriegszeit wollte ihn zum blutdürstigen, kriegshetzerischen Tyrannen stempeln, während ihn gewisse Deutsche des Defaitismus beschuldigten. Tschechen und Serben liebten es, ihn als Teutonen hinzustellen, wogegen ihm die Deutschen und Magyaren Kokettieren mit den slawischen Elementen zum Vorwurf machten. Die Revolutionsparteien zeichneten ihn als einen asozialen Genießer, die Gentry als einen Hyperdemokraten. Der Kaiser war trotz aller Verhetzungen von der Zuneigung der breiten Massen aller Völker seiner Staaten getragen, bis die Psychose des Zusammenbruchs allen Glauben und alle Wahrheit, alle Treue, allen Bekennermut begrub. Dann allerdings wurde sogar an den „unzurechnungsfähigen Trunkenbold" geglaubt.

Der Kaiser verstand — das sei rundweg gesagt — gar nichts vom „Leben". Er nahm das Leben in seiner einfachsten Form als ein kostbares Gottesgeschenk hin. Er schätzte nicht einmal recht ein künstlerisch wertvoll eingerichtetes Heim. Gourmandise war ihm fremd. Es hat mich — den in unvergleichbar einfacherer Umwelt Aufgewachsenen — oft belustigt, zu hören, daß der Kaiser eine mäßige Mahlzeit in einem Waggonrestaurant oder in einem Dorfwirtshaus köstlich fand, einmal schlechte, das andere Mal exquisite Zigaretten in eine Kategorie einreihte. Diesem vollkommenen Fehlen des Sinnes für gewisse materielle Genüsse ist es zuzuschreiben, daß Kaiser Karl gar nie ein Trinker werden konnte. Nach seiner Verheiratung richtete er für sich und seine Gäste einen kleinen Weinkeller ein. Sein einstiger Lehrer der ungarischen Sprache hatte den Mut, ihm einen jedem anderen ungenießbaren Szegéder Schilcher zu empfehlen, von dem der Kaiser mittags und abends ein Glas nahm. Dieses Glas war ihm auch noch in der Schweiz gegönnt. Nach Funchal ist dieses Getränk nicht mehr

gebracht worden. Er wird es entbehrt haben. In anderem ist der mehr als bescheidene Mann seiner persönlichen Not vielleicht gar nicht recht bewußt geworden. Durch die Ehe mit Prinzessin Zita von Bourbon-Parma ist in die Haushaltung Karls kein größerer Zug gekommen. Auch sie war aus einfachen, bescheidenen Verhältnissen hervorgegangen. Die großartigere Aufmachung beim Empfang von Gästen war ein Werk des Personals; eine Pracht, die von den Gastgebern um der Gäste willen hingenommen worden ist.

Die Kaiserin soll nicht in diesem Zusammenhange charakterisiert werden. Die Welt gedenkt ihrer, wenn von dem Einfluß der Parmas gesprochen wird. Ich mache der Welt diese Konzession.

Durch das deutschösterreichische Gesetz vom 3. April 1919, das die Landesverweisung des Hauses Habsburg-Lothringen aussprach, ist in diesem Hause ein Spalt entstanden. Er hatte die den Kaiser betrübende Wirkung des Ausscheidens mehrerer Habsburger aus dem alten Hause. Die Landesverweisung glaubten nicht ertragen zu können und das kritische Gelöbnis haben daher geleistet: alle Mitglieder der Familie Franz Salvator-Marie Valerie, dann alle Mitglieder des Zweiges Toscana, mit Ausnahme des Erzherzogs Peter Ferdinand, seiner Gemahlin und seiner Kinder. Der Kaiser hat diese Republikaner nun auch seinerseits als aus dem Hause ausgeschieden betrachtet, wenn er mit ihnen auch nach wie vor verwandtschaftliche Beziehungen pflog.

Die Habsburger, die mehr Würde und Festigkeit bewahrt hatten, waren nunmehr zum Verlassen Österreichs gezwungen. Erzherzogin Maria Josepha, Erzherzog Max und die Seinen, Erzherzog Friedrich und seine Familie, Erzherzog Eugen, zuletzt Erzherzogin Maria Theresia und Erzherzogin Maria Annunziata gingen in die Schweiz. Kaum waren dort die genannten Erzherzöge eingetroffen, als sich mit ihnen auch schon die Öffentlichkeit befaßte. Es wurde einmal Erzherzog Albrecht als ungarischer, ein anderes Mal Erzherzog Eugen als österreichischer Thronprätendent hingestellt. Diesen Quertreibereien lag unter anderem die Absicht zugrunde, den Erzherzögen das Schweizer Asyl zu verleiden. Es nahmen daher die in der Schweiz weilenden Mitglieder des Kaiserhauses aus Rücksicht auf die Schweiz und aus familiären Gründen zu jenen Insinuationen Stellung. Die Erzherzöge Max,

Friedrich, Albrecht und Eugen traten am 27. Oktober 1919 in Olten zu einer Beratung zusammen, deren Ergebnisse sie dem Kaiser am 29. Oktober 1919 in Villa Prangins folgendermaßen vortrugen:

„Die in der Schweiz weilenden Mitglieder des Hauses stehen auf dem Boden der Pragmatischen Sanktion. Sie erblicken heute und in der Zukunft nur in Euerer Majestät das Oberhaupt des Hauses und der Staaten, zu deren Herrscher die Göttliche Vorsehung Euere Majestät am 21. November 1916 berufen hat. Sie haben sich daher neuerlich am 27. Oktober 1919 zu Olten auf die Bekundung dieser Überzeugung geeint und sind nun vor Euerer Majestät erschienen, um Euerer Majestät mit der Unterbreitung dieses Familienbeschlusses einen neuerlichen Beweis ihrer unerschütterlichen Treue und Anhänglichkeit zu erbringen.

Einige Mitglieder des Hauses konnten leider der Oltener Versammlung nicht beiwohnen. Wir bitten daher Euere Majestät, jene tunlichst von den gefaßten Beschlüssen verständigen zu wollen.

Die Zusammenkunft am 27. Oktober bot auch die Gelegenheit, die Frage der Stellung der Erzherzoge und Erzherzoginnen im Staate zu erörtern. Diese Erörterung führte zu dem Entschluß, die Zustimmung Euerer Majestät zu dem Verzicht auf jene Ehrenvorrechte und Prärogative der Mitglieder des Allerhöchsten Hauses zu erbitten, die dem demokratischen Geiste der Zeit widersprechen. Im Zusammenhang mit der hiermit erbetenen Allerhöchsten Entschließung geruhen Euere Majestät auch eine Revision des Familienstatutes ins Auge fassen zu wollen.

Die vor Euerer Majestät erschienenen Mitglieder des Hauses möchten schließlich noch ihrer Überzeugung und der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß ihre Beschlüsse dazu beitragen werden, dem Hause und den Staaten, deren Schicksale durch Jahrhunderte miteinander innig verknüpft waren, eine glückliche Zukunft zu bereiten."

In der Familienberatung unter dem Vorsitz des Kaisers wurde unter anderem noch beschlossen:

„Diejenigen Mitglieder des Hauses, die den von der österreichischen Regierung geforderten Verzicht geleistet haben, sind für alle Zukunft weder sukzessionsfähig, noch zählen sie zu dem Erzhause.

Dotationen aus dem Familienfonds werden in Hinkunft nur den sukzessionsfähigen Mitgliedern des Erzhauses zukommen."

In Ausführung der gefaßten Beschlüsse wurde wenige Tage später die Unterschrift des gleichfalls in der Schweiz weilenden Erzherzogs Peter Ferdinand beigebracht; er war verhindert gewesen, der Oltener Erzherzogsversammlung beizuwohnen. Dem Erzherzog Joseph wurde das Protokoll durch einen besonderen Gesandten zugestellt, dem gegenüber der Erzherzog für sich und seine Familie erklärte, den König selbstverständlich als das einzig rechtmäßige Oberhaupt des Hauses und Ungarns anzuerkennen. Den Beitritt zu dem Oltener Beschluß lehnte aber Erzherzog Joseph wegen staatsrechtlicher Bedenken ab, die er in dem Passus betreffend die Pragmatische Sanktion fand.

Meine Ausführungen über den Oltener Beschluß sollten zeigen, wie das alte Erzhaus in einem bestimmten Zeitpunkte zu dem Souverän und Familienoberhaupte hielt. Die besondere Stellung und Haltung einiger Prinzen bedarf aber auch einer besonderen Beleuchtung.

Der dem Thron nächste g r o ß j ä h r i g e Agnat des Erzhauses ist des verblichenen Kaisers Bruder Erzherzog Max. Republikanische Intermezzos in einem lange monarchischen Staate haben noch immer die verschiedensten Thronkandidaturen gezeitigt. Erzherzog Max ist in solchem Zusammenhange nicht genannt worden. Niemals hat man gehört, daß er irgendwelche politische Ambitionen hätte oder für solche gewonnen werden sollte. Ich kenne aus der Schweizer Zeit einen einzigen politischen Akt des Erzherzogs: Er hat sich meiner bedient, um seinen Bruder von der Absicht des österlichen Restaurationsversuches abzubringen.

Die Erzherzöge Peter Ferdinand und Friedrich sind unbestritten unpolitisch. Erzherzog Friedrich hat eine Anspielung, daß sein Sohn Erzherzog Albrecht sich verheißungsvoller Sympathien in Ungarn erfreue, mit den Worten abgetan: „In unseren Adern

fließt das Blut der Sieger von Aspern und Custozza. Die haben sich für den Kaiser geschlagen." Seiner Gemahlin Erzherzogin Isabella werden dagegen ehrgeizige Pläne für ihren Sohn nachgesagt. Erzherzog Eugen ist ein in Österreich populärer Erzherzog. Seine Loyalität ist unanfechtbar.

Bleiben die vielgenannten Erzherzöge Joseph und Albrecht.

Am 27. Oktober hatte Erzherzog Joseph die militärische mit der politischen Laufbahn vertauscht. Als Homo Regius war er an jenem Tage nach Ungarn gegangen. Auf seinen Vorschlag wurde das Eintagsministerium des Grafen Hadik berufen. Es folgte am 31. Oktober Graf Károlyi als königlich ungarischer Regierungschef. Wenige Tage später erbat und erhielt Károlyi „im Interesse der Erhaltung der Monarchie" die Entbindung vom Eide, am 13. November verkündigte ein Manifest, daß der König die Entscheidung über die Staatsform der ungarischen Nation überlassen habe. Ungarn wurde Republik, die Republik Michael Károlyis.

In jenen Tagen stürmte so viel über die Völker Österreichs und Ungarns herein, daß selbst wichtige öffentliche Akte ganz unbeachtet oder ungewürdigt blieben. Am 17. November ging aber doch ein lautes Staunen durch die Welt. An diesem Tage hat Erzherzog Joseph das Gelöbnis auf die ungarische Republik geleistet. „Joseph Egalité" — das war damals das allgemeine Urteil. Von da ab vernahm man wochenlang nichts mehr von dem „ungarischen" Erzherzog und den Seinen. Die Öffentlichkeit hat nicht gewußt, daß Erzherzog Joseph mit jener Eidesleistung keinen Treubruch beging. Er hat seine Aufgabe als Homo regius mit der Beeidigung des Grafen Károlyi am 31. Oktober für beendet gehalten und daher den König gebeten, sich zurückziehen zu dürfen. Der Monarch willfahrte dieser Bitte nicht, trug vielmehr dem Prinzen auf, sich im Interesse der glücklichen Entwirrung der immer schwieriger werdenden Lage jederzeit bereitzuhalten. Als man in Wien die Gewißheit erlangte, daß Károlyi das Land einem republikanischen Regime zusteuerte, wurde auf ein Verbleiben des Erzherzogs in Ungarn erst recht Wert gelegt. Er sollte der Stützpunkt des gekrönten Königs und seiner Anhänger auch im heftigsten Sturme sein. Man mußte mit einer Landesverweisung Josephs rechnen. Um der zu begegnen, durfte der Erzherzog — er war hierzu vom König ausdrücklich ermächtigt worden — eventuell auch eine An-

gelobung auf die Republik leisten. Als der Prinz mit seinem Sohne tatsächlich diesen mißdeuteten Eid leistete, bedang er sich die Führung der ungarischen Armee aus. Die ist ihm zugestanden, das Versprechen aber nicht gehalten worden. Er ist dann, was nicht vergessen werden soll, durch alle Fährnisse der bolschewistischen Herrschaft in Ungarn geblieben.

Dieses Regime hatte am 21. März 1919 begonnen.

Der Kaiser war bereits auf Schweizer Boden, als er von der Gefangennahme der Erzherzöge Joseph und Joseph Franz erfuhr. Er nahm sogleich die Hilfe eines einflußreichen Amerikaners in Anspruch, um von Erzherzog Joseph und den Seinen die drohenden Gefahren abzuwenden. Er stellte auch einem ergebenen Offizier einen namhaften Betrag zum Zwecke der gewaltsamen Befreiung der Erzherzöge zur Verfügung. Ehe dieser Offizier nach Ungarn kam, waren die Prinzen bereits in Freiheit gesetzt.

Am 1. August machte die ungarische Räteregierung einem Kabinette des Sozialisten Peidl Platz, dem die Macht am 6. August, 7 Uhr abends, von Erzherzog Joseph entrissen wurde. Dieser wich kurze Zeit nachher dem Drucke der Entente, das von ihm inaugurierte Königreich ohne König ist aber bis heute bestehen geblieben.

Die erste verläßliche Kunde über den Erzherzog Joseph und von ihm selbst drang in den ersten Januartagen des Jahres 1920 nach Villa Prangins. Ein Handschreiben, das König Karl am 9. Januar 1920 erließ, gibt Aufschluß über den Tenor der Meldung des Prinzen. Es lautete:

„Euer Liebden!

Baron Bornemisza hat Mir über die Audienz berichtet, die Euer Liebden ihm, Meinem Abgesandten, gewährt hatten.

Mit besonderer Freude erfüllte es Mich, daß Euer Liebden diese Gelegenheit wahrnahmen, Mir die Versicherung der Treue und Anhänglichkeit zu erneuern. Ich habe Mich niemals eines andern versehen, denn Ich kenne Ihre erprobte Gesinnung.

Bewegten Herzens verfolgte Ich allezeit das Schicksal Euer Liebden und der Ihrigen in drangvoller Zeit; Ich flehte zu Gott, daß Er Sie vor Ungemach bewahren möge. In wie große Gefahren gerade Ihre unerschütterliche Treue Sie inmitten eines

sinnlosen, gewalttätigen Umsturzes gebracht hat — Euer Liebden wankten nicht. Der mutvolle Einsatz Euer Liebden ganzer Person hat Mich mit Bewunderung erfüllt, er läßt Mich Ihnen herzlichsten Dank sagen.

Ich weiß Mich eins mit Euer Liebden in der Überzeugung und dem innigsten Wunsche, daß Gott das heißgeliebte ungarische Vaterland nach einer Periode der Irrungen und Leiden wieder zu reichstem Glücke und einer seiner großen Vergangenheit würdigen Zukunft führen wird. Ich bete zu Gott, daß Er Mir die Kraft schenke, mit Meiner ungarischen Nation dieses erhabene Ziel zu erreichen.

Villa Prangins am 9. Jänner 1920. Karl."

Ich reihe diesem Text den eines weiteren königlichen Handschreibens an:

„Lieber Joseph!

Ich benütze die Gelegenheit der Reise des Baron Bornemisza nach Ungarn, um Dir und den Deinen unsere herzlichsten Grüße zu senden. Ich hoffe Dich in bestem Wohlbefinden.

Meine Gedanken weilen oft bei Dir, der Du mir auch in schwerer Zeit Deine unverbrüchliche Treue und Anhänglichkeit bewiesen hast, und in meinem lieben Ungarn, das mit Gottes gnädigem Beistand gewiß wieder glücklicheren Zeiten entgegengehen wird.

Viele Grüße!

Villa Prangins am 31. Mai 1920. Karl."

Am 10. Juni 1920 sandte der Erzherzog einen ausführlichen, zum Teil hochdramatischen Bericht an den König. Ein interessanter Teil des Briefes sei im nachstehenden geboten:

„. . . Seit dem unglücklichen 1. November 1918 habe ich an der Gegenrevolution gearbeitet, und war alles im Jänner 1919 bereit; nur durch eine Indiskretion, welche unsern Plan dem Frevler Károlyi verraten hat, ist alles vereitelt worden. Ich konnte mich nur so retten, daß ich — als ich schon bestimmt wußte, daß alles verraten ist — selber Károlyi aufsuchte und ihm mitteilte, es sei ein Putsch für denselben Tag gegen seine

Regierung und ihn geplant, dessen Fäden anscheinend ins Ausland führen. Es gelang mir, den Verdacht von den Hauptfaktoren abzulenken, an deren Spitze Friedrich stand. —

Károlyi übergab, wie ich es schon lange vorausgesehen hatte, planmäßig seine Macht dem Proletariat. —

Es kamen Schreckenszeiten, die jeder Beschreibung spotten. Ich verließ am 21. März 1919 zu Fuß in stockfinsterer Nacht bei strömendem Regen mit Auguste — unser kleines Gepäck selber tragend — das Palais. Die Kinder hatte ich schon am Tage vorher weggeschickt. Es wurde in den Straßen überall herumgeschossen, und schlichen wir zwei, von einem treuen Detektiv begleitet, von Haus zu Haus und trieben uns drei Tage in der Stadt herum. Bei Tag versteckt, bei Nacht einen neuen, sicheren Platz suchend! Endlich gelang es uns, die Stadt unbemerkt zu verlassen. Auguste erkrankte und brachte ich sie mit Mühe nach Alcsúth. Mein Sohn Jozsi und ich mußten weg, sonst war die Gefahr für alle zu groß. War ja der Haftbefehl gegen uns zwei ausgegeben. So fuhren wir per Wagen weg; er nach Tapolcza, ich nach Tihány. Er wurde dort sofort verhaftet, ein eigener langjährig dienender Kutscher soll ihn angezeigt haben, und war er so unvorsichtig, sich bei Tag auf der Gasse zu zeigen. — Verkleidet suchte ich ihn, sobald ich hörte, was geschehen ist. Es gelang mir, als Kutscher in das Schloß Keszthely mich zu den Roten einzuschleichen, um meinen Sohn, den ich dort wußte, auffinden zu können. Es gelang mir durch ein recht gewagtes Spiel, etwas über ihn zu erfahren. Die Roten, die den Wagen umstanden, während ich das Pferd tränkte und fütterte, erzählten mir glorios, daß sie ein gutes ‚Fischlein' gefangen haben, dessen Vater auch in wenigen Stunden gefangen sein dürfte. Ich sagte ihnen, nachdem sie mir sagten, von wem die Rede ist, daß ich ihn kenne und ich ihn — als ich die Baronin Puteani von Tapolcza hereinbrachte (ich hatte sie wirklich hereingebracht) — heute gesehen habe, als er von Keszthely nach Tapolcza fuhr, wohl um mit dem Sohne zusammenzutreffen. Da schlug mir ein Roter auf den Rücken: ‚Du alter Esel, warum hast du ihn nicht gefangen oder angezeigt?' — Da schlug ich gerade so kameradschaftlich auf seine Schulter:

‚Du Rindvieh, wie soll ich wissen, daß ich ihn fangen soll, wenn es mir keiner sagt?‘ — Ich erfuhr von ihnen, daß mein Sohn nach Kanizsa geführt wurde, wo er im Gefängnis sitzt. Ich sagte, ich würde den ‚Alten‘ suchen und unbedingt finden. Freudig wurde ich weitergelassen — ich solle ihn nur bald bringen —, ich fuhr mit einem Bauernwagen, den ich mir ausgeborgt habe, weiter, die Baronin blieb in Keszthely. Ich umfuhr die Stadt und, statt nach Tapolcza zu fahren, wie ich angegeben hatte, fuhr ich in die Somogy über Ormánd. Bald war meine Spur gelöscht, und nach vierzehntägiger, höchst abenteuerlicher Tour traf ich unbemerkt in Alcsúth ein und entfernte Bart und Brillen, die mir gute Dienste geleistet hatten. Mein Sohn war in Budapest im Gefängnis, da konnte ich nichts anderes machen, als mich zu zeigen, um mit ihm eingesperrt zu sein oder freigelassen zu werden. Ich telegraphierte an Garbai, daß ich in Alcsúth bin und um die Freilassung meines Sohnes bitte. (Er wurde auch ein paar Tage zu mir gelassen, dann aber wieder zwei Monate eingesperrt.) Unsere übrigen Kinder fand ich in schwerer Taglöhnerarbeit (Bäume fällen, Holz hacken und Erdarbeiten verrichten), wobei sie pro Stunde 4 Kronen Lohn erhielten. Auguste, meine Mutter und Schwester durch vier Detektives bewacht. Ich stellte mich auch in die Arbeit, um unser tägliches, sehr karges Brot zu verdienen, war ja mein ganzes Vermögen sozialisiert und Befehl gegeben, uns nicht einen Bissen zu geben. Ich hackte Holz und wurde stets von zwei Roten bewacht und mußte ihre ekelhaften Spöttereien wortlos ertragen. So ging es, bis ich von der schweren Arbeit erkrankte, da hieß es, ich muß auch ins Gefängnis geworfen werden, ‚und wenn man ihn im Sarge hereinbringen muß!‘ Wenn ich zur heiligen Kommunion ging, standen auch die roten Detektives, mich spöttisch musternd, neben mir! Auch nachts kamen sie alle fingerlang und weckten mich, nur weil es ihnen Spaß machte. Eines Tages kam einer dieser zwei herein und stellte die Frage, ob ich trotz gründlicher Durchsuchung, die stets resultatlos verlief, irgendwo einen Revolver habe. Ich schüttelte den Kopf verneinend, da zog er seinen und gab ihn mir mit den Worten: ‚Sie sind im Dulden groß, Sie haben mir Gutes im Kriege ge-

tan, und jetzt kann ich nicht anders als so zu handeln. Heute kommt Szamuely hierher, gewiß, um mit Ihnen abzurechnen. Im Momente, wo er in Ihr Zimmer tritt, schießen Sie ihn nieder, ich werde in der Nähe sein, um Ihnen zu helfen!' Ich war überrascht, doch auch sofort entschlossen, es wirklich zu tun, denn es hieß: ‚einer kommt nicht lebend aus dem Zimmer'. — Er wurde aber dringend nach Fehérvár gerufen, und so hat Gott uns von seinem Besuch einstweilen verschont. —

Ich konnte trotz allem mit den Gegenrevolutionären eine Verbindung zeitweilig unbemerkt aufrechterhalten, indem ich nach den nächtlichen Besuchen der Roten in meinem Zimmer ins Freie ging — war kein Licht bei den Roten, so lief ich in den Park, wo ich an bestimmten Tagen mit den Getreuen zusammenkam, oder durch Bauern — die sich wirklich großartig benahmen — eine Nachricht erhielt oder eine abgab. — Wir hungerten arg, weil die Kommunisten nicht zugaben, daß Eßwaren zu uns gebracht werden. Nachts kamen Bäuerinnen, die Körbe mit Eßwaren unter ihren Röcken brachten und verbargen sie an bestimmten Punkten, und holten wir sie meist vor Tagesgrauen, wenn es gelang, unbemerkt — meist durch das Gestrüpp schleichend und beim Fenster aus- und einsteigend — hinauszugelangen, und so verhungerten wir nicht ganz. — Die Gegenrevolution war für den 15. August — nach Mißlingen der ersten — festgesetzt; da wurde uns bekannt, daß für den 15. alle ‚Bursuj' eingefangen werden, darunter auch wir alle, und am 18. sollten wir alle öffentlich hingerichtet werden. So mußten wir alles auf den 10. vorschieben. Doch da kam die rumänische Invasion und gelang uns, am 7. schon den Staatsstreich zu machen.

Ich tat es bei ausdrücklicher Betonung, daß ich Legitimist bin und meinem gekrönten König diene und ihm den Weg ebne. Dies war unvorsichtig von mir, denn es geschah dann eine abermalige Indiskretion, und wurde es dann schließlich der Entente durch die Sozialisten eingegeben, und diese, die anfangs neutral zu bleiben schien, wendete sich nunmehr gegen mich. Ich ward als Hindernis des Friedens dahingestellt und mußte daher selbstredend abdanken ...“

Aus der Zeit, da dieser Brief geschrieben ward, ist noch zu melden, daß Erzherzog Joseph eine vorzeitige, staatsstreichartige Rückkehr des Königs nach Ungarn als gefährlich zu beurteilen schien.

Wenn ich ausdrücklich feststelle, daß niemals ein illoyales Wort aus des Erzherzogs Mund zum Könige gedrungen ist, daß der Erzherzog vielmehr oft und oft betont hat, „Ungarn werde nie ertragen, daß sein Thron mit unrechten Dingen besetzt werde" und „Der König wird sich in mir niemals täuschen, denn ich bin felsenfest", so muß ich anderseits doch sagen, daß sich an den Prinzen immer wieder politische Phantasten und Ränkeschmiede herangemacht haben, die ihn für ihre abenteuerlichen Pläne gewinnen wollten.

Im Oktober 1920 hat ein Abgesandter dieser Kreise den König in Villa Prangins besucht und ihm folgendes vorgetragen: Die Selbständigkeit Ungarns müßte garantiert sein; nur die Person des Monarchen könnte die Verbindung der konföderierten Staaten darstellen; am leichtesten wäre eine Donaukonföderation realisierbar, wenn jeder Staat des Staatenbundes sein eigenes Oberhaupt hätte; Sicherung des Übergewichtes Ungarns in einem solchen Staatenbunde wäre erforderlich.

Der Kaiser ist auf solche Pläne nicht eingegangen, schon aus dem Grunde nicht, weil eine solche Konstruktion seine Abdankung als gekrönter König vorausgesetzt hätte. Es wurde nun dem Herrscher vorgestellt, die Wiederausübung der königlichen Macht in Ungarn werde lange auf sich warten lassen, besonders dann, wenn die provisorische Spitze des Staates nichts für den legitimistischen Gedanken tue. Es könnte sich daher unter Umständen, namentlich im Falle einer „Dynastiekrise", als nützlich erweisen, daß ein absolut verläßlicher Prinz wie Erzherzog Joseph dem Rufe auf den Thron in dem Gedanken Folge leistete, vom Throne aus für den König Karl zu wirken und ihm im geeigneten Augenblicke die legitime Gewalt in die Hände zu spielen.

Der König hat diesen Gedanken mit folgender Begründung abgelehnt:

> „Heilige Pflichten verbieten mir, jemals auf meine Rechte als gekrönter König zu verzichten, wenn auch zu dem Zwecke, um auf einem Umwege meine Rechte zu verfolgen. Ich kann

mir nicht verhehlen, daß jeder Versuch, den Gedanken in die Tat umzusetzen, die größten Gefahren heraufbeschwören würde. Eine solche, allerdings nur als Übergang gedachte Lösung des Problems würde dazu führen, daß es zwei gekrönte Könige und daher auch zwei Königsparteien im Lande gäbe, von denen die eine mit Recht, die andere mit dem bloßen Scheine eines Rechtes für ein verschieden aufgefaßtes Legitimitätsprinzip einstehen würde. Diese Parteien könnten nicht anders als sich blutig befehden, ein furchtbarer Bürgerkrieg wäre die Folge, der das schon so arme Land nicht zur Ruhe kommen ließe und zur vollkommenen Auflösung führen müßte. Zudem würde das monarchische Prinzip eine tödliche Wunde davontragen, wenn ein Mitglied der Dynastie selbst, wenn auch nur vorübergehend und in noch so guter Absicht, sich mit einer die Legitimität verletzenden Lösung abfinden oder gar zu ihr beitragen wollte."

Von dem Gedanken einer vorübergehenden Thronbesteigung Josephs war dann nicht mehr die Rede. An der Meinung, daß die Lösung der Königsfrage aufgeschoben werden müsse, hielt der Erzherzog fest. —

Den Erzherzog Albrecht habe ich in den ersten Julitagen 1916 in Palazzo di Parisi auf dem Plateau von Folgaria kennengelernt. Der Erzherzog war als Leutnant-Ordonnanzoffizier des 8. Infanteriedivisionskommandos zur Abfertigung beim XX. Korpskommando erschienen, dessen Kanzleidirektor ich damals war. Er nahm die vorbereiteten Befehle entgegen und vertrat verschiedene Wünsche seines Kommandos. Mir blieb aus der kurzen, rein geschäftlichen Unterhaltung der angenehme Eindruck, daß der sehr jugendliche Prinz auch die bescheidene Rolle eines Ordonnanzoffiziers auszufüllen bemüht sei und im Dienste, auf dem Kriegsschauplatze, gewiß nicht den Erzherzog hervorkehren wolle. Ich sah dieses Mitglied des Kaiserhauses später in Czernowitz wieder und habe es nach dem Umsturz im Wiener Absteigquartier des Grafen Hunyady getroffen. Bei diesen Begegnungen ist kaum von Politik gesprochen worden, so sehr auch die ganze Atmosphäre politisch geladen war. Aus der Zurückhaltung des Prinzen schien Bescheidenheit und Takt zu sprechen.

Man wird sich erinnern, daß in Wien in den ersten Wochen der „Republik ohne Republikaner" ein gewisser Kult mit dem Erzherzog Albrecht getrieben wurde. Es waren hauptsächlich junge, stark national orientierte Offiziere, die sich an ihn herandrängten. Den um die Sammlung der monarchistischen Elemente bemühten Anhängern des Kaisers wäre es erwünscht gewesen, wenn der Erzherzog jene Illegitimisten sogleich zurückgewiesen hätte. Ich bin damals ersucht worden, mit dem Erzherzog hierüber zu sprechen. Erzherzog Albrecht hat mir in seinem Wiener Appartement eine Audienz gewährt, und ich habe dabei Gelegenheit gehabt, ihn um eine solche entschiedene Abwehr zu bitten. Als ich von ihm schied, habe ich mich nicht einmal Vermutungen über das Vorhandensein politischer Ambitionen hingegeben, diesmal aber doch eine nicht ganz einheitliche Impression gehabt. Es schien mir, als ob der Erzherzog aus Freude an einer „diplomatischen" Sprache sich nicht so einfach ausgedrückt hätte, wie es der Gegenstand unserer Unterhaltung verlangte.

Der Erzherzog hat sich in der Schweiz allen Loyalitätskundgebungen des kaiserlichen Hauses regelmäßig angeschlossen.

Der Erzherzog war aber von allen in Helvetias Reich verschlagenen Habsburgern der regsamste. Sowohl was den Verkehr mit politischen Persönlichkeiten — namentlich Ungarns — in der Schweiz selbst, als auch was Reisen anbetrifft. Er ist sehr bald nach der Beseitigung der Schreckensherrschaft nach Ungarn gegangen, hat Paris und Spanien besucht und überall Beziehungen angeknüpft. Ich möchte nicht der Begründung mißtrauen, die er diesen Reisen und Konferenzen gegeben hat; es waren aber nicht viele, die an den behaupteten geschäftlichen Charakter seiner Besprechungen und Verbindungen geglaubt haben. Mein Zettelkasten enthält ein ganzes Bündel von Ausschnitten aus Zeitungen, die über den „Thronkandidaten" Albrecht und seine politischen Bemühungen schrieben. Namentlich aus Paris kamen häufig Berichte mit langen Listen der Personen, mit denen der Erzherzog in Verkehr getreten sein soll. Selbst Ententediplomaten ließen den Kaiser auf Gerüchte und Tatsachen aufmerksam machen, die sich an den Namen Albrecht knüpften. Viele ungarische Legitimisten machten aus ihrem Mißtrauen gegen den Erzherzog kein Hehl. Unter diesen Umständen wäre es für den Prinzen ein Gebot der Vorsicht gewe-

sen, sich nicht nur politischen Bekanntschaften und Besprechungen fernezuhalten, sondern auch einmal deutlich und klar von denjenigen abzurücken, die seinen Namen benützten, um in der Öffentlichkeit den Glauben an einen „Bruderzwist im Hause Habsburg" zu erwecken. Der Erzherzog hat diese Vorsicht nicht geübt, er hat sogar seine Reisen nach Ungarn und ins Ausland gewöhnlich ohne Bewilligung oder gegen das ausdrückliche Verbot des Kaisers unternommen, und all das zu einer Zeit, da mit seinem Namen ohnehin schon Unfug getrieben wurde und die strengste Disziplin aller Legitimisten im Interesse der Restaurationsbewegung lag.

Die Kaiserin und ihre Familie!

Ich beginne mit einem historischen Exkurs, der mir aus dem Grunde nicht überflüssig zu sein scheint, weil den Parmas in Unkenntnis der Geschichte der Bourbons in Parma immer wieder besondere italienische Sympathien nachgesagt worden sind, die bei der Kaiserin bis zur Fähigkeit, ihren Gatten, dessen Reich und Armee an Savoyen zu verraten, gegangen sein sollen.

Die Bourbons sind im Jahre 1847 aufs neue zur Herrschaft im Herzogtum Parma gelangt. Diese Herrschaft fiel nämlich nach dem Tode der Kaiserin Luise an den Sohn des Königs Ludwig von Etrurien, der als Karl II. den Thron bestieg. Kaum waren die Bourbon-Farnese, die schon im 18. Jahrhundert in Parma geherrscht hatten, dorthin zurückgekehrt, so sahen sie sich auch schon veranlaßt, gegen die revolutionäre Bewegung Stellung zu nehmen. Sie taten es, indem sie mit Österreich ein Schutz- und Trutzbündnis schlossen. Die Wühlarbeit der Piemontesen und ihres Herrschers aus dem Hause Savoyen führte aber schon im April 1849 zur Abdankung des Herzogs Karl II.

Er war der Urgroßvater der Kaiserin Zita.

Karl III. bestieg den Thron. Er sagte eine Verfassung zu, bestätigte die von seinem Vater ernannte provisorische Regierung und überließ die Gewalt dem k. k. Feldmarschalleutnant Stürmer. Karl III. wurde am 26. März 1854 erdolcht. Es ist sicher, daß der Mörder, nicht um einer Privatrache zu frönen, den Herzog anfiel, sondern daß sein Arm von den dunklen Mächten geführt wurde, die in einem von den Bourbons beherrschten Parma (mit der österreichischen Besatzung in dem festen Piacenza) eine Bedrohung

CARL A. RUDISILL LIBRARY
LENOIR-RHYNE COLLEGE

der Südostgrenze Piemonts erblickten; das waren die Ratgeber des Königs von Sardinien aus dem Hause Savoyen. Dafür spricht auch der Umstand, daß fünf Tage später der mit der Untersuchung des Mordes beauftragte Richter gleichfalls erdolcht wurde, und daß es nie gelang, des Mörders habhaft zu werden. Danach muß die Freveltat wohl organisiert gewesen sein. Das organisierte Attentat war aber ein politisches.

Herzog Karl III. war der Großvater der Kaiserin Zita.

Am Abende des 27. März 1854 erschien ein Dekret, wonach die Witwe des Herzogs als Regentin für ihren erst im Sommer 1848 geborenen Sohn Robert die Regierung übernahm. Sie war eine milde, graziöse, heitere, liebenswürdige Dame. Der Krieg von 1859 führte den Sturz der von Österreich geschützten kleinstaatlichen Regierungen in Italien herbei. Die Herzogin hatte mit ihrem minderjährigen Sohne nach der Schlacht von Magenta das Land verlassen, da die Österreicher alle Stellungen bis zum Mincio geräumt und die Forts von Piacenza in die Luft gesprengt hatten. Eine Revolution umfassendster, durchgreifendster Art bemächtigte sich der Kleinstaaten. Von Turin aus geleitet, berief der Stadtrat von Parma den Diktator von Modena, Farini, auch für Parma, um zunächst die Union der beiden Herzogtümer durchzuführen. Im August 1859 beschloß die Parmasche Abgeordnetenversammlung die Entfernung ihres bourbonischen Fürsten und den Anschluß an Sardinien. Der im Namen des Herzogs Robert von der Herzogin-Regentin erhobene Einspruch de dato St. Gallen, 20. Juni 1860, konnte an dem Verluste Parmas für die Bourbons nichts mehr ändern.

Herzog Robert war der Vater der Kaiserin Zita.

Das Haus Bourbon-Parma ist also den Ambitionen Savoyens zum Opfer gefallen.

Soviel über die italienischen Sympathien der Familie der Kaiserin.

Die meistgenannten Mitglieder dieses Hauses sind die Herzogin von Parma und Prinz Sixtus — Mutter und Bruder der Kaiserin.

Der Herzogin von Parma bin ich meines Erinnerns erst nach dem 11. November 1918 vorgestellt worden. Ich habe die geistreiche Frau niemals, auch nicht in der Enge des Exils, als eine den Kaiser beeinflussende Dame kennengelernt. Sie konnte meiner Verschwie-

genheit sicher sein und war es wohl auch, und doch hat sie mit mir über politische Themata nie anders gesprochen, als es in politisch bewegten Zeiten alle Welt tut. Ihr sowie der ganzen Familie hervorstechendster Charakterzug ist die Dankbarkeit — Dankbarkeit selbst für den geringsten der Diener und Dienste.

Prinz Sixtus ist offenherzig, klug, kenntnisreich, zähe. Er hat das Talent, Menschen anzuziehen und festzuhalten. Ein glänzender Gesellschafter, witzig, manchmal sarkastisch. Er ist Franzose mit Leib und Seele. Den Titel eines Docteur en droit erhielt er für eine Dissertation, mit der er bewies, daß ein Bourbon immer Franzose ist. Er sah (und sieht wohl noch) in Deutschland den Feind Frankreichs. Österreich-Ungarn gegenüber war er von keiner Animosität beseelt. Die Erinnerungen an die hier verbrachten Kinderjahre und die Tatsache, daß seine Schwester Kaiserin von Österreich, Königin von Ungarn geworden ist, machten ihn für die Schmerzen der Doppelmonarchie empfänglich. Die Schwierigkeiten ihrer inneren, die Zwangsläufigkeit ihrer äußeren Politik während des Weltkrieges begriff er besser als die meisten Staatsmänner der Entente. Er fühlte sich als Nachfahre von Königen, denen Frankreich Jahrhunderte voll Glanz und Ruhm verdankte. Das Pflichtgefühl und der Ehrgeiz des Bourbon ließen ihn auch im Kriege daran denken, Frankreich größere Dienste zu erweisen, als ein anderer Franzose zu leisten vermöchte. Prinz Sixtus wünschte den Sieg Frankreichs gegen Deutschland wie irgendeiner seiner Mitbürger. Er wollte aber auch seinem Vaterlande einen Teil der Blutopfer ersparen, die er auf den belgischen Schlachtfeldern genugsam kennengelernt hatte. Verwehrte es ihm das französische Prätendentengesetz, unter den Fahnen eines französischen Regimentes zu kämpfen, so sah er sich doch nicht des Rechtes beraubt, dem Lande den Frieden so bald als nur irgend möglich zu geben. Er hat in dieser Beziehung menschlicher gefühlt und klarer gesehen als die während des Krieges am Ruder gewesenen französischen Staatsmänner, die die Friedensverträge aus den Aschenresten Europas holten. Auch Kaiser Karl wollte den Frieden, für Österreich-Ungarn den denkbarst günstigen natürlich. Die Friedensliebe des Prinzen und seine Unvoreingenommenheit gegenüber Österreich-Ungarn waren die Seiten im Wesen des Prinzen Sixtus, die es Kaiser Karl gestatteten,

ihn zum Friedensboten zu erwählen. Seine Stellung im feindlichen Lager, seine Fähigkeit, mit den führenden Persönlichkeiten der Entente zu sprechen, machten ihn zum besonders geeigneten Mittler zwischen Wien und Paris. —

Es gibt keine gute Photographie, kein gutes Gemälde der Kaiserin. Ich glaube auch nicht, daß es je einem Schriftsteller gelingen wird, ein diese interessante Frau erschöpfend und zutreffend wiedergebendes Bild zu zeichnen. Die Kaiserin hat — Gatten, Mutter und Geschwister ausgenommen — niemandem gestattet, einen Blick in die tiefsten Tiefen ihres Herzens und Geistes zu tun. So erschien sie denjenigen, die sie nur selten sahen, in durchaus verschiedenem Lichte, dem einen kalt und hart, dem andern bezwingend liebenswürdig und gütig, diesem offen, jenem zurückhaltend, dann schüchtern, aber auch wieder überschäumend temperamentvoll. Alle sind von ihr mit dem Eindruck geschieden, vor einer ganz eigenartigen, der Erforschung werten Persönlichkeit gestanden zu sein, die meisten haben die Überzeugung gewonnen, daß diese Frau wisse, was sie wolle und eine ganz ungewöhnliche Zähigkeit und Energie besitze. Viele der Bilder, die wir von der Kaiserin besitzen, sind absichtlich verzeichnet worden. Die Kaiserin hatte während des Krieges und in der Schweizer Exilzeit mehr Gegner als Anhänger. Und Gegner greifen unbarmherzig zu den dunklen Tinten. Man muß die Kaiserin auf den Höhen ihres Lebens und im Sturz, in Freud und Leid, vor der großen Welt und im Kreise ihrer engsten Familie gesehen haben, um wenigstens ihre Umrisse zeichnen zu können.

Ich glaube nur zweimal entdeckt zu haben, daß es der Kaiserin schwer fiel, ihre Fassung zu bewahren.

Nach der jäh abgebrochenen Offensive im Juni 1918 waren mehrere Regimenter auf dem Montello zurückgeblieben. Der Piave führte Hochwasser. Brücken und Stege riß es weg. Die verwegensten Pioniere erklärten, daß die Stromgeschwindigkeit es nicht gestatte, die Ufer zu verbinden. Dennoch wurde der Versuch gemacht. Die wahnwitzigen Pioniere wurden als Leichen zwischen Balken fortgetrieben. Auf dem Montello verzweifelten die abgeschnittenen Regimenter an ihrer Rettung. Sie hatten keine Munition, keine Verpflegung, kein Wasser! Flieger surrten über den Bergstock und warfen Patronen und Nahrung ab. Einige Kartons, etliche Büch-

sen! Der Gegner wußte um diese Krise. In wütendem Ansturm versuchte er, die Verschmachtenden in den tosenden Piave zu werfen oder zur Waffenstreckung zu bringen. Nun wurden Taue über den entfesselten Strom geschossen. Ihnen entlang ging ein wenig Nachschub. Zehn, hundert und dann Hunderte von Pionieren machten sich erneut ans Werk einer aussichtslos scheinenden Hilfeleistung. Nach Tagen der Qual und der Sorge drang nach Baden die Kunde: „Sie sind endlich gerettet!" Die Kaiserin verstand: „Die verhungernden Wehrlosen sind endlich geborgen!" Und sie wiederholte in einem Aufschrei der Freude: „Endlich!"

Dann die Nacht vom 5. auf den 6. April 1921! Sie birgt meine andere Erinnerung. Sie ist im Zusammenhange mit dem österlichen Restaurationsversuche des Kaisers geschildert.

Von der Kaiserin sagen zu wollen, daß sie eine unpolitische, sich für Politik nicht interessierende Persönlichkeit sei, hieße nicht nur, mit einer Lüge gegen eine feindselige Propaganda ankämpfen, sondern auch ihr ein Unrecht, der Geschichtschreibung einen Verlust zufügen.

Die Kaiserin, eine große Intelligenz und ein willensstarker Charakter, wäre eine Herrscherin, deren Wirken nicht ohne Spuren im Schicksal ihres Volkes bliebe. Die Kaiserin war aber nur die Gemahlin eines Herrschers, des Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn, und so wird immer wieder die Frage aufgeworfen, in welchem Maße sie einen unrechtmäßigen und speziell für die österreichisch-ungarischen Interessen schädlichen Einfluß auf ihren Gemahl genommen hat. Die Frage ist schon oft gegen die Kaiserin beantwortet worden, und man ist zu solchem Schlusse aus der Annahme gelangt, daß Kaiserin Zitas politisches Herz nicht nur ihren Gemahl, sondern auch ihre Mutter und ihre im französischen Lager stehenden Brüder umfing. Wir dringen daher zur Wahrheit erst vor, wenn wir das menschliche Verhältnis der Kaiserin zum Kaiser prüfen. In der Frau lebt die Gattin und die Mutter. Da gehe ich nun so weit zu sagen: Wäre bei Zita von Habsburg je die Gattin mit der Mutter in Zwiespalt geraten — ich glaube, die Gattin hätte gesiegt, so sehr die Kaiserin auch Mutter ist.

Diese Frau war nun die Gemahlin Karls, der die Kronen Österreichs und Ungarns trug, ein Schmuck, der bis wenige Tage vor dem 11. November 1918 ein unverlierbarer Besitz zu sein schien.

Spornten die Kaiserin Liebe, wie die einen, oder Herrschsucht, wie die anderen behauptet haben, zur Rolle einer politischen Egeria des Kaisers an — ihre Politik konnte sich nicht gegen Österreich-Ungarn bewußt kehren. Und unbewußt? Wer hat auf dem Rutschterrain der Politik noch keine Fehler gemacht! Und welche Irrtümer hat die Kaiserin sich zuschulden kommen lassen? — Wir sollten für Antworten auf diese Fragen keinen Anspruch auf unbedingte Glaubwürdigkeit und Richtigkeit erheben. Wir, die Opfer eines Krieges, der verloren ging, weil er zu lange gedauert hat, sind oft nicht objektiv genug, um solche Fragen einwandfrei zu lösen, weil Leiden, Leid, Verbitterung, Verhetzung und oft noch Übleres unseren Blick trüben. Wir sind auch nicht genügend eingeweiht. Niemand war persönlicher Zeuge eines Falles, in dem die Kaiserin eine bestimmte politische Handlung oder Unterlassung angeregt und durchgesetzt hätte. Man folgert nur aus ihrem gar nicht erforschten Charakter. Was Kaiser und Kaiserin unter vier Augen miteinander besprochen — weder der Kaiser noch die Kaiserin haben irgend jemanden zum Vertrauten ihrer Gespräche gemacht.

Eine Mitwirkung der Kaiserin bei Durchführung mancher Aktionen habe ich insoferne feststellen können, als die Kaiserin den Kaiser im Verharren bei einem schwerwiegenden Entschlusse bestärkte und ihm bei der oft kritischen Durchführung eine moralische Stütze lieh.

Schmerzen und Gefahren sind zu zweit leichter zu ertragen und zu bestehen als in Einsamkeit. Die Kaiserin hat den Kaiser niemals verlassen. Sie war seine Gefährtin auch in der politischen Gefahr. Charakteristisch war ihr Verhalten in den Oktobertagen 1921. Ich weiß bestimmt, daß die Kaiserin lange nicht an eine baldige Wiederholung des österlichen Restaurationsversuches gedacht, ja, nicht einmal an eine nahe Möglichkeit geglaubt hat. Der Kaiser war seit Monaten disponiert, sich noch einmal auf den Weg nach Budapest zu machen. Aber auch der Kaiser glaubte im Oktober an die größere Zweckmäßigkeit eines Versuches nach der Jahreswende. Der Entschluß, zu fliegen, war aus sozusagen über Nacht gekommenen dringenden Vorstellungen von ungarischer Seite geboren und mußte auch schon wenige Tage später in die Tat umgesetzt werden. Der Entschluß

der Kaiserin, mitzufliegen, war in dem Augenblicke gefaßt, da sie erfuhr, daß der Kaiser fliegen werde. Sie hat nicht die Voraussetzungen und möglichen Konsequenzen dieses Unternehmens geprüft, sie hat von den Vorbereitungen sogar erst einen oder zwei Tage später gehört. Sie hat in jener Stunde nur die Gefahr gesehen, in die ihr Gemahl schon auf dem Fluge geraten konnte, und sie glaubte, diese Gefahr mit ihrem Gemahl teilen zu sollen. Die größere oder geringere Nützlichkeit ihres Erscheinens in Ungarn spielte bei dem Entschlusse keine Rolle.

Ich möchte auch glauben, daß die Kaiserin den Kaiser im Widerstande gegen Ansinnen gestärkt hat, die seinen wohlerwogenen Absichten zuwiderliefen oder an seinen Rechten rührten. Die Kaiserin hätte gewiß auch jede Nachgiebigkeit gegenüber Abdikationsbegehren bekämpft, wenn der Kaiser selbst für solche Nachgiebigkeit zu haben gewesen wäre.

Die Kaiserin ist, wie schon gesagt, eine schwer erforschbare Natur. Am durchsichtigsten erschien sie mir im Zorn. Im Zorn wich die Kaiserin nur selten selbst dem bestfundierten Widerspruch. Sobald sie sich aber beruhigt hatte, gab sie den besseren Argumenten nach. Sie nahm dann sehr bald die Diskussion wieder auf und scheute sich nicht, zuzugeben, daß sie ihr Ohr dem Widerpart verschlossen hatte. Die Kaiserin hat Widerspruch vertragen und nicht nachgetragen. Kritiklose Dienstwilligkeit verachtete sie.

UMGEBUNG UND RATGEBER DES KAISERS

Bischof Seydl. — Oberst Graf Ledochowski. — Fregattenkapitän von Schonta. — Sektionsrat Jobb. — Legationssekretär von Borovicsény. — Graf Revertera. — Legationsrat Baron Hye. — Der Autor.

Die nächste Umgebung des Kaisers Karl im Exil bildeten Bischof Dr. Seydl, die Flügeladjutanten Oberst Graf Ledochowski und Fregattenkapitän von Schonta, dann der Autor. Durch einige Wochen, bis zum Januar 1921, war Sektionsrat Jobb ungarischer Sekretär des Herrschers. Nach dem österlichen Restaurationsversuch in die Schweiz zurückkehrend, brachte der Kaiser den Legationssekretär von Borovicsény als ungarischen Sekretär mit.

Bischof Seydl fungierte auf Grund eines besonderen päpstlichen Breves als Pfarrer der kaiserlichen Familie. Dr. Seydl hat sich niemals politisch betätigt. Für politisches Leben hätten ihm Temperament und praktischer Blick gefehlt. Seine Neigungen und Fähigkeiten lagen in einer ganz anderen Richtung. Bis zum Umsturz Hof- und Burgpfarrer in Wien, hat er lange Jahre auch als Professor der christlichen Philosophie an der Wiener Universität gewirkt. Ein merkwürdiges Gemisch von Weltfremdheit und Weltläufigkeit. Er besaß universales Wissen wie selten ein Gelehrter. Die Pflichten seines Amtes versah er mit Eifer und Würde.

Oberst Graf Ledochowski war eine ausschließlich repräsentative Persönlichkeit. Seine Hingabe an den Kaiser und das Kaiserhaus konnte von niemandem übertroffen werden. Der Umsturz, noch mehr die zweimaligen erfolglosen Restaurationsversuche, haben ihn zermürbt, nach der Gefangennahme des Kaisers in Totis ist er vollkommen zusammengebrochen.

Dem Fregattenkapitän von Schonta waren neben dem eigentlichen Flügeladjutantendienste die wirtschaftlichen Agenden zugewiesen. Dieser Mann war mir ein Vorbild des alten kaiserlichen Offiziers, wie er sein soll. Seinem Herrn ergeben, seinen Idealen treu; von großer Aufrichtigkeit jedermann gegenüber. Der Kaiser war ihm mit Recht besonders wohlgesinnt.

Sektionsrat Jobb war zu kurze Zeit in Villa Prangins, als daß sein Wirken irgendwelche Spuren hinterlassen oder zu bestimmten politischen Entschlüssen geführt hätte. Jobb war ein überzeugungstreuer, ehrlicher Diener seines Königs. Sein Nachfolger, Legationssekretär von Borovicsény, war zu jung, als daß er dem

Herrscher die Hilfe einer reichen Erfahrung hätte leihen können. Dieser ungarische Diplomat war aber seinem König in einer Ergebenheit zugetan, für deren Größe die Tage von Buda-Oers einen Maßstab lieferten.

In anderem Zusammenhang gedenke ich der interessantesten politischen Empfänge in Prangins und Hertenstein. Hier seien nur mehr die Bilder von zwei Personen gezeigt, die, ohne zur Umgebung des Kaisers gehört zu haben, doch als ständige Ratgeber genannt werden müssen.

Vor allem Graf Revertera. Sein Name und der des französischen Grafen Armand sind in Verbindung mit der Prinz Sixtus-Affäre viel genannt worden. Graf Revertera hat einen solchen Zusammenhang nie zugegeben, vielmehr stets betont, daß er in einer von Frankreich ausgegangenen und unsererseits ohne einen Separatfriedensgedanken aufgenommenen Friedensbemühung eine Rolle gespielt habe. Er war bis zum Beginne des Jahres 1921 ein häufiger Gast von Villa Prangins, später sind seine Besuche aus mir unbekannten Gründen seltener geworden. Graf Revertera schien mir Anwalt einer vorsichtigen, auf Evolution im Innern basierten Restaurationspolitik zu sein, und — trifft dies zu — so hat er in dieser wichtigen prinzipiellen Frage keiner Auffassung das Wort geliehen, die nicht auch ich vertreten hätte. In anderen Dingen haben sich unsere Anschauungen nicht gedeckt. Das hindert mich nicht, ihn in meiner Erinnerung als einen vornehmen, dem Kaiser zugewandten Geist festzuhalten. Graf Revertera hat sich nach der Deportierung des Kaisers auf die Insel Madeira erbötig gemacht, sein Los mit dem des Kaisers zu teilen, ein Angebot, das von der Entente zurückgewiesen worden ist.

Baron Hye, der als ständiger politischer Berichterstatter bis zum ominösen 21. Oktober 1921 angestellt war, hat vor dem Zusammenbruche bei den k. u. k. Missionen in Bern, Washington, Mexiko und Rom Dienst gemacht. Seine Kaisertreue ließ ihn aus dem aktiven österreichischen Dienste scheiden. Leider sah er die Welt durch die Brillen seiner Vorgesetzten — wahrscheinlich ohne sich dessen bewußt zu werden. Baron Hye berichtete danach und hat sich nicht nur Fremden gegenüber — was anerkannt werden soll —, sondern auch vor dem Kaiser zum unkritischen Anwalt der Entschlüsse und Urteile des Monarchen gemacht.

Ich muß nun über meinen eigenen Wirkungskreis sprechen. Er war anfangs nicht näher definiert und später als der des politischen Sekretärs des Kaisers bezeichnet. Mit dem Erstarken der monarchistischen Bewegung und der daher erhöhten Notwendigkeit, alle Vorgänge im In- und Auslande zu verfolgen, wuchs die Arbeit in einem Maße, daß sie schließlich nicht mehr zu bestreiten war. Der Kaiser hat in der Schweiz wohl über viele gelegentliche Ratgeber und Berichterstatter verfügt, doch nur über wenige, die jede Arbeit zu leisten willens oder fähig gewesen wären. Meine Arbeit bestand am Höhepunkt meiner Tätigkeit in dem Studium und der Verarbeitung der sehr reichen Nachkriegsliteratur, der periodischen Druckschriften, der eingelangten Berichte und des anderen Nachrichtenmaterials, in der Korrespondenz politischen Inhalts, in der Bearbeitung einiger Angelegenheiten des Ordens vom Goldenen Vliese und des Militär-Maria-Theresien-Ordens und in hundert Dingen, die der Tag gebar. Sehr viel Zeit — es war die schönste Zeit — war Spazierfahrten und Promenaden mit dem Kaiser gewidmet, auf denen der Monarch nicht müde wurde, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu besprechen. Politischen und persönlichen Gegnern war im Sommer 1920 der Erfolg beschieden, daß das Verhältnis des Kaisers zu mir von da ab nicht mehr dasselbe war wie vordem. Der Monarch hat es bis zum Schlusse an großer Güte mir gegenüber nicht fehlen lassen und ist auch dem Gedanken meines Ausscheidens aus dem Dienste nie nähergetreten. Der Kaiser hat zu sehr Treue mit Treue vergolten, als daß er es hätte dazu kommen lassen. Aber er war damals schon in einer schicksalsschweren Frage — der einer baldigen Rückkehr nach Ungarn — dafür gewonnen, meine Vorstellungen nicht zu hören. Und da ich es als meine Pflicht ansah, meine Stimme unter Umständen auch unaufgefordert vernehmen zu lassen, hat mich der Kaiser, dem Drängen manches Ratgebers nachgebend, über die verschiedenen Phasen dieses Problems nicht mehr aus eigener Initiative informiert. Ich bin besonders bei der Vorbereitung zweier Entscheidungen ausgeschaltet worden: Der Frage des Asyls und der konkreten Restaurationsversuche. Ich weiß, das ist geschehen, weil man besorgt hat, daß meine Argumente, r e c h t z e i t i g vorgebracht, den Kaiser anderen Sinnes hätten werden lassen. Ich verzeichne das nicht mit Stolz, sondern mit bitterem Schmerze.

DER OSTERPUTSCH

Der Restaurationswille entthronter Herrscher. — Die ersten Putschpläne im Jahre 1920. — Empfänge in Villa Prangins. — Botschafterresolution vom 4. Februar 1920. — Die Anfänge der Kleinen Entente. — Der Vertrag von Rapallo. — Italien für König Konstantin. — Französische Sympathien für Habsburg. — England gegen die Restauration. — Der russisch-polnische Gegensatz. — Eine Warnung aus dem Vatikan. — Ungarische Berater des Königs. — Horthys Wahl zum Reichsverweser. — Der ungarische Gesetzartikel I ex 1920. — Weißer Terror in Ungarn. — Budapester Nebenregierung. — Die Organisation der ungarischen Legitimisten. — Das nationale Königtum. — Das Ende des Dualismus. — Prätendentenpolitik. — Des Königs Verhältnis zu Horthy. — Die Mission des Rittmeisters von Révhegyi. — Handschreiben an Horthy. — Major Ottrubay und Oberst Baron Láng. — Der Entschluß zur Rückkehr im „Frühjahr". — Mein Memorandum vom 12. Januar 1921. — Eingreifen des Erzherzogs Max. — Meine Warnungen. — Die Ermutigung aus Frankreich. — Mangelhafte Vorbereitungen. — Meine Bitte um Entlassung. — Des Kaisers Antwort. — Eine politische Begegnung in Genf. — Erkrankung des Kaisers. — Der König in Ungarn. — Die Polizei in Villa Prangins. — Ministerrat in Rambouillet. — Ausweisung aus dem Kanton Waadt. — Flugpost Prangins-Szombathely. — Der Restaurationsversuch gescheitert. — Mit der Kaiserin nach Buchs. — Rückkehr des Monarchen in die Schweiz. — Die Erzählung des Kaisers. — In Luzern. — Erzherzog Josephs Verhalten. — Die Berichte Fouchets. — Die Affäre Erzherzog Albrecht-Beniczky. — Wirkungen des Putsches.

Die Restaurationsversuche entthronter Fürsten werden fast immer unrichtig beurteilt, weil die Geschichte in der Regel von Menschen geschrieben wird, denen die Mentalität der Könige fremd ist. Die Historiographen stammen nicht aus Familien, die in langer Ahnenreihe die Geschicke von Völkern bestimmt haben, in der Erfüllung solcher Aufgabe eine ihnen von Gott auferlegte Pflicht erblicken und daneben auch ein legales Erbe ihres Hauses zu verwalten meinen. Ludwig XVI. sah in den Tuilerien und gar erst im Temple ein Stück seiner Macht und seiner Würde nach dem anderen dahinschwinden, sah sich und die Seinen verhöhnt und bedroht, und doch opferte er lieber sein Leben als sein und seines Hauses Recht auf den französischen Thron. Vor seiner Verurteilung zum Tode schreibt er noch: „Je recommande à mon fils, s'il avait le malheur de devenir roi, de songer qu'il se doit tout entier au bonheur de ses concitoyens, qu'il doit oublier toute haine et tout ressentiment." Anders Napoleon I., der Parvenü unter den Souveränen. Nach der Schlacht von Waterloo zur Abdankung gedrängt, gibt er das Spiel verloren, will er nach Amerika oder England gehen und dort als einfacher Privatmann unter dem Namen eines Obersten Duroc oder Muiron leben. Napoleon III. hat dagegen bereits einen großen Vorfahren, eine Tradition, und so sehen wir ihn wiederholt und schließlich mit Erfolg bemüht, seiner Familie die Kaiserkrone wiederzugewinnen.

Kaiser Karl hat bis zur schweren Erkrankung seines Großoheims nicht an Herrschaft gedacht, obgleich er mit der Ermordung Franz Ferdinands Regierungsnachfolger eines damals schon 84jährigen Monarchen geworden war. Als ihn am 12. November 1916 in Segesvár die Aufforderung erreichte, unverzüglich zu dem sterbenden Kaiser Franz Joseph nach Wien zu kommen, da betete er zu Gott, von ihm den bitteren Kelch zu nehmen, als der ihm die Herrschaft erschien. Vom 21. November 1916 an trug er die Krone. Im November 1918 hat er, der nicht nach der Krone gestrebt hatte, dem sie eine schwere Bürde war, den Gedanken, zu abdizieren,

weit von sich gewiesen. Und von dem ersten Tage seines Aufenthaltes in Eckartsau an denkt er immer wieder an die Übernahme der Regierung. Wenn die Absicht des Monarchen, seinen Anteil an den Staatsgeschäften wieder zu nehmen, sehr bald und in erster Linie Ungarn erfaßte, so hat das seinen Grund in der verschiedenen politischen Entwicklung in den einzelnen Nachfolgestaaten, die, solange Karl lebte, die Restauration in Ungarn als die frühest mögliche erscheinen ließ. Daneben haben auch die starke Bindung durch den den Ungarn geleisteten Krönungseid und die Beratung des Königs eine Rolle gespielt.

Solange Kaiser Karl in Eckartsau weilte, ging in Ungarn die Entwicklung nach links. Die Räteherrschaft Béla Kuns währte vom 21. März bis 1. August 1920. Vom 6. August 1920 an, an welchem Tage Erzherzog Joseph die Macht an sich riß, datiert der positive Wille des Königs, zu noch nicht näher bestimmter, geeigneter Zeit nach Ungarn zurückzukehren. Die Befreiung von der Roten Flut hat Ungarn — bis heute — nicht aus der Revolution geführt. Die Leiden, die ihm auch nach der Flucht Béla Kuns beschieden geblieben sind, haben den König immer wieder an seine Heimkehr denken lassen. Den Willen zur Rückkehr paralysierte jedoch über den Zusammenbruch der Sowjetherrschaft hinaus, bis in die ersten Tage des Jahres 1920, die Sorge, daß die Heimkehr des Monarchen dem Lande noch länger den Frieden vorenthalten könnte. Diese Sorge war so groß, daß der König verschiedene Bemühungen, ihn nach Budapest zurückzubringen, abgelehnt hat. Die Maßnahmen, die dazu dienen sollten, den König mit einem auf den Namen Kovács lautenden Paß über Buchs—Feldkirch nach Ungarn zu bringen, sind aller Welt aus einer in der ungarischen Nationalversammlung eingebrachten Interpellation kund geworden. Vor mir sind sie geheimgehalten worden. Ein zweiter Versuch wurde mir in seinen Anfangsstadien bekannt. Man hatte sich Anfang 1920 an einen meiner Freunde in Vorarlberg mit dem Ansinnen gewendet, für einen auf den Namen S. lautenden österreichischen Paß das seinerzeit erforderliche Ein- und Austrittsvisum der eidgenössischen Heerespolizei in Buchs zu verschaffen, ohne daß S. in Buchs erschien; der König sollte sich dieses Passes bedienen. Mein Freund sandte mir den betreffenden Akt. Es bedurfte keiner besonderen Vorstellungen meinerseits, die Mel-

dung des Sachverhaltes genügte, um den Kaiser den Gedanken der Bestechung eines schweizerischen Organs als unmöglich und unmoralisch ablehnen zu lassen.

Diese beiden Erfahrungen haben mich schon frühe mit ernster Sorge erfüllt, die um so größer wurde, je öfter ich erleben mußte, daß der Kaiser zur Rückkehr nach Ungarn aufgefordert wurde und so mancher Ratgeber dem latenten Rückkehrwillen des Herrschers keinen Widerstand entgegensetzte. Ich sah die Stunde kommen, da ich der einzige Rufer in der Wüste sein und meine Stimme verhallen würde.

Sie ist gekommen.

Das Jahr 1920 ist das kritische, das Jahr 1921 das katastrophale im Leben meines Herrn geworden.

Zur Aufklärung der internationalen Lage und der in den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns war in Villa Prangins ein bescheidener Nachrichtendienst organisiert worden. Ich betone „bescheiden". Der Mangel ausreichender Geldmittel verwehrte es, mehr zu tun. Um so größerer Wert wurde vom Kaiser darauf gelegt, Staatsmänner zu hören, die die Schweiz passierten. Die Vorträge dieser Persönlichkeiten, Meldungen von im In- und Ausland wohnenden, meist freiwilligen Beobachtern, die Lektüre der Kriegs- und Nachkriegsliteratur sowie von etwa 180 Zeitungen bildeten im wesentlichen die Grundlage für die Beurteilung der Situation.

So wurden von außenpolitisch urteilsfähigen Persönlichkeiten die ehemaligen k. u. k. Botschafter Prinz Schönburg, Prinz Fürstenberg und Graf Mensdorff, dieser bekanntlich Österreichs Vertreter am Sitze des Völkerbundsrates, die Gesandten Baron Andrian, der bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk eine Rolle gespielt hatte, Dr. Charmant, ehemals ungarischer Gesandter in Wien, Otto Graf Czernin, seinerzeit k. u. k. Gesandter in Sofia, Ernst Baron Gudenus, Otto Baron Hoenning-O'Carroll, Baron Musulin, zur Zeit der Monarchie Gesandter in Bern, Baron de Vaux, Musulins Nachfolger, Graf Szechenyi, Ministerresident von Pflügl, Legationsrat Graf Colloredo, Czernins und Burians Kabinettschef, wiederholt empfangen. Graf Albert Apponyi, Prinz Ludwig Windischgraetz, Gesandter von Wiesner, Legationsrat von Marsovszky waren gewiß auch zur Beurteilung der zwischenstaat-

lichen Beziehungen kompetent, sind aber hauptsächlich zur Aussprache über innere Fragen vor dem Kaiser erschienen.

Die europäische Situation war während des ganzen oder des größten Teiles des Jahres 1920 beherrscht von den Kämpfen der alliierten und assoziierten Mächte untereinander und mit den unterlegenen Staaten um die Friedensschlüsse und deren Folgen, dann von den russischen und orientalischen Verwicklungen.

Bei dem Streite der Siegermächte um die Formulierung der Friedensbedingungen ist die Forderung einer Minorität nach vertragsmäßigem Ausschlusse der Habsburger von jeder Herrschaft nicht durchgedrungen. Die Minorität mußte sich schließlich mit einer die unterlegenen Mächte nicht verpflichtenden Resolution der Botschafter begnügen. Sie ist nicht aus dem Willen der Westmächte hervorgegangen. Als in Ungarn, zu Beginn des Jahres 1920, die Frage des Staatsoberhauptes auf die Tagesordnung kam und Zweifel darüber bestanden, ob sich Ungarn für die Bestellung eines Reichsverwesers oder für die definitive Lösung der Königsfrage entscheiden werde, mobilisierten die Tschechen und Serben ihren ganzen antihabsburgischen Propagandaapparat. Nach anfänglichem Zögern erhielten die Vertreter Frankreichs und Englands beim Botschafterrat am 14. Januar 1920 die Instruktion, im Bedarfsfalle zu erklären, daß jede Änderung des bestehenden Zustandes bei der britischen und französischen Regierung die ungünstigste Beurteilung finden würde. Es fällt auf, daß der italienische und der japanische Botschafter keine identische Anweisung erhalten haben. Der italienischen Regierung erschien sie zu wenig weitgehend, und die japanische erachtete sich als in der Frage einer habsburgischen Restauration nicht genügend interessiert. Es bedurfte dann wieder eines vierzehn Tage währenden Notenaustausches, bis sich die auf der Botschafterkonferenz vertretenen Hauptmächte auf eine die Vertreter der scharfen Tonart befriedigende Resolution geeinigt hatten, mit der ausgesprochen wurde, daß die Botschafter eine habsburgische Restauration als mit den Grundlagen des Friedens in Widerspruch stehend ansähen, eine solche Restauration also weder anerkannt noch geduldet werden könnte. Diese Resolution wurde den Regierungen Österreichs, Ungarns, Polens, Rumäniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei mittels Note mitgeteilt.

Die Botschafterresolution hat die revolutionären Elemente in Österreich und Ungarn befriedigt. Sie haben daraus die Hoffnung geschöpft, „daß wenigstens dieses Stück der so unglorreichen Vergangenheit für alle Zeiten abgetan sei". Diejenigen aber, die um die Vorgeschichte des Beschlusses, um das zögernde und unwillige Mitgehen einiger Hauptmächte wußten, sind nicht beruhigt worden. Es waren dies die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Mißtrauen in den Willen der Hauptmächte, Mißtrauen in die eigenen Untertanen haben den rührigen Minister des Äußern in Prag, Dr. Benesch, überlegen lassen, wie er der Rückkehr der Habsburger einen stärkeren Riegel als eine papierene Resolution vorschieben könnte. Er schloß mit seinem Belgrader Kollegen am 14. August 1920 eine Konvention ab, die der Grundstein der seither so oft in die Erscheinung getretenen Kleinen Entente werden sollte.

Über die Konvention vom 14. August erfuhr die Welt fürs erste bloß so viel, als Herrn Benesch zu sagen beliebte. Er erklärte am 1. September im Ständigen Ausschuß des Prager Parlaments, daß man gegen jede Rekonstruktion der ehemaligen Monarchie und gegen jede neue Föderation auftreten müsse, und daß dies ein Grundgedanke der getroffenen Vereinbarung sei. Da seine Mitteilungen über die Konvention von einer Betrachtung der Beziehungen der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens zu Ungarn eingeleitet waren, hätte man annehmen können, daß es zu einem Bündnisse jener drei Staaten gekommen war. Das war jedoch nicht der Fall gewesen. Rumänien hatte sich einer bindenden Abmachung mit der Tschechslowakei, der Freundin des Rumänien bedrohenden Rußlands, und mit Jugoslawien, mit dem man sich noch nicht über die Teilung des Banates geeinigt hatte, entzogen und auf die Feststellung einer gewissen Interessengemeinschaft beschränkt. Den Beitritt Rumäniens zur Kleinen Entente hat erst der österliche Restaurationsversuch provoziert.

Spät genug, im November 1920, sind 4 Punkte der Konvention vom 14. August bekannt geworden, und zwar diejenigen, die sich mit dem Völkerbundsstatut gerade noch in Einklang bringen lassen. Der Punkt 1 sagt, daß die Kontraktsparteien sich verpflichten, sich im Falle eines unprovozierten Angriffes von seiten Ungarns gemäß einem b e s o n d e r e n Arrangement beizustehen.

Erst die zu Rapallo zustande gekommene italienisch - jugo-

slawische Verständigung über Fiume hat das Werk Benesch' gekrönt; nun konnte auch Italien sich an die bis dahin sehr kleine Kleine Entente anschließen. Italien ging mit Jugoslawien den Vertrag vom 12. November 1920 ein, der die beiden kontrahierenden Regierungen verpflichtete, über die strikte Einhaltung der in St. Germain und Trianon unterschriebenen Friedenspakte zu wachen und gemeinsam alle politischen Maßnahmen zu treffen, die zur Verhütung einer Restauration des habsburgischen Hauses auf den Thron von Österreich und Ungarn notwendig wären.

Der authentische und vollständige Text dieses Abkommens konnte erst dem im Juni 1921 vom italienischen Ministerium des Äußern herausgegebenen Grünbuch entnommen werden. Die Tendenz und wichtige Partien des Vertrages waren aber gleich nach dessen Abschluß in Villa Prangins bekannt.

Das italienisch-jugoslawische Arrangement ist vom Kaiser aus einem guten Grunde nicht allzu tragisch genommen worden: Es ist am 12. November 1920 zustande gekommen. Nun: Am 12. Oktober 1920 war König Alexander von Griechenland gestorben. Der Tod dieses von der Entente nach der Vertreibung des Königs Konstantin eingesetzten Fürsten hatte zum Sturze Venizelos' geführt und in ganz Griechenland eine stürmische Bewegung zugunsten der Rückberufung des im Exil lebenden rechtmäßigen Königs ausgelöst. Von den Westmächten widersetzte sich Frankreich mit großer Leidenschaftlichkeit einer Heimkehr des „Schwagers Wilhelms". England verfolgte die Entwicklung der Dinge in Griechenland mit schlecht verschleiertem Wohlwollen. Italien verschleierte gar nichts. Es arbeitete mit allen Mitteln auf eine Wiedereinsetzung Konstantins hin, von dem es hoffte, er würde in Kleinasien ein weniger imperialistischer Nachbar als Venizelos sein. Die italienischen Blätter lasen den Franzosen auf eine Order aus der Consultà den Text. So konnte man genau eine Woche, nachdem Giolitti, Graf Sforza und Bonomi mit Vesnic, Trumbic und Stojanovic von Rapallo aus ihr Anathema gegen Habsburg geschleudert hatten, im „Corriere della Sera", Nr. 279, folgende aus dem römischen Außenamt stammende Belehrung der Franzosen über die Unzulässigkeit der Einmengung in die dynastische Frage eines anderen Staates lesen:

„Rom, 19. November, Nacht.

Nach dem Ergebnis der Wahlen in Griechenland und dem Wechsel der Regentschaft soll, Nachrichten aus dem Auslande zufolge, ein Veto der Entente gegen die Rückkehr des Königs Konstantin auf den hellenischen Thron bevorstehen. Es muß sofort festgelegt werden, daß die italienische Regierung keineswegs im Sinne hat, sich einem solchen Schritte anzuschließen, denn, welches auch die Beweggründe dieses Schrittes seien, würde er stets eine Einmengung in die internen Angelegenheiten einer befreundeten und verbündeten Nation darstellen. Seinen Traditionen treu bleibend, ist Italien der Meinung, daß ein j e d e r Staat das Recht habe, sich die Regierung, die Regierungsform und den H e r r s c h e r, die ihm für seine Interessen am geeignetsten scheinen, zu geben, ohne daß dies zu auswärtigen Einmischungen berechtige."

Der Kaiser hat nach solchen Proben einer zweifachen Politik durchaus nicht geglaubt, daß Italien seiner Heimkehr nach Budapest Beifall spenden oder sie auch nur widerspruchslos hinnehmen werde. Davor bewahrte ihn schon die Kenntnis der Bemühungen Italiens um die Durchsetzung eines proitalienischen Thronkandidaten: im Sommer 1920 eines Sohnes des Herzogs von Genua, um die Jahreswende 1920/1921 des Erzherzogs Joseph oder seines Sohnes Joseph Franz. Kaiser Karl erwartete immerhin, daß Italien sich seiner Politik gegenüber der am 5. Dezember 1920 tatsächlich gelungenen Restauration Konstantins von Griechenland erinnern werde, besonders dann, wenn auch seine — Karls — Restauration das Wohlwollen einer Hauptmacht fände.

Als solche wurde Frankreich gewertet.

Die Sympathien, die Frankreich dem unterlegenen Ungarn schon knapp nach Unterzeichnung des Friedensvertrages gezeigt hat, sind in der Öffentlichkeit gar oft als ein Ausfluß der Politik des damaligen ersten Gehilfen des Ministers des Äußern, Botschafters Paléologue, beurteilt worden. Gewiß hat Paléologue das Interesse Frankreichs an stabilen Verhältnissen im Reiche der mittleren Donau besser erfaßt als sein Nachfolger Berthelot. Das Urteil Paléologues allein war aber wohl nicht entscheidend. In Frankreich waren und sind zahlreiche angesehene Staatsmänner für eine

Versöhnung der Sukzessionsstaaten, und sie haben in Kaiser Karl den Mann gesehen, dem dieses Versöhnungswerk am ehesten gelingen könnte. Die Würdigung dieser Politik einem anderen Abschnitt überlassend, möchte ich hier, im Rahmen der Vorgeschichte des österlichen Restaurationsversuches, nur des Urteils gedenken, das man in Villa Prangins über einige prominente französische Staatsmänner hatte.

Nach der Beendigung des Krieges durch das Triumvirat Poincaré-Clémenceau-Foch hatte es den Anschein, als sollte Clémenceau zu den höchsten Ehren der französischen Republik gelangen können. Auch er hat das geglaubt. In diesem Irrwahn stellte er seine Kandidatur als Nachfolger Poincarés auf. Clémenceaus Wahl wäre vom Kaiser kaum freudig begrüßt worden. Der „Tiger" war nicht nur ein erbitterter Gegner der Mittelmächte, sondern seit dem Frühjahr 1918, das die Enthüllungen über die Affären Armand-Revertera und Prinz Sixtus gebracht hatte, auch ein persönlicher Feind Kaiser Karls geworden. Der Tyrannei Clémenceaus waren aber die Franzosen satt. Nach der für ihn ungünstigen Probeabstimmung räumte der Greis das politische Schlachtfeld, es Deschanel überlassend, der dann am 17. Januar 1920 mit überwältigender Majorität zum Präsidenten der französischen Republik gewählt wurde.

Deschanel war ein aufrichtiger und warmer Freund des Kaisers. Der Bekundung seiner persönlichen Freundschaft und seines politischen Programmes waren während seiner Präsidentschaft durch die Verfassung und durch seine bald nach der Wahl zutage getretene Krankheit Schranken gezogen. Mit seiner am 21. September 1920 erfolgten Demission und seiner leider nur vorübergehenden physischen Wiederherstellung hatte er die Freiheit des Handelns wiedergewonnen; er hat dem Kaiser zahlreiche wertvolle Beweise seiner Sympathien gegeben. Die Ära seiner vollen Handlungsfreiheit fiel aber in den Sommer 1921, dem das mißglückte Osterunternehmen mit allen seinen verhängnisvollen Konsequenzen vorangegangen war.

Nachfolger Deschanels ist am 23. September 1920 Millerand geworden. Er war der Ministerpräsident Deschanels gewesen und hatte noch vor seiner Wahl angekündigt, daß er eine Verfas-

sungsreform wünsche, die es dem Präsidenten der Republik im Interesse der Stetigkeit der internationalen Beziehungen erlaube, wirksam in die Führung der Außenpolitik einzugreifen. Von Millerand hat der Kaiser angenommen, daß er durch die habsburgische Restaurationspolitik kein französisches Interesse verletzt sehen würde. Zu der von Millerand geforderten Verfassungsrevision ist es bis heute nicht gekommen, und so ruhte die Führung der äußeren Politik vom 24. September 1920 bis zum 12. Januar 1921 in den Händen des schwachen Ministerpräsidenten Leygues oder, richtiger gesagt, in denen des ihn vollkommen beherrschenden Generaldirektors am Quai d'Orsay, Philippe Berthelot. Das Intermezzo Leygues hat den Kaiser nicht tiefer berührt, denn der baldige Sturz dieses Politikers war vorherzusehen und — im Hintergrunde wartete Aristide Briand, der schon im Jahre 1917 eine Politik der Verständigung mit Kaiser Karl und der tunlichsten Erhaltung Österreich-Ungarns verfolgt hatte.

Briand ist am 16. Januar 1921 nach scharfem Wettkampfe mit Poincaré Ministerpräsident und Minister des Äußern geworden. Als Generaldirektor behielt er allerdings — und gegen von Tag zu Tag wachsenden Widerstand — Berthelot.

Es ist nun noch der dritten europäischen Hauptmacht zu gedenken. Englands angebliche Absicht, Ungarn den neunzehnjährigen Grafen von Flandern, den zweiten Sohn des Königs von Belgien, aufzuoktroyieren, ist nicht genügend beglaubigt. Anderseits hat sich das Kabinett von St. James in allen amtlichen und nichtamtlichen Erklärungen sorgfältig jeder Freundlichkeit gegenüber dem gekrönten König enthalten. Mehr noch: London war oft sehr unfreundlich. Der englische Gesandte in Wien, I. Lindley, hat im Jahre 1920 einem meiner Freunde geschrieben, der Zusammenschluß der Nachfolgestaaten wäre wohl vernünftig, begegne aber noch heftigem Widerstand in den Nachfolgestaaten selbst; die Restauration der Habsburger sei natürlich ausgeschlossen. Der Vertreter Englands in der Schweiz, Theo Russell, stand zwar mit österreichischen und ungarischen Legitimisten in guter gesellschaftlicher Verbindung, gab jedoch ihnen gegenüber wiederholt der Meinung Ausdruck, daß an eine Wiederherstellung Österreich-Ungarns kaum mehr zu denken sei. Der Kaiser war aber der Überzeugung, daß England niemals die Offensive gegen

seine wiederhergestellte Herrschaft ergreifen, sich vielmehr mit ihr bald abfinden würde, wenn die Restauration keine zu gefährlichen Verwicklungen mit den Nachbarstaaten schuf. Zur Probe auf das Exempel ist es nicht gekommen, denn keiner der beiden Restaurationsversuche ist gelungen. Der Kaiser mag immerhin recht gehabt haben. Mir hat Theo Russell am 3. November 1921, da eben ein englisches Kriegsschiff den Kaiser entführte, unter einem Schwall von Vorwürfen zugerufen: „Hätte er doch ein oder zwei Jahre gewartet!"

Der Kaiser hat mich oft darauf verwiesen, daß die Weltmacht England mit weitaus bedeutungsvolleren Fragen als der der habsburgischen Restaurationspolitik beschäftigt sei. Die Tradition lasse es immer gegen die stärkste Kontinentalmacht Stellung nehmen, also in der Zukunft gegen Frankreich, dem noch einige schöne Kolonien zu entreißen wären. Das sei aber die Politik der Zukunft, denn heute habe Großbritannien seinen von Deutschland eingeheimsten Gewinn an Kolonien und Seegeltung zu verdauen; es habe entwaffnet, während Frankreich weiterhin gerüstet dastehe, und England, das Frankreich während des Krieges Darlehen gewährt und Bürgschaften geleistet habe, schone in Frankreich noch den Schuldner. England sei von den Sorgen um die Regelung seiner Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, zu Frankreich, Japan, Deutschland und Rußland, durch die wirtschaftliche Krise, die erst im September 1920 zu einem ausgedehnten Bergarbeiterstreik und zu dem fast dauernden Arbeitslosenelend geführt habe, dann von der Ordnung seiner Beziehungen zu den Dominions und zu dem revolutionären Indien und Ägypten, endlich last but not least Irland derart in Anspruch genommen, daß es sich nicht auch noch mit einer grobschlächtigen Politik gegen ein Ungarn des Königs Karl werde belasten können und wollen.

Es ist schon gesagt worden, daß fast das ganze Jahr 1920 auch im Zeichen des russischen Problems stand. Solange es einen russisch-polnischen Konflikt gab, hatte Frankreich ein noch erhöhtes Interesse an der Konsolidierung und Zusammenfassung der Staaten an der mittleren Donau. Polen hat sich im Sommer 1920 als ein selbst den Anstürmen der schlecht geführten und ausgerüsteten russischen Roten Heere kaum gewachsenes Gebilde erwiesen

und ist nur durch die Unterstützung, die Fochs Gehilfe, General Weygand, gebracht hatte, gerettet worden. Frankreich legte sich daher begreiflicherweise immer häufiger die Frage vor, was wohl geschehen würde, wenn Rußland und Deutschland, die natürlichen Feinde Polens, wieder erstarkt wären. Frankreich ist weit, und von den nichtgroßmächtlichen Nachbarn Polens ist die Tschechoslowakei mißgünstig gesinnt und Ungarn allein zu schwach. Es hat daher am Ausgange des Jahres 1920 so mancher französische Politiker eine Bürgschaft für eine längere Lebensdauer Polens nur in der Wiederaufrichtung eines auch Frankreich nicht übelwollenden Österreich-Ungarn und in der Versöhnung dieser beiden Staaten mit Rumänien gesehen, das gleich Polen in Rußland seinen ewigen Gegner sehen muß.

Jedenfalls hat der Kaiser Ende 1920 geglaubt, daß es im Frühjahr 1921 zur Wiederaufnahme des Krieges Sowjetrußlands gegen Polen kommen werde. Noch in den ersten Dezembertagen langte in Villa Prangins der Bericht eines an der russischen Grenze stehenden urteilsfähigen ehemaligen k. u. k. Offiziers ein, der erklärte:

„Die Behauptungen, daß es zwischen Polen und Rußland bald Frieden geben werde, sind falsch. Sie werden hauptsächlich von den Sowjetvertretern in Europa verbreitet. Solange das bolschewistische Regime besteht, muß es Krieg führen, und, wenn es nicht mehr Krieg führt, kann es nicht mehr bestehen. In dem Augenblick, in dem das Heer demobilisiert werden würde, würde das Land sich erheben und die Sowjetkommissäre einfach totschlagen. Nur die eisern zusammengehaltene Armee verbürgt den Bestand der jetzigen Herrschaft. Um zusammengehalten zu werden, muß sie ein Ziel haben, einen Landesfeind, und das ist für alle Russen der Pole so sehr, daß jetzt viele Militärs, die während der Bürgerkriege außer Landes gegangen waren, sich freiwillig wieder zurückfinden. Der Krieg gegen Polen bricht bestimmt im kommenden Frühjahr los."

Was dem Kaiser als eine seine Restaurationspläne fördernde Möglichkeit erschien, hat aber vatikanische Kreise den Monarchen warnen lassen. Ein Kirchenfürst der Kurie hat in den letzten Novembertagen 1920 eine dem Kaiser nahestehende Persönlichkeit empfangen und ihr einen offenbar für den Kaiser bestimmten Vortrag über die internationale Lage gehalten. Dieser Vor-

trag ist am 28. oder 29. November zum Ohre des Kaisers gedrungen. Der Purpurträger sah voraus: Den allmählichen Wiedereintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in Beziehungen zu Europa, wodurch auch die Beziehungen der europäischen Mächte untereinander beeinflußt werden könnten; wichtige Machtverschiebungen im kleinasiatischen Orient und in Griechenland; endlich die Wiederaufnahme des russisch-polnischen Krieges im Frühjahr 1921. Ehe die Folgen dieser Entwicklungen sich nicht abzeichneten, — mahnte der Kirchenfürst — sei Vorsicht und Zurückhaltung geboten.

Da die Vorgänge in Österreich, Kroatien und in der Slowakei nur wenig zu dem Entschluß des Kaisers beigetragen haben, die Rückkehr nach Ungarn bald zu wagen, kann von ihrer Darstellung abgesehen werden. Es genüge die Feststellung, daß man namentlich in Kroatien und der Slowakei von der Heimkehr des gekrönten Königs nach Ungarn den Zerfall Jugoslawiens und der Tschechoslowakei und damit die eigene Befreiung erhofft hat, daß aber in Villa Prangins von Kroaten und Slowaken nur passive Resistenz gegen eventuelle kriegerische Maßnahmen Belgrads und Prags sowie lokale Erhebungen erwartet wurden.

Der Kaiser hat während der ganzen Dauer seines Schweizer Aufenthaltes nicht allzuviele in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien lebende Menschen empfangen, nicht zuletzt aus dem Grunde, um sie nicht seinethalben Verfolgungen auszusetzen. Breit und mächtig floß dagegen der Strom der zu ihrem Könige kommenden ungarischen Politiker dahin, daneben von Besuchern aus allen möglichen Bevölkerungsschichten.

Der ständige ungarische Berater des Kaisers war bis zum 2. März 1921 Baron Bornemisza. Das Datum des Abschiedes könnte den ungarischen Diplomaten in den Verdacht bringen, daß er die Heimkehr des Königs im Frühjahre betrieben oder doch um sie gewußt habe. Der Verdacht wäre ein ganz ungerechtfertigter. Baron Bornemisza, zuerst als Gesandter der Szegéder Regierung, später als Gesandter Ungarns in der Schweiz, war, was den endlichen Sieg der Legitimität anbetrifft, optimistischer Auffassung. Keines seiner Worte läßt mich aber annehmen, daß er an die Möglichkeit einer unvorbereiteten Restauration schon im Frühjahr 1921 gedacht habe. Er maß der außenpolitischen Möglichkeit eine größere Be-

deutung bei als der innerpolitischen, und er sah, irre ich mich nicht, erst in der Aufnahme Ungarns in den Völkerbund einen Ausgangspunkt für eine konkrete Restaurationspolitik. Die Bestimmung eines Zeitpunktes ist ihm wohl nie in den Sinn gekommen. An eine Wiedervereinigung der Kronen Österreichs und Ungarns auf einem Haupte hat er nicht geglaubt. Lediglich als Kuriosum zitierte er mir einmal das Wort eines französischen Senators, es werde Sache Ungarns sein, zu erreichen, daß kein Österreich-Ungarn, sondern ein Ungarn-Österreich entstehe.

Eine große Rolle spielte auch Legationsrat von Marsovszky. Er war unter dem Grafen Burian der „Verbindungsoffizier" des k. u. k. Ministeriums des Äußern bei dem während des Krieges sehr oft von Wien abwesenden Monarchen gewesen und hatte sich in dieser Eigenschaft ob seiner Unermüdlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Bescheidenheit die Gunst des Kaisers erworben. Das Eckartsauer Manifest vom 13. November 1918 ließ ihn den Dienst in dem damit königlos gewordenen Ungarn sofort verlassen. Er war in der Schweizer Exilzeit sehr oft der Mittelsmann zwischen König und ungarischen Legitimisten. Ich habe über seine Stellungnahme zu dem Restaurationsplane des Kaisers die widersprechendsten Urteile gehört. Baron Hye wollte mir einmal seine eigene Haltung zur Osterzeit 1921 damit erklären, daß ihm auch Legationsrat von Marsovszky gelegentlich dessen vorletzter Abreise von Prangins (das müßte also am 17. Februar gewesen sein) gesagt habe, der König könne in sechs Wochen nach Ungarn zurückkehren. Baron Hye muß einem Hörfehler zum Opfer gefallen sein. Marsovszky hat mir an demselben 17. Februar 1921, seine Vorträge beim Monarchen zusammenfassend, gesagt, daß die innerpolitische Lage die Rückkehr des Königs „sechs Wochen nach Eintritt der außenpolitischen Möglichkeit" gestatten würde. Und Marsovszky hat mir gegenüber diese Meinung auch noch am 26. März vertreten, als er, nicht ahnend, daß der König bereits nach Ungarn abgereist war, in Villa Prangins erschien.

Bis zum 7. Juni 1920 ist sehr häufig der Obersthofmeister Graf Hunyady empfangen worden. Der Graf hat in der Politik, auch in der des Exils, keine führende Rolle gespielt. Das hat ihn nicht gehindert, sich seinem König wann immer in ritterlichster Weise zur Verfügung zu stellen. Als der Monarch, in Szombathely ange-

kommen, nach dem Obersthofmeister rief, ist dieser zu seinem König geeilt und bei ihm geblieben, bis zur traurigen Stunde, da dieser seinem Lande wieder den Rücken kehren mußte. Auch Graf Esterházy, der Obersthofmeister der Kaiserin, ist den unpolitischen Personen zuzuzählen.

Von Staatsmännern sind vor dem Kaiser erschienen: Graf Apponyi, der im Jahre 1920 als Führer der ungarischen Friedensdelegation fungierte und später der Vertreter des ungarischen Gesuches um Aufnahme in den Völkerbund war. Auf dem Wege nach Paris und Genf hat Graf Apponyi auch am Aufenthaltsorte des Kaisers angehalten. Eine Besprechung des Herrschers mit dem Grafen Andrássy fällt noch in den Herbst 1919. Prinz Windischgraetz hat das Jahr 1919 in der Schweiz verbracht und ist damals häufiger mit dem Kaiser zusammengekommen. Nachher fand noch die eine oder die andere Begegnung statt, wenn der Prinz auf der Reise nach Paris durch die Schweiz kam. Der bekannte Legitimist Beniczky hat gleichfalls den Weg zum König gefunden. Von liberalen Politikern, die Karl gehuldigt haben, sind vor allem Baron Szterenyi und Dr. Vazsonyi zu nennen. Daneben kamen Abgesandte der verschiedensten Parteischattierungen.

Diese Männer mögen ausgeführt haben, daß sie sich eine Gesundung des öffentlichen Lebens in Ungarn nur von der Wiederherstellung eines streng verfassungsmäßigen Regimes versprechen, daß die Ausübung der königlichen Macht einen Teil des verfassungsmäßigen Lebens bilde, daß daher die eheste Wiedereinsetzung des Königs in seine Rechte eine Voraussetzung für die Sanierung Ungarns sei. Je nach Temperament und politischer Überzeugung haben sie wohl mehr oder minder allgemeine Betrachtungen über den Zeitpunkt der Rückkehr angestellt. Die vorsichtigsten dürften für eine Rückkehr auf Grund eines Beschlusses der ungarischen Nationalversammlung nach genügender außenpolitischer Sicherung plädiert haben — der eine oder der andere Ratgeber wird schon frühe einer Rückkehr wann immer seine Eloquenz geliehen haben. Über die Wirkung dieser Vorträge ist zu sagen: Waren die meisten auch dazu bestimmt, dem Herrscher durch die Darstellung der äußeren und inneren Schwierigkeiten die Notwendigkeit des geduldigen Abwartens vor Augen zu führen, so blieb in König Karls Erinnerung — und wer wollte das nicht begreifen — doch

die Schilderung des Ungarn bedrückenden Leides besser haften als die Mahnung, die glückliche Konstellation abzuwarten, die den König ohne alle Schwierigkeiten in die Burg seiner Väter zurückbringen würde. Aus dieser ständigen Vorstellung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Elends Ungarns mußte der Entschluß zur Rückkehr reifen, wenn er irgendeine Gutheißung vom Westen her fand und auch nur e i n Ratgeber kam, der sich ohne Widerspruch dem beim Könige erklärlichen Willen, wann immer heimzukehren, unterwarf.

Beides ist geschehen. —

Seit dem Ausgang des Jahres 1920 ward Ungarn von dem Kabinett Huszár-Beniczky-Friedrich regiert. Ihm oblag die Herausführung Ungarns aus dem verfassungslosen Zustand durch die Einberufung einer Nationalversammlung. Diese Nationalversammlung hatte dann die Teilung der Gewalten zu regeln. Der Anfang des Jahres stand im Zeichen einer stürmischen Wahlkampagne; in dieser prallten die Legitimisten und die Anhänger der freien Königswahl aufeinander. Der Regierung, einem Konzentrationskabinett konterrevolutionären Ursprungs, entzog das Wahlresultat die Grundlage. Der aus christlichnationaler Vereinigung und kleinen Landwirten bestehende christliche Block hatte die klare Majorität errungen. Huszár war nun der Anschauung, daß das Kabinett im Amte bleiben sollte, bis die Nationalversammlung ein provisorisches Staatsoberhaupt geboren hätte, das dann eine Regierung zu ernennen haben würde; Friedrich vertrat die Meinung, die Niederlage der nicht dem christlichen Block angehörenden Parteien gebe diesen kein weiteres Anrecht auf Vertretung im Kabinette, die in ihren Parteien oder persönlich bei den Wahlen unterlegenen Minister könnten unmöglich Gesetzentwürfe für die Nationalversammlung vorbereiten und eventuell wochenlang in dieser Versammlung vertreten. In diese Debatten fuhr ein Pronunziamento Horthys, des Oberkommandierenden der ungarischen Nationalarmee. Der Admiral verfügte, daß das Konzentrationskabinett bis zur Konstituierung der Nationalversammlung im Amte zu verbleiben habe, und drohte, er würde diesem Standpunkte gegebenenfalls auch mit der bewaffneten Macht Geltung verschaffen. Es war nicht das erstemal und blieb nicht das einzigemal, daß Horthy sein Schwert in die Wagschale warf. Hintergrund des schweren Kamp-

fes war bereits die Königsfrage. Man rang um die Formel, die die Gewalt des provisorischen Staatsoberhauptes umschreiben und damit das Manifest des Königs vom 13. November 1918 interpretieren sollte, und — um die Person dieses provisorischen Staatsoberhauptes. Der Favorit Ungarns war noch am Tage des Erscheinens des Horthyschen Pronunziamentos Erzherzog Joseph. Dann verschwand er jäh von der Bildfläche. Über die Vorgänge, die zu diesem Rücktritte des Erzherzogs geführt haben, ist noch immer ein gewisses Dunkel gebreitet. Nach Mitteilungen aus dem Kreise um Erzherzog Joseph soll Admiral von Horthy selbst es gewesen sein, der den Erzherzog niederzwang, indem er die Ententevertreter zur Unterstützung seiner Kandidatur heranzog. Er sei eines Tages bei den Ententemissionen erschienen und habe angefragt, ob sie es dulden würden, daß ein Habsburger die Macht an sich reiße. Da die gegen die Habsburger gerichtete Resolution gerade in jenen Tagen beraten und angenommen worden ist, war die Antwort der Entente vorauszusehen. Sie lautete verneinend. Nun präsentierte Horthy seine eigene Kandidatur, die er außenpolitisch bereits vorbereitet hatte. Daß es keiner besonderen Vorbereitung in Ungarn bedurfte, ist dem genügend bekannten Willen des Admirals, sich auf die Armee auch in rebus politicis zu stützen, zuzuschreiben gewesen.

Es kam, wie Horthy und sein Anhang wünschten.

Am 16. Februar 1920 trat die Nationalversammlung zusammen, deren wichtigste, rasch gelöste Aufgabe die Erbringung eines Gesetzes über die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit und über die einstweilige Regelung der Ausübung der staatlichen Obergewalt war.

Der am 23. Februar von der Regierung Huszár eingebrachte Gesetzentwurf verkündete, daß die Ausübung der königlichen Macht seit dem 13. November 1918 ruhe, daß die Gemeinsamkeit Österreichs und Ungarns aufgehört habe zu bestehen, daß die Nationalversammlung sich die Feststellung der aus allen diesen Tatsachen fließenden Folgen für die Zeit nach dem Friedensschlusse vorbehalte, und daß die Nationalversammlung, bis sie die Ausübung der Staatsoberhauptsgewalt endgültig geregelt haben würde, einen Reichsverweser zur einstweiligen Versehung der Staatsoberhaupts-

agenden aus der Reihe der ungarischen Staatsbürger in geheimer Abstimmung wählen werde.

Dieser berühmte Gesetzartikel I ex 1920 ist vom Reichsverweser jeweils angerufen worden, wenn er sich der Übergabe der königlichen Gewalt an den gekrönten König widersetzte, er hat ihn aber sonst nie der Nationalversammlung in Erinnerung gebracht, so daß sie im Jahre 1921 auseinandergehen konnte, ohne die Folgen aus dem Eckartsauer Manifest und aus der Auflösung der österreichisch-ungarischen Gemeinschaft festgestellt und ohne die Ausübung der Staatsoberhauptsgewalt endgültig geregelt zu haben. Ungarn hat den Frieden unterzeichnet und doch aus dem einstweiligen Reichsverweser ein Staatsoberhaupt von — so Gott mit den starken Bataillonen Gömbös' ist — lebenslänglicher Dauer werden lassen.

Am 1. März 1920 ist Admiral Nikolaus von Horthy zum Reichsverweser gewählt worden.

Es war kein geringer Schönheitsfehler der den „allgemeinen Volkswillen" bekundenden Berufung Horthys in die Ofener Königsburg, daß das Parlamentsgebäude während der Wahl von seinen Soldaten umstellt war.

Vor der Wahl Horthys sind die ersten Bitten zum Könige gedrungen, durch Wiederaufrichtung der eigenen legitimen Gewalt dem unwürdigen Feilschen um den provisorischen Thron ein Ende zu bereiten. Diese Bitten haben den gekrönten König in einen schweren Gewissenskonflikt gebracht. Auf der einen Seite standen das Recht und die Pflicht, den inneren Wirren durch seine Heimkehr ein Ende zu bereiten, auf der anderen aber die Erwägung, daß die Siegermächte Ungarn noch nicht den Frieden gewährt hatten; die Rückkehr des Königs konnte einzelne Gegner ermutigen, das Friedensdiktat zu verschärfen. Die Erfüllung der einen Pflicht, seinem Volke ein regierender König zu sein, hätte ihn eine andere beschworene Pflicht verletzen lassen können, nämlich die, „die gesetzliche Unabhängigkeit und territoriale Integrität Ungarns und seiner Nebenländer unverletzt zu erhalten". Nach schwerem Kampfe hat König Karl sich damals entschieden, dem an ihn ergangenen Rufe keine Folge zu leisten.

Horthy hat am 13. März 1920 Herrn von Simonyi-Semedam zum Ministerpräsidenten ernannt. Dessen kurzlebige Regierung ist ge-

kennzeichnet durch das, was die Welt den Weißen Terror genannt hat.

Revolutionen schreiten durch Ströme von Blut zum Siege. Konterrevolutionen folgen zumeist diesem Beispiele. Die ungarische Revolution war eine selten blutige gewesen. Der Mord war und bleibt das Stigma der Herrschaft Béla Kuns. Die Konterrevolution vom August 1919 aber war bar einer jeden Leidenschaft, denn Béla Kun und sein Anhang waren davongelaufen, ehe die nationale Armee sie stellen konnte. Aus dieser Natur des Sieges der Konterrevolution hätte sich ergeben müssen, daß nicht mehr der einzelne, sondern der Staat durch seine unabhängigen Richter für die Schandtaten des Sowjetregimes Vergeltung heischte. Der einzelne mußte und durfte keine Rache üben, denn er konnte sich gar nicht mehr Auge um Auge, Zahn um Zahn rächen. Und doch geschah es, geschah es in einem Maße, daß die ganze gesittete Welt aufschrie. Die Anklagen Béla Kuns, dieses flüchtig gewordenen feigen Mörders, waren es nicht, die das Gewissen des kultivierten Europa wachgerüttelt haben. Die Fortsetzung einer erst nach dem Siege blutig gewordenen, sinn- und ziellosen Konterrevolution unter Duldung einer schwachen Regierung an sich hat empört. Die Verwerflichkeit der „Weißen Atrozitäten" hat nicht nur das Ausland, sondern auch die besten ungarischen Patrioten zu leidenschaftlichem Proteste herausgefordert.

Am Anfange und am Ende der von Horthy protegierten Regierung Simonyi-Semedam war der Wutschrei des Patriarchen der ungarischen Nation, des Grafen Albert Apponyi, zu vernehmen. Als Führer der ungarischen Friedensdelegation hatte er in Paris gegen die Verstümmelung Ungarns auch mit dem Argumente gekämpft, daß dadurch Millionen von Bürgern aus einem Staatsverband von höherer Gesittung in Gemeinschaften von rückständiger Kultur gelangen würden. Die Sieger waren in der Lage zu fragen, ob die Zugehörigkeit zu einem Staate, in dem individuelle Unternehmungen aus konfessionellen Gesichtspunkten auf der Tagesordnung seien, zu einem Staate, der die elementarsten Freiheitsrechte seiner Bürger nicht zu verteidigen vermöge, denn gar so begehrenswert sei. Graf Apponyi forderte daraufhin in seinem an den ungarischen Ministerpräsidenten gerichteten Schreiben vom 10. März 1920, daß die Herrschaft des Rechtes auf der ganzen

Linie wiederhergestellt werde, widrigenfalls er und seine Kollegen erwägen müßten, ob sie nicht ihre Mandate bei der Friedenskommission niederlegen sollten. Und am 6. Juni 1920 wies Graf Apponyi vor seinen Jássberényer Wählern die verhängnisvollen Rückwirkungen des blutigen Kurses auf die internationalen Beziehungen Ungarns nach; in einer bald danach stattgehabten geheimen Sitzung der Nationalversammlung brandmarkte er die Ermordung Somogyis als eine Schandtat sondergleichen.

Die Regierung, eingekeilt zwischen die Empörung des Landes und die Unmöglichkeit, nach den vom Reichsverweser geschützten verbrecherischen Elementen zu greifen, gab am 27. Juni 1920 ihre Demission.

Dieser Juni hat dem Könige den zweiten Appell zur Heimkehr zugetragen. Das sinnlose Wüten der Weißgardisten ließ einen Schrei der gequälten ungarischen Menschheit nach Villa Prangins dringen. Es waren nicht gerade die prominentesten unter den ungarischen Parlamentariern, die sich dem aus den breitesten Volksschichten hervorquellenden Wunsche nach Wiederherstellung der beleidigten Rechtsordnung durch den König angeschlossen hatten. Es waren aber immerhin der Stimmen so viele, daß sie der König nicht überhören konnte. Noch baute er aber auf die Loyalität des Reichsverwesers, noch glaubte er an seine Kraft, der Gesetzesverächter Herr zu werden, und so nahm der König für das Jahr 1920 in Aussicht, im Einvernehmen mit dem Reichsverweser nach Ungarn zurückzukehren. Dem Reichsverweser wurde Ende Mai 1920 die Vorbereitung dieser Rückkehr zur Pflicht gemacht.

Am 4. Juni 1920 unterzeichnete Ungarn den Friedensvertrag, und damit fiel auch das Gegenargument einer möglichen Verschlechterung des Friedensvertrages weg.

Nach Empfang des Handschreibens ging der Reichsverweser daran — die Nebenregierung schalten und walten zu lassen. Ihr entgegenzutreten, war auch das am 19. Juli berufene Kabinett des Grafen Teleki viel zu schwach, waren doch Reichsverweser und Nebenregierung eine Lebensversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit geworden. Sprach man in Ungarn im ersten Halbjahr 1920 vom Weißen Terror, so erfüllte das zweite Halbjahr die Klage über die Kamarilla. Will man den Versicherungen des damaligen Hon-

védministers Sréter Glauben schenken, so hätte eine Friedrich nahestehende Gruppe schon Mitte Juli 1920 beschlossen, den König nach Ungarn zu bringen; derselbe Minister mußte aber in der Sitzung der Nationalversammlung vom 31. August 1920 zugeben, daß der viele aktive und nichtaktive Offiziere umfassende, angeblich gesellschaftliche und nationale Ziele verfolgende Verband „Move" „früher" über die Armee verfügt und sich politische Übergriffe erlaubt habe.

Die Königsfrage beherrschte das gesamte öffentliche Leben Ungarns während des größeren Teiles des Jahres 1920, obgleich die aus so heterogenen Elementen wie der christlichnationalen und der Partei der kleinen Landwirte bestehende Majorität die Ausschaltung der Königsfrage zur Grundlage ihres Koalitionsprogrammes gemacht hatte. Es kam so, weil die Nebenregierung dieses Programm verletzen und Vorkehrungen zur Vereitelung der Rückkehr des Königs treffen konnte, die in eine impotente Majorität gebundenen Legitimisten aber jede Bewegungsfreiheit verloren hatten. Die immer allgemeiner gewordene Überzeugung, daß nur der König Ungarn aus der ewigen Revolution herausführen könne, rief schließlich auch die Legitimisten zu einer energischen Aktion.

Sie schlossen sich unter der geistigen Führung Apponyis und unter der taktischen Leitung Andrássys, Rakovszkys und Beniczkys zusammen und gingen vorerst einmal daran, die Stellung des gekrönten Königs zur Nation mit Beziehung auf das Manifest vom 13. November 1918 und den Gesetzartikel I ex 1920 zu klären. Das erwähnte Manifest ist eigentlich von gar keinem Ungarn als ein Thronverzicht aufgefaßt worden. Wegen seines Wortlautes nicht, aber auch deshalb nicht, weil es unter Mißachtung der verfassungsmäßigen Formen zustande gekommen war. Der König von Ungarn ist König kraft der Erbfolgeordnung und tritt mit der Krönung in den Besitz der vollen verfassungsmäßigen Gewalt. Nur ein actus contrarius zur Krönung hätte die Wirkung der Krönung aufheben können. Daß die Legitimisten noch mehr als die Illegitimisten diesen Standpunkt vertraten, bedarf keines weiteren Beweises. Schwieriger war es, dem nach dem Zusammenbruche stürmisch und allgemein gewordenen Drange nach vollkommenster Unabhängigkeit Ungarns von Österreich Rechnung zu tragen. Es ist begreiflicherweise keinem wirklichen Legitimisten eingefallen, dem

Könige eine förmliche Abdankung als Kaiser von Österreich zuzumuten, anderseits wollten aber selbst die überzeugtesten Legitimisten der Sorge breiter Bevölkerungskreise Rechnung tragen, daß auch eine reine Personalunion zu einer außerhalb der Person des Königs liegenden Gemeinsamkeit mit Österreich führen könnte. Es kam zu außerordentlich interessanten Verhandlungen der ungarischen Legitimisten mit dem König — Verhandlungen, die eigentlich erst in dem nach dem Scheitern des Osterunternehmens von Szombathely aus erlassenen Manifest an die ungarische Nation ihren Abschluß gefunden haben. Es ist gewiß pikant, daß Graf Stephan Bethlen es war, der den Auftakt zu jenen Verhandlungen gegeben und schließlich an der Abfassung des königlichen Manifestes einen hervorragenden Anteil gehabt hat.

Graf Bethlen erschien am 19. September 1920 vor seinen Hodmezövásárhelyer Wählern und legte vor ihnen sein „legitimistisches Glaubensbekenntnis" wie folgt dar:

„Vor der Erledigung der Königsfrage müsse eine Bestimmung gesetzlich inartikuliert werden, daß auf den ungarischen Thron nur eine solche Persönlichkeit erhoben werden könne, die vorher auf den Anspruch auf jeden anderen Thron verzichtet, sich unserer Anschauung angeschlossen, daß die auf uns bezügliche Verpflichtung der Pragmatischen Sanktion ihre Geltung verloren habe, und die vorher feierlich erklärt habe, sich auf einen anderen Thron ohne Einwilligung und vorherige Befragung der ungarischen Legislative nicht zu setzen."

Mit der Rede des Grafen Bethlen war das Schlagwort von dem nationalen ungarischen König in die Menge geworfen und von ihr begierig aufgenommen worden. Dieses Schlagwort war einerseits geeignet, die Legitimisten von den unter legitimistischer Flagge segelnden Illegitimisten zu trennen, anderseits bot es aber die Möglichkeit, die Legitimisten und die bloß aus Abneigung gegen Österreich illegitimistisch Gesinnten auf einer gemeinsamen Basis zu vereinigen.

Den Führern der Legitimisten fiel somit die Aufgabe zu, eine Formel zu finden, die alle Legitimisten zusammenhielt und dem legitimistischen Gedanken neue Anhänger warb, ohne etwa durch ein Begehren nach Abdankung des Königs von Ungarn als Kaiser

von Österreich ein ihnen heiliges Prinzip zu verletzen. Die Budapester Beratungen hierüber fielen in den Monat Oktober.

Als Ergebnis wurden dem Kaiser am 3. November 1920 drei Vorschläge unterbreitet. Der offenbar älteste, von dem nicht festgestellt werden konnte, ob er, wie behauptet, mit Hunyady, Andrássy und Beniczky vereinbart worden war, wünschte vom Könige drei Erklärungen:

„I. Es ist nicht die Absicht Seiner Majestät, seine königliche Macht jemals dazu zu benützen, um seine österreichischen Erbländer durch Opfer ungarischen Gutes und Blutes zurückzugewinnen.

II. Sollte doch Seine Majestät auf den Thron jener Länder zurückberufen werden, so wird das staatsrechtliche Verhältnis dieser Länder zu Ungarn mittels freier Vereinbarungen zwischen diesen Ländern einerseits und Ungarn anderseits geregelt werden.

III. Seine Majestät erinnert sich mit dankbarer Anerkennung der hohen Tugenden der ungarischen Nation sowie des heldenmütigen Benehmens derselben während des Krieges, womit die ungarische Nation bezeugt hatte, daß sie die stärkste Stütze des Thrones und der Dynastie ist. Deshalb ist auch Seine Majestät fest entschlossen, möge er die Kronen welcher anderen Nationen auch tragen, in deren Reihe der ungarischen Nation stets jene vornehme Stellung zu sichern und zu wahren, welche ihr auf Grund ihrer althergebrachten Tugenden sicherlich zukommt."

Legationsrat von Marsovszky überbrachte einen vom Grafen Andrássy und einen vom damaligen ungarischen Gesandten in Wien, Dr. Gratz, verfaßten Text.

Nach Andrássy sollte der Kaiser anerkennen, daß alle in der Pragmatischen Sanktion enthaltenen Bestimmungen, soweit sie auf den unteilbaren und unlösbaren Besitz der ungarischen und nichtungarischen Länder Bezug nehmen, ihre Geltung verloren haben, ebenso der Gesetzartikel XII:1867; weiter seine Bereitwilligkeit aussprechen, das Kriegserklärungsrecht mit den verfassungsmäßigen Faktoren der Nation auf eine im Gesetzeswege zu bestimmende Art zu teilen; Ungarns Gut und Blut ausschließlich nur im Inter-

esse Ungarns und nicht für dem Lande ganz fremde Zwecke oder Ansprüche zu verwenden; endlich, insoferne es sich darum handeln würde, daß der König die Herrschergewalt über andere Länder übernehme, dies nur nach einem zwischen dem fraglichen Lande und Ungarn geschlossenen Übereinkommen zu tun, welches die vollständige staatliche Unabhängigkeit Ungarns sicherstellt und insbesondere die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die auswärtige Vertretung sowie die Selbständigkeit der ungarischen Armee in nichts beschränkt.

Von Dr. Gratz stammte eine Formel, die in dem die Restauration in zwei oder mehreren Staaten betreffenden Punkte die Wahl zwischen zwei Varianten freiließ. Diesem Entwurfe zufolge hätte der König ein Handschreiben folgenden Inhalts erlassen sollen:

„Nach der in Ungarn über die Königsfrage geführten Diskussion scheint es Mir notwendig, Ihnen den Standpunkt zur Kenntnis zu bringen, den Ich in einzelnen — hierbei zur Sprache gebrachten — Punkten einnehme.

Vor allem teile Ich die Ansicht, daß infolge der Inartikulierung des Friedensvertrages von Trianon der G.A.XII ex 1867 als erloschen anzusehen ist, und daß auch die Pragmatische Sanktion, insoweit sich ihre Bestimmungen auf den unteilbaren Besitz der ungarischen und der anderen Erbländer beziehen, außer Kraft getreten ist und einer Revision bedarf.

Mit Rücksicht darauf, daß hiernach Ungarn die volle staatliche Unabhängigkeit wiedererlangt hat, stimme Ich auch der Auffassung zu, daß Ich nach eventueller Wiederübernahme der Herrschergewalt in Ungarn die Herrschergewalt in einem anderen Lande nur

I. Alternative:

dann antreten könnte, wenn hierüber zwischen Ungarn und diesem Lande eine Vereinbarung zustande käme, oder wenn hierbei die volle staatliche Unabhängigkeit Ungarns, insbesondere die selbständige Leitung seiner auswärtigen Angelegenheiten, die Selbständigkeit seiner auswärtigen Vertretung und seiner Armee gewahrt bliebe.

II. Alternative:

nach einem zwischen Ungarn und diesem Lande abzuschließenden Übereinkommen oder aber unter Wahrung dieser

vollen staatlichen Unabhängigkeit Ungarns, insbesondere bezüglich der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, der auswärtigen Vertretung und der Selbständigkeit der Armee übernehmen könnte.

Da schließlich Ungarns Gut und Blut auch Meiner Ansicht nach ausschließlich im Interesse Ungarns und nicht für andere, dem Lande fremde Zwecke und Ansprüche verwendet werden dürfte, wäre Ich entschlossen, das Recht Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, mit den verfassungsmäßigen Faktoren der Nation auf eine durch Gesetz zu bestimmende Art zu teilen."

Die Pragmatische Sanktion ist das von Kaiser Karl VI. (als König von Ungarn: Karl III.) im Jahre 1713 errichtete, von den ungarischen Ständen 1723 angenommene Hausgesetz, mit dem das 1687 bestimmte Linearerbrecht des Hauses Österreich (die Stände erklärten damals, „für immerwährende Zeiten die Fortsetzung der Regierung Seiner Majestät in seinen erlauchten Erben zu wünschen") auf die weibliche Linie desselben Hauses ausgedehnt und der unteilbare und untrennbare Verband Ungarns mit den in Deutschland und anderswo gelegenen Ländern des Königs ausgesprochen wurde. Hatte schon der ungarische Gesetzartikel VIII von 1715 die gemeinsame Armee ausdrücklich und als Folge der Pflicht zur gemeinsamen Verteidigung der unteilbaren und untrennbaren Länder ins Leben gerufen, so bestimmte der Gesetzartikel XII von 1867 Wehrmacht, auswärtige Politik und die zu diesen Zwecken erforderliche Finanzwirtschaft als gemeinsame Angelegenheiten der Länder der ungarischen Krone und der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. An dieses Werk, das die unter dem Namen „Österreich-Ungarn" bekannte „dualistische Verbindung" zweier paritätischer Staaten geschaffen hatte, rührten die dem Könige im November 1920 gemachten Vorschläge. Sie haben den Monarchen nicht überrascht, denn er selbst hatte sich schon seit einiger Zeit mit dem Gedanken befaßt, die via facti erfolgte Außerkraftsetzung eines Teiles der Pragmatischen Sanktion und des ganzen Gesetzartikels XII von 1867 formell anzuerkennen und zugleich das Kriegserklärungsrecht mit der Nation zu teilen. Die dem Könige gemachten Vorschläge liefer-

ten nun Unterlagen für die Formulierung der Entschlüsse, zu denen er selbst schon gelangt war.

König Karl hat sich bemüht, seiner eigenen Überzeugung, den Bitten seiner Anhänger in Ungarn und der Notwendigkeit einer klaren, eindeutigen königlichen Entschließung gerecht zu werden. Sie ist in zwei Handschreiben gefaßt worden, von denen eines an Rakovszky, das andere an Horthy gerichtet wurde. Diese zweifache Ausfertigung hatte ihren guten Grund. Die ungarischen Legitimisten dachten, die Veröffentlichung des königlichen Willens im geeigneten Augenblicke könnte die unter der falschen Flagge eines nationalen Königtums segelnden Anhänger der freien Königswahl entwaffnen, und die Wirkung dieser Veröffentlichung würde am größten sein, wenn sie von dem (verfassungsmäßig) über den Parteien stehenden Reichsverweser ausginge. Sie mißtrauten aber Horthy schon damals, sie befürchteten, er könnte sich in kritischer Stunde der ihm übertragenen Mission entziehen, und so wünschten sie eine Art Duplikat in den Händen eines zuverlässigen Politikers.

Das an Horthy in ungarischer Sprache gerichtete Handschreiben lautete in deutscher Übersetzung:

„Lieber von Horthy!

Es ist jetzt notwendig geworden, daß auch Ich Meine Auffassung über die bei Erörterung der Königsfrage aufgetauchten Probleme Meiner heißgeliebten ungarischen Nation kund tue, da immer häufiger und drängender der Wunsch nach Kenntnis dieser Meiner Meinung laut wird.

So erkläre und bekräftige Ich:

Ich teile die Ansicht, daß die auf den unteilbaren und unlösbaren Besitz der ungarischen und der übrigen Erbländer Bezug nehmenden Bestimmungen der Pragmatischen Sanktion außer Kraft getreten sind und der G.A.XII:1867 erloschen ist.

Mit Rücksicht darauf, daß hiernach Ungarn die volle staatliche Unabhängigkeit wiedererlangt hat, stimme Ich auch der Meinung zu, daß Ich nach Wiederübernahme der Herrschergewalt in Ungarn die Herrschergewalt in einem anderen Staate nur nach einem zwischen Ungarn und diesem anderen Staate abzuschließenden Übereinkommen oder aber unter Wahrung der vollen staatlichen Unabhängigkeit Ungarns, insbesondere

bezüglich der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, der auswärtigen Vertretung und der Selbständigkeit der ungarischen Armee übernehmen könnte.

Da schließlich Ungarns Gut und Blut auch Meiner Ansicht nach ausschließlich im Interesse Ungarns und nicht für andere dem Lande fremde Zwecke und Ansprüche verwendet werden dürften, wäre Ich entschlossen, das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, mit den verfassungsmäßigen Faktoren der Nation auf eine durch Gesetz zu bestimmende Art zu teilen.

Als konstitutionellem König — ein solcher will und werde ich wie ehevor sein — ist Mir gleichwie gewiß auch jedem Ungarn bewußt, daß sich die aus dieser Meiner Auffassung ergebenden, König und die ganze Nation verpflichtenden Akte erst dann werden setzen lassen, wenn Ich, der gekrönte ungarische König, umgeben von einer verantwortlichen ungarischen Regierung, wieder die Herrschergewalt in Ungarn ausübe.

Meine vorstehende Erklärung, welche Meiner unerschütterlichen Auffassung über gewisse schwerwiegende Probleme Ausdruck gibt, soll schon jetzt Zeugnis von Meiner Überzeugung ablegen:

Der gekrönte ungarische König ist eins mit seiner heißgeliebten ungarischen Nation und in dieser Einigkeit wird ihr wieder eine Zukunft, würdig ihrer althergebrachten Tugenden, erblühen!

Ich flehe Gottes reichsten Segen auf Mein teures Ungarn herab!

Meiner heißgeliebten ungarischen Nation — Meinen königlichen Gruß!

Ich lade Sie, lieber Horthy, den von Meinem und der ungarischen Nation Vertrauen getragenen Reichsverweser, ein, Mein Wort der Nation zu vermitteln.

Villa Prangins am 8. November 1920. Karl."

Diese Handschreiben sind von Herrn von Marsovszky am 14. November 1920 nach Ungarn überbracht worden. Das für Rakovszky bestimmte wurde dem Adressaten ausgefolgt, das an

Horthy gerichtete den ungarischen Legitimisten zur weiteren Verfügung nach ihrem Ermessen übergeben.

Die ungarische Nation erfuhr die königliche Sanktion des Aufhörens der österreichisch-ungarischen Gemeinschaft erst aus der von Szombathely am 2. April 1921 erlassenen Abschiedskundgebung des Herrschers. Mit einfachen, klaren Worten, die gefunden zu haben ein Verdienst des Königs und — des Grafen Bethlen war, wurde da ausgesprochen:

> „Infolge der Ereignisse, die sich mit elementarer Gewalt auf uns wälzten, hat der Ausgleich vom Jahre 1867 und der den unteilbaren und untrennbaren Besitz betreffende Teil der Pragmatischen Sanktion aufgehört, und die volle staatliche Unabhängigkeit Ungarns ist hergestellt, die sorgsam zu hüten auch eine Meiner Hauptbestrebungen ist."

Die Geschichte der Formel bildet eine Phase in der Vorgeschichte der Restaurationsversuche, sollte doch die Einigung von König und Vertretern der Nation auf eine solche Formel die Heimkehr des Königs in das von dem Schlagworte des nationalen Königtums erfüllte Ungarn erleichtern. Zum Teile gleichzeitig spielten sich die Ereignisse ab, die zu einem verfrühten Restaurationsversuche geführt haben.

Bald nach dem Echec des Königs zu Ostern 1921 ist die Ansicht geäußert worden, daß die Prätendentenbewegung es dem Herrscher habe ratsam erscheinen lassen, sich seiner Nation in Erinnerung zu bringen. Ich glaube nicht daran. Einige Worte über diese Bewegung und über das Verhältnis des Kaisers zum Reichsverweser sind aber am Platze.

Die Bewegung zugunsten einer Schilderhebung des Erzherzogs Albrecht trat besonders deutlich von dem Tage an in die Erscheinung, da dieser Erzherzog nach Ungarn zurückgekehrt war. Der Prinz war schon anfangs April 1920 willens, den Schweizer Aufenthalt mit einem solchen in Ungarn zu vertauschen. Der Kaiser hat diese Reise nicht gestattet. Erzherzog Albrecht hat die Verweigerung der Reiseerlaubnis recht künstlich nur auf den April bezogen und die damals vom Kaiser gegebene Begründung willkürlich interpretiert. Mitte Mai 1920 ging er nach Ungarn, seinem Familienoberhaupte die vollzogene Tatsache der Abreise anzeigend. Erz-

herzog Albrecht ist in den Strudel der „Move"-Leute geraten, die ihn zu ihrem nationalen König erkoren. Um ihn als solchen erscheinen zu lassen, wurde die recht dürftige Überlieferung von der Abstammung der Croys (Erzherzogin Isabella ist eine geborene Prinzessin Croy) aus dem alten ungarischen Königshause zu einer geschichtlichen Tatsache erhoben. Einige junge Leute begannen den Prinzen als „König Arpád" zu feiern. Die Sache war kindisch, gewiß alles eher als gefährlich. Dieses Treiben konnte ignoriert werden, solange nicht Erzherzog Albrecht selbst mit Prätensionen hervortrat, und das ist nicht geschehen. Einige Beachtung erheischte auch das Treiben der Anhänger des Erzherzogs Joseph. Von dem Prinzen selbst lagen dem Kaiser viele Versicherungen unerschütterlicher Treue vor. Die Bewegung mußte jedoch manchmal ernstgenommen werden, weil sie nicht nur viele Proselyten in Ungarn warb, sondern auch das politische Kalkül der Großmächte zu beeinflussen sich bemühte. Die Führer dieser Bewegung spiegelten nämlich dem Auslande ein politisches Programm des Erzherzogs vor, das — nach ihrer Meinung — Paris genehm sein konnte. Man hat eine Zeitlang geglaubt, daß die französische Regierung das Ziel einer Spaltung Deutschlands verfolge und diesem Ziele zuliebe den Anschluß Österreichs an Bayern zugeben würde. Die Anhänger des Erzherzogs Joseph verkündeten nun urbi et orbi, daß Ungarn unter Joseph unabhängig, Österreich mit Bayern unter Rupprecht vereint sein müßte. Sie haben nicht gewußt, wie wenig Beifall ihre Bemühungen in Frankreich gefunden haben. Die Propaganda der „Josephiner" wurde vom Kaiser unangenehm empfunden, sie hat ihn jedoch nicht weiter beunruhigt, da der Kaiser seinem Oheim vertraute.

Einen weitaus komplizierteren Fall stellte Admiral von Horthy dar. Seine Haltung spielte in den Restaurationsplänen des Kaisers insoferne eine große Rolle, als diese Pläne auf dem Glauben an die Treue des Reichsverwesers aufgebaut waren.

Admiral von Horthy ist am 1. März 1920 zum Reichsverweser gewählt worden.

Eine Woche früher — seine Wahl war schon gewiß — sandte er einen seiner Offiziere, den Rittmeister Bela von Révhegyi, zu seinem Obersten Kriegsherrn. Révhegyi war vom 22. bis 24. Februar in Villa Prangins. Er überbrachte dem Könige im Namen

des Admirals und der ganzen von ihm kommandierten Nationalarmee Versicherungen unerschütterlicher Treue. Er legte nach den ihm erteilten Instruktionen die politische und militärische Lage Ungarns dar und meldete, daß Horthy voraussichtlich zum Reichsverweser gewählt werden und danach noch mehr als zuvor imstande und willens sein werde, die Wiedereinsetzung des Königs in seine Rechte zu fördern. Augenblicklich wäre allerdings die Rückkehr ein Unglück für König und Nation. Noch sei der Friede nicht geschlossen, noch sei die Nationalarmee zu wenig konsolidiert, um den an der Grenze und auf ungarischem Boden stehenden fremden Truppen Widerstand leisten zu können. Die Situation werde sich aber zweifellos bessern; Horthys Plan sei es, zu diesem Behufe in den Nachbarstaaten Aufstände hervorzurufen und zu unterhalten. Es würde die Sache fördern, wenn der König Beziehungen mit Italien anknüpfte.

Der König hat keinem Worte Horthys mißtraut. Unangenehm berührte ihn nur das Programm der Bolschewikisierung von Nachbarstaaten, in erster Linie der Slowakei. Kaiser Karl ist schon im Jahre 1917 ein Gegner des auf Revolutionierung der russischen Armee hinauslaufenden Programmes der deutschen Heeresleitung gewesen; er hat im Laufe der Jahre seine Meinung nicht geändert: Er wendete gegen diese Taktik ein, daß sie moralisch verwerflich und der aus ihr hervorgehende langwirkende Nachteil durch den momentanen Vorteil nicht aufgewogen sei.

Rittmeister von Révhegyi ist mit folgendem an den Admiral gerichteten Handschreiben nach Budapest zurückgekehrt:

„Lieber Vizeadmiral von Horthy!

Ihnen und Meiner ungarischen Armee Meinen königlichen Gruß!

Mit besonderer Freude habe Ich die Botschaft vernommen, die Sie Mir durch den Rittmeister von Révhegyi, einen Meiner braven Offiziere, zukommen ließen. Die Versicherung unerschütterlicher Treue, die Sie damit für sich und die ganze Armee abgegeben haben, hat Mich tief berührt. Es liegt Mir daran, Ihnen zu sagen, daß Ich Mich nie eines anderen versehen habe.

Gerne habe Ich Ihren Ratschlag entgegengenommen, der-

zeit noch nicht in Mein heißgeliebtes Königreich Ungarn zu kommen. So schmerzlich Mich auch die lange Trennung berührt, so beuge Ich Mich doch der Notwendigkeit in der sicheren Überzeugung, daß es Ihrer Umsicht und Klugheit gelingen wird, die Wege zu ebnen, die die mit ihrem König vereinigte ungarische Nation dauerhaftem Glücke entgegenführen können.

Besonders segensreich müßte es sein, wenn jener Zeitpunkt mit dem Tage zusammenfiele, da auch die schweren, zwischen den Nachbarn heute noch bestehenden Differenzen bereits einer friedlichen Austragung Platz gemacht haben.

Ich möchte Ihnen daher auch Meine Sorge ans Herz legen, mit jenen Staaten, wenn irgend tunlich, ernste Konflikte zu vermeiden und propagandistische Mittel, die in Nachbars Land wirken wollen, wohl zu erwägen, denn die Bolschewikisierung eines anderen Staates erweist sich gemeiniglich als ein zweischneidiges Schwert.

Beziehungen zu Italien anzuknüpfen und zu pflegen, ist Mir wohl kaum möglich und wenig empfehlenswert. Sie, als einer Meiner hervorragendsten Marineoffiziere, kennen den Erbfeind! I c h vermöchte vielleicht zu vergessen, aber Ich trage Sorge, daß Italien sich unter der Maske eines Freundes ins Vertrauen schleicht, um es eventuell übel zu vergelten.

Für die Delegierung des Rittmeisters von Révhegyi, der sehr bedeutungsvoll und interessant zu berichten wußte, sage Ich Ihnen nochmals herzlichen Dank in der Hoffnung, daß es Ihnen noch öfter gelingen wird, Mir Bericht zukommen zu lassen.

Gott mit Ihnen Allen!

Ich bin Ihr wohlgeneigter

Villa Prangins am 23. Februar 1920. Karl."

Am 30. März 1920 weilte Major Karl Ottrubay in Villa Prangins — ein Vertrauensmann des Kaisers und des Admirals. Ottrubay war schon in der Militärkanzlei des Kaisers Franz Joseph tätig, ist während des Weltkrieges dem Thronfolger Erzherzog Karl zugeteilt gewesen und nach seiner Thronbesteigung in seine Militärkanzlei übernommen worden. Horthy hat Ottrubay der ungarischen Friedensdelegation zugeteilt und ihn in den traurigen Kampftagen von Buda-Oers zum König geschickt.

Im Mai 1920 ließ Horthy über seine Bemühungen im Interesse der legitimistischen Bewegung berichten. Die Antwort war jene schon erwähnte Ankündigung des Königs, daß er noch im Laufe des Jahres nach Ungarn zurückkehren werde:

„Lieber Horthy!

Mit aufrichtigem Danke habe Ich Ihre letzte Nachricht bekommen und mit warmer Erkenntlichkeit verfolge Ich Ihre für Mich so günstige Aktion. Die bis jetzt erreichten Resultate erhöhen noch das Vertrauen, das Ich in Sie seit jeher gesetzt habe.

Ungarn wird in den nächsten Tagen genötigt sein, den Friedensvertrag zu unterschreiben. Ich hoffe mit aller Inbrunst, daß darnach alle eine bessere Zukunft verbürgenden Kräfte zusammengefaßt werden. Ich, der gekrönte und gesalbte König, bin Mir, da Ich auf keines Meiner Rechte verzichtet habe, auch vollkommen Meiner damit verbundenen Pflichten bewußt und will daher an der Sammlung und Wiederaufrichtung des Lebens im Lande teilnehmen. Ich gewärtige, wenn Ich wieder Anteil an den Regierungsgeschäften nehme, keine Einsprache von seiten der Entente, da Mir solches aus dem Munde leitender Persönlichkeiten Frankreichs zur Kenntnis gekommen ist.

Im Interesse der Bewahrung und Konsolidierung des ungarischen Besitzstandes will Ich noch im Laufe dieses Jahres wieder die Regierungsgewalt an Mich nehmen; Ich ersuche daher Euer Durchlaucht, Mir aus Ihrer klaren Erkenntnis der Lage den für Meine Rückkehr auf den Thron geeignetsten Zeitpunkt bekanntzugeben, in dem Ich auch die Nation um Mich scharen will, die Mir die Stephanskrone aufs Haupt gesetzt hat.

Ich ersuche Euer Durchlaucht, mit gleicher Hingebung und Treue wie bisher und gestützt auf Meine lieben Getreuen, die Ihr Vorbild in ihrer Treue nie wankend werden ließ, Meine Rückkehr vorzubereiten.

Euer Durchlaucht jederzeit bewiesene Energie und Weitblick bieten mir die Gewähr, daß es Ihnen und allen Meinen unter Ihrer Ägyde stehenden Mitarbeitern gelingen wird, Ihr

Werk unter Gottes gnädigem Beistand zum glücklichen Ende zu führen.

Mit unwandelbarer königlicher Gewogenheit

Karl."

Major Ottrubay berichtete am 1. Oktober 1920 an den Kaiser: „Verschiedene aus Ungarn stammende Nachrichten dürften in letzter Zeit davon gesprochen haben, daß sich in der unmittelbaren Umgebung des Admirals von Horthy Tendenzen fühlbar machen, die mit einem loyalen, dem geleisteten Eide entsprechenden Verhalten kaum in Einklang gebracht werden könnten. Ich möchte hier auf Äußerungen einiger jungen, ein wenig unreifen Offiziere hinweisen, die mit dem Schlagwort, Ungarn kann nur einen nationalen König haben, eine unbesonnene Propaganda für ein Königtum des Admirals Horthy inaugurieren. Der Umstand, daß genannte Offiziere teilweise zur nächsten Umgebung des Gouverneurs gehören, erweckte nunmehr bei einzelnen Herren den Eindruck, daß die ganze Aktion mit Wissen des Gouverneurs durchgeführt wird, ja sogar sich seines Wohlwollens erfreut. Oberst Baron Láng wird Eurer Majestät über die Unhaltbarkeit dieser Gerüchte Bericht erstatten, meinerseits bitte ich nur alleruntertänigst vermelden zu dürfen, daß ich den Admiral Horthy nach wie vor als für die Sache Eurer Majestät absolut ergeben bezeichnen muß und es für vollkommen unmöglich erachte, daß der Gouverneur, der das gegebene Versprechen und seinen Eid über alles hoch hält, auch nur eine Sekunde den Einflüsterungen einiger grünen Jungen Gehör schenken könnte . . ."

Am 4. Oktober 1920 meldete sich Oberst Baron Láng von der Militärkanzlei Horthys beim Kaiser. Wiederum Versicherungen unerschütterlicher Treue, abermals ein bewegter Dank des Souveräns.

Der Kaiser hat also auch Horthy nicht mißtraut. Es hat ihn daher auch nicht ein Zweifel an der Loyalität des Reichsverwesers vorzeitig nach Ungarn geführt. Die Beziehungen zwischen Kaiser und Reichsverweser waren aber doch nicht belanglos für die Formung des Rückkehrplanes. Der Kaiser glaubte daran, daß ihm Horthy, wann immer, die Macht übergeben werde.

Über die Gründe des latenten, sich von Monat zu Monat befesti-

genden Rückkehrwillens sind wir nach dem Dargelegten wohl im klaren:

Ungarn litt namenlos unter der offenen Königsfrage. In einer Zeit, die die Vereinigung aller Kräfte auf das Ziel der Wiederaufrichtung Ungarns erheischt hätte, legte der Kampf der „Freien Königswähler" gegen die Legitimisten und deren Abwehr die besten Kräfte lahm. Das System Horthy wußte nicht Ungarn aus der Revolution herauszuführen. Es wollte in dem Ungarn dieses Regimes nicht zur Herrschaft des Rechtes kommen. Den König quälte der Zweifel, ob er richtiger handle, wenn er nicht vor vollständiger Sicherstellung des Gelingens heimkehre, oder ob er im Interesse des Landes auch um den Preis seiner Person den großen Wurf wagen sollte. Ich habe diesen Seelenkampf meines Herrn durch Monate mit Ergriffenheit verfolgt. Eine täglich wachsende Unruhe erfüllte mich, als ich immer mehr zu erkennen glaubte, daß der Kaiser meinen allgemeinen Argumentationen gegen eine nicht genügend vorbereitete Rückkehr auswich und jetzt öfter Herren sah, die in widerspruchslosem Anschluß an seine Meinung die Erfüllung einer Untertanenpflicht sahen ...

Es war im September 1920. Ich folgte dem Kaiser auf dem schmalen Fußsteig, der durch den Park von Villa Prangins den Genfer See entlang führt. Der Kaiser sprach wenig. Er blieb stehen und blickte lange über den See auf die Savoyischen Alpen, die der eisige Gipfel des Mont Blanc krönt. Der Kaiser, ein großer Naturbewunderer, nahm das herrliche Bild in sich auf, und, sich zum Weitergehen wendend, sprach er:

„Ich werde meine Rückkehr nicht über das Frühjahr verschieben können."

Der Kaiser hatte leise und unbetont gesprochen. Ich hatte den Eindruck, der Kaiser habe mir ein Versprechen erzählt, das er irgend jemandem gegeben hatte.

Ich replizierte sofort: „Eure Majestät! Warum nicht? — Ich weiß nicht, ob die allgemeine Lage gerade im Frühjahr einer Rückkehr günstig sein wird."

Der Kaiser hat meine Bemerkung gewiß als eine Frage nach den mir unbekannten Voraussetzungen und Möglichkeiten seines Gedankens gedeutet, sie aber nicht beantwortet.

Am Ausgange des Jahres 1920 war mir schon sehr unbehaglich zumute. Das Frühjahr war nicht mehr ferne, die Situation in Ungarn hätte die Heimkehr des Königs dringend geboten, die außenpolitische Situation schien mir aber nicht günstig und — das Vertrauen des Kaisers in Horthy habe ich nicht geteilt. Am 29. Dezember 1920 ging der Kaiser in die Winterpracht von Disentis in Graubünden. Am Silvestertage erkrankte er dort. Ähnliche Krankheitserscheinungen wie um die Jahreswende 1918/1919 in Eckartsau: Erschöpfung, die ihn wochenlang hinderte, das Bett zu verlassen; Folgen einer Grippe und des Ringens um den besten Entschluß. — Ich war in Villa Prangins geblieben. In der Ruhe dieses abgeschiedenen Ortes — auch die Kaiserin und die meisten Kinder waren nach Disentis gezogen — arbeitete ich ein Memorandum aus, das den Kaiser dem Gedanken des ruhigen Abwartens seiner Stunde wiedergewinnen sollte. Es war für mich nicht leicht, einem für Ungarn vielleicht schon damals gehegten Restaurationsplan entgegenzutreten, denn ich kannte zu genau den streng verfassungsmäßigen Standpunkt des Kaisers, sich in ungarischen Angelegenheiten nur von Ungarn beraten zu lassen, und ich kannte auch den Widerstand der Ungarn gegen mich. Ich glaubte jedoch, die Rückwirkungen einer verfrühten Restauration in Ungarn auf die monarchistische Bewegung in Österreich darstellen und vornehmlich um der österreichischen Interessen willen abraten zu dürfen. Ich habe daher in meiner Denkschrift diese Seite des Problems zum Kernpunkte meiner Beweisführung gemacht. Mein Memorandum vom 12. Januar 1921 ist zu dem Schlusse gekommen, daß der Weg zu einer Restauration noch s e h r lang und hindernisreich sei. Ich erhielt das Memoire am 18. Januar zurück. Randglossen und eine die Anschauung des Kaisers zusammenfassende Notiz sagten mir, daß der Kaiser meiner Meinung nicht beigepflichtet hat.

Am 31. Januar kam der Kaiser, genesen, doch noch sehr müde aussehend, nach Villa Prangins zurück.

Am 18. Februar reiste ein Flügeladjutant mit vor mir geheimgehaltener Bestimmung ab. Er kam am 20. zurück. Am nächsten Tage erschien ein „distinguished foreigner".

Aus Wien trafen die Ärzte ein, die der Kaiserin in ihrer schweren Stunde beistehen sollten.

Die Schatten einer ungewissen Zukunft lagen am Ufer des Genfer Sees. Ich vermochte sie nicht zu durchdringen. An eine nahe Abreise des Kaisers habe ich trotz allem nicht gedacht, denn die Kaiserin wollte ja dem Kaiser ein neues Leben schenken!

Am 27. Februar fuhr ich nach Zürich. Am 28. traf ich dort den Anwalt des Kaisers, Dr. Seeholzer. Wir beschlossen, eine Stunde in einem Restaurant der Bahnhofstraße zu verbringen. Der Maître d'hôtel wies uns zu einem Tisch, an dem Erzherzog Max saß — bleich und stumm. Eine Viertelstunde verrann, ohne daß wir gesprochen hätten. Da erfüllte Musik den Raum. Der Erzherzog brachte seinen Mund an mein Ohr:

„Sagen Sie es niemandem, aber denken Sie nach, wie man meinen Bruder abbringen kann: er will in wenigen Tagen nach Ungarn gehen . . ."

Ich war konsterniert. Erzherzog Max hielt wohl dafür, daß unser Benehmen dem Anwalt auffallen müßte; er verabschiedete sich von Dr. Seeholzer, mich zum Mitkommen einladend. Die Bahnhofstraße hinunter gingen wir, schweigend, bis an den Zürcher See. Hier erzählte mir der Erzherzog, daß er zufällig den Reiseplan des Kaisers erfahren habe. Die Grenze sollte auf verschneiten Pfaden etwas nördlich von Finstermünz überschritten werden. Pässe seien beschafft. Der Gast der Villa Prangins vom 21. Januar habe die Übergangsverhältnisse studiert und sei eben auf dem Wege nach Prangins, um den Kaiser über den Erfolg seiner Bemühungen zu unterrichten. Wenig später trafen wir ihn in der Halle des Hotels Baur au lac. Ein paar Worte zu dritt, dann zog ich mich zurück. Erzherzog Max erfuhr noch, daß es an einer bestimmten Stelle leicht möglich sei, ungesehen über die Graubündner Grenze zu kommen, daß aber der Kaiser, der doch nicht ohne Begleitung über Berge und durch Schnee gehen könne, auf Schwierigkeiten stoßen dürfte. Ich war indessen allein in meinem Zimmer. Der Entschluß, sofort nach Villa Prangins zurückzukehren, war rasch gefaßt. Was sollte ich aber dort? Den Kaiser beschwören, von seinem Plan abzustehen? Wie konnte ich das? Er hatte mir sein Vertrauen in dieser für sein Schicksal entscheidenden Frage nicht geschenkt . . . Ich überließ Entschluß und Handeln dem kommenden Tage.

In dieser Nacht hat die Kaiserin einem Mädchen das Leben geschenkt — Erzherzogin Charlotte.

Villa Prangins, die ich am 1. März wieder betrat, fand ich in freudiger Erregung. Meine Frau, die Hofdamen, die Ärzte, der Bischof von Veszprim, der die Kleine taufen sollte, Ledochowski und Schonta kamen mir entgegen. Ich aber sah auf den Kaiser, der eben aus einer Allee auf die Villa Prangins zukam. Hinter ihm Baron Hye. Ich habe dem Kaiser meine Rückkehr gemeldet und meinen Glückwunsch dargebracht. Er war bleich und verfallen und entzog sich mit einem „Wir werden uns ja nachmittags sprechen" jeder Aussprache. Der Kaiser hat mich am Nachmittage nicht gerufen. Am 2. März fand die Taufe der kleinen Erzherzogin statt. Am 3. begegnete ich „planmäßig" dem Kaiser. Es kam nun zu einer belanglosen Unterhaltung.

Am 5. März bat ich formell um eine Audienz. Der Kaiser kam sofort aus der Villa und eilte mit mir in den Park, in dem ich schon so oft sein Begleiter war. Nun waren wir ferne allen Menschen, sicher, nicht gehört zu werden; so beschwor ich den Kaiser:

„Ich weiß darum. Ich bitte inständig, den Plan aufzugeben. — Ich weiß, wer die Vorbereitungen zur Ausreise aus der Schweiz trifft, ich weiß darum, daß Euere Majestät in Ungarn ganz überraschend eintreffen wollen, ich weiß, daß der ganze Plan auf die Hoffnung aufgebaut ist, Horthy werde die königliche Burg in dem Augenblick verlassen, da der König wieder in ihr weilt. — Horthy wird n i c h t gehen, und Euere Majestät werden in Ungarn sein ohne Macht und ohne Hilfe. Die Mächte werden Euere Majestät aus Ungarn drängen. Wohin — das weiß ich nicht! Es wird aber das Ende der Hoffnung sein, wieder auf den Thron zu gelangen, denn, durch den ersten Versuch alarmiert, werden die Gegner der Restauration nicht ruhen, bis sie ihr nicht mehr übersteigbare Hindernisse bereitet haben."

Der Kaiser: „Woher wollen Sie all das wissen?"

Ich: „Ich bitte Euere Majestät, mich nicht nach meiner Informationsquelle zu fragen. Wieso ich aber zu einem so düsteren Ausblick komme, das bitte ich Euerer Majestät ausführlich vortragen zu dürfen."

Der Kaiser nickte Gewährung.

Ich entwickelte nun noch einmal alle in meinem Januar-Memorandum geltend gemachten Gründe gegen eine zu frühe Restauration in Ungarn, wies auf die Warnung aus dem Vatikan hin und fuhr fort:

„Nehme ich an, daß Frankreich tatsächlich ein Interesse an der Wiedereinsetzung Euerer Majestät hat, so kann ich doch nicht glauben, daß Frankreich dieses Interesse schon jetzt bekundet. Frankreich hat seinen großen Kampf gegen das deutschfreundlicher gewordene England noch nicht ausgekämpft, es braucht hierfür Hilfstruppen; Italien hat sich, wie schon so oft, auf die Seite Englands geschlagen. Frankreich findet also Unterstützung nur bei Belgien und den Mächten, die der Kleinen Entente angehören. Die aber sind gegen die Restauration und werden hierin die Hilfe Frankreichs fordern, weil sie sich selbst zu schwach fühlen, ihren Willen gegen Ungarn durchzusetzen. Frankreich wird natürlich keinen Krieg gegen Ungarn und seinen König führen. Mit um so gröberem diplomatischen Geschütz wird es auffahren, um seine kleinen Freunde zufriedenzustellen. Das wird die Ungarn verwirren, die doch an eine zum mindesten passive Duldung der Restauration seitens Frankreichs glauben müssen, um den Sturm durchstehen zu können. Dem Ungarn Euerer Majestät wird aus jenem und anderen Gründen noch lange die Unterstützung von außen versagt bleiben, die wirtschaftlichen Verhältnisse werden sich also nicht so bald bessern können, und enttäuscht wird selbst das brave ungarische Volk sich fragen, ob seine Söhne darum weiter an der serbischen und tschechischen Front wachen müssen. Euere Majestät werden aber auch in die unangenehme Lage kommen, in der noch nicht entschiedenen westungarischen Frage gegen Österreich Stellung nehmen zu müssen. Ich frage mich: Warum nicht diese Last Horthy tragen lassen, von dem Euere Majestät ohnehin nichts erwarten können?“

Hier unterbrach mich der Kaiser:

„Ich kann es nicht zulassen, daß Sie von meinem Admiral sagen, er werde mir die Treue brechen.“

„Und er wird es doch tun“, fuhr ich unbeirrt fort. „Er wird es tun, denn nicht der Admiral Horthy, wie er in dem Seegefecht von Otranto war, regiert drüben, sondern der Nikolaus von Horthy, den die Gömbös und Genossen gemodelt haben. — Horthy war

als Marineur unübertrefflich. Energisch, zielbewußt, verantwortungsfreudig, konsequent, mutig. Der Seemann Horthy besaß diese Qualitäten, weil er auf seinem Schiff zu Hause war. Er verfügte über reichere Kenntnisse und Erfahrungen als seine Untergebenen und war ihnen gegenüber auch durch das Gesetz der militärischen Subordination und durch die ihm reglementarisch zustehenden Gewaltmittel zur Erzwingung des Gehorsams gestützt. Dieser Horthy würde jedem Befehle des Obersten Kriegsherrn gehorcht haben, würde in seiner Treue nie wankend geworden sein. Dieser Horthy ist aber tot und begraben. Er starb, als der Reichsverweser Horthy in die königliche Burg auf dem Ofener Berg einzog. Gewiß, auch der Reichsverweser versichert und glaubt, treu zu sein. Es handelt sich aber gar nicht um seine Einsicht, seine Rechtschaffenheit, seine Treue. Horthy verfügt über keine Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der Politik. Politikern gegenüber versagt der Befehl. Die königliche Burg ist kein Kriegsschiff; in ihr fühlt er sich nicht zu Hause. Er ist von der Revolution nach oben gespült worden: die ihn nach oben treiben ließen, wird er nun nicht mehr los. So hat er sich selbst verloren. Er ist in der Gewalt einer Euerer Majestät feindlichen Clique, er posiert nur mehr Geradheit, Folgerichtigkeit und Entschlossenheit. Er handelt nicht mehr, sondern beschränkt sich darauf, es gelegentlich zu behaupten. Er wird gegebenenfalls machen, was ihm seine Kamarilla suggeriert oder befiehlt."

Der Kaiser ging gesenkten Hauptes einen halben Schritt vor mir. Kein Wort kam von seinen Lippen. Minute um Minute verstrich. Der Kaiser war bewegt. Ich glaubte, die Stimmung nützen zu sollen:

„Euere Majestät, ich sehe eine furchtbare Zukunft, wenn Euere Majestät Prangins verlassen. Nie mehr wird die Stephanskrone Euerer Majestät Haupt schmücken, Euere Majestät werden in der Verbannung sterben . . ."

Nach langem Schweigen schlang der Kaiser seinen Arm um meine Schultern und sprach:

„Sie sind mit mir so manches Jahr durch Leid und Freud gegangen. S i e m ü s s e n mich verstehen. Wenn ich einmal nach Ungarn zurückkehre, so wird es wahrlich nicht aus Lust am Herrschen geschehen. Ich habe nur Dornenkronen getragen. Und es

ist eine Dornenkrone, die mir Ungarn zurückzugeben hat. Aber ich ziehe dem Eide, den ich Ungarn geschworen habe, keine engen Grenzen. Mir hat der Krönungseid immer gesagt, daß König und Nation auf Gedeih und Verderb zusammengeschlossen sind und — Ungarn steht vor dem Verderben, weil ich nicht dort bin. Bei Gott, ich bilde mir nicht ein, der Übermensch zu sein, der Ungarn mit einem Schlage Frieden, Macht und Scheffel voll Goldes zu bringen vermöchte. Aber ich kann den um den König geführten Streit beenden, der das Land verwüstet. Ich kann ihn nicht durch meine Abdankung beenden, weil dies meinem Eide und meiner Auffassung von Herrscherpflicht zuwider wäre. Ich verlasse nicht die Fahne Ungarns wie ein Deserteur. Was brächte übrigens meine Abdankung? Glauben Sie, daß dann mit den Kandidaturen von Habsburgern, Engländern, Belgiern, Rumänen, Serben und so fort ein Ende sein wird, daß alles nach meinem erstgeborenen Sohne rufen wird? Nein — gewiß nicht. Und soll ich ihn, das Kind, inmitten von Gefahren stellen, vor denen ich geflohen wäre? Das können Sie dem Menschen und Soldaten nicht zumuten, der ich bin. — So muß ich früher oder später kommen . . ."

Wir standen nun vor der Villa. Der Kaiser reichte mir die Hand. Die Unterredung war beendet.

„Früher oder später" — das Wort blieb in meinem Gedächtnisse haften, und ich knüpfte daran die Hoffnung, daß der Kaiser eine baldige Ungarnfahrt erwäge, aber noch nicht beschlossen habe. Wäre dem so — war meine Überlegung —, dann stünden die Dinge nicht schlechter als am Ausgange des Jahres 1920. — Man glaubt eben, was man zu glauben wünscht.

Doch meldete sich immer wieder der Zweifel, die Sorge. Dazu hat am meisten eine mir am gleichen Tage zugekommene Enthüllung beigetragen, die mir sagte, warum der Kaiser gerade jetzt den Gedanken an seine Rückkehr wieder aufgenommen hatte.

Dem Kaiser ist eine Ermutigung aus Frankreich zugekommen. Das muß nach meiner Berechnung in den Tagen zwischen dem 16. und 18. Februar der Fall gewesen sein, denn vom 18. Februar datiert die erste Maßnahme zur Vorbereitung der Rückkehr: die geheimnisvolle Reise eines Flügeladjutanten.

Den Kaiser hat eine maßgebende französische Persönlichkeit wissen lassen, daß sich die Chancen einer Restauration in

Ungarn, bei weiterem Zuwarten, immer mehr verschlechterten, die Mächte auch im Augenblicke protestieren, die Proteste aber an der vollzogenen Tatsache nichts ändern würden. Nicht aus Mißtrauen gegen den Überbringer der Botschaft, sondern um keinem Mißverständnisse zum Opfer zu fallen, hat der Monarch die ihm zugekommene Nachricht verifizieren lassen. Zu diesem Zwecke reiste der schon erwähnte Fremde nach Paris. Er hat dort gehört: „Wir werden die vollzogene Tatsache hinnehmen."

Ich habe reiflich überlegt, ob ich diese Vorgeschichte des Osterunternehmens der Öffentlichkeit mitteilen kann. Ich bin zu einer bejahenden Antwort gelangt, denn schließlich und endlich hat Horthy die Öffentlichkeit mit dem Wesentlichen der Sache gleich in den Krisentagen vertraut gemacht. Noch am 30. März ist den großen Nachrichtenagenturen ein Bericht zugegangen, in dem es hieß: „In der Besprechung (zwischen dem Könige und Horthy — Anm. d. Verf.) war auch von einer Zustimmung der französischen Regierung zur Rückkehr des Königs die Rede. Der französische Vertreter in Budapest hat inzwischen in formeller Weise bekannt gegeben, daß die Alliierten sich der Rückkehr des Königs auf den ungarischen Thron widersetzen . . ." Die Kulissengeschichte des Restaurationsversuches ist damals natürlich von dem Könige nicht zugegeben worden. Ich selbst habe, sobald mir die Meldung des Ungarischen Korrespondenzbureaus bekanntgeworden war, die französische Regierung wissen lassen, daß der Kaiser wohl kaum mehr gesagt habe als: Er rechne mit dem Proteste der auf der Pariser Botschafterkonferenz vertretenen Mächte, könne sich aber nicht vorstellen, daß irgendeine Macht, auch nicht die Mächte der Kleinen Entente, offensiv vorgingen; von anderen Mächten, wie Frankreich, hoffe er bestimmt, daß sie das Ungarn bisher gezeigte Wohlwollen dem Lande nicht entziehen würden. Der Grund für diese Verschleierung einer Tatsache liegt klar zutage. Der Kaiser hatte ein Interesse daran, daß das Wohlwollen einer Pariser Persönlichkeit für die Sache nicht zu ihrer Bloßstellung führe, während Horthy sein Interesse in der Bloßstellung des Kaisers gegenüber Frankreich zu finden wähnte.

Heute kommen solche Rücksichten nicht mehr in Betracht. Durch eine wahrheitsgetreue Darstellung der Tatsachen glaube ich dem Andenken des Kaisers und auch der Ehre des französi-

schen Freundes zu dienen. Dem Kaiser ist vorgeworfen worden, daß er sich, auf vage Zusagen irgendwelcher französischer Royalisten bauend, also leichtfertig in ein Abenteuer begeben habe. Von dem Pariser Staatsmann hat man gesagt, daß er den Kaiser in perfider Weise hintergangen, daß er ihn im kritischsten Augenblick preisgegeben habe. Der Inhalt der Pariser Botschaft widerlegt alle diese Behauptungen. Der Kaiser hat genügende Zusagen einer kompetenten französischen Persönlichkeit gehabt, und diese hat den Kaiser nicht im Stiche gelassen, denn sie hat ihre genau formulierte Hilfe von der vollzogenen Tatsache der Restauration abhängig gemacht. Daß sie in einer Förderung der legitimen Aspirationen Karls gegenüber den Versuchen anderer Mächte, sich in Ungarn festzusetzen, ein französisches Interesse gesehen hat, sei nur nebenbei erwähnt.

Jenes „Frankreich wird die vollzogene Tatsache hinnehmen" sagt uns aber auch, daß der Schwerpunkt der ganzen aus der Heimkehr des Königs entstandenen Krise bei Horthy lag. Denn von ihm und nur von ihm hing es ab, ob die Tatsache der Restauration sich vollzog.

Sobald ich um die Verständigung zwischen Paris und Villa Prangins wußte, erachtete auch ich, daß der Restaurationsversuch außenpolitisch möglich geworden sei. Soweit Ungarn in Betracht kam, blieb ich skeptisch, denn das Gelingen eines solchen Versuches schien mir nur gesichert, wenn man Horthys sicher gewesen wäre, oder wenn man von Haus aus eine gewaltsame Wiedergewinnung der Macht ins Auge gefaßt hätte. In den Loyalitätsversicherungen Horthys habe ich keine Verbürgung seiner auch Widerstände seines Lagers besiegenden Treue gesehen, und Vorbereitungen für ein eventuell gewaltsames Auftreten waren nicht getroffen worden.

Am Nachmittag des 5. März habe ich diese meine Gedankengänge in einer neuerlichen Audienz beim Kaiser vorgetragen und ihm gleichzeitig gemeldet, daß er selbstverständlich auf meine bescheidenen Dienste zählen könne, wenn er einmal, ungeachtet meiner pessimistischen Auffassung, nach Ungarn ginge. Ich erlaubte mir weiter, auf die Mangelhaftigkeit der Vorbereitungen hinzuweisen. Ich gab zu bedenken, daß beispielsweise nicht einmal finanzielle Vorsorgen für ihn selbst und die in der Schweiz

zurückbleibende Familie getroffen seien. Ich hob auch hervor, daß nichts wegen einer Verbindung zwischen der Schweiz und Ungarn vereinbart sei, so daß wir gegebenenfalls außerstande sein würden, ihm irgendwelche Hilfe zu leihen, wenn er in Ungarn in eine kritische Lage geriete. Ich will in diesem Zusammenhange erwähnen, daß mir der Kaiser an einem der nächsten Tage einen Zettel übergab, der „für alle Fälle" seine Weisungen enthielt. Sie beschränkten sich auf ein paar finanzielle Verfügungen.

Die ganze Unterredung verlief eigentlich ergebnislos. Der Kaiser hat mich wieder nicht zum Vertrauten seiner Absichten gemacht, ist meinen vorsichtigen Fragen, ob es sich um einen unwiderruflichen Entschluß oder eine Erwägung handle, ausgewichen und hat mir den Glauben an eine gründliche, erfolgversprechende Vorbereitung eines solchen Unternehmens nicht geben können.

Den Beweis mangelnden Vertrauens konnte ich verschmerzen, denn ich begriff es, daß der Kaiser lieber Personen heranzog, die mit ihm widerspruchslos und kritiklos durch dick und dünn gingen. Sehr bedrückt hat mich aber die in diesen Unterredungen gewonnene Erkenntnis, daß ich möglicherweise den Glauben des Monarchen an das Gelingen des Unternehmens erschüttert hatte, ohne ihn zum Anschluß an meine Gedankengänge und ihre Folgerungen gebracht zu haben. Wer sich mit halbem Herzen in eine Gefahr begibt, geht in ihr zugrunde.

Ich dachte an eine klare Bitte um sofortige Entlassung. Ich dachte daran in der Überlegung, daß der Kaiser, wenn er mich nicht mehr sähe, weniger an meine Zweifel und Sorgen erinnert werden würde. Dann kam mir aber in den Sinn: Der Abschied des politischen Sekretärs könnte die Aufmerksamkeit der Prangins umlauernden Spitzel wachrufen. Und ich stellte mir auch vor, daß so in kritischer Zeit derjenige fehlen würde, der allein um die mannigfachen Beziehungen des Kaisers zu Personen des In- und Auslandes wußte.

Rücksicht auf mich selbst, besonders die Sorge vor den erwarteten, dann auch tatsächlich erhobenen Vorwürfen wegen des „von mir verschuldeten Unternehmens" haben keine Rolle gespielt, als ich es dem Kaiser in einer Darstellung aller meiner politischen und moralischen Bedenklichkeiten am 7. März anheimstellte, mich zu entlassen.

Der Kaiser ließ mich am selben Tage schriftlich wissen:

„Lieber Werkmann!

Auf Ihren so wichtigen Vortrag kann ich Ihnen erst heute nachmittag oder morgen früh antworten. Ich will dies schriftlich tun.

Viele Grüße

Karl."

Am 8. März 1921 fuhr der Monarch ganz plötzlich nach Disentis. Ich erschrak. War uns auch mitgeteilt worden, daß der Kaiser am 10. März zurückkehren würde, so glaubte ich doch ...

Ich vertraute mich dem zur Begleitung kommandierten Flügeladjutanten Fregattenkapitän von Schonta an und bat ihn, gegen eine eventuelle Reise nach Ungarn keine Vorstellungen zu erheben, sondern sich dem Herrscher anzuschließen, da ich den Kaiser lieber unter seiner Obhut als unter der irgendeines anderen Menschen wüßte.

Am Abend des 10. März stand ich bangen Herzens im Dunkel der Bäume, als das vom Nyoner Bahnhof kommende Auto in den Park von Prangins einbog. Ich erwartete das Auto, doch nicht mehr den Kaiser.

Der Kaiser kehrte zurück.

Ich atmete auf. So war also die Rückkehr noch nicht beschlossen, sondern nur — wie schon oft — erwogen.

Ich hatte mich geirrt. Erst später habe ich erfahren, daß der Gedanke einer Überschreitung der Grenze in Graubünden schon aufgegeben war, als der Kaiser nach Disentis fuhr, und daß andere, mir bis heute nicht bekanntgewordene Routen studiert worden sind.

Am 11. März erhielt ich das nachstehende Handschreiben des Kaisers:

„Lieber Werkmann!

Auf Ihren Vortrag vom 7. III.:

Ich rechne weiter auf Ihre so bewährten, selbstlosen Dienste, ich wünsche, daß Sie weiter bei mir bleiben. Sie haben in den schwersten Zeiten treu zu mir gestanden, wo viele andere ihr Heil bei den neuen Regierungen suchten. Ich werde Ihnen

dies nie vergessen. Ich vertraue fest auf Ihre Loyalität und Treue zu mir, dennoch gibt es Fälle, wo ich selbst den Zeitpunkt wahrnehmen muß, wann ich meine treuen Mitarbeiter über meine Absichten aufkläre.

Es hat mich schmerzlich berührt, daß Sie erst nach einiger Zeit mit mir über das sprachen, worüber Ihnen lückenhafte, zum Teil unrichtige Mitteilungen wurden, und daß Sie Ihre Unterredung mit Erzherzog Max vor mir geheimhielten.

Nun, die Sache gehört der Vergangenheit an!

Blicken wir mit Gott in eine hoffentlich bessere und schönere Zukunft.

Ihr stets wohlgeneigter

Karl."

Vom 11. März verzeichnete ich kein Ereignis, das mich eine n a h e Abreise des Kaisers hätte annehmen lassen.

Am 18., 21. und 24. war Baron Hye zu sehen. Ich wurde wieder fast täglich zum Vortrage beim Kaiser befohlen. Seine Äußerungen ließen mich nicht daran glauben, daß er den Reisegedanken noch ernstlich mit sich trug. Meine Vorträge waren vom Park in die Villa verlegt worden, da der Kaiser sich eine Verletzung am Rist des Fußes zugezogen hatte. Die Kaiserin war noch nicht zu sehen.

Am 23. März hatte ich in Genf eine Begegnung mit einer politisch erfahrenen Persönlichkeit, die auch über die Stimmungen in Frankreich wohl orientiert war. Der Kern ihrer Ausführungen läßt sich folgendermaßen wiedergeben: Frankreich habe gewiß ein Interesse an der Konsolidierung der Verhältnisse an der mittleren Donau. Frankreich sei aber nicht in der Lage, diesem Interesse einen praktischen Ausdruck zu geben, denn die französische Politik sei von der Frage der Durchführung des Friedens von Versailles beherrscht, und diesem Problem müßte jedes andere unter- oder nachgeordnet werden. Möglich, daß die Unzuverlässigkeit der „kleinen Freunde" die Abkehr Frankreichs von ihnen einmal bringen werde. Beachtenswert war auch die Versicherung, daß die Frankreich zugeschriebenen „bayerischen Pläne" nicht existierten. Weder die Vergrößerung Bayerns um Österreich noch die Wiedereinsetzung der Wittelsbacher würde zu einer dauernden

Trennung Bayerns vom Reiche führen. Mein Partner glaubte endlich nicht an eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Rußland und Polen.

Mir kamen diese Konfidenzen nicht unerwünscht, gestatteten sie mir doch, neuerlich für eine vorsichtige Restaurationspolitik zu plädieren. Der Kaiser hat mich am 23. März abends empfangen. Es fiel mir nicht auf, daß der wieder sehr schlecht aussehende Kaiser entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit meinen Vortrag nicht zum Ausgangspunkte einer eingehenden Erörterung machte, sondern mit einem flüchtigen Danke die Fortsetzung der Besprechung auf den nächsten Tag verschob. Es war ja schon spät am Abend. An der Tür wandte der Kaiser sich um, er kehrte zu mir zurück und drückte mir die Hand.

So kam der 24. März.

Ruhe wie an den vorangegangenen Tagen. — Gegen mittag sah ich den Kaiser im Überrock und mit Stock aus der Villa treten und in der Richtung gegen das Paderewskische Anwesen durch den Park eilen. — Bald danach erfuhr das Gefolge, daß der Kaiser die Villa einige Tage nicht verlassen werde. Es sei im Zusammenhange mit seinem Fußübel eine Steigerung der Temperatur und eine leichte Drüsenschwellung aufgetreten. Ich gab da noch der Vermutung Ausdruck, daß dem Kaiser die Promenade geschadet haben könnte.

Am 25. März rief mich Fregattenkapitän von Schonta in sein Zimmer. Dort fand ich den Leibjäger Reisenbichler. Schonta wandte sich an ihn: „Nun erzählen Sie noch einmal, was Sie mir gemeldet haben."

Der Leibjäger: „Ich glaube, daß Seine Majestät nicht mehr in Villa Prangins ist."

Und aus manchen kleinen Zügen erklärte er, wieso er zu dieser Überzeugung gelangt sei.

Ich ließ die Kaiserin um Eröffnungen bitten. Man teilte mir mit, daß die Kaiserin — es war schon Abend — erst am Morgen über meine Meldung und meine Bitte unterrichtet werden könnte.

Am nächsten Morgen wurde ich zur Kaiserin gerufen, die ich seit ihrer Niederkunft nicht mehr gesehen hatte. Sie trat ins Zimmer, sicher und stark wie immer, wenn es um Großes ging.

Sie übergab mir ein Handschreiben und befahl mir, es zu lesen. Ich las:

„Lieber Werkmann!

Ich habe die Schweiz verlassen und bin nach Ungarn zurückgekehrt. Sie sind der erste, der von der Ausführung dieses meines Entschlusses erfährt, ein Zeichen meines besonderen Vertrauens. Handeln Sie nun so, wie wir besprochen.

Auf hoffentlich baldiges Wiedersehen in der Heimat!

Ihr stets gewogener

Karl."

„Verfügen Euere Majestät wann immer über meine bescheidenen Dienste", war das einzige, was ich in diesem Augenblicke zu sagen wußte.

Dann wandte ich mich der von der Kaiserin aufgenommenen Erörterung der nächsten zu treffenden Verfügungen zu. Nach einem vom Kaiser zurückgelassenen Konzept schrieb ich auf einem von ihm in bianco unterfertigten Bogen eine Vollmacht für den Grafen Ledochowski. Die Kaiserin sprach auch mit mir die gesamte Lage durch, und ich habe es in dieser Stunde unterlassen, mich pessimistisch zu äußern. Jetzt hieß es nicht, zu jammern, sondern auch der Kaiserin eine Stütze zu sein.

Gegen Mittag wurde das Gefolge von dem Ereignis verständigt.

Am Nachmittag kam mir aus der Villa ein Zettel zu, der in der Kaiserin feinen Handschrift die Zeile trug:

„Soeben Nachricht, daß Wien glücklich passiert ist."

Dann Tage und Nächte voll Bangigkeit, voll Hoffen und Fürchten.

In der Nacht vom 29. auf den 30. — gegen 2 Uhr früh — wahnsinniges Läuten im Telephonzimmer. Das Signal mochte wohl schon lange vergeblich gegeben worden sein. — Ich eile zum Apparat. — Genf. — Die Redaktion von „La Suisse". — Man liest mir die erste Depesche vor, die von der Ankunft des Kaisers in Szombathely, von der Fahrt nach Budapest, der resultatlosen Besprechung mit Horthy, der Rückkehr nach Szombathely erzählte. Man verlangte Bestätigung, Details. Ich fand keine rechte Antwort. Schon wußte man ja in Genf mehr als in Prangins.

Von diesem ersten Aufruf an habe ich keine Ruhe mehr gefunden. In derselben Nacht Anfragen der Redaktionen aus Genf, Bern und Zürich, der Korrespondenten Pariser und Londoner Blätter, am frühen Morgen schon die Flut der Berichterstatter und Interviewer, und zwischendurch die erste Requisition der Lausanner Polizei. Zuerst eine kurze telephonische Anfrage, ob der Kaiser in Prangins oder in Ungarn sei. Ich teilte ebenso kurz mit, daß der Kaiser nicht mehr in Prangins sei und wir über sein Schicksal keine anderen Nachrichten als die uns von den Zeitungsredaktionen zugegangenen hätten. Wenige Stunden später erschienen Polizeiinspektor Potterat und Brigadier Pichard von der Lausanner Polizei bei mir. Sie entledigten sich ihrer gewiß peinlichen Aufgabe mit Gewissenhaftigkeit und Takt. Der Behauptung, daß der Kaiser seine Abreise vereinbarungsgemäß hätte ankündigen sollen, mußte ich widersprechen. Ihrer Absicht, durch eine Einvernahme des Personals zur Kenntnis des Zeitpunktes der Abreise zu gelangen, begegnete die Kaiserin, indem sie die Polizeiorgane selbst empfing und ihnen in wahrhaft königlicher Haltung eröffnete: „Ich allein habe in diesem Hause um die Abreise Seiner Majestät gewußt, und ich habe Sorge getragen, daß sonst niemand darum erfahre." Die feindliche Propaganda hat damals aus dieser Erklärung der Kaiserin Kapital schlagen zu sollen geglaubt, indem sie sie sofort dahin interpretierte und verdrehte, daß die Kaiserin „zugestandenermaßen" alles vorbereitet habe und die Inspiratorin des Planes gewesen sei. Ich bin diesen Unanständigkeiten mit einer Feststellung entgegengetreten, der die Schweizer Presse, loyal wie immer, Raum gegeben hat.

Schon die ersten Nachrichten, die in jenen bewegten Tagen zu mir gedrungen sind, ließen erkennen, daß der Restaurationsversuch des Kaisers nicht an dem Widerstand fremder Mächte scheitern werde, daß er aber nahe dem Scheitern sei, weil Horthy versagt hatte. Die Kaiserin hat bis zum letzten Tage des Aufenthaltes ihres Gemahls in Ungarn das Vertrauen nicht verloren; sie wollte sich nicht dem Glauben hingeben, daß Horthy sich und dem König untreu werden könnte.

Die ganze Zeit vom 24. März bis zum 6. April war aber für sie eine furchtbare Nervenprobe, und auch für das Gefolge. Es sind nur wenige erfreuliche Mitteilungen zu uns gedrungen.

Am 2. April vereinigte sich das französische Kabinett zu einem Ministerrate. Er soll zu dem Schlusse gekommen sein, daß es den unmittelbar interessierten Mächten in erster Linie zustehe, zu den Ereignissen in Ungarn Stellung zu nehmen, es aber Frankreichs Aufgabe sei, alles zu tun, um zu vermeiden, daß es zu Feindseligkeiten komme. Mir ist eine solche Information etwa um Mitternacht vom 2. auf den 3. April zugekommen.

Was Italien anbetraf, so war es durch sein Verhalten bei der Rückkehr des Königs Konstantin nach Athen gehandikapt.

Von England endlich scheint auch nichts zu befürchten gewesen zu sein. Ich hatte und habe Grund zur Annahme, daß die englischen Gesandtschaften in Bern und Wien schon frühe — die in Bern spätestens in den ersten Märztagen — von dem Plane des Kaisers Kenntnis hatten, und ich zweifle nicht, daß sie darüber nach London berichtet haben. England hat aber meines Wissens geschwiegen.

Aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien lagen ausführliche Meldungen über klägliche Rüstung vor.

Leider ist es tagelang nicht möglich gewesen, eine verläßliche und rasche Verbindung mit dem Kaiser herzustellen. Das Unternehmen war eben alles eher als gut vorbereitet; man hatte geglaubt, jeder Vorbereitung entbehren zu können, da Horthy vertraut worden war.

Am 2. März wurde ich von der Lausanner Polizei amtlich verständigt, daß der Staatsrat des Kantons Waadt an diesem Tage beschlossen habe, den Kaiser im Falle seiner Rückkehr in die Schweiz nicht mehr im Kantone zu dulden. Dieser, wie mir scheinen will, etwas überstürzte Beschluß hat die Folge gehabt, daß die Bevölkerung der Prangins benachbarten Teile der Kantone Waadt und Genf protestierte. Speziell die Arbeiterschaft des Bezirkes von Nyon hat zum Ausdrucke gebracht, daß sie den Kaiser nur ungern ziehen sähe, denn er sei ein für den ganzen Kanton vorbildlicher Arbeitgeber gewesen.

Am 4. April ist nach manchen Mühen endlich eine Verbindung mit dem Kaiser hergestellt worden. Am frühen Morgen startete ein Flieger, der in 3¾ Stunden in Wien war und von dort die Reise nach Szombathely per Bahn fortsetzte. Er brachte dem Kaiser Nachrichten über seine Familie, Zeitungen und einen von

mir verfaßten kurzen Überblick über das in Villa Prangins Bekanntgewordene. Er enthielt aber nichts über die in Bern gefaßten Beschlüsse betreffend die Rückkehr des Kaisers, da man sie in Villa Prangins nicht offiziell, sondern nur aus den Zeitungen kannte, und um den Kaiser, dessen wirkliche Situation aus der Ferne nicht zu beurteilen war, nicht zu entmutigen. Man hat zu dieser Flugpost greifen müssen, da es bis zu deren Start nicht gelungen war, dem Kaiser die von ihm offenbar sehnlichst erwarteten Nachrichten über das Befinden der Kaiserin und seiner Kinder zukommen zu lassen. Die französische Botschaft in Bern hatte sich einer dahingehenden Bitte versagt, die englische erst etwas später ihre Vermittlung zugestanden. Der Gesandtschaft des Herrn von Horthy wollte sich aber die Kaiserin aus naheliegenden Gründen nicht bedienen. Deren Geschäftsträger, Herr von Parcher, hat sich allerdings in der ganzen Zeit sehr korrekt verhalten. Er war bei der Kaiserin erschienen und hat später eine Nachricht des Grafen Hunyady über das Befinden des Kaisers an die Kaiserin zu vermitteln gehabt. Der Kaiser ist nämlich in Szombathely am 3. April leicht erkrankt.

Am 5. April schwand jede Hoffnung.

Unvergeßlich bleibt mir die Nacht.

Am 6. April, 2 Uhr früh, erhielt ich die erste authentische Nachricht, daß das Restaurationsunternehmen tatsächlich gescheitert, der Kaiser auf dem Rückwege in die Schweiz sei, deren Boden er gegen 1 Uhr mittags betreten werde. Die Kaiserin, der ich unverzüglich Meldung erstattete, eröffnete mir, sie wolle dem Kaiser sogleich, wenn irgend tunlich, bis an die Grenze entgegenfahren, Gräfin Schönborn, Fregattenkapitän von Schonta und ich hätten sie zu begleiten. Die Kaiserin stand schon vor dem Tore der Villa Prangins, als das Auto vorfuhr. Niemand hatte Zeit gehabt, sich für die lange, kalte Fahrt zu rüsten. Eine eilends geweckte Kammerfrau warf noch einen Hutkoffer mit unbekanntem Inhalt in den Wagen. Dann sprang der Wagen ins Dunkel. In rasender Fahrt ging's den Genfer See entlang nach Lausanne, dann stürmte das Auto die Höhen hinauf. Über Moudon, Payerne jagend, zerschnitt der Kraftwagen die eisige Bise. Wir froren entsetzlich. Neben dem Chauffeur sitzend, nicht eine Sekunde schlafend, verfolgte die Kaiserin, wie das Auto Kilometer um Kilometer ver-

schlang. Sich einmal umwendend, gewahrte sie mich in meinem eilig errafften dünnen Überzieher. Mit dem charmantesten Lächeln lud sie mich ein, mich einer in ihrem Hutkoffer eingepackten Mantille zu bedienen. Dann wieder Schweigen. Fribourg, Bern, Langnau. In Escholzmatt, wenn ich nicht irre, erlaubte ich mir die Frage, ob die Kaiserin nicht einen Tee befehle. Es war 7 Uhr geworden und alles war erstarrt. Wieder ein liebenswürdiges Wort, das Auto wurde verlassen, wir verzehrten in einer rasch aufgeweckten Wirtschaft Tee und etwas Gebäck. Die Kaiserin sprach über gleichgültige Dinge, scherzte über das Bild, das wir im Wageninnern geboten hätten und nahm selbst keinen Bissen, keinen Tropfen zu sich. Weiter ging es. Durch Luzern, die Hohle Gasse, über Rotenturm, Bieberbrücke, an den Zürcher See. Den See entlang fahrend, Karte, Uhr und Tempo prüfend, mußte ich erkennen, daß es nicht mehr möglich sei, Buchs vor der Ankunft des Kaisers zu erreichen. Ich schlug daher vor, in Weesen zu halten. Ich wollte von der Bahnstation aus den zum Empfange des Kaisers nach Buchs kommandierten eidgenössischen Oberstleutnant Kißling telephonisch bitten, dem Kaiser zu melden, daß die Kaiserin ihm entgegengefahren sei und in Weesen oder in einer anderen nahen, von Kißling zu bestimmenden Station den Zug besteigen werde. Die Kaiserin nahm mit gewinnendem Danke meinen Vorschlag an und stieg in einem Gasthofe ab, während ich die Bahnstation gewann. Bald war eine Verbindung mit Oberstleutnant Kißling hergestellt. Er teilte mir mit, daß der den Kaiser führende Zug wegen eines Zwischenfalles in Österreich erst etwa um 5 Uhr nachmittags in Buchs eintreffen, es also der Kaiserin möglich sein werde, zeitgerecht nach Buchs zu kommen. Ich traf entsprechende Vereinbarungen mit dem schweizerischen Offizier und kehrte zur Kaiserin zurück. Nach meinem Vortrage wurde beschlossen, daß in Weesen gefrühstückt werden, die Kaiserin nachher etwas ruhen und dann die Fahrt fortgesetzt werden sollte. Im Lesezimmer des Hotels wurde ein bescheidener Lunch serviert. Die Kaiserin tat wohl um unsertwillen so, als ob auch sie von den Speisen nähme. Dann begab sie sich in ein Zimmer. Sie behielt die Hofdame bei sich, mit ihr bis zu dem Zeitpunkte konversierend, da ich die Bereitschaft zur Weiterfahrt meldete. Der Wagen schraubte sich nun die wunderschöne Straße empor, die hoch über dem Südufer des düsteren

Walensees nach Walenstadt und von da nach Sargans führt. Die Kaiserin machte uns, sich leicht nach rückwärts wendend, auf einige besonders schöne Ausblicke aufmerksam. Schon klang aber ein jeder ihrer Sätze in eine Frage nach der Stunde aus. Der Chauffeur verstand. Er verstärkte das Tempo. Nach Sargans wurde die Kaiserin still. Die lange, gerade Straße wurde verschlungen. Vor Buchs, mitten auf der Straße, stand ein Heerespolizist, mit hocherhobener Hand Halt gebietend. Die Bremsen kreischten. Der Wagen bohrte sich in den Sand. Ich sprang ab. Der Soldat meldete mir, daß Oberstleutnant Kißling die Kaiserin möglichst lange den Blicken der neugierigen Menge im Buchser Bahnhof entziehen wolle, er habe deshalb eine Villa ausfindig gemacht, in der die Kaiserin die Minute erwarten könne, da der Zug des Kaisers nach Erledigung der grenz- und zollamtlichen Formalitäten die Fahrt über Sargans fortsetzen werde. Ich selbst möge mich sogleich bei Oberstleutnant Kißling im Bahnhofe einfinden. Ich meldete das der Kaiserin. Ein Seufzer der Erleichterung entrang sich ihrer Brust: „Gott sei Dank, daß ich den Kaiser nicht unter dem Schutze fremden Militärs sehen werde!“ Die Kaiserin blieb nicht lange in der Villa. Ich kam im Bahnhofe an, als der Zug mit meinem rückkehrenden Kaiser in die Station fuhr. An der Seite des schweizerischen Offiziers stehend, sah ich noch Franzosen, Engländer und Italiener aus den Waggons quellen. Dann stellte mir der Oberstleutnant den Hauptmann Trueb zur Verfügung, auf daß wir die Kaiserin zum Bahnhofe geleiteten. Die Kaiserin stand wenige Minuten später vor dem Wagen, aus dessen Fenstern der Kaiser blickte. Sie eilte die Stufen hinauf und hinein in den Salon ihres Gemahls. Wenige Minuten später wurden Schonta und ich zum Kaiser befohlen. Hinter ihm die Kaiserin — zum ersten Male sah ich Tränen in ihren Augen. Später mit dem Kaiserpaare allein, sah ich sie sich einem Frohsinn hingeben, der ebensowohl die eigene Entspannung nach einer schweren Nervenkrise als ihr Bemühen verriet, den Kaiser all das Trübe vergessen zu machen, das nun hinter ihm lag . . .

Der Kaiser hat mir noch im Zuge die Gründe des Mißlingens seines Restaurationsversuches auseinandergesetzt. Die Entscheidung habe bei Horthy geruht, und dieser habe vollkommen versagt. Eine Drohung mit Gewalt habe sich nach sorgfältiger Prüfung der

Lage als unmöglich herausgestellt. Die in Westungarn gestandenen Truppen wären außerordentlich schwach und daher nicht in der Lage gewesen, dem Kaiser die notwendige Rückendeckung zu gewähren und gleichzeitig die Grenze gegen Jugoslawien zu sichern. Den Serben wäre es trotzdem nicht gelungen, Ungarn auf die Knie zu zwingen, aber da der König noch nicht im Besitze der Befehlsgewalt war, hätte ihnen der billige Erfolg einer Eroberung von ein paar Grenzdörfern gewinkt; Horthy habe Befehl gegeben, keinen Widerstand zu leisten, und es wäre ihm wohl zuzutrauen gewesen, daß er die Verwüstung des geringsten Teiles ungarischen Bodens durch die Serben gegen den König ausgewertet haben würde. Mit großer Befriedigung gedachte der König der Haltung der Bevölkerung. Sie sei allerorten von einem unbeschreiblichen Enthusiasmus erfüllt gewesen; sie habe ihn, wo immer er sich zeigte, als Messias begrüßt. Der Kaiser rühmte die Treue und Ergebenheit aller ihm zur Seite gestandenen Männer, so insbesondere Hunyadys, des Bischofs Grafen Mikes, des Grafen Sigray, des Markgrafen Pallavicini, Lehárs, des Abgeordneten Lingauer. Dr. Gratz habe sich in seiner doppelten Eigenschaft als Minister Horthys und Legitimist hervorragend gehalten. Auch über den Grafen Stephan Bethlen könne er sich nicht beklagen. Dieser habe an der Beratung des Abschiedsmanifestes teilgenommen, und es sei bezeichnend gewesen, wie er sich mit der Bemerkung: „Nun müsse aus der Affäre der größtmögliche Vorteil für den König herausgeschlagen werden", an diese Arbeit gemacht habe. Der Kaiser schilderte auch mit viel Humor die verschiedenen Zwischenfälle. So an der ungarisch-österreichischen Grenze, als sich das ungarische Militär von ihm mit einer strammen Defilierung und dröhnenden Eljen- und Auf Wiedersehen-Rufen angesichts der recht unmilitärisch und verlegen dastehenden österreichischen Volkswehr verabschiedet habe. Die ihn begleitenden französischen, englischen und italienischen Offiziere hätten die gleichfalls im Zuge befindlichen sozialdemokratischen Vertrauensmänner und die Volkswehr mit Verachtung gestraft, die Schweiz wohl dem alliierten Militär das Betreten von Buchs gestattet, nicht aber der Volkswehr und ihren Häuptlingen. Der von österreichischen Kommunisten in Bruck provozierte Zwischenfall hätte beinahe zur Rückleitung des Zuges nach Ungarn geführt. Als das italienische Militär seine Gewehre schußfertig

machte, seien Kommunisten und Volkswehr verschwunden. Der englische Offizier habe mit einem verachtungsvollen „I will them knock out" die Szene verfolgt.

Unter rückschauenden Betrachtungen verlief die Zeit. Es mag 11 Uhr abends gewesen sein, als der Zug in Luzern hielt. Begrüßt vom Oberst-Divisionär Pfyffer, begab sich das Kaiserpaar ins Hotel National, von dem aus König Konstantin den Rückweg in die Heimat gefunden hat, und das nun Kaiser Karl während des Monats April zum Aufenthalte diente. —

Eine Darstellung des so verunglückten Restaurationsversuches kann nicht abgeschlossen werden, ohne auch über die Haltung der Erzherzöge Joseph und Albrecht etwas gebracht zu haben.

Erzherzog Joseph hat nicht den Weg nach Szombathely gefunden, als der König dort weilte. Dieses Verhalten hat die ungarischen Legitimisten erbittert, weil es denen recht zu geben schien, die von einer josephinischen Thronkandidatur sprachen. Der Erzherzog hat seinem königlichen Herrn am 13. Juni 1921 gemeldet: Er war durch den König selbst nicht von seinem Kommen verständigt worden. Auch die amtlichen Stellen hatten es unterlassen, den Prinzen zu informieren. Er hatte am Ostermontag durch einen Zufall erfahren, daß der Monarch in Ungarn eingetroffen sei und die Weiterreise ins Ausland am gleichen Tage antreten werde. Dann habe es fast täglich geheißen, daß die Abreise ehestens vor sich gehen werde.

Das Benehmen etlicher Anhänger des Erzherzogs Joseph war nach den dem Kaiser vorgelegten Zeugnissen mehr als befremdlich. Sie scheuten sich danach nicht, die anfangs von dem Kreise um Horthy in die Welt gesetzte Falschmeldung immer wieder zu verbreiten, daß der Kaiser im Einvernehmen und auf den Rat bayerischer Monarchisten nach Ungarn gekommen sei. Sie wollten wohl damit ihre eigenen Konspirationen im Jahre 1920 vergessen machen. Konspirationen, von denen sie damals glaubten, daß sie Frankreich wohlgefällig sein könnten, aber seit einiger Zeit gewußt haben werden, daß sie vor dem Pariser Richterstuhl keine Gnade gefunden hatten. Der französische Gesandte in Budapest, Herr Fouchet, hat nicht ermangelt, darüber nach Paris zu berichten.

Aus Budapest sind mir, als ich noch in der Schweiz war, die Dechiffrements der betreffenden Telegramme zugekommen. Sie lauteten:

„No. 188. Budapest le 16 avril 1921 à 13 heures.

J'ai reçu la visite du député Hencz qui m'avait fait demander audience par le comte H.

Le député Hencz est en relation étroite avec l'entourage de l'archiduc Joseph dont il souhaite l'avènement au trône de Hongrie.

Il m'a entretenu longuement des évènements politiques actuels et m'a dit qu'il se félicitait de l'échec de l'entreprise de l'Empereur Charles parce que de cette manière toute nouvelle tentative était désormais impossible. Selon lui, l'équipée de l'ancien Empereur aurait été conduite par les monarchistes de Bavière avec lesquels le Cardinal Csernoch est en rapport constant. Pour rendre impossible tout retour de Charles de Habsbourg il faudrait donner au plus tôt une solution à la question dynastique (il croit le régime républicain impossible). D'après lui, en Hongrie, un roi national est seul possible. L'archiduc Joseph est seul capable de remplir ce rôle tant au point de vue de la politique intérieure que de la politique extérieure. Il sait du reste qu'à l'occasion l'archiduc Joseph donnerait des garanties à l'Entente. Fouchet."

In deutscher Übersetzung:

„Nr. 188. Budapest, den 16. April 1921, 1 Uhr nm.

Ich empfing den Besuch des Abgeordneten Hencz, der mich durch den Grafen H. hat um Gehör bitten lassen.

Der Abgeordnete Hencz steht in enger Verbindung mit der Umgebung des Erzherzogs Joseph, dessen Thronbesteigung er wünscht.

Er hat mich lange über die aktuellen politischen Ereignisse unterhalten und mir gesagt, daß er ob des Scheiterns des Unternehmens Kaisers Karl glücklich sei, nun sei jeder Versuch in aller Zukunft unmöglich. Ihm zufolge ist der Streich des ehemaligen Kaisers von den bayerischen Monarchisten geleitet worden, mit denen Kardinal Csernoch in ständiger Ver-

bindung steht. Um jede Rückkehr Karls von Habsburg unmöglich zu machen, müßte die dynastische Frage ehestens gelöst werden. (Er hält das republikanische Regime für unmöglich.) Nach ihm ist in Ungarn nur ein nationaler König denkbar. Erzherzog Joseph allein könnte diese Rolle spielen, sowohl aus innerpolitischen als auch aus außerpolitischen Gesichtspunkten. Er will übrigens wissen, daß Erzherzog Joseph gegebenenfalls der Entente Bürgschaften geben würde.

Fouchet."

„No. 205. Budapest, 28. avril 1921.

J'ai eu aujourd'hui une nouvelle visite de l'ami de l'archiduc Joseph dont je vous ai entretenu dans ma dépêche No. 188. Il m'a dit ce que j'avais déjà entendu dire, qu'un accord est sur le point d'intervenir entre M. Benes et l'archiduc Joseph relativement au règlement de la question dynastique en Hongrie. Les évènements récents ont inspiré de vives inquiétudes au Gouvernement Tchéco-Slovaque qui désirerait à tout prix empêcher une restauration de Charles de Habsbourg.

Un accord du même genre existerait entre le Gouvernement italien et l'archiduc Joseph.

Mon interlocuteur a insisté sur l'intérêt qu'il y aurait pour l'Entente à ce que la question dynastique fût réglée dans le plus bref délai en faveur de l'archiduc Joseph. Il m'a remis une note sur les relations de l'ex-Empereur Charles avec les royalistes de Bavière. Je vous en fais parvenir une copie par la valise. Fouchet."

In deutscher Übersetzung:

„Nr. 205. Budapest, den 28. April 1921.

Ich habe heute neuerlich den Besuch des Freundes des Erzherzogs Joseph empfangen, von dem ich schon in meiner Depesche Nr. 188 gesprochen habe. Er bestätigte mir — was ich schon sagen gehört hatte —, daß der Abschluß eines auf die Regelung der dynastischen Frage in Ungarn bezüglichen Abkommens zwischen Herrn Benesch und Erzherzog Joseph unmittelbar bevorstehe. Die jüngsten Ereignisse haben die tschechoslowakische Regierung, die eine Restauration Karls

von Habsburg um jeden Preis verhindern möchte, mit lebhafter Unruhe erfüllt.

Ein ähnlicher Akkord soll bereits zwischen der italienischen Regierung und Erzherzog Joseph bestehen.

Mein Gegenredner hat nachdrücklich das Interesse betont, das die Entente an der ehesten Lösung der dynastischen Frage zugunsten des Erzherzogs Joseph habe. Er übergab mir eine Denkschrift über die Beziehungen des Exkaisers Karl zu den bayerischen Royalisten. Ich lasse Ihnen eine Kopie mittels des Kuriers zugehen. Fouchet."

Erzherzog Joseph hat um dieses Gebaren seiner Freunde sicher nicht gewußt. Vielleicht nannten sie sich nur seine Freunde, ohne von ihm selbst als solche anerkannt worden zu sein.

Den Erzherzog Albrecht hat seine jugendliche Unerfahrenheit in den Mittelpunkt einer politischen Skandalaffäre gestellt.

Der König ist, wie schon erzählt, zu Ostern 1921 in Szombathely eingetroffen, ohne irgend jemanden im voraus von seiner Ankunft verständigt zu haben. Seine Absicht war es, nach Budapest zu fahren und dort mit dem Reichsverweser zu sprechen, sein Glaube ging dahin, daß der Reichsverweser dem in Ungarn eingetroffenen König sofort die Macht übergeben werde. Ein solches Restaurationsprogramm ließ es rätlich erscheinen, die Anwesenheit in Ungarn bis zur Übernahme der königlichen Gewalt vollkommen geheimzuhalten. Es wurde daher der Telephonverkehr im Komitate Eisenburg vom Moment des Eintreffens des Königs in Szombathely an unterbrochen, er sollte wieder aufgenommen werden, sobald irgendein Befehl hierzu aus Budapest kam. Es wußte also auch der Abgeordnete Beniczky, der mit Recht zu den Getreuesten des Königs gezählt wurde, nichts von der Reise des Souveräns. Das sorgfältige Geheimnis ging aber — ich folge einem Bericht des Abgeordneten Lingauer — in Budapest in Brüche. Während nämlich der König beim Reichsverweser weilte, haben Faktoren, die vermutlich der diesen beherrschenden Kamarilla angehörten, den Abgeordneten Gömbös und andere erbitterte Widersacher des gekrönten Königs in die Hofburg gerufen. Alle diese gewiß nicht vom Könige gebetenen Gäste versammelten sich im Flügeladjutantenzimmer. In dieses Zimmer trat der Reichsverweser, nachdem

der Herrscher sich von ihm verabschiedet hatte. Horthy erzählte nun dem Gömbös und seinem Anhang, was sich eben ereignet hatte. Der Admiral bat seine Zuhörer um Diskretion, damit die Anwesenheit des Königs in Ungarn nicht vor dessen Abreise bekannt werde. Die Wirkung dieser Bitte war, daß einige Stunden später die Kellner des Landeskasinos den Gästen das große Geheimnis ins Ohr flüsterten. Die Kunde verbreitete sich immer weiter und drang schließlich am Abend auch zu Beniczky. Er eilte nun sofort in die Wohnung des Prinzen Ludwig Windischgraetz. Der Prinz und die Prinzessin sowie deren gleichfalls anwesende Brüder, die Grafen Michael und Georg Szechenyi, hatten schon von der Reise des Königs gehört. Sie wußten auch, daß der König nach Szombathely zurückgefahren war und nachts — nach dem Rate des Reichsverwesers — wieder die österreichische Grenze überschreiten sollte. Die Gesellschaft war aufs äußerste bestürzt. Die Nacht war kalt und stürmisch. Schon auf der Fahrt durch Ungarn mochte dem vereinsamten Könige etwas zustoßen. Und gar in Österreich! Die Regierung hatte doch kaum die Zeit gehabt, sich Bürgschaften zu verschaffen, daß dem Könige im Nachbarstaate nichts geschehe. Ganz Budapest sprach von der Königsfahrt, da war sie wohl auch schon in Österreich bekannt geworden. Die Gesellschaft malte sich aus, wie auf den wehrlosen König Jagd gemacht werden würde. Beniczky war rasch im Entschlusse. Er eilte zum Telephon und ließ sich mit dem Abgeordneten Lingauer in Szombathely verbinden. Er unterrichtete den westungarischen Kollegen von dem, was man in Budapest über den König gehört hatte, und beschwor ihn, den König nicht früher von Szombathely abreisen zu lassen, bis nicht er — Beniczky — dort eingetroffen sei. Er wolle dann für sichere Begleitung sorgen, sich auch selbst dem Könige auf dessen weiterer Fahrt anschließen. Der König müsse zurückgehalten werden, denn es sei schwer, nachts ein Auto für eine weite Fahrt aufzutreiben. Lingauer riet, sich wegen eines Autos an den Abgeordneten Smrecsanyi zu wenden. Den Entschluß Beniczkys, überhaupt das ganze Telephongespräch, hatten die übrigen vier mit angehört. Es wurde Smrecsanyi telephonisch um das Auto zu dem auch ihm mitgeteilten Zwecke gebeten. Smrecsanyi kündigte an, daß er sogleich in Windischgraetz' Wohnung kommen werde. Windischgraetz teilte nun

mit, daß er den Erzherzog Albrecht, der sich eben im Nationalkasino aufhalte, herbeirufen werde, denn gewiß werde es diesem Prinzen wertvoll sein, zu wissen, daß er eine Meldung an seinen König gelangen lassen könne. Beniczky riet davon ab. Er hielt das Verhältnis zwischen König und Erzherzog für schlecht, denn es könne dem Könige nicht unbekannt und erwünscht sein, daß der Prinz gerade mit den Widersachern des Königs gute gesellschaftliche Beziehungen unterhalte. Die Gömbös, Szabo, Pronay, Rubinek, Sréter und Hejjas seien doch diejenigen, die sich für ihre Agitation des Namens des Erzherzogs bedienten, ohne daß sich dieser je bestimmt gesehen hätte, solche Anhängerschaft abzuschütteln. Aber Windischgraetz, der, am Vortage von einer längeren Auslandsreise zurückgekehrt, noch nicht wußte, was in Budapest gesprochen wurde, bestand darauf, den Erzherzog herbeizuholen. Es wäre, so meinte er, inkorrekt, den Erzherzog der Möglichkeit zu berauben, sich mit seinem Familienoberhaupt in Verbindung zu setzen. Windischgraetz ging also ins Nationalkasino.

Nach einer Weile kam Smrecsanyi, wenige Minuten später Windischgraetz mit dem Erzherzog und dessen Kasinogesellschaft, dem Prinzen Odescalchi, dem Grafen Semssey, dem Major von Ostenburg und Oberleutnant Szenkovits. Erzherzog Albrecht, Beniczky, Smrecsanyi und Windischgraetz zogen sich ins Arbeitszimmer des Hausherrn zurück, die übrige Gesellschaft nahm in einem Salon, in dem sich auch die Telephonstation befindet, den Tee. Im Arbeitszimmer herrschte volles Einvernehmen. Der Erzherzog äußerte sich sehr loyal und schien aufrichtig bestürzt, als er von der nächtlichen Fahrt des Königs hörte. Er beschwor Beniczky, dem Könige im Automobil nachzueilen und für seine Sicherheit zu sorgen. Smrecsanyi stellte hierfür nicht nur sein Auto, sondern auch sich zur Verfügung. Der Erzherzog wollte ebenfalls mitfahren und forderte hierzu noch Windischgraetz auf. Smrecsanyi telephonierte nun seinem Chauffeur, er möge sich für eine längere Fahrt mit Benzin und Schläuchen ausrüsten und mit dem Auto ehestens zur Wohnung Windischgraetz' kommen. Indessen ging im Arbeitszimmer die Beratung weiter, und sie führte zu einer Abänderung des ursprünglichen Planes. Es sollten nun Beniczky und Smrecsanyi sogleich, der Erzherzog und Windischgraetz erst

am Morgen fahren. Der Erzherzog hielt es nämlich für richtig, von der Wohnung Windischgraetz' direkt zum Reichsverweser in die Burg zu fahren, zu melden, daß die Gesellschaft in zwei Partien zum Schutze des Königs nach Szombathely fahren werde, und ihn zu bitten, daß er vom Wiener Kabinett für die weitere Reise des Herrschers ausreichende Sicherungsmaßnahmen fordere.

Dies war die endgültige Abmachung.

Man wartete auf das Auto und, während man wartete, plauderte man. Die Unterhaltung hatte einige Minuten gedauert, als Graf Semssey, der beim Erzherzog als Dienstkämmerer in Verwendung stand, in das Arbeitszimmer trat und an die im Nationalkasino wartende Gesellschaft erinnerte. Der Erzherzog verließ nun das Haus Windischgraetz'. Beniczky und Smrecsanyi gingen, sobald sie den Kraftwagen durch die Szépgasse rattern hörten. Es war 2 Uhr früh, als sie in dem Auto Platz nahmen und auf Szombathely losfuhren.

Um ¾5 Uhr früh mußte der Kraftwagen vor dem Militärdepot in Hajmáskér halten. Der Weg war verrammelt. Beniczky und Smrecsanyi sahen sich von Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett umringt. Der Kommandant, ein Offizier, erklärte sie für „auf Befehl des Reichsverweseramtes" verhaftet. Erst am nächsten Abend wurden sie freigelassen. Am darauffolgenden Morgen erhielten sie in Budapest vom Justizminister Tomcsanyi die Aufklärung, sie seien verhaftet worden, weil sie nach den zu ihm gelangten Nachrichten nach Szombathely fahren wollten, um dort Aufruhr zu stiften. Es hätte sich also um ein Ergreifen in flagranti gehandelt, die Verhaftung der sonst immunen Abgeordneten sei daher berechtigt gewesen.

Beniczky meldete in der Sitzung der ungarischen Nationalversammlung vom 20. April 1921 die Verletzung seiner Immunität an, der Fall wurde dem Immunitätsausschuß zur Untersuchung und Antragstellung übergeben. Der Ausschuß hat den Justizminister, alle Herren, die an den nächtlichen Beratungen teilgehabt hatten, und zahlreiche andere Zeugen verhört und vom Justizminister je einen Brief des Erzherzogs Albrecht und des Majors von Kozma sowie ein polizeiliches Protokoll entgegengenommen.

Nach diesem Material fielen in den Zeitraum zwischen dem Ab-

schied des Erzherzogs vom Prinzen Windischgraetz und der Verhaftung der beiden Abgeordneten folgende unerfreuliche Vorgänge:

Der Erzherzog fuhr nicht sogleich — wie vereinbart worden war — in die Hofburg, sondern ins Nationalkasino, wo er in Anwesenheit Julius Gömbös', des Grafen Semssey und des Majors Nikolaus von Kozma, der Chef des ungarischen Telegraphenkorrespondenzbureaus war, erzählte, Beniczky und Smrecsanyi seien zum Könige gefahren, nachdem Beniczky den Abgeordneten Lingauer angewiesen hatte, den König zum Verbleiben in Szombathely bis zum Eintreffen der beiden Abgeordneten zu bestimmen. Smrecsanyi habe in der gemeinsamen Beratung ausgeführt, man müsse den König überreden, das Militär in Westungarn zu beeidigen, eine Proklamation zu erlassen, Reichsverweser sowie Kabinett zu stürzen und selbst die Macht zu übernehmen. Der Erzherzog hätte hierauf gesagt: „Das ist ja ein Putsch." Der Erzherzog hat dann Kozma in eine Fensternische gezogen und ihn gebeten, sich in ein Auto zu werfen, in die Burg zu fahren, den Reichsverweser wecken zu lassen und ihm zu melden, daß Beniczky und Smrecsanyi auf dem Wege zum König seien, und daß es zu einem Putsch kommen werde, wenn sie ihr Ziel erreichten. Kozma fuhr nun tatsächlich in die Burg und erstattete dort dem Major von Magasházy die Meldung. Dieser war nicht bereit, den Reichsverweser zu wecken, sondern setzte sich telephonisch mit dem Stadthauptmann Nadosy in Verbindung. Auf der Stadthauptmannschaft war indessen Graf Semssey erschienen, der dort über das vom Erzherzog Gehörte berichtete. Die Folge war die Verhaftung der Abgeordneten.

Der Erzherzog selbst fuhr erst am nächsten Morgen in die Burg und erfuhr hier von dem eben anwesenden Justizminister die Verhaftung der Abgeordneten. Der Minister bat den Prinzen, sein Gespräch mit Kozma vor ihm — dem Minister — zu wiederholen. Der Erzherzog ist diesem Ersuchen sogleich und der Bitte, das eben Gesagte auch schriftlich zu geben, drei oder vier Tage später nachgekommen. In dem Briefe findet sich tatsächlich die Angabe, auf Grund deren Beniczky und Smrecsanyi verhaftet worden sind:

„Exzellenz! Auf Ihr Ansuchen teile ich Ihnen hier mit, was ich Ihnen bereits am 28. März, vormittags, zur Kenntnis ge-

bracht habe. Am 27. März war ich auf Ersuchen des Prinzen Ludwig Windischgraetz in dessen Wohnung, wo ich die Herren Abgeordneten Smrecsanyi und Beniczky antraf. Wir sprachen in Gesellschaft der genannten zwei Herren über die Rückkehr Seiner Majestät des Königs nach Ungarn. Im Laufe des Gespräches erklärte Beniczky auf Ersuchen Smrecsanyis, daß er um Mitternacht den in Szombathely weilenden Abgeordneten Albin Lingauer telephonisch angerufen und ihm in entschiedenem Tone die Weisung erteilt habe, Seine Majestät nicht früher von dort abreisen zu lassen, als bis er und Smrecsanyi sich nach Szombathely begeben hätten. Smrecsanyi und Beniczky teilten mir mit, wie sie im Laufe der Nacht nach Szombathely reisen wollten, um mit Seiner Majestät zu sprechen. Im weiteren Verlaufe des Gespräches trat Smrecsanyi aus seiner Reserve heraus und sagte, daß seiner Ansicht nach Seiner Majestät nichts übrig bleibe, als in Szombathely eine Proklamation zu erlassen, die Soldaten in Eid zu nehmen und die Regierung tatsächlich zu übernehmen. Daraufhin bemerkte ich: „Das ist ja ein Putsch." Abgeordneter Smrecsanyi erwiderte hierauf nichts. — Genehmigen Exzellenz die Versicherung meiner Hochachtung: Albrecht."

Der Erzherzog verließ Budapest, nachdem seine Einvernahme vor dem Justizausschusse von Beniczky gefordert worden war.

Erzherzog Albrecht kam Ende Mai 1921 in die Schweiz und bat den König um eine Audienz; er wolle sich rechtfertigen. Der Kaiser sandte seinen ungarischen Sekretär zu dem Erzherzoge, um dessen Rechtfertigung entgegenzunehmen.

Der Prinz empfing den Abgesandten des Königs am 2. Juni 1921 vormittags im Hotel „Schweizerhof" zu Luzern. Der Erzherzog führte aus, der Fall Beniczky sei in der Öffentlichkeit zu Unrecht so dargestellt worden, als ob er, der Erzherzog, die Verhaftung der beiden Abgeordneten wissentlich verursacht hätte. Ihm sei aber jede Absicht einer Denunziation selbstverständlich ferngelegen. Er habe aus der seinerzeitigen Unterhaltung mit Beniczky und Smrecsanyi den Eindruck gewonnen, daß sie sich nach Szombathely begeben wollten, um dort einen „Putsch" zugunsten des Königs zu arrangieren. Da der Erzherzog einen „Putsch" als un-

zeitgemäß und den Intentionen des Königs widersprechend erachtete, habe er dieser seiner Ansicht vor der ganzen anwesenden Gesellschaft Ausdruck gegeben. Er habe vorgeschlagen, die beiden Herren sollten nach Szombathely fahren und den König so lange auf ungarischem Boden zurückhalten, bis ein freies Geleite durch Österreich gesichert sei. Er selbst wolle sich zu Horthy begeben und die Angelegenheit mit ihm besprechen. Es sei auch von der Mitreise des Erzherzogs die Rede gewesen, dieser Plan aber bald fallen gelassen worden. Der Erzherzog habe auch sofort — und zwar nach Mitternacht — Major von Kozma mit dem Auftrag in die königliche Burg geschickt, für ihn — Albrecht — eine Audienz zu erwirken. Major von Kozma habe dann mit Magasházy gesprochen und diesem nicht nur den erhaltenen Auftrag, sondern auch dessen Vorgeschichte mitgeteilt. (Der Erzherzog sagte wörtlich: „. . . dem er mein Ersuchen und auch dessen Gründe und Begleitumstände mitteilte".) Major von Magasházy habe aber den Reichsverweser wegen der vorgerückten Stunde nicht geweckt und dem Erzherzog durch Kozma nur sagen lassen, er möge am nächsten Morgen zum Admiral kommen. Auf eigene Verantwortung, im Namen des Reichsverwesers und ohne Wissen des Erzherzogs habe der Flügeladjutant im Wege des Székesfehérvárer Distriktskommandos die Verhaftung der beiden Abgeordneten verfügt. Als der Erzherzog dann am Morgen zum Reichsverweser gehen wollte, habe er die erfolgte Verhaftung der Abgeordneten im Vorzimmer des Reichsverwesers vom Justizminister erfahren, der damals auch mit der Führung des Ministeriums des Innern betraut war. Der Minister habe den Erzherzog gebeten, die Kozma gemachten Mitteilungen zu wiederholen und ihm auch schriftlich zu geben. Diesem Ansinnen habe er erst vier Tage später entsprochen, nachdem der Minister wiederholt gedrängt und versprochen hatte, daß das Schreiben nicht in die Öffentlichkeit gelangen, sondern höchstens in einer geschlossenen Sitzung des Immunitätsausschusses verlesen werden würde.

Der Abgesandte des Königs hielt dem Erzherzog vor, daß es einen Putsch zugunsten des gekrönten Königs nicht gebe, denn jede Bemühung, den legitimen Herrscher in seine Macht wieder einzusetzen, sei legal.

In der nachmittags wieder aufgenommenen Unterredung mit

dem königlichen Sekretär wollte der Erzherzog seinen Willen, die Reise der beiden Abgeordneten zu fördern, mit der Behauptung beweisen, daß er den beiden Herren Meldungen an den König aufgetragen habe. Bezüglich des Ausdruckes „Putsch" gab der Erzherzog zu, eine unglückliche Terminologie gewählt zu haben. Er habe mit diesem Worte nur sagen wollen, daß die beiden Abgeordneten an eine gewaltsame Wiederübernahme der Macht durch den König mit Ausschaltung der Regierung und des Reichsverwesers gedacht hätten.

Der Erzherzog war tief erschüttert und betonte wiederholt, daß der Schein mehr gegen ihn spräche als irgendwelche Tatsache. Die ganze Lage sei für ihn eine Lehre, sich in Hinkunft jedes unbedachten Schrittes zu enthalten und sich lieber krank zu stellen, als sich an irgendeiner politischen Aktion zu beteiligen. Er entschuldigte sich mit jugendlicher Unerfahrenheit, ließ den König seiner Unterwerfung unter den königlichen Willen und seiner hingebungsvollen Treue versichern und ihn bitten, ihm Befehle zukommen zu lassen, falls der König sich seine treuen, wenn auch bescheidenen Dienste zunutze machen wolle.

Der Erzherzog kehrte nach Ungarn zurück und erschien am 18. Juni 1921 nachmittags vor dem Immunitätsausschusse. Die Angaben des Prinzen vor dem parlamentarischen Forum steuerten nichts Wesentliches zur weiteren Klärung des Sachverhaltes bei. Bemerkenswert ist nur, daß Erzherzog Albrecht auf eine Frage des Markgrafen Georg Pallavicini erklärte, er betrachte und anerkenne Seine Majestät als das Oberhaupt seines Hauses. Da man schon einmal dem Prinzen mißtraute, wurde die Fassung dieser Erklärung sofort absprechend kommentiert. Man wollte herausgehört haben, daß der Erzherzog Seine Majestät wohl als Oberhaupt des Hauses, nicht aber als König anerkenne. Sobald diese Bemängelung dem Erzherzog zu Ohren gekommen war, richtete er an den Obmann des Immunitätsausschusses Dr. Miklos Kutkafalvy ein aufklärendes Schreiben folgenden Inhalts:

„Hochgeborener Herr!

Am Schlusse meiner vorgestrigen Aussage, in welchem ich mich über die Anerkennung Seiner Majestät des Königs und Familienoberhauptes äußerte, ist der Passus weggeblieben,

„daß ich Seine Majestät, den gekrönten apostolischen König, der für mich gleichzeitig auch das oberste Familienoberhaupt ist, unbedingt anerkenne". Durch diese meine Anerkennung hoffte ich, ein- für allemal jenen Voraussetzungen, die in der jüngsten Zeit fortwährend aufgetaucht sind, ein Ende zu bereiten, wonach meine Erklärungen auf die Störung der Einheit der Herrscherfamilie abzielen würden. Im Falle man diese Lücke des Protokolls über meine Aussage nicht einfach ergänzen könnte, indem man den obigen Passus auf Grund meiner Zeilen nachträglich hinzufügt, bitte ich den Herrn Präsidenten des Immunitätsausschusses, meine Erklärung in der nächsten Ausschußsitzung zu verlesen und der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Mit dem Ausdrucke größter Hochachtung

Magyar-Ovár, am 20. Juni 1921.

Albrecht, kgl. Prinz."

EXTERRITORIALITÄT UND ASYL

Die völkerrechtliche Lage. — Die Schweizer Auffassung. — Ungarns Anerkennung des gekrönten Königs. — Die Schweiz als Asylstaat. — Tschechische Konspirationen auf Schweizer Boden. — Die Bedingungen für die Rückkehr des Kaisers in die Schweiz. — Der Kaiser in Unkenntnis der Bedingungen. — Einladung zum Verlassen der Schweiz. — Die Vorschläge des Autors. — Borovicsénys Irrtum. — Interpellation Grimm. — Kontroverse zwischen Liberalen und Konservativen. — Borovicsénys Instruktion vom 14. Mai. — Minister Dinichert beim Kaiser. — Mißverstandene Bedingungen. — Die Verhandlung des schweizerischen Nationalrats. — Suche nach einem neuen Asyl. — Verlängerung des provisorischen Aufenthaltes in der Schweiz. — Scheitern der Verhandlungen mit Spanien. — Kantonspräsident Walther in Hertenstein. — Aufenthaltsbewilligung bis zum 8. Januar 1922.

Von allen Staaten, die durch den österlichen Restaurationsversuch aufgewühlt worden sind, ist die Schweiz am unverdientesten in Mitleidenschaft gezogen worden. Sie hatte dem Kaiser im Jahre 1919 auf das Drängen der großen Mächte und im Geiste einer uralten Tradition Gastfreundschaft gewährt und war nun, da der Kaiser sich bemüht hatte, wieder in den Besitz seiner Rechte zu gelangen, der Zielpunkt von Angriffen geworden, die an ihrer Souveränität rührten. Es ist begreiflich, daß die Öffentlichkeit die Tatsachen nahm, wie sie sich ihr darboten, als „Putschversuch, d a h e r Bedrohung der Schweiz durch fremde Mächte", und nicht erst prüfte, ob das Einschreiten der Kleinen Entente auf einen besseren Rechtstitel basiert war als der Restaurationsversuch des Königs von Ungarn. Über die Schweiz kam, als die ersten Nachrichten über das Unternehmen des Kaisers eintrafen, ein Fieber, von dem sie erst nach Monaten genesen sollte. Ich kann mich aus der ganzen Zeit meines Aufenthaltes in dem schönen Lande nicht erinnern, daß die Eidgenossen von einem anderen Ereignis tiefer bewegt worden wären. Daß der Schweiz Verlegenheiten erwuchsen, hat der Kaiser lebhaft bedauert, noch mehr aber, daß die Parteigegensätze um seinethalben sich vertieften. Der Kaiser hat sich, soweit es ihm die Rücksicht auf seine heikle Stellung und die Empfindlichkeit der Schweizer gestattete, bemüht, dem leidenschaftlich geführten Kampf ein Ende zu setzen. Daß seine eigene Stellung unter dieser inneren und äußeren Krise der Eidgenossenschaft litt, hat ihn weniger berührt. Dieser Schaden hat aber der Umgebung des Kaisers oft große Sorgen bereitet.

Das Osterunternehmen hat die Bemühungen um die Anerkennung der souveränen Stellung Karls IV. gefördert; der Asylschutz ist ihm aber nicht mehr so gerne und so uneingeschränkt wie vordem gewährt worden. Als sich endlich die mächtige Erregung gelegt hatte und man nahe daran war, zu einer definitiven Regelung der Fragen der Exterritorialität und des Aufenthaltes des Kaisers

zu gelangen, hob die Tragödie an, die zu der Katastrophe von Madeira geführt hat.

Die Exterritorialität eines Souveräns umfaßt bekanntlich die persönliche Unantastbarkeit; die Exemption von der gesamten Gerichtsbarkeit des fremden Staates und damit von der Herrschaft der in dem fremden Staate geltenden Rechtssätze; die Unbetretbarkeit der Wohnung, in der das Staatsoberhaupt sich aufhält, so daß auch alle in dieser befindlichen Gegenstände dem Zugriff des Aufenthaltsstaates entzogen sind; die Befreiung von allen direkten Steuern und Abgaben, soweit diese nicht auf Grundeigentum in dem fremden Staatsgebiet ruhen; endlich den ungehemmten und uneingeschränkten Verkehr mit dem eigenen Staate. Das in Funktion befindliche Staatsoberhaupt als solches ist das Subjekt der Exterritorialität, verkörpert doch der Inhaber der Regierungsgewalt die Souveränität des Staates, die es ausschließt, daß sie von einer fremden Territorialgewalt abhängig sei. In strikter Auslegung dieses Rechtsgedankens hätte ein Souverän, der nicht effektiv regierendes Staatsoberhaupt ist, rechtlich keinen Anspruch auf die Prärogativen der Exterritorialität. Die Völkerrechtsliteratur kennt allerdings keinen Fall von der Art desjenigen Karls. Klar ist — vom reinen Rechtsstandpunkte — die Situation gewesener Souveräne. Sie können keinen Anspruch darauf erheben, auf fremdem Territorium als Exterritoriale behandelt zu werden. Für die Allgemeinheit unverbindliche Courtoisieakte, die jeweils auf einem speziellen, diese exempte Stellung begründenden Rechtsakte beruhten, wobei die gewährte Ausnahmsstellung gewöhnlich nicht die Immunitäten regierender Souveräne erreichte, haben wiederholt früheren Souveränen und deren Familienmitgliedern Exemptionen nach dem Muster der Exterritorialität eingeräumt. In Österreich hat Karl X. von Frankreich Exterritorialitätsrechte in größerem Umfange genossen; bis zuletzt war verschiedenen ausländischen Familien, wie Bourbon ältere Linie, Modena-Este und Braganza, der privilegierte Gerichtsstand vor dem Obersthofmarschallamte ohne weitere Exterritorialitätsrechte zugestanden. Die französische Geschichte kennt den Fall Jakobs II. von England, dem Ludwig XIV. die Immunität gegenüber den Gerichten, jedoch nur bis zu dem Frieden von Utrecht, verliehen hatte. Die schwei-

zerische Geschichte verzeichnet keine solchen Ausnahmen, es gibt aber auch keine generelle Vorschrift dieser Art.

Wie war nun die völkerrechtliche Stellung des Kaisers in der Schweiz? — Sie war zweifellos umstritten.

Niemand hat geleugnet, daß keine Abdankung — weder in Österreich noch in Ungarn — vorliege, und daß die Schweiz auch nicht die das Habsburgerverbot beinhaltende Botschafterresolution als Ausgangspunkt für ihr Urteil nehmen müsse. Niemand hat verkannt, daß die Stellung des Souveräns in bezug auf Österreich und auf Ungarn eine verschiedene war. Als Kaiser von Österreich wurde Karl I. fast allgemein die Stellung eines gewesenen Souveräns zugeschrieben; die Schweiz hat auf Grund des Friedensvertrages von St. Germain, der die Beziehungen der Siegermächte zur Republik Österreich regelte, die Republik Österreich und die Tschechoslowakische Republik anerkannt, die diplomatischen Beziehungen zu ihnen aufgenommen und damit einen bestimmten völkerrechtlichen Zustand geschaffen. Anders lagen die Verhältnisse in Ungarn. Selbst die Gegner des Königs in der Schweiz anerkannten, daß der Friede von Trianon Ungarn nicht die Stellung als Königreich genommen hatte. In der Anerkennung Ungarns als souveräner Staat und in der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen sah niemand ein die Position des gekrönten Königs beeinträchtigendes Präjudiz. Es wurde aber vielfach geltend gemacht, daß der Reichsverweser das Beglaubigungsschreiben des ungarischen Gesandten in Bern unterfertigt habe und das Beglaubigungsschreiben des schweizerischen Gesandten in Budapest dem Reichsverweser überreicht worden sei, also nicht König Karl, sondern Reichsverweser von Horthy bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Ungarn als repräsentatives Staatshaupt fungiert habe. Daraus wurde dann gefolgert, daß für die Schweiz die Verpflichtung, dem Könige Exterritorialitätsrechte einzuräumen, nicht gegeben sei. Eine dem Könige günstigere Auffassung operierte mit folgenden Argumenten: Ungarn ist auch heute Königreich. Es ist notorisch, daß König Karl weder abgedankt hat, noch entthront ist. Es gibt kein dem widersprechendes Landesgesetz oder internationales Statut; die Note der Botschafterkonferenz an Ungarn, womit die Rückkehr eines Habsburgers auf den ungarischen Thron untersagt wurde, ist kein rechtsverbind-

liches Instrument, sondern eine einseitige Willenserklärung, die sich in dem Rate der auf der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte erschöpft, Ungarn habe seinem gekrönten Herrscher, der gar nicht als entthront betrachtet wird, nicht zu gestatten, seine Herrscherrechte wieder auszuüben. König Karl ist daher unverändert der rechtmäßige König Ungarns. Er übt seine Herrscherrechte auf Grund eigenen Entschlusses oder eines niemanden zum Anschlusse einladenden Gewaltaktes derzeit nicht aus. Er läßt sie bis auf weiteres durch den Reichsverweser verwalten. König Karl ist also rechtlich der Inhaber der Regierungsgewalt und ebenso der souveräne Repräsentant des Königreichs Ungarn. Daß er die Regierungsgewalt und die damit verbundene Repräsentation des Königreichs Ungarn derzeit nicht ausübt, kann seine internationale Rechtsstellung nicht berühren, die den Souveränen im Auslande Exterritorialität einräumt. Die Schweiz, die durch Verweigerung der Exterritorialität in eine einen fremden Staat berührende Krise eingriffe, würde ihrer Tradition untreu werden, die sie sich sorgfältig von fremden Händeln fernehalten heißt. Es warfen, die so argumentierten, folgende Fragen auf: Es gibt Fälle, in denen für Herrscher, wenn sie sich außer Landes begeben, Regentschaften eingesetzt werden müssen; werden diese Souveräne dadurch der Exterritorialität verlustig, oder besteht eine völkerrechtliche Norm, wonach ein Herrscher, für den beispielsweise wegen Minderjährigkeit im Inlande eine Regentschaft eingesetzt ist, der also de facto keine Regierungsgewalt und keine Repräsentation ausübt, deshalb im Auslande nicht als Exterritorialer behandelt werden würde? Wird insbesondere der zeitweise zu gleicher Zeit wie König Karl in der Schweiz weilende König Alexander von Serbien, für den auf die Dauer des Auslandsaufenthaltes das Ministerium die Regentschaft führt, als Exterritorialer behandelt oder nicht?

Den eidgenössischen Behörden haben diese völkerrechtlichen Fragen zweifellos viel Kopfzerbrechen verursacht, und sie scheinen zu verschiedenen Zeiten verschiedener Auffassung gewesen zu sein, wobei zugegeben sein soll, daß die internationale Rechtsstellung des Kaisers Karl zu verschiedenen Zeiten eine verschiedene war oder doch als eine verschiedene erschien.

Als der Kaiser im Jahre 1919 dem damaligen Bundespräsidenten der Schweiz, Ador, für die gastfreundliche Aufnahme dankte, rea-

gierte Ador mit einem Schreiben, das die unter regierenden Staatsoberhäuptern üblichen Formen beobachtete. Das ist später seitens seiner Nachfolger Motta und Schultheß nicht mehr geschehen. Es ist ihnen schon die Adresse schwer gefallen. Sollten sie den Monarchen Kaiser oder König oder beides nennen? Sie haben sich auf die Anschrift „Seiner Majestät Karl I." beschränkt. Der Abschluß der Friedensverträge scheint die Berner Behörden zu sichereren Schlüssen bezüglich der Rechtsstellung des fürstlichen Asylisten gebracht zu haben. Vor der Unterzeichnung der Friedensinstrumente durch Österreich und Ungarn ist die Frage der Besteuerung in Schwebe gelassen, nachher im bejahenden Sinne entschieden worden. Ein Amt hat allerdings der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die ja erst durch die Friedensschlüsse von St. Germain und Trianon in das internationale Recht übergegangen ist, vorgegriffen. Das war das Standesamt von Begnins. Am 1. September 1919 war dem Kaiser in Villa Prangins ein Sohn geboren worden, der dann in der Taufe den Namen Rudolf erhalten hat. Das Standesamt schlug für die Immatrikulierung einen Namen vor, der nicht angenommen werden konnte. Man hatte es wieder einmal mit dem Irrtum zu tun, der das Herrscherhaus Österreichs und Ungarns so oft das Haus Habsburg-Lothringen nennen läßt. Nun ist aber der Name Habsburg nur eine historische Erinnerung, es bestehen keine rechtlichen Beziehungen des Herrscherhauses zur Habsburg oder zum Herzogtum Lothringen. Der Familienname ist staatsrechtlich genau „Haus (auch Erzhaus) Österreich — Domus Austriaca". Auch in den grundgesetzlichen Thronfolgeartikeln der Stände des Königreichs Ungarn vom 17. Juli 1722 ist die dynastische Familie stets als „Das durchlauchtigste Haus Österreich" bezeichnet; dessen legitime Nachkommen als „Erzherzoge" beziehungsweise „Erzherzoginnen von Österreich". Wenn ich nicht irre, hat sich das Standesamt Begnins schließlich bereit gefunden, den Namen "Österreich" einzutragen, doch wurde Erzherzog Rudolf als Sohn des Kaisers und Königs der „ehemaligen (cidevant)" österreichisch-ungarischen Monarchie bezeichnet, obgleich der Friedensvertrag von St. Germain erst am 10. September 1919 unterzeichnet und viel später ratifiziert worden ist und der Friedensvertrag von Trianon noch nicht einmal entworfen war. Die Haltung des Standesamtes von Begnins stimmte nicht recht

zu der des Politischen Departements, das Ungarn vor Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon nicht das Recht einer eigenen (mehr als offiziösen) Vertretung zugestanden, sondern gefordert und erreicht hat, daß Ungarn bis dahin vom liquidierenden k. u. k. Geschäftsträger vertreten worden ist.

Der Osterputsch hat eine Klärung, aber keine Bereinigung gebracht. Am 10. April 1921, unmittelbar nach der Rückkehr des Kaisers in die Schweiz, hat die ungarische Regierung dem Bundesrat für die neuerliche Aufnahme des Apostolischen Königs von Ungarn, „der infolge von Umständen gehindert ist, seine königliche Macht auszuüben", gedankt und um eine wohlwollende Entscheidung der Aufenthaltsfrage gebeten. Die Note war, wie man sieht, so gefaßt worden, daß sie als gewollte Feststellung der faktischen Souveränität des Königs angesehen werden mußte. Der ungarische Chargé d'affaires hat zur Unterstreichung dieses Zweckes der Message den Auftrag erhalten, die eigenartige Situation des Königs zu erklären: Innerpolitisch stünde Ungarn auf dem Standpunkte, daß die Königsfrage das Ausland gar nichts angehe, also die Auffassung der vom Vertrauen des ungarischen Volkes getragenen Regierung gelte, außenpolitisch müsse aber Ungarn derzeit einem unrechtmäßigen Drucke einiger Mächte weichen. Der Bundesrat hat, da nach Überreichung dieser Note zuerst der ungarische Minister des Äußern, Dr. Gratz, und bald danach das ganze Kabinett Teleki demissionierte, durch den auch in Budapest beglaubigten Wiener Vertreter, Herrn Bourcart, erheben lassen, ob auch das neue Kabinett des Grafen Bethlen auf demselben Standpunkte stehe. Bethlen bejahte. Ob der Bundesrat dann auch noch das Gutachten des Züricher Rechtsgelehrten, Professors Huber, eingeholt hat, wie damals in mehreren Schweizer Blättern zu lesen war, ist mir nicht sicher bekannt. Der Kaiser hat es der Bundesregierung erleichtert, einer definitiven, formellen Entscheidung in der Exterritorialitätsfrage auszuweichen. Sobald in der Schweiz der Ruf nach einer hochnotpeinlichen Untersuchung der der Osterreise vorangegangenen Ereignisse in der Villa Prangins laut geworden war, hat er von sich aus erklärt, daß bei seiner Reise kein Schweizer, besonders kein Schweizer Beamter, Hilfe geleistet hätte, und daß er weitere Auskünfte aus Rücksicht auf andere Mächte nicht geben könne. Der Bundesregierung blieb es so erspart, sich wegen

unterlassener Erhebung einem Vorwurf der Schweizer oder wegen des Versuchs, den Kaiser einzuvernehmen, einer Zurückweisung aus dem Titel der Immunität auszusetzen. Noch blieb aber die Frage der Besteuerung offen. Auch hier hat Kaiser Karl einen Ausweg gefunden. Er hat vor neuerlicher Entscheidung dieser Frage — es handelt sich da immer um die Zeit nach Überreichung der ungarischen Note vom 10. April 1921 — erklären lassen, daß er eine Steuerpflicht nicht anerkenne, daß er aber mit Rücksicht auf die durch den Krieg verschuldete wirtschaftliche Notlage der Schweiz gerne dasjenige für öffentliche Zwecke beisteuern werde, was jedem anderen in gleicher Vermögenslage als Steuerleistung auferlegt werden würde.

Die Frage der Exterritorialität hat endlich noch eine Rolle gespielt, nachdem Kaiser Karl die Schweiz zum zweiten Male verlassen hatte und seine Dethronisation bereits gefordert, aber noch nicht ausgesprochen worden war. Gelegentlich der Einvernahme des Gefolges und des Dienstpersonals des Kaisers über die Vorgeschichte des Oktoberfluges ist auch von einer eventuellen Einvernahme der Erzherzogin Maria Josepha die Rede gewesen. Ich habe damals die Polizei an die Exterritorialität der Erzherzogin erinnert und, um Weiterungen auszuschließen, wahrheitsgemäß zu Protokoll gegeben, daß die Erzherzogin erst zwei Tage nach der Abreise von dem Sinne und der Richtung der Reise Kenntnis erlangt hatte.

Reich an Wendungen und Verwicklungen war nach dem „Osterputsch" das Problem des dem Kaiser und den Seinigen gewährten Asyls.

Die Schweiz ist das Asylland katexochen. Sie liefert gemäß dem Bundesgesetze vom 22. Januar 1892 niemanden an Staaten aus, mit denen keine Auslieferungsverträge geschlossen sind. Wegen politischer Delikte bewilligt sie nie und auf keinen Fall eine Auslieferung. Die Schweiz kennt nicht einmal die Auslieferung politischer Verbrecher von Kanton zu Kanton. Dieses liberale Asylrecht birgt gewisse Gefahren in sich, denn jeder Staat hat die völkerrechtliche Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß auf dem von ihm beherrschten Gebiet kein Angriff auf den Bestand und die Sicherheit eines anderen Staates von den eigenen Staatsangehörigen oder Staatsfremden vorbereitet oder unternommen werde. Es sei aber

gesagt, daß der Schweiz kein Vorwurf gemacht werden konnte, wenn auf ihrem Boden die Restaurationsversuche des Königs Karl vorbereitet wurden, denn diese Versuche waren nicht gegen Bestand und Sicherheit einer fremden Macht, sondern auf die Wiederherstellung des Rechtes und der Gesetzmäßigkeit in dem eigenen Staate des Königs gerichtet. Doch bleiben wir vorläufig dabei, daß auch der Schweiz aus der Hochhaltung des Asylrechtes Pflichten gegenüber den anderen Staaten erwachsen. Die Schweiz hat dem Rechnung getragen durch Aufnahme des Artikels 70 in die Bundesverfassung, der dem Bunde das Recht gibt, Fremde, welche die innere oder äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen. Wie deutungs- und dehnungsfähig dieser Artikel ist, hat das Gefolge des Kaisers nach dem mißglückten Oktober-Restaurationsversuche erfahren müssen. Der Bund kann die das Asylrecht mißbrauchenden Fremden auch ausweisen, wenn ein Kanton ihnen Asyl gewähren wollte. Ferner kann der Bund die politischen Verbrecher von der Grenze weg in das Innere des Landes verweisen, um Mißbräuche des Asylrechtes zu verhindern. In allen Fällen, in denen der Bund Asyl gewährt, trägt er gegenüber dem Aufenthaltskanton die Verantwortung für die Folgen der Asylgewährung.

Das Asylrecht ist völkerrechtlich ein Recht des Zufluchtsstaates, nicht aber des staatsfremden Flüchtlings.

Die Schweiz ist — das muß zugegeben werden — durch den dem Kaiser Karl gewährten Asylschutz in die denkbar schwierigste Lage gekommen. Auf der einen Seite Sentiments, die den Asylschutz gerade dem Kaiser Karl gerne gewähren ließen. Er stand als Friedensfürst dem neutralen Volke nahe. Die mächtige konservative Partei verehrte in ihm das katholische Staatsoberhaupt. Nicht nur sie erinnerte sich daran, daß ihm und seinem Hause von der Schweiz so manches Unglück gekommen war. Kaiserin Elisabeth ist in Genf ermordet worden. Die Schweiz war während des Weltkrieges ein Herd aller auf die Zerstörung der Doppelmonarchie gerichteten nationalistischen und sozialistischen Bewegungen gewesen. Während des Aufenthaltes des Kaisers in Villa Prangins ist die Schweiz anläßlich der Durchreise des Professors Denis durch Zürich im Beisein amtlicher Vertreter des Kantons Zürich und der tschechoslowakischen Republik als ein Hort der auf die Zerstörung

des Erbes der Habsburger gerichteten Umtriebe gepriesen worden! Solche Tatsachen haben so manchen Eidgenossen wünschen lassen, das an Kaiser Karl begangene Unrecht durch besondere Gastfreundlichkeit gutzumachen. Auf der anderen Seite die Übermacht der Siegermächte. Gegen deren Gewalt und gegen den Widerstand der radikalen Elemente im eigenen Lande das Asyl des Kaisers Karl zu verteidigen, war eine undankbare und schwierige Aufgabe. Ihre Erfüllung ist dem Bundesrat durch Kaiser Karl oft und oft erleichtert, manchmal, ohne Absicht, erschwert worden. Zu viele Interessen kreuzten sich in dieser Frage, zu oft stand die Gewalt dem Rechte gegenüber. Ob die Schweiz jene Aufgabe unter Hochhaltung ihrer uralten Tradition und unter Wahrung ihrer Souveränität gelöst hat — das zu entscheiden, ist Sache der Eidgenossen allein.

Als Kaiser Karl im März 1919 die Schweiz betrat, ist er vom Legationssekretär Borsinger im Auftrage des Bundesrates ersucht worden, sich in der Schweiz politischer Tätigkeit zu enthalten. Weitere Bedingungen sind, wie auch Bundesrat Motta in der Sitzung des Nationalrates vom 9. Juni 1921 erklärte, nicht gestellt worden. Der Kaiser hat wenige Tage nach seiner Einreise den Obersten Grafen Ledochowski mit dem Auftrage zum Bundespräsidenten entsandt, für die Aufnahme zu danken und zu erklären, daß er, der Kaiser, gewiß nie eine der Schweiz nachteilige Politik treiben werde.

Die Rückkehr des Kaisers in die Schweiz im April 1921 ist erfolgt, ohne daß er irgendwelche neue Bedingungen gekannt oder angenommen hätte. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß der Kaiser, der in Szombathely nach Gründen für sein Verbleiben in Ungarn gesucht hat, harte Einreisebedingungen benützt hätte, um zu erklären, daß er nicht willens sei, in ein Land zu gehen, das ihm Beschränkungen seiner Bewegungs- und politischen Handlungsfreiheit auferlege. Der Kaiser hätte gewiß schon damals gegen eine Verpflichtung, jede Ausreise aus der Schweiz vorher anzuzeigen, eingewendet, daß er die Schweiz durch eine solche Voranzeige in einen furchtbaren Konflikt bringen würde: gäbe sie eine solche Anzeige an ihm feindliche Mächte weiter, so würde sie damit gegen Ungarn einseitig Stellung nehmen, behielte sie aber die Voranzeige für sich, so würde sie seitens der dem Könige feindlichen Mächte einer Mitschuld geziehen werden. Kurzum: Der

Kaiser hat um Bedingungen vor Antritt seiner Reise von Szombathely in die Schweiz n i c h t gewußt. Anderseits ist es sicher, daß die Schweiz ihre Bedingungen der ungarischen Regierung zur Weiterleitung an den König mitgeteilt hat; die Schweizer Behörden haben das behauptet, und jedes Wort einer Schweizer Behörde ist für zuverlässig und wahr zu halten. Es bleibt also nur die Annahme, daß die ungarische Regierung in der Sorge, dem Könige einen Grund zum Verbleiben im Lande zu liefern, die Weiterleitung der Bedingungen an ihn vorsätzlich unterlassen hat.

Wie haben sich nun die Verhandlungen wegen der Rückreise des Monarchen in der Schweiz abgespielt, und wann hat er zum ersten Male von Bedingungen gehört?

Im Bundeshaus dürften die ersten diplomatischen Vorstellungen wegen Zulassung der Wiedereinreise des Kaisers am 30. oder 31. März erfolgt sein, denn am 31. März bereitete der dem Bundeshause nahestehende Berner „Bund" auf die Möglichkeit der Gestattung einer provisorischen Einreise vor, und am 1. April trat der Bundesrat zur Beschlußfassung zusammen. Das Gesuch war von der ungarischen und der österreichischen Regierung gestellt und mit dem Interesse dieser Staaten an der Beruhigung der Bevölkerung begründet. Ich habe Grund zu glauben, daß England und Frankreich zu erkennen gegeben haben, daß die Schweiz mit einer Erfüllung der Bitte Ungarns der Sache des europäischen Friedens einen Dienst erweisen würde. Eine zweideutige Haltung nahmen der jugoslawische und der tschechoslowakische Gesandte in Bern ein. Sie protestierten in Bern gegen die Rückkehr des Kaisers, während ihre Regierungen das Budapester Kabinett unter Drohungen zur sofortigen Liquidierung des „Restaurationsabenteuers" innerhalb karg bemessener Frist aufforderten. Der Bundespräsident Schultheß, der in jenen bewegten Tagen den beurlaubten Chef des Politischen Departemens Motta vertrat, hat mit Ernst und Würde auf diesen Widerspruch in der Haltung der Vertreter der Kleinen Entente in Budapest und Bern hingewiesen und sich veranlaßt gesehen, gegenüber dem ungestüm gewordenen Tschechen auf das Hausrecht der Schweiz hinzuweisen. Am 3. April leitete das Prager Kabinett eine diplomatische Aktion ein, „pour que le séjour de Charles (in der Schweiz — Anm. d. Verf.) ne soit pas permanent et que l'ex-Empereur soit envoyé, si possible, en Espagne".

Gleich nach der schon erwähnten Sitzung des Bundesrates ist den ansuchenden Gesandten und der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden, daß dem Kaiser der Aufenthalt in der Schweiz gestattet, daß diese (wie ausdrücklich und wiederholt betont wurde) „provisorische" Bewilligung im Interesse des Friedens und der Ruhe in Europa erteilt werde, daß aber König Karl in Hinkunft nicht nur unter der alten Verpflichtung stehe, sich jeder politischen Tätigkeit auf Schweizer Boden zu enthalten, sondern auch unter der, die Schweiz unter keinen Umständen zu verlassen, ohne von dieser Absicht vorher den Bundesrat verständigt zu haben. Offen gelassen wurde fürs erste die Eventualität einer Internierung und die Frage des zukünftigen Aufenthaltsortes des Kaisers. Der Bundesrat wußte in jener Stunde offenbar schon um das, was sich im waadtländischen Staatsrate vorbereitete. Der Bundesrat hat sich dann noch einmal, und zwar am 4. April mit der Angelegenheit befaßt und beschlossen, dem Kaiser den Aufenthalt in den großen Städten Bern und Zürich, den Grenzkantonen sowie im Kanton Waadt nicht zu gestatten. Da es gleichzeitig den Anschein hatte, als sollten alle Rückreisepläne des Kaisers hinfällig geworden sein — der König war in Szombathely erkrankt —, so beschloß der Bundesrat auch noch, dem ungarischen Vertreter zu eröffnen, daß die provisorische Rückkehrerlaubnis nur im Falle ehester Rückkehr des Königs gelte, andernfalls würde für ihn die Grenze gesperrt werden. Man ahnt, daß die ungarische Regierung unter dem Drucke dieser Ankündigung es erst recht unterlassen haben wird, dem Könige die Schweizer Bedingungen mitzuteilen.

Der Kaiser hat mir unmittelbar nach seiner Einreise in die Schweiz, bald nach dem Starte des Zuges von Buchs, erzählt, daß er erst auf Schweizer Boden, knapp vor dem Einlaufen des Zuges in Buchs, etwas von Bedingungen gehört und gegenüber seiner Umgebung — vermutlich Borovicsény und Pallavicini — sofort seiner Empörung über die Hinterhältigkeit Kányas, des ersten Sektionschefs im ungarischen Ministerium des Äußern, Ausdruck gegeben habe; Kánya dürfte die Bedingungen angenommen haben, ohne sie ihm — dem Kaiser — und dem gleichfalls in Szombathely gewesenen Minister Dr. Gratz mitzuteilen. Er — der Kaiser — habe dies auch dem Oberstleutnant Kißling gesagt, als ihm dieser die Bedingungen „wiederholt" bekanntgeben wollte; es habe sich eben

um keine Wiederholung, sondern um die erste Mitteilung gehandelt. Da Kißling auch noch gemeldet hatte, der König würde die Lage der Schweiz erleichtern, wenn er dem Bundesrat bald bekanntgäbe, welches Land er für seinen definitiven Aufenthalt gewählt habe, sei seine naturgemäße Antwort gewesen, er erkläre sich mit dem Vorschlage einverstanden, einstweilen nach Luzern zu gehen, er werde dort die ganze Situation prüfen und dem Bundesrate baldmöglichst Antwort zukommen lassen. Mit dieser Darstellung des Königs deckt sich in allen wesentlichen Teilen das, was der Berner „Bund" am 10. April zu diesem Gegenstande zu berichten wußte: Die zum Empfange des Königs in Buchs bestimmte Delegation habe sich, als der Hofzug in Feldkirch hielt, mit einem Begleiter des Königs in telephonische Verbindung gesetzt und mitgeteilt, daß die Einreise eine bloß provisorische sei und nicht nach Villa Prangins gehen könne. Der Begleiter des Königs hätte dies kaum fassen können. „Der Exkönig und seine Umgebung scheinen von den Maßnahmen des Bundesrates keine Ahnung gehabt zu haben; trotzdem man sich alle Mühe gab, ihm die vom Bundesrate getroffenen Einschränkungen bereits in Ungarn zur Kenntnis zu bringen, ist eine Mitteilung offenbar nicht mehr erfolgt."

Die Schweiz hat keine offiziöse Presse, wie sie in anderen Ländern bekannt ist. Es gibt aber Blätter, die einzelnen Bundesräten aus Gründen der parteimäßigen Überzeugung nahestehen, und man kennt die Blätter, deren Berner Mitarbeiter Nachrichten aus dem Bundespalaste einholen.

Nun denn, diese Blätter haben schon vor dem Eintreffen des Kaisers in der Schweiz und in den zwei oder drei ersten Tagen seines Aufenthaltes in Luzern meist wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß man seine Abreise, etwa nach Spanien, warm begrüßen würde. Ich spreche nicht von ein paar sehr weit links stehenden Blättern, die den „internationalen" Ton treffen. Nicht zu übersehen war aber, daß ein großes und sonst ruhig geschriebenes Organ, wie die „Neue Zürcher Zeitung", so harte Worte fand wie: „... um dem Exkaiser die Meinung des Schweizer Volkes nicht vorzuenthalten, sei hier bemerkt, daß es ihn nach dieser ungarischen Reise mit seltener Einmütigkeit in die Kategorie der ‚indésirables' einreiht. Karl IV. hatte in Prangins Muße, die Geschichte

der Rois en exil zu studieren. So dürfte ihm der Schritt des Prinzen Napoleon in ähnlicher Situation nicht unbekannt geblieben sein".

Am 7. April, am Tage nach der Rückkehr, meldete sich Oberstleutnant Kißling, der den Kaiser bis nach Luzern begleitet hatte, ab. Er hat meines Wissens vom Kaiser auch an diesem Tage keinen anderen Bescheid erhalten als den während der Fahrt vernommenen.

Am 8. April referierte ich dem Kaiser über die Aufenthaltsfrage. Ich führte aus: „Die Haltung des Bundesrates und eines großen Teiles der Schweizer Öffentlichkeit nötigt zu einem Asylwechsel, soll nicht die Würde leiden. Ein Souverän kann kein Asyl in Anspruch nehmen, das widerwillig und unfreundlich gewährt wird. Demgegenüber fällt der Vorteil der Nähe der Schweiz zu Österreich und Ungarn sowie auch der nicht in Betracht, daß der Kaiser durch eine Verkettung von Umständen ohne vorherige Bekanntgabe der Bedingungen in die Schweiz gekommen ist, während der Eintritt in ein anderes Land sicher von der vorangehenden ausdrücklichen Annahme verschiedener Einschränkungen abhängig wäre. Es sind also Verhandlungen mit verschiedenen Regierungen einzuleiten. Insolange kein neues Asyl gefunden ist, wird die Schweiz die Aufenthaltsbewilligung nicht zurückziehen können. Es sind daher keine Bedingungen anzunehmen. Was kann die Wirkung einer solchen Weigerung sein? Die Schweiz wird vielleicht von sich aus Verhandlungen wegen eines neuen Asyls einleiten oder den Kaiser nur unter einer strengen Überwachung im Lande dulden. Die Verhandlungen werden scheitern, soweit nicht mit Staaten gesprochen wird, die auch der Bitte des Kaisers ihr Ohr leihen würden. Frankreich und England werden nicht zur Aufnahme bereit sein. An einen dem Kaiser direkt feindlichen Staat kann aber der Bundesrat nicht herantreten, und er wird es auch nicht tun, denn das vertrüge der humane Sinn des Volkes nicht. Die Überwachung anderseits ist ganz gegenstandslos, denn ich kann mir eine Wiederholung eines Restaurationsversuches wie den eben gescheiterten nicht vorstellen. Wenn einmal die Möglichkeit der Rückkehr vorhanden ist, so wird sie das Überwachungspersonal nicht zu hindern haben oder nicht hindern können."

Der Kaiser schien sich damals in ähnlichen Gedankengängen zu

bewegen. Nicht aber Borovicsény, der mit dem Kaiser aus Szombathely gekommen war.

Borovicsény stand in den Luzerner Tagen vollkommen unter dem Eindrucke der begeisterten Aufnahme des Königs beim ungarischen Volke, des offenen und klaren Bekenntnisses bedeutender Männer zum König und der Spaltung im Kabinett, von dem Gratz als erster, Teleki als nächster die Konsequenzen aus der Haltung des Reichsverwesers gezogen hatte. Der junge Diplomat stand im regen Verkehr mit seinen legitimistischen Freunden im Auswärtigen Amte, und von ihnen ist wohl die Ermutigung ausgegangen, eine Politik des Verbleibens des Königs in der Schweiz zu machen; die ungarische Regierung werde eine solche Absicht des Monarchen durch Demarchen in Bern unterstützen; wenn die ungarische Regierung die Erklärung abgebe, daß sie in Karl IV. den rechtmäßigen König Ungarns erblicke, werde die Schweiz nicht auf ihn demütigenden Bedingungen beharren. Eine solche Erklärung ist erfolgt. Auch Borovicsény wird sich damals, als der Kampf um das Asyl besonders heftig geführt wurde, gesagt haben, daß auf die Bewilligung eines dauernden Aufenthaltes in der Schweiz kaum zu rechnen sei, in seinen Ohren war aber das Wort von der Vermittlung eines tunlichst bedingungslosen Aufenthaltes haften geblieben; er formte sich daraus eine Hoffnung, allmählich eine Wahrscheinlichkeit und schließlich eine Gewißheit. Die Auswirkung dieser Mentalität werden wir kennenlernen.

Noch vor der Rückkehr des Kaisers in die Schweiz hatte der Führer der Schweizer Sozialisten, Grimm, im Nationalrate eine Interpellation eingebracht, die vom Bundesrate Auskunft heischte, ob er von den seit Monaten währenden monarchistischen Treibereien des Königs und seines Anhanges Kenntnis hatte; ob er wisse, unter welchen Umständen der Monarch die Schweiz verließ; ob er in dem Verhalten des Souveräns nicht eine Verletzung des Asylrechtes durch Mißachtung der ihm gestellten Bedingungen erblicke; ob und aus welchen Gründen der Bundesrat der neuerlichen Einreise zustimmte, welche Maßnahmen für den weiteren Aufenthalt getroffen wurden und ob nicht der weitere Aufenthalt besser zu untersagen wäre.

Der Bundesrat hat sich mit der Beantwortung dieser Interpellation Zeit gelassen. Solange nur die sozialistische Presse wetterte

und donnerte, ging das. Bundesrat Motta konnte auch die von dieser Seite gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe ignorieren, denn er war ja während der ganzen Krise auf Urlaub gewesen und hatte mit dem ersten Beschlusse, dem Kaiser die Wiedereinreise zu gestatten, nichts zu tun gehabt. Da eröffnete am 7. Mai ein während des Weltkrieges im Schweizer Polizeianzeiger wegen Spionage zur Verhaftung ausgeschriebener Journalist namens Colombi mit einem Artikel in der „Gazetta Ticinese" eine publizistische Kampagne, in die neben einigen romanischen Zeitungen leider auch viele — allerdings nicht die bedeutendsten — freisinnigen Blätter der deutschen Schweiz eintraten. Es wurde da von einer Verschwörung der Reaktion gefaselt, die von dem Trio Kaiser-Motta-Nuntius ausginge, und schließlich verstieg sich Colombi im „Démocrate" von Délémont zur Drohung, eine schweizerische Loge habe eine Aktion zur Herbeiführung einer antiklerikalen Außenpolitik beschlossen. Das „St. Galler Tagblatt" sekundierte: „Wir sind vor einem sehr interessanten politischen Moment angekommen." So war es auch. Sobald Colombi die Freimaurer beschworen und die Gefahr einer Kompromittierung der eben erst nach Jahrzehnten wiederaufgenommenen Beziehungen zwischen der Kurie und der Schweiz aufgezeigt hatte, griff die konservative Presse in den Kampf der Geister ein; sie wurde zur Verteidigung des Kaisers gedrängt, um die es ihr in diesem Streite gewiß nicht in erster Linie zu tun war. Das war das Peinliche an dieser Lage: Der Kaiser wurde zum Mittelpunkte eines schweizerischen Kampfes von zwei Geistesrichtungen gemacht, die nicht aus der Stellungnahme pro und contra Habsburger geboren waren. Sehr unfreiwillig trug er zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen links und rechts in dem gastfreundlichen Lande bei. Aus der Verstimmung darüber und aus der oft genug gehörten Einladung, die Schweiz zu verlassen, ist in jenen Tagen sein Entschluß hervorgegangen, den Bundesrat wissen zu lassen, daß er die Schweiz binnen kurzem verlassen werde. Borovicsény hat diese Entschlußfassung noch durch die Meldung gefördert, daß die geplante Mitteilung nach seinen Nachrichten mit einer wesentlichen Milderung der ursprünglich ins Auge gefaßten Bedingungen für den nun auch vom Kaiser als provisorisch hingenommenen Aufenthalt beantwortet werden würde.

Am 14. Mai 1921 wurde Borovicsény ins Bundeshaus geschickt. Er hatte hierzu folgenden (in einer von ihm selbst in einer Tagesnotiz festgehaltenen und unterfertigten) Auftrag:

„Sa Majesté m'a chargé de porter à la connaissance du Conseil fédéral que Sa Majesté renonce à la permission définitive de S'établir en Suisse et ne demande qu'un permis de séjour d'une durée de 3—4 mois. Sa Majesté espère que par là le Conseil fédéral se verra à même d'atténuer les restrictions qui ont été imposées à l'occasion de Son arrivée en Suisse quant à Sa liberté de mouvement, de sorte que Sa Majesté puisse aller séjourner ailleurs aussi que Hertenstein, à Graubünden, à Disentis par exemple."

In deutscher Übersetzung:

„Seine Majestät hat mich beauftragt, zur Kenntnis des Bundesrates zu bringen: Der Kaiser und König verzichtet auf die definitive Bewilligung, sich in der Schweiz niederzulassen, und bittet nur um die Zustimmung zu einem Aufenthalt in der Dauer von drei bis vier Monaten. Er hofft, daß der Bundesrat sich so in die Lage versetzt sehen wird, die Ihm anläßlich der Ankunft in der Schweiz auferlegten Beschränkungen Seiner Bewegungsfreiheit zu mildern, so daß Er zum Beispiel auch anderswo als in Hertenstein, etwa zu Disentis in Graubünden, Aufenthalt nehmen könnte."

Borovicsény hat über den ihm in Bern gewordenen Empfang berichtet, daß man im Bundeshause wohl auf eine ähnliche Entschließung des Kaisers gerechnet haben dürfte, sie aber doch als wahre Erlösung aus einer inneren Krise warm begrüßt und in diesem „Freudentaumel", auf die Bedingungen Bezug nehmend, ausgerufen habe: „Ja, das ist dann etwas ganz anderes." Man habe noch davon gesprochen, daß man gerne rechtzeitig erführe, wann und wohin der Kaiser gehen wolle, um — so deutete Borovicsény — schon in der Antwort auf die Interpellation Grimm Konkretes über den bevorstehenden Asylwechsel sagen zu können.

Am 18. Mai 1921 um 3 Uhr nachmittags erschien der Chef der außenpolitischen Abteilung des Politischen Departements, Minister Dinichert, beim Kaiser, um mit ihm die sich aus der Anzeige vom 14. Mai ergebende Abmachung zu treffen. Dini-

chert wurde in dem Kleinen Salon von Schloß Hertenstein empfangen. Borovicsény konnte von einem Nachbarraume aus die ganze Unterhaltung hören. Ich selbst, in einem anderen anstoßenden Gemach wartend, habe die Konversation nicht verstanden, obgleich sie ziemlich laut geführt wurde. Die Audienz hat sich, wie der Kaiser und Borovicsény nachher übereinstimmend rekapitulierten, folgendermaßen abgewickelt:

Minister Dinichert entschuldigte sich vor allem, daß er den Souverän in seiner Ruhe während des leider so kurz befristeten Aufenthaltes in der Schweiz störe; der Bundesrat entsandte ihn jedoch in der Annahme, daß es wohl dem Kaiser und der Schweiz von Nutzen wäre, in einer direkten Aussprache eine Verständigung herbeizuführen. Der Bundesrat sei sich dessen bewußt, daß es sich hierbei um die Erörterung einer beiderseits als unerquicklich befundenen Lage handle, welche erträglich zu gestalten der Gegenstand der ständigen Bemühungen des Bundesrates gewesen sei. Die bisher bestandene Lage habe durch die Eröffnung des Monarchen, daß er seinen Aufenthalt bis zum August befristet habe, eine Änderung erfahren. Der Bundesrat sei jedoch auch angesichts dieser geänderten Lage gezwungen, die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung bis zu dem gewünschten Termin an folgende Bedingungen zu knüpfen:

1. Enthaltung von jedweder politischen Tätigkeit;

2. Bekanntgabe eines A s y l wechsels (?) drei Tage vorher;

3. die Residenz des Kaisers werde, wenn der Bundesrat recht verstanden habe, Hertenstein, also die mittlere Schweiz, bleiben. Wenn aber der Kaiser im Laufe des Sommers einen Residenzwechsel zu vollziehen beabsichtige und dies dem Bundesrate bekanntgebe, so werde dieser sicherlich keine Schwierigkeiten machen, und ein Einvernehmen hierüber werde ganz bestimmt möglich sein. Es sei von einem Aufenthalte in Disentis gesprochen worden. Auch da sei eine Verständigung mit dem Bundesrate gewiß. Der Bundesrat müsse auf die Bedingung der Bekanntgabe des Asylortes im Interesse der internationalen Verpflichtungen der Schweiz Wert legen, aus welchen Verpflichtungen die Beschränkung erwachse, daß die ständige Residenz kein Grenzort sein dürfte.

Der Kaiser warf an dieser Stelle die Frage auf, ob es notwendig wäre, auch belanglose Ortsveränderungen, wie z. B. Ausflüge, dem Bundesrate vorher anzuzeigen, worauf Minister Dinichert mit einem entschiedenen Nein antwortete.

Der Monarch rekapitulierte nun die Bedingungen der Schweiz: Enthaltung von politischer Betätigung; Anzeige jedes Asylwechsels drei Tage zuvor. Er stellte in Aussicht, den Bundesrat von seinen Plänen bezüglich seines künftigen Asyls nach Möglichkeit vertraulich auf dem laufenden zu erhalten.

Der Minister legte hierauf die Auffassung des Bundesrates Motta dar, daß eine Aufenthaltsänderung, soweit hierdurch die Schweiz betroffen werde, nicht die europäische Friedenspolitik, welche die Schweiz verfolge, stören sollte. Dieser Standpunkt sei eine Konsequenz der internationalen und geographischen Lage der Schweiz, welche ihr die Verpflichtung auferlege, die Interessen und die Ruhe anderer Länder nicht durch Vorgänge stören zu lassen, welche auf Schweizer Boden zurückzuführen wären. Die Schweiz müsse im Falle des Eintrittes solcher internationaler Komplikationen sagen können, daß sie ihrerseits alles getan habe, was ihre Pflicht gewesen sei. Der Kaiser erwiderte, daß er nicht zu seinem Vergnügen in die Schweiz gekommen sei, sondern einem Zwange gehorcht habe, worauf Minister Dinichert bemerkte, daß auch die Schweiz sich in der Frage der Asylgewährung der Ruhe Europas wegen in einer Zwangslage befunden habe. Der Kaiser würdigte diese Lage der Schweiz und wiederholte nun nochmals, daß er den Minister dahin verstanden habe, sich politischer Tätigkeit enthalten, die Abreise in sein neu zu wählendes Exil drei Tage vorher dem Bundesrate bekanntgeben sowie weiteres mitteilen zu sollen, wenn er in der Schweiz selbst Reisen von längerer als zweitägiger Dauer unternähme. Minister Dinichert erklärte nun, daß der Bundesrat dem Kaiser durch diese Anzeigepflicht keine Unannehmlichkeiten bereiten möchte. Er bat, sich, was die Form der Anzeige anbetreffe, vollkommen frei zu fühlen; sie könnte nach Belieben mündlich, durch Entsendung eines Herrn seiner Suite zum Bundesrate, schriftlich oder telephonisch erfolgen; der Kaiser möge eventuell auch einen Herrn aus dem Bundeshause zu sich bescheiden. Es wäre dem Bundesrate nur daran gelegen, eine jede Ungewißheit auszuschließen und bis gegen Ende August zu er-

fahren, was der Monarch zu tun beabsichtige. Der Kaiser versicherte hierauf nochmals, den Bundesrat nach Möglichkeit über die mit anderen Staaten einzuleitenden Verhandlungen orientieren zu wollen.

Minister Dinichert fragte nun, aus welchem Grunde sich der Kaiser zur Erklärung bewogen gefühlt habe, in der Schweiz bloß einen befristeten Aufenthalt zu nehmen, worauf die Antwort erfolgte, daß dieser Entschluß in Würdigung der schwierigen Lage des Schweizer Bundesrates spontan gefaßt worden sei. Der Kaiser knüpfte hieran die Frage, ob es Schwierigkeiten machen werde, wenn er nach Ablauf des Augusttermins allein abreisen würde, seine Familie aber noch eine Zeitlang in der Schweiz bleiben wollte, worauf Dinichert erklärte, daß diese Frage bisher nicht aufgeworfen worden und der Bundesrat daher nicht in die Lage gekommen sei, sie zu erörtern, er aber bestimmt glaube, daß daraus keine Schwierigkeiten hervorgehen würden. Der Bundesrat werde sich hauptsächlich erleichtert fühlen, wenn er erfahre, daß bezüglich des ständigen Aufenthaltes des Kaisers keine Schwierigkeiten mehr bestünden.

Es folgte eine kurze Konversation über die europäische Lage.

Der Kaiser hob dann die Audienz nach etwa einstündiger Dauer auf.

Ich habe etwas ausführlich aus der Aufzeichnung vom 18. Mai geschöpft, denn in ihr drückt sich das unheilvolle Mißverständnis aus, das schließlich und endlich dem Kaiser den bitteren und ungerechten Vorwurf des Wortbruches eingetragen hat. Ich bin überzeugt, daß Minister Dinichert als eine der Bedingungen für den Aufenthalt des Kaisers in der Schweiz die genannt hat, j e d e Ausreise aus der Schweiz und jede nicht ganz vorübergehende Aufenthaltsveränderung auch innerhalb der Schweiz sei drei Tage vorher dem Bundesrate anzuzeigen; seine Worte waren jedenfalls so gewählt, daß jeder nicht voreingenommene Zuhörer sie nicht anders hätte verstehen können. Der Kaiser war aber, wie aus dem früher Gesagten ersichtlich ist, in hohem Maße auf ein anderes Verstehen eingerichtet.

Minister Dinichert hat nach dem Abschiede vom Kaiser dem Flügeladjutanten von Schonta den geschriebenen Text der Bedingungen übergeben. Schonta bemerkte, daß er mit politischen An-

gelegenheiten gar nichts zu tun habe. Dinichert ließ aber das Blatt mit den Worten in seinen Händen, es sei gut, wenn auch das Gefolge um die Bedingungen wüßte. Schonta hat dann die alle Herren verpflichtende Bedingung, sich wie der Kaiser jeder politischen Betätigung zu enthalten, dem Gefolge mitgeteilt.

Um das Mißverständnis des Kaisers noch zu stützen, erschien in den Zeitungen vom 20. Mai ein Communiqué, das die kritische Bedingung gar nicht erwähnte. Dieses Communiqué lautete nämlich: „König Karl von Ungarn hat am 14. Mai dem Bundesrate die Mitteilung zugehen lassen, daß er im Laufe des Monats August die Schweiz endgültig zu verlassen gedenke und hat damit das Ersuchen verbunden, es möchte ihm bis zu jenem Zeitpunkte der weitere Aufenthalt in der Schweiz gestattet werden. Der Bundesrat hat von dieser Eröffnung Kenntnis genommen und dem gestellten Ansuchen entsprochen, nachdem der König den an diesen Aufenthalt geknüpften Bedingungen zugestimmt hat. Der König hat insbesondere in formeller Weise erklärt, daß sowohl er als die bei ihm weilenden Personen sich während des Aufenthaltes in der Schweiz jeder politischen Tätigkeit enthalten werden."

Diese amtliche Mitteilung brachte keine Beruhigung, im Gegenteil, an ihr entzündete sich noch einmal die Leidenschaft des politischen Kampfes. Weder die freisinnige noch die konservative Presse glaubte an den „spontanen" Entschluß des Kaisers. Die „Neue Zürcher Zeitung" sagte ganz offen, daß es kaum einen so naiven Leser des Communiqués geben werde, der in dem Entschluß des Kaisers, die Schweiz längstens im August zu verlassen, das Resultat absolut freiwilliger Überlegung und Erwägung erblicken werde. Die konservative Presse schäumte auf. In einem „Kaiser Karl aus der Schweiz hinaus — komplimentiert" überschriebenen Aufsatz der „Neuen Zürcher Nachrichten" protestierte der alte Kämpe der konservativen Sache, Nationalrat Georg Baumberger, mit flammenden Worten gegen die „schmähliche Haltung" des Bundesrates. Er sah in ihr eine Verletzung der besten Traditionen der Schweiz, eine Verbeugung vor Roten und Freimaurern, eine Abdikation auf die schweizerische Selbständigkeit gegenüber Staaten, die eine achtungswerte Staatsbefähigung und Staatsbetätigung erst noch zu erweisen hätten, und mahnte das katholische Volk der Schweiz zum Aufsehen. Dieser leidenschaftliche Ruf hat sein Echo

allüberall in der Schweiz gefunden. Durch die katholische Schweiz ging der Sang von der „Pilgernot", der dem feinsinnigen Dichter der Bündener, Pater Maurus Carnot, seine Entstehung verdankte.

Als aber die Regierung dem Nationalrat am 9. Juni 1921 Rede und Antwort stand, war der Kampfeslärm schon einigermaßen verstummt. Die Sitzung verlief ohne irgendwelchen Zwischenfall, nicht zuletzt dank der Zurückhaltung des verantwortlichen Bundesrates und der sehr geschickten Taktik der Konservativen.

Die parlamentarische Verhandlung war durch eine noch am 12. April eingebrachte Gegeninterpellation des konservativen Graubündeners Bossi auf eine breitere Basis gestellt worden. Bossi wollte vom Bundesrat erfahren, nach welchen Richtlinien er die Tradition des Schweizer Asylrechtes zu wahren und anderseits die konstitutionelle Ordnung und Sicherheit der Schweiz gegenüber aus- und inländischen revolutionären Elementen zu schützen gedenke. Noch am Ausgange der Aprilsession war von den Räten beschlossen worden, die Interpellationen Grimm und Bossi unter einem zu verhandeln, diese Verhandlung war jedoch auf die Junisession verschoben und so dem Tageslärm entzogen worden.

Zur Begründung ihrer Interpellationen ergriffen Grimm und Bossi das Wort, während für die Regierung Bundesrat Motta sprach.

Grimm bemerkte gleich anfangs seiner Rede, daß seiner Interpellation durch die neue Wendung in der König Karl-Angelegenheit die Spitze genommen sei, da der König nach Ablauf von drei Monaten das Land verlassen werde. Da Grimm nicht mehr gut seinen Mut an König Karl kühlen konnte, überschüttete er die katholische Presse im besonderen und die Rechte im allgemeinen mit einem Hagelschauer von Bosheiten. Dem Bundesrat warf er vor, gegen einen König natürlich mehr Rücksichten zu üben als gegen einen unliebsamen ausländischen Sozialisten; im übrigen gab er der Genugtuung Ausdruck, daß das König Karl-Traktandum nach drei Monaten für die Schweiz zum definitiven Abschluß kommen werde.

Bossi führte aus, daß für ihn in dieser Frage weder parteipolitische noch konfessionelle Erwägungen existierten, sondern lediglich vaterländische und rechtliche. Mit Wucht parierte er die Ausfälle Grimms gegen die Rechte, die sich keine politischen Lektionen erteilen lasse von einem Manne, der 1918 das Vaterland an

den Rand des Abgrundes gebracht, von dem Manne, der das berüchtigte Memorandum verfaßt habe, den Leitfaden zur Zerstörung der Schweiz. Der Redner belegte die frühere liberale Handhabung des schweizerischen Asylrechtes an einer Reihe von Beispielen, zitierte die Auffassungen eines Älpli, Stämpfli, Ruchonnet und Droz, ferner die überschwengliche Begrüßungsansprache des Bundesrates Comtesse an Kaiser Franz Joseph anläßlich dessen Besuches in Rorschach anno 1908 und die Kondolenz des Bundesrates an Kaiser Karl beim Tode Franz Josephs im Jahre 1916, wo zugleich auf Anordnung des Bundesrates die Schweizer Flagge vor dem Bundespalais auf Halbmast gesetzt wurde. Vergleiche man die jetzige Haltung des Bundesrates mit all dem früheren, so könnte man meinen, daß leider jetzt der Augenblick gekommen sei, jene Flagge auf Halbmast zu setzen. Bossi schilderte weiter den Gegensatz, der in der largen Haltung des Bundesrates gegenüber dem damaligen Prinzen und jetzigen König Peter von Serbien in Genf, gegenüber Masaryk, Trumbic und Genossen läge, die die Verschwörung in Böhmen und Jugoslawien ruhig auf Schweizer Boden vorbereiten konnten, mit der jetzigen Haltung gegenüber König Karl. Nationalrat Bossi verwies auf das Fehlen einer jeden rechtlichen Grundlage für eine Ausweisung und nannte es unwürdig, daß man den König hinauskomplimentierte. Entweder seien rechtliche Gründe vorhanden gewesen, dann hätte man ihn ausweisen müssen, oder es wären solche Gründe nicht da, und dann war die Hinauskomplimentierung nicht würdig.

Bundesrat Mottas Antwort war auf folgendem Gedankengang aufgebaut: Kaiser Karl kam am 24. März 1919 in die Schweiz. Der Bundesrat stellte ihm die Bedingung, sich jeder politischen Tätigkeit auf Schweizer Boden zu enthalten und vertraute im übrigen auf die Loyalität des Königs. Wir hatten uns über das Verhalten des Herrschers in Villa Prangins nicht zu beklagen. In der Nacht vom 29. auf den 30. März 1921 vernahm der Bundespräsident, daß der König Prangins verlassen habe. Er — Motta — befand sich damals in den Ferien. Die Wiedereinreise hat der Bundesrat gestattet im Interesse des europäischen Friedens. Dabei handelte es sich um eine provisorische Maßnahme. Wir stellten dem Monarchen die Bedingung, uns von einer beabsichtigten Wiederausreise aus der Schweiz 48 Stunden vorher in Kenntnis zu setzen.

Der Herrscher hat diese Bedingung angenommen. Die Schweiz hat das Asylrecht stets weitherzig angewendet. Wir gewähren Asyl nicht Ideen, sondern Personen. Kaiser Karl ist kein Revolutionär, er bedeutet keine innere Gefahr für die Schweiz. Aber von dem Augenblick an, in welchem er eine wichtige Bedingung des Asylrechts durchbricht, hat er keinen Anspruch mehr auf dieses Asylrecht. Wir haben es ihm aus dem angeführten Grunde noch einmal vorübergehend gewährt. Die Frage wurde gelöst durch den Entschluß des Königs, im August unser Land zu verlassen. Am 18. Mai notifizierte Herr Dinichert dem Könige die Verpflichtungen, die ihm der Bundesrat auferlegt hat. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich der Monarch, daß er es angesichts der Schwierigkeiten, die sein Aufenthalt dem Bundesrate bereite, für seine Pflicht halte, diese Schwierigkeiten zu beseitigen, und daß er sich deshalb spontan entschlossen habe, die Schweiz zu verlassen. Er hoffe, bis zum August das für seinen weiteren Aufenthalt geeignete Land gefunden zu haben. Es ist eine Entstellung der Tatsachen, wenn behauptet wird, daß auf den König ein Druck ausgeübt worden sei. Von konfessionellen Rücksichten hat sich der Bundesrat niemals leiten lassen. Bedingung für diejenigen, die unser Asylrecht beanspruchen, ist, daß sie unsere Verfassung respektieren und sich einer Tätigkeit enthalten, die unsere ausländischen Beziehungen beeinträchtigen könnte.

Der Rat lehnte eine Diskussion über diese Antwort mit großer Mehrheit ab.

Nun, da der parlamentarische Feldzug beendet war, ließ der Kaiser verschiedene konservative Schriftsteller bitten, es an der Stellungnahme für ihn genug sein zu lassen. Er habe es aus Gründen politischen Taktes vermieden, diese Bitte vor Erledigung der Interpellation zu stellen, jetzt dürfe er sie aber wohl vorbringen.

Manches, was ich über die verschiedenen Phasen des Problems des Schweizer Aufenthaltes meines kaiserlichen Herrn schreibe, ist mir nicht schon im Augenblicke des Geschehens bekannt gewesen, sondern erst viel später offenbar geworden. Da die ungarischen Ratgeber des Kaisers diese und andere Fragen seit der Note Telekis als eine ausschließlich ungarische behandelten, hat es der Kaiser unterlassen, sich mit mir zu beraten. Ich

konnte meinen Rat nicht aufdrängen, um nicht das sehr feine staatsrechtliche Gewissen der Ungarn zu beleidigen; ich hätte auch ohne genaue und vollständige Kenntnis aller Vorgänge gar nicht raten können. Aus der Interpellationsbeantwortung Mottas ersah ich aber, daß zwischen der Auffassung des Kaisers und der des Bundesrates über die Voraussetzungen des Asyls eine Diskrepanz bestand. Ich habe gegenüber denjenigen, die in dieser Frage das Ohr des Kaisers besaßen, auf diese Tatsache hingewiesen und betont, daß dieses Mißverständnis gegebenenfalls zu Weiterungen führen werde. Ich habe auch hervorgehoben, daß das, was Motta sagte, dem widerspreche, was Borovicsény am 14. Mai gehört haben wollte. Ich bin mit einer mysteriösen Antwort abgespeist worden, die mich offenbar in die Vorstellung wiegen sollte, daß die Angelegenheit Dessous habe, die meiner Kenntnis entzogen bleiben müßten. Am 28. September hat mich der Kaiser in einer bestimmten Phase der Verhandlungen über seinen zukünftigen Aufenthalt doch einmal um meine Meinung gefragt, offenbar von der Voraussetzung ausgehend, daß ich von seinen übrigen Beratern alle Details dieser Angelegenheit erfahren haben könnte. Ich habe den Kaiser gebeten, mich nicht zu einer Antwort zu verpflichten, denn ich würde mangels Kenntnis aller zur eigenen Urteilsbildung erforderlichen Elemente möglicherweise eine ganz falsche, jedenfalls eine nicht genügend fundierte Meinung äußern. Ich habe diesen meinen Standpunkt am daraufgefolgten Tage auch schriftlich niedergelegt und begründet.

Der bisher geschilderte Verlauf der Asylkampagne hatte die Notwendigkeit ergeben, sich nun ernstlich um ein Aufenthaltsland außerhalb der Schweiz umzuschauen. Der Wahl waren recht enge Grenzen gezogen. Von Haus aus schieden alle Sukzessionsstaaten der Doppelmonarchie aus, denn Ungarn hatte man eben erst zur Vertreibung des Königs gedrängt, in Österreich war bald nach dem Umsturz das Habsburger-Ausweisungsgesetz angenommen worden, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Italien waren zur Kleinen Entente zusammengeschlossen, Rumänien stand diesem Bund sehr nahe, Polen war ständig von der bolschewistischen Gefahr bedroht, Deutschland kam aus naheliegenden Gründen nicht in Betracht, ein Aufenthalt in Frankreich hätte dessen Regierung in den Verdacht allzugroßen Wohlwollens für die Habs-

burger gebracht. Ein Exil in Liechtenstein wäre wegen der großen Nähe zu Österreich von allen Gegnern des Kaisers bekämpft worden, Luxemburg verbot sich wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Herrscherhäusern, Monacos Außenpolitik wird vom Quai d'Orsay geführt. Eine Reise in außereuropäische Länder hätte Unsummen verschlungen. Rücksichten auf klimatische Verhältnisse, der Kinder wegen, konnten nicht außer acht gelassen werden.

Eine nicht vom Kaiser veranlaßte und auch nicht in seinem Namen erfolgte Sondierung der englischen Regierung hatte am 21. Juni zur Kenntnis der Auffassung dieses Kabinetts geführt, daß es nicht in der Lage sei, dem Herrscher ein Asyl anzubieten. Nach Schweden sind gleichfalls Fühler ausgestreckt worden. Die schwedische Regierung hätte es aber als peinlich empfunden, dem Kaiser besonders bezüglich der Verbindung mit politischen Persönlichkeiten im Auslande ernste Bedingungen stellen zu müssen, und stand auch gerade inmitten einer Pressekampagne wegen der gegen politische Flüchtlinge ergriffenen Maßnahmen; die Regierung mußte befürchten, daß eine dem Kaiser erteilte Einreisebewilligung böses Blut machen würde. Dem Kaiser wurde diese Auffassung des Kabinetts von Stockholm, welche die Stellung einer formellen Aufenthaltsbitte ausschloß, am 11. Juli 1921 bekannt.

Seit Anfang Juni oder noch früher liefen regelrechte Verhandlungen mit der Madrider Regierung. Über sie sei nur soviel gesagt, daß König und Regierung Spaniens bei aller Ritterlichkeit, die sie dem Kaiserpaare bezeigten, doch auch genötigt gewesen wären, verschiedene Bedingungen zu formulieren. Die Notwendigkeit, irgendein Haus zu adaptieren, hätte übrigens eine baldige Übersiedlung ausgeschlossen.

Die schweizerische Regierung hat schon am 17. Juni aus einem vom Grafen Ledochowski im Auftrage des Kaisers an den Minister Dinichert gerichteten Brief erfahren, daß die mit Spanien eingeleiteten Verhandlungen noch zu keinem Resultate geführt hatten, und daß deshalb gleichzeitig die schwedische Regierung sondiert werde, welche Aufnahme ein Aufenthaltsgesuch des Kaisers finden würde. Das Schreiben Ledochowskis scheint mir unter anderem auch ein Beweis dafür zu sein, daß der Kaiser sich ge-

bunden hielt, jeden Wechsel des Asyls in Bern rechtzeitig anzuzeigen, woraus er die Höflichkeitspflicht gefolgert hat, den Bundesrat auch über die zu solchem Zwecke eingeleiteten Schritte zu informieren.

Im Juli war es klar, daß die Bemühungen um ein neues Asyl nicht so rasch zu einem Erfolge führen würden, daß also der Kaiser die Schweiz im August nicht würde verlassen können. Die spanische Regierung hat im Juli Kenntnis davon erhalten, daß Frankreich, England und Italien einen dauernden Aufenthalt des Monarchen in Spanien gerne sähen. Spanien ließ um dieselbe Zeit die Schweiz wissen, daß es sich mit der Frage des Aufenthaltes des Kaisers befasse, jedoch noch keine Entscheidung getroffen habe; im Falle einer günstigen Entscheidung könnte die Übersiedlung nicht vor dem Monat Oktober erfolgen. Nun stellte die ungarische Regierung an den Bundesrat die Bitte um Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung. Der Bundesrat hat diese Verlängerung konzediert und den ungarischen Geschäftsträger hiervon mit dem Beisatze verständigt, daß die Abreise des Souveräns auch im Oktober nicht urgiert werden würde, falls bis dahin die Vorbereitungen für den Aufenthalt in Spanien noch nicht abgeschlossen wären; würde jedoch die spanische Regierung das Gesuch des Königs abschlagen, so sähe sich der Bundesrat vor eine neue Situation gestellt, die neue Verhandlungen und neue Beschlüsse notwendig machte.

Der Kaiser, hiervon im Auftrage der ungarischen Regierung von ihrem Berner Geschäftsträger verständigt, ließ der eidgenössischen Regierung am 22. Juli 1921 mitteilen, daß er von dem Berner Beschlusse dankend Kenntnis genommen habe.

Die Verhandlungen mit Spanien haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Am 26. September fuhr der Kaiser mit Baron Hye zu einer Begegnung mit dem spanischen Gesandten nach Entlebuch. Damals dürfte der Kaiser den Eindruck gewonnen haben, daß das Asyl Spanien nicht so leicht oder überhaupt nicht zu erreichen sein würde. Im Bundeshause zu Bern wird diese Wendung nicht unbekannt geblieben sein.

Gerade um die Monatswende September-Oktober ist die Öffentlichkeit wieder einmal durch damals ganz grundlose Gerüchte über irgendwelche neuerliche „Putschabsichten" des Kaisers be-

unruhigt worden. Es wurde der Sorge Ausdruck gegeben, Kaiser Karl könnte der Ansicht sein, daß zwischen der seinerzeitigen Ankündigung seiner Ausreise im August und den ihm daraufhin gestellten Bedingungen ein so enger Konnex bestehe, daß ihn jene Bedingungen auch nur bis Ende August verpflichteten. Namentlich der italienische Gesandte in Bern hat große Unruhe gezeigt. Im Auftrage des Bundesrates erschien deshalb das Oberhaupt des Kantons Luzern, Regierungsrat Walther, beim Kaiser, um ihn unter anderem zu fragen, ob er sich noch an die Bedingungen vom 18. Mai gebunden erachte. Der Kaiser hat erwidert: „Ich kenne die eingegangenen Verpflichtungen und bin willens, sie auch in der Folge zu beachten." Eine ähnliche Erklärung hatte für den Kaiser der Legationssekretär von Borovicsény am 5. Oktober 1921 im Bundeshause abgegeben.

Daraufhin wurde, am 8. Oktober 1921, dem Gefolge des Kaisers, das bisher von Aufenthaltsbewilligungen von Monat zu Monat gelebt hatte, der Aufenthalt bis 8. Januar 1922 gestattet.

Alles schien somit in der Schweiz für eine längere Zeit geordnet und beruhigt zu sein, als mit 22. Oktober 1921 die Komödie der Irrungen offenbar wurde und sich in eine Tragödie wandelte.

DER LETZTE KAMPF

Kundgebungen gegen Habsburg. — Österreichische Krisen. — Demission des Grafen Teleki. — Englisch-französischer Gegensatz. — Tschechen, Serben und Rumänen. — Die westungarische Frage. — Der Aufmarsch der Parteien in Ungarn. — Beitritt Rumäniens zur Kleinen Entente. — Putschgerüchte im Juni. — Polizeiagent Zdeborsky in Hertenstein. — Die angebliche Rückkehr des Königs im August. — Die Entrevuen von Hallstadt und Lana. — Verhandlungen mit Rumänien. — Dr. Gratz bei Horthy. — Der Brief des Reichsverwesers. — Attentat auf die Kaiserfamilie? — Dr. Gratz' politische Ansichten. — Der Sturz Rakovszkys. — Oberstleutnant Pronays Vorstoß. — Ungarns Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund. — Graf Apponyi über Restauration und Völkerbund. — Keine Rückkehr vor 1923! — Unruhe in Bern. — Eine Weltkrise. — Offensive der „Freien Königswähler". — Drohende Entwaffnung des Detachements Ostenburg. — Graf Apponyi und Graf Bethlen in zwölfter Stunde. — Ein Kurier der Legitimisten in Hertenstein. — Der Restaurationsplan der Ungarn. — Das Kaiserpaar zum Fluge entschlossen. — Vorbereitungen zum Fluge. — Abschied vom Kaiserpaar. — Bei Erzherzog Max und Erzherzogin Maria Josepha. — Die erste Nachricht aus Sopron. — Baron Hye beim Bundespräsidenten. — Wortbruch oder Mißverständnis? — Enquête der Schweizer Bundesanwaltschaft. — Ausweisung des kaiserlichen Gefolges. — Warum der Restaurationsversuch scheiterte. — Gefangennahme des Königs. — Auf dem Wege in die Verbannung. — In Sicht von Madeira!

Im April Luzern, vom Mai bis Oktober Hertenstein und dann — das Ende. — Ich bin des Lebens am Vierwaldstätter See, in diesem Paradiese der Schweiz, nicht froh geworden.

Nach den politischen Stürmen, die aus der ehrwürdigen, mächtigen Donaumonarchie ein paar notleidende Republiken geformt hatten, hatte das Schweizer Asyl Erholung und Beruhigung geboten. Mit der Reise des Kaisers nach Szombathely war von uns allen der Friede genommen; wir waren wieder in die Widerwärtigkeiten und die Unrast unserer Zeit gestellt, und wir fühlten, daß uns noch schwere Tage beschieden sein mochten. Sie kamen früher, als wir besorgten.

Noch im April war's. Ich wandelte an der Seite des Kaisers durch die Frühlingspracht der Landschaft um Luzern. Hinaus gegen Meggen, wo Ruine und Schloß Neu-Habsburg stehen. Hinter uns ein Detektiv der Luzerner Polizei.

Der Kaiser sprach zu mir: „Sie sollen darum wissen. Ich werde nochmals nach Ungarn gehen. Ungarn kann nicht genesen, nicht emporkommen, solange es Parteien für und wider den König gibt. Hätten Sie erlebt, was ich in Ungarn gesehen und gehört habe, Sie würden verstehen, daß es Herrscherpflicht ist, das Land von diesem Zwiespalt zu befreien. Man rät mir, man verpflichtet mich, Ungarn zu geben, was ihm fehlt. Das bin ich selbst. Es wird geschehen. — Es wird freudig geschehen, denn ich habe Heimweh. — Ich muß Ihnen nicht erst sagen, daß niemand um meine Absicht wissen darf."

Ich habe meine Gedanken von dem abgewandt, was ich da gehört.

Meine Pflicht war es, zu verfolgen, was in der Welt geschah. Die Erfüllung dieser Pflicht leitete mich zu sorgfältiger Beobachtung aller Vorgänge, die Wirkungen des „Osterputsches" waren:

Die Botschafterkonferenz hatte erklärt, daß die Restauration der Habsburger die Grundlagen des Friedens selbst in Gefahr bringen

und von ihr weder anerkannt noch geduldet werden könne. Das war weder neu noch richtig.

Von Reuters Office war am 30. März verbreitet worden, daß die britische Regierung die Restauration der Habsburger Monarchie nicht zulassen werde, da sie wisse, daß die Rückkehr des Königs Karl zu mannigfachen internationalen Verwicklungen führen und den Frieden Mitteleuropas gefährden würde. Vor den Commons erzählte Lloyd F. Greame am 4. April, was alles geschehe, um König Karl wieder nach der Schweiz zu bringen, und am 7. April begegnete er den Bedenken einiger weniger Abgeordneten, daß mit der Rückkehr des Königs in die Schweiz noch kein endgültiger Zustand geschaffen sei, folgendermaßen: Kein Beschluß könne ohne Einvernehmen mit den anderen Kabinetten gefaßt werden, und hierzu sei noch keine Zeit gewesen. — Danach nahm England das Habsburgerproblem nicht allzu tragisch.

Der italienische Minister des Äußern, Graf Sforza, harangierte das ungarische Volk am 1. April von der Tribüne des römischen Senats aus: „Für die Ungarn wäre dies (nämlich ein neuerlicher Restaurationsversuch — Anm. d. Verf.) ein sehr problematischer Lohn und Dank für ihre Selbstverleugnung, die sie an der italienischen Front gezeigt haben, als sie mit einem unserer vollsten Anerkennung würdigen Heldenmut den Tod für das Haus Habsburg erlitten haben, das sie jetzt wieder in die gefährlichste Lage stoßen will." Erwartete er von dieser Erinnerung eine Empörung dès ungarischen Volkes gegen die Dynastie, der Italiens Souverän den Krieg erklärt hatte? — Wohl möglich! Solche Mentalität ist einem Manne zuzutrauen, der — Minister eines Königs — über einen König sprach: „Ich möchte meine Zuversicht aussprechen, daß wir heute diesem Herrn zum letzten Male die Ehre erweisen, uns mit ihm im italienischen Parlament zu beschäftigen."

Vom Rom des Quirinals zum Rom des Vatikans. Die Kurie hat am 2. April eine Note veröffentlicht, worin gegen die von einigen Blättern verbreiteten Gerüchte protestiert wurde, der Vatikan sei in das Abenteuer Karls verwickelt gewesen. Der „Osservatore Romano" fügte bei: Am Tage der Ankunft des Kaisers in Budapest teilte der Erzbischof von Wien, Kardinal Piffl, dem Nuntius mit, daß Karl in Wien eingetroffen und nach Budapest weitergereist sei, und zwar im Einverständnis mit der Entente. Um die Be-

stätigung oder ein Dementi dieser Nachricht zu erhalten, teilte der Heilige Stuhl sie dem englischen Gesandten und Doulcet mit, die jedoch nichts wußten. Am folgenden Tage telegraphierte der Nuntius, man habe dem Kardinal Piffl versichert, daß die Nachrichten über eine Reise des Kaisers nicht begründet seien, und der Vatikan gab dies wieder den Persönlichkeiten weiter, die diese Nachricht schon kannten. Nachher aber bestätigte der Nuntius die Anwesenheit des Königs in Budapest. Der „Osservatore Romano" schloß: „Alles dies beweist, daß der Papst sofort die interessierten Persönlichkeiten verständigte, und niemand hat ein Recht, von irgendwelcher Beteiligung des Vatikans an den Ereignissen in Ungarn zu sprechen." Nein, niemand hatte das Recht. Die Kurie war von dem Unternehmen des Kaisers nicht verständigt worden; sie war in keiner Weise daran beteiligt; eher hätte man sagen dürfen, sie habe davor gewarnt. Aber lag die Notwendigkeit vor, alles, was Wiener Erzbischof und Nuntius berichteten, den Engländern und Franzosen preiszugeben und diese „Offenherzigkeit" noch aller Welt kundzutun?

Die ganze Welt horchte auf die Sprache, die aus Paris zu vernehmen sein würde. Ich glaube, die Sprache des Quai d'Orsay war bestimmt durch das erste Telegramm seines Budapester diplomatischen Agenten, das besagt haben muß, daß der Versuch des Königs schon am ersten Tage gescheitert war. Danach durfte man weder Sympathien noch Antipathien sprechen lassen. Die politische Zweckmäßigkeit allein bestimmte die Haltung des Pariser Kabinetts. Dieser Notwendigkeit zu gehorchen, mag dem Premier angesichts der Karl freundlichen Stimmung eines großen Teiles des französischen Volkes nicht leicht gefallen sein. In einer Zirkularnote Briands vom 30. März hieß es, daß die französische Regierung zu wiederholten Malen klar ihren Widerstand gegen eine Restauration der Habsburger bekundet habe. Sie billige vollauf den von den alliierten Oberkommissären in Budapest unternommenen Schritt, durch den der ungarischen Regierung noch einmal zur Kenntnis gebracht wurde, daß die Entente sich jeder Restauration der Habsburger widersetze. Die ungarische Regierung dürfte über den Willen der Alliierten nicht im Zweifel sein. Dem italienischen Botschafter, der am 30. März abends am Quai d'Orsay erschien, wurden die gleichen Erklärungen abgegeben. Und am 5. April

versicherte Briand vor dem Senat: „Wenn man Verbündete hat und ihnen gegenüber Verpflichtungen eingegangen ist, so ist das beste Mittel, Frankreich zu dienen, diesen Verpflichtungen treu zu bleiben und sie zu erfüllen. Die französische Regierung beglückwünscht sich dazu, im Falle Karls nicht anders gehandelt zu haben, denn dadurch ist Ereignissen vorgebeugt worden, die in Mitteleuropa aufs neue Blut fließen lassen konnten." Briand wurde von stürmischen Rufen unterbrochen: „Und Konstantin?" — Zwischenrufe, die er mit recht matten Worten abtat.

Wenn Briand spricht, muß man auf das von Poincaré kommende Echo achten. Es erscholl aus der „Revue des Deux Mondes", in der der ehemalige Präsident der französischen Republik alle vierzehn Tage politische Rundschau zu halten liebte. Natürlich hat Poincaré auch dieses Mal der durch die Friedensschlüsse geschaffenen Lage Frankreichs Rechnung getragen, und deshalb alles gesagt, was in tschechischen, serbischen und italienischen Ohren angenehm klingen mochte. Er hat sich aber auch geneigt gezeigt, dem Kaiser gerecht zu werden, indem er ihn, an seine Friedensbemühungen im Jahre 1917 erinnernd, als aufrichtig und von guten Absichten erfüllt hinstellte.

Mit dem gröbsten Geschütz fuhren Serben und Tschechen auf. Sie hatten der ungarischen Regierung das Ultimatum gestellt, den König bis spätestens 7. April zum Verlassen des Landes zu bringen, widrigenfalls alle notwendigen Vorkehrungen getroffen werden würden, damit die Habsburger Frage so rasch wie möglich gelöst werde. Schon dieses Ultimatum hatte ausgedrückt, daß es Tschechen und Serben damals nicht allein um die Liquidierung des österlichen Restaurationsversuches, sondern noch viel mehr um die endgültige, dauernde Exklusion der Habsburger zu tun war. „Die Tschechoslowakei werde alles aufbieten," ließ sich Dr. Benesch vor dem Senat vernehmen, „um feste Garantien zu erhalten, damit die Habsburger Legende endlich beseitigt werde ... Eine Fortsetzung der Brucker Verhandlungen (zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei, die die Osterfeiertage unterbrochen hatten — Anm. d. Verf.) könne nur nach Klärung der Situation erfolgen, worauf die Regierung ebenso drängen werde wie auf die mit allen Alliierten herbeizuführende Lösung der westungarischen Frage, des Habsburgerproblems, der Frage der Demokratie Un-

garns und der Entwaffnungsfrage." Serbien glaubte, diesen Wunschzettel noch um eine kleine „geschäftliche" Forderung bereichern zu sollen, nämlich die nach dauerndem Besitz des nur vorübergehend okkupierten Dreiecks von Baja. Es drohte mit der Feder und dem Schwert, das Schwert war aber so stumpf, daß man eine Mobilisierung besser unterließ. — Rumänien unterstützte wohl die Demarchen der Prager und Belgrader Regierung, markierte aber doch die Note größerer Besonnenheit. Maßvoller als die Radamontaden Benesch' und Pasic' klangen die Worte, die Take Jonescu — eine Interpellation Caranfils beantwortend — am 6. April hören ließ: „Ich wünsche aufrichtig, mit unseren ungarischen Nachbarn in den besten Beziehungen zu leben, und wir sind bereit, Ungarn in jeder Weise sein wirtschaftliches Leben zu erleichtern, aber wir konnten nicht gleichgültig irgendeinem Versuch zuschauen, der unter dem Vorwande, es handle sich um eine rein innere ungarische Angelegenheit, darauf abzielte, den um den Preis so vieler schwerer Opfer durch den Sieg geschaffenen Zustand zu ändern. Wir werden nie zulassen, daß die Frucht des Sieges sabotiert werde. Ich hoffe, daß die gesunde Vernunft bei den ungarischen Staatsmännern überwiegen wird, und daß uns auch in Zukunft die Notwendigkeit der Anwendung von Zwangsmaßnahmen erspart bleibt." — Um endlich der Welt eine „große" Kleine Entente vorzutäuschen, versicherte Take Jonescu, der noch nicht einmal seine eigenen Landsleute der Kleinen Entente verpflichtet hatte, „im Namen Polens", daß auch dieser Staat gegen die Rückkehr des früheren Beherrschers Ungarns protestiert habe. Der Protest scheint recht zahm gewesen zu sein, denn die Agence Havas wußte bloß, daß der polnische Gesandte in Budapest die Weisung erhalten hatte, die Aufmerksamkeit der ungarischen Regierung auf die politischen Folgen zu lenken, die sich aus dem Verbleiben Karls in Ungarn ergeben könnten, und der ungarischen Regierung für die Energie, die sie im kritischen Momente bewiesen habe, die Genugtuung der polnischen Regierung zum Ausdrucke zu bringen.

Interessante Dinge spielten sich in Österreich ab. Am 5. April demissionierte der Minister des Innern Dr. Freiherr von Glanz. Seine Demission, mit der Auswahl des Begleitpersonals für die Reise des Kaisers durch Österreich begründet, war nicht nur der

Protest eines konservativen Beamten gegen die versuchte Demütigung des landesverwiesenen Herrschers, sondern auch eine Anklage gegen das republikanische System, das Arbeiterräte über den Kopf des zuständigen Ministers hinweg mit der Volkswehr disponieren läßt. Dann hatte die österreichische Nationalversammlung am 1. April ihre Habsburgerdebatte. Der Bundeskanzler erwies Tschechen und Serben den Gefallen, zu versichern, daß auch Österreich die Restauration eines Habsburgers in Ungarn als eine Bedrohung der friedlichen Entwicklung der österreichischen Republik ansehen müßte. Und die Sozialisten brachten einen Gesetzentwurf ein, nach dem die Habsburger, die den Versuch machten, nach Österreich zurückzukehren, und ihre Helfershelfer mit Zuchthaus bestraft und eine Art Denunziationspflicht geschaffen werden sollte. Dr. Seipel legte daraufhin die Stelle eines Obmannes des Verfassungsausschusses nieder. Und im Plenum wurde das Eingehen in die Spezialdebatte mit 85 gegen 84 Stimmen verworfen.

In Ungarn hat die unvermutete Heimkehr des Königs Hoffnungen wachgerufen, die der Reichsverweser und seine Prätorianer nicht erfüllt hatten. Man glaubte wieder an eine Herrschaft des Rechtes und Gesetzes. Der Glaube ward nach wenigen Tagen zerstört, da der König das Land verließ. Erbitterung stieg aus der Bevölkerung — namentlich der westungarischen — gegen Horthy auf: ihr antwortete der erhöhte Druck der Kamarilla. Über Gräbern, in denen kostbare Erinnerungen und getäuschte Hoffnungen eingesargt waren, thronte leichtherzig der Admiral — nach wie vor. Wie es seit den Ostertagen um die Herzen der Magyaren stand — ein wenig verriet es schon der Verlauf der Sitzung der Nationalversammlung am 1. April. Die Resolution des Abgeordneten Hencz, ein neuerliches Bekenntnis der Volksvertretung zu der mit Gesetzartikel I vom Jahre 1920 geschaffenen staatlichen Ordnung, ist einstimmig angenommen worden, der Versuch Meskos dagegen, eine Dank- und Anhänglichkeitskundgebung für den Reichsverweser durchzubringen, dem stärksten Widerstand begegnet. Es ist nicht sicher, ob diese Kundgebung bei der Abstimmung auch nur die knappste Majorität gefunden hat. Unter den gegen den Antrag Meskos Stimmenden hatte sich auch Graf Stephan Bethlen befunden.

Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Lage, die der österliche Restaurationsversuch des Königs geschaffen hatte, warf ein Bericht, der, vom 20. Juli 1921 datiert, dem Herrscher von berufener Hand zugekommen ist. In diesem Schreiben hieß es: „Unmittelbar nach der Abreise Euerer Majestät ließ sich in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise feststellen, daß das Erscheinen Euerer Majestät in Ihrem Lande der Sache nicht nur nicht schadete, sondern im Gegenteil entschieden nützlich war. Die spontanen Äußerungen treuer Anhänglichkeit, die Euere Majestät auf Ihrem Wege durch Ungarn in immer wieder ausbrechender Begeisterung begleiteten, weckten auch in den entfernteren Teilen des Landes lauten Widerhall — trotz allen Anstrengungen von amtlicher Stelle, die Verbreitung der Nachricht zu verhindern, was aber nicht gelang. Das entschlossene, tapfere und gefährliche Unternehmen Euerer Majestät, sich sozusagen allein auf den langen und mühseligen Weg zu machen, um die Herrschaft Ihres Landes zu übernehmen, hat die Seele des ungarischen Volkes tief ergriffen. Auf die tapfere ungarische Nation übt nichts so starke Wirkung wie männliche Tapferkeit, und dies in erhöhtem Maße, wenn sie diese Eigenschaft an ihrem Könige beobachtet. Doch das Erscheinen Euerer Majestät in Ungarn hat in den königstreuen Ungarn auch die Hoffnung, das Selbstvertrauen und jenes treue Pflichtgefühl neu belebt, welches besagt, daß wir unserem gekrönten legitimen Könige Treue schulden, und daß es Verrat ist, ihn zu verlassen. Das bloße Erscheinen Euerer Majestät richtete die Wankenden auf, stärkte die Schwachen, zerstreute die Zweifel der Zweifelnden, goß neuen Mut in die allzeit Getreuen — was allein schon einen großen Erfolg darstellt, der sich aber noch um die Wirkung erhöht, die das Erscheinen Euerer Majestät auf den Reichsverweser und das gegenwärtige Regierungssystem ausübte. Die Haltung des Reichsverwesers weckte in den breitesten Schichten des Volkes lebhaftes Mißfallen, ausgenommen bei jenen, die als Freie Königswähler figurieren. Gegenstand besonders scharfer Kritik bildete auch das Benehmen des Reichsverwesers, der vor allen, die bei ihm erschienen, nicht genug beteuern konnte, wie schwer es ihm gefallen sei, Euerer Majestät die Übergabe der Macht zu verweigern. Dieser Umschwung der öffentlichen Stimmung scheint die maßgebenden Faktoren mit banger Sorge er-

füllt zu haben, denn es wurde beschlossen, daß der Reichsverweser eine Rundreise im Gebiete jenseits der Donau antrete, wo das Volk seine Königstreue neuerdings in besonders eklatanter Weise gezeigt hatte. Diese Reise führte ihn zunächst in die Komitate Zala und Somogy. Auf dem ganzen Wege wurden so umfassende Vorsichts- und Sicherheitsmaßnahmen getroffen wie niemals vorher. Große Mengen von Gendarmerie und Polizei wurden zusammengezogen, peinliche polizeiliche Verfügungen getroffen und der ganze amtliche Apparat in Bewegung gesetzt. Trotzdem war der Empfang kühl; das Volk rief nicht ‚Eljen', sondern blieb stumm. Eine Ausnahme davon bildete der Empfang in Kaposvár, wo das Volk den Reichsverweser akklamierte. Der zweite Teil der Reise führte ihn über Veszprém nach Keszthely zu der Helikonfeier. Die vornehmen Kreise des Komitates hielten sich wie in Zala und in der Somogy fast durchwegs fern, das Volk blieb kalt. Zur Charakterisierung der Stimmung erwähne ich die folgenden zwei Fälle: Im Juni fand in Siofok ein militärisches Wettrennen statt, dem der Reichsverweser beiwohnte. Auch hier waren die Notabilitäten in so geringer Zahl erschienen, daß es dem Reichsverweser auffiel und er eine darauf bezügliche Bemerkung machte. Nach seiner am Abend erfolgten Abreise versammelten sich die Husarenoffiziere im Speisesaal des Restaurants zu einem Bankett, auf welchem ein Rittmeister einen begeisterten Trinkspruch auf Euere Majestät ausbrachte und dem Wunsche Ausdruck gab, daß Euere Majestät je früher wieder den Thron einnehmen möchten; er schloß mit den Worten: ‚Jetzt erklinge die Hymne und erheben wir uns alle von den Plätzen', worauf die Zigeunermusik die Hymne intonierte, und alle Offiziere sowie auch das anwesende Zivilpublikum stehend ein ‚Eljen' auf Euere Majestät ausbrachten. Eine andere Ovation fand bei der Helikonfeier in Keszthely gelegentlich des Pflanzens der Erinnerungsbäume statt. Fürst Tassilo Festetics sprach beim Pflanzen seines Baumes die Worte: ‚Ich benenne dich nach meinem Großvater, dem Grafen Georg Festetics, mit dessen Wahlspruch: Fürchte Gott und ehre den König!' — worauf das Volk in Anwesenheit des Reichsverwesers begeistert den König hochleben ließ. — Von großer Bedeutung war die Heimkehr Euerer Majestät auch im Hinblick auf alle jene Erörterungen, die von den Freien Königs-

wählern mit Bezug auf das sogenannte Eckartsauer Manifest angestellt wurden, und die nun verstummten. Von diesem Manifest ist jetzt ebensowenig mehr die Rede wie von der Anklage, daß Euere Majestät dem Lande den Rücken gekehrt und es damit im Stiche gelassen hätten. Es sind also unsere Gegner zweier beliebter Waffen, die immer wieder gegen Euere Majestät verwendet wurden, beraubt."

Die Haltung des Reichsverwesers hat das Ende der Regierung Telekis herbeigeführt. Der Minister des Äußern, Dr. Gratz, hatte schon in den Ostertagen erkannt, daß ein Legitimist Horthy keine Ministerdienste mehr leisten könne. Es ist sicher, daß auch andere Minister in schwere Gewissenskonflikte geraten sind. Sie glaubten aber, den König doch noch mit Horthy versöhnen zu können und blieben eben deshalb im Amte. Nicht für lange Zeit. Am 6. April übergab Teleki das Abschiedsmanifest des Königs mit einer von ihm gefertigten Einbegleitung der Öffentlichkeit. Das Kabinett hielt dem wegen dieser Publikation inszenierten Sturme der Illegitimisten stand. Da schloß sich diesen — einmal mehr — der Reichsverweser an. Das Königsmanifest hatte ihn wohl peinlich berührt. Der König hatte mit dem Schlußpassus seiner Kundgebung Horthys Wahl zum Reichsverweser gewissermaßen sanktioniert; Horthy war also zum Verweser, Schützer und Schirmer der Rechte des gekrönten Königs geworden! Der Admiral mag sich voll Sorge die Frage gestellt haben: Mußten seine Leute danach nicht glauben, daß er dem Könige „doch" ergeben sei? Der Glaube durfte nicht bestehen bleiben — sollten nicht die Gömbös, Hejjas und Genossen mißtrauisch werden. Horthy trennte sich von seinem königlichen Herrn, indem er seinen anläßlich der Ostervorgänge erlassenen Armeebefehl entgegen der dem Ministerpräsidenten gemachten Zusage der Öffentlichkeit preisgab. In diesem Armeebefehl hatte Horthy der Nationalarmee seine Anerkennung dafür ausgesprochen, daß sie den ihm geleisteten Eid treu gehalten habe. Horthy löschte damit den Eid aus, den er selbst dem Könige geschworen hatte, und auf den auch noch alle jene Offiziere und Mannschaften der Nationalarmee verpflichtet waren, die früher in der k. u. k. Armee oder in der Honvéd gedient hatten. Dieses Verhalten Horthys empörte Teleki so sehr, daß er dem Reichsverweser sein Portefeuille zur Verfügung stellte.

Es kam Stephan Bethlen.

Wie war nach allen diesen Zeichen die Situation zu beurteilen? Hatte der Restaurationsversuch Werte zutage gefördert, die zu einer früheren oder späteren Wiederholung einluden? Oder hatten sich die einem solchen Versuche entgegenstehenden Schwierigkeiten vergrößert? Diese Fragen habe ich mir nach der Rückkehr des Kaisers oft und oft gestellt und beantwortet. Die ungünstige Meinung, zu der ich gelangt bin, hat mich um so mehr bedrückt, als ich mir sagen mußte, daß ich in Zukunft noch weniger als vor Ostern Einfluß auf die Entschlüsse meines kaiserlichen Herrn haben würde.

Wer seinen Blick in die Weltenweite schweifen ließ, der konnte allerdings — für eine fernere Zukunft — so manche Ermutigung schöpfen. Kemal Pascha, Konstantin von Griechenland, D'Annuncio haben bewiesen, daß die Hauptmächte schon damals Kolosse auf tönernen Füßen waren. Die Entschlossenheit jener Männer, den Willen der Entente zu mißachten, ist siegreich geblieben. Die großen Mächte haben keine, ihren wirklichen oder vermeintlichen Interessen zuwiderlaufende Entwicklung aufhalten können. Ihre Ohnmacht, ihre Uneinigkeit ist in Kleinasien, in Griechenland und in Fiume bloßgestellt worden. Diese Ohnmacht und Uneinigkeit durfte also bis zu einem gewissen Grade in jede politische Rechnung eingestellt werden. Für eine habsburgische Restauration lagen aber die Dinge vorerst noch anders. Ich war immer der Ansicht, daß die aus der österreichisch-ungarischen Beute geborenen oder bereicherten, an und für sich recht schwachen Nachfolgestaaten noch viel schwächer geworden sein und ihren Wert für die große Entente noch mehr verloren haben müßten, ehe man eine Tat riskierte, die sicher den Widerstand der Kleinen und gewiß nicht den offenen Beistand der Großen Entente fände.

Schon anfangs 1921 hatten sich recht bedenkliche Sprünge im Gefüge der Großen Entente gezeigt. Italien hat unter Nitti eine ausgesprochen antifranzösische Politik gemacht. Die Feindseligkeit gegen Frankreich brach nach der militärischen Feier auf dem Monte Tomba, bei dem geplanten festlichen Einmarsch der französischen Gäste in Venedig, gleich einem wilden, alle Ufer der Ordnung überflutenden Torrente hervor. Das tat dem habsburgischen Gedanken keinen Eintrag. Schwerer wog aber der aufziehende

englisch-französische Gegensatz. Bei der Durchführung des Friedens von Versailles haben Frankreich und England das entscheidende Worte zu sprechen; wenn ihre Freundschaft erkaltet, wenn sie auseinanderstreben, dann müssen sie neue Bundesgenossen suchen. Die italienische Bundesgenossenschaft wird meist den Engländern gewiß sein. Frankreichs sicherer Freund ist nach dem Kriege nur Belgien geblieben. Was lag nun für das von England abrückende Franzosenvolk näher, als Freunde unter den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns zu werben, die trotz ihrer Schwäche noch immer eine realere Macht darstellten, als die Habsburgerherrschaft, die erst werden soll? Die Nachfolgestaaten gewinnen für Frankreich eine um so größere Bedeutung, je stärker sie durch Zusammenschluß werden. Der Zusammenschluß war schon lange vor den Ostertagen 1921 angebahnt worden. Es war anzunehmen, daß die Kleine Entente nach diesem Restaurationsversuch ihre antihabsburgische Politik verschärfen und auf den Fang neuer Bundesgenossen ausgehen würde. Alle Kriegsgewinner rund um Ungarn hatten zu Ostern ihre faktische Ohnmacht erkannt. Jetzt galt es für sie, alle Kräfte anzuspannen, um dem aufgedeckten Restaurationswillen des Kaisers zu begegnen, falls er sich nochmals in die Tat umsetzen wollte. Die Gegner Karls IV. waren durch seine Heimkehr am 24. März alarmiert worden und standen fortan auf scharfer Wacht. Die außenpolitischen Voraussetzungen einer Restauration hatten sich also jedenfalls verschlechtert. Die europäische Lage hätte nach Ostern noch eindringlicher als vordem zu einer Politik kühlen Abwartens geraten. Ihr hätte der Kaiser sich gewiß hingegeben, wenn er die Überzeugung haben konnte, daß indessen seine Chancen nicht innerpolitisch verdarben.

Die innerpolitische Lage war besser geworden und wäre es ohne Horthy und Bethlen geblieben. Die Anhänglichkeit der Bevölkerung an den Träger der Stephanskrone war durch sein Erscheinen im Lande beflügelt worden. Die geistig führenden Männer Ungarns hatten sich vor aller Welt als Partisane des Königs bekannt. Aber — die Rücksichtslosigkeit und das Organisationstalent waren die Bundesgenossen seiner ungarischen Gegner. Diese waren nur zu entwaffnen, wenn der Reichsverweser auf diese Stützen seiner Macht verzichtete, wenn er sich offen und mann-

haft auf die Seite seines Königs schlug. Die Beziehungen zum Reichsverweser mußten auf jeden Fall geklärt werden. Erwog man auch nicht gerade einen bestimmten nahen Restaurationsversuch, so war es doch nicht gleichgültig, wie sich die oberste Macht im Staate in dem Kampfe verhielt, der nach den Ostertagen zwischen Legitimisten und Illegitimisten entbrennen mußte.

Der Reichsverweser hat sein Spiel der Zweideutigkeit, wie es schon am Ostermontag zu erkennen war, fortgesetzt und Bethlen ist ihm hierin getreulich gefolgt. Die Chancen des Königs wurden hierdurch beeinträchtigt. — So war der Tag zu ersehen, an dem der König seine letzte Karte einsetzen würde, um das Spiel vielleicht noch zu gewinnen.

Die politische Vorgeschichte des zweiten Restaurationsversuches ist schwer zu durchdringen. Der Kaiser hat wohl einige Aufzeichnungen über die Oktoberereignisse gemacht, sie erklären aber nicht die Vorgeschichte und schildern auch die Ereignisse vom 20. Oktober an nur sehr flüchtig. Viele Quellen führen schmutziges Wasser. Das von der Regierung des Grafen Bethlen im November 1921 zusammengestellte Weißbuch ist eine Tendenzschrift übelster Art. Das tschechoslowakische Weißbuch ist mehr als lückenhaft. Das Oberhaupt der ungarischen Nebenregierung, Abgeordneter Gömbös, hat der ungarischen Nationalversammlung am 12. Dezember 1921 sein Material vorgelegt. Ein Brief des Kaisers Karl an den Prinzen René von Bourbon über bestimmte Abmachungen mit Frankreich war das Hauptstück. Der Brief ist nie geschrieben, die Abmachungen sind nie getroffen worden. Danach ist das ganze Material zu beurteilen. Das Pariser „Petit Journal" hat im Oktober 1921 „meine Enthüllungen" über den Restaurationsversuch veröffentlicht, wonach Andrássy, Rakovszky, Gratz und Ostenburg als seine Urheber anzusehen wären; ich habe damals einen Vertreter des „Petit Journal" gemeinsam mit einem Redakteur der Genfer „La Suisse" empfangen; über den Inhalt der Unterhaltung berichtete richtig „La Suisse": „Il n'est plus question de politique à présent, il ne s'agit que de simple humanité". Die Angaben des Pariser Blattes tragen demnach so wenig wie die vieler anderer Zeitungen jener Wochen zur Erhellung der Wahrheit bei. Auch die Mitteilungen der Teilnehmer an dem Kampfe um des Königs Recht sind keine Unterlagen für ernste

Geschichtsforschung. Sie entstellen wohl nicht, verhüllen aber in manchem die Wahrheit. Auch mir ist es nicht erlaubt, die g a n z e Wahrheit zu schreiben. Gewisse Interessen — nicht zuletzt die des ungarischen Volkes — erheischen Zurückhaltung. Momente von außenpolitischer Bedeutung entziehen sich ja so oft der zeitgenössischen Geschichtschreibung. Der Tod des Kaisers erlaubt mir aber doch, einen größeren Beitrag zur Geschichte jener bewegten Zeit zu liefern. Manches von dem, was ich jetzt zu sagen vermag, ist natürlich nicht aus den Erinnerungen der Sturmestage geschöpft, sondern erst später in Erfahrung gebracht worden.

Die Restaurationspolitik des Kaisers sah auch nach Ostern nur in Ungarn ein nahes Ziel. Der Kaiser hielt zu seiner Erklärung vom 8. November 1920. Die andern Sukzessionsstaaten wären übrigens im Jahre 1921 nicht einen Augenblick für eine zeitlich bestimmbare Aktion in Betracht gekommen. Das loyale Element in diesen Staaten blieb politisch unterdrückt und wirtschaftlich entkräftet. Die Verlegenheiten dieser Länder und gewisse Ereignisse europäischen Formates ließen aber schließlich und endlich den Oktobertermin nicht als den s c h l e c h t e s t e n Termin für eine Restauration in U n g a r n erscheinen; doch haben sie die Wahl dieses Zeitpunktes nicht bestimmt. Ausschlaggebend war der Gang der Ereignisse in Ungarn.

Wenn ich aus dem ungarischen Fragenkomplex den Streit um Westungarn heraushebe und geschlossen darstelle, so soll damit nicht gesagt sein, daß er keinen Einfluß auf die Restaurationspolitik übte. Diese Wirkung ergab sich aber erst in seiner letzten Phase, der der tschechischen und italienischen Mediation und der Diktaturgelüste Gömbös'. Der Restaurationsplan ist jedenfalls — entgegen vielen anderslautenden Behauptungen — nicht allein aus der Verwicklung wegen Westungarn geboren. Der Gegensatz in der Königsfrage ist durch den Kampf ums Land der Heanzen nicht erregt, wohl aber verschärft worden. Die westungarische Frage war eine derjenigen Angelegenheiten, von denen ich vor Ostern sagte, daß sie erledigt sein sollten, ehe man zu einem Restaurationsversuch schritte. Die Entwicklung im Sommer 1921 hat die Richtigkeit dieser Ansicht bestätigt. Der Streit um das Grenzland hat zu Feindseligkeiten zwischen Österreich und Ungarn geführt, die den r e g i e r e n d e n Kaiser und König in die

schwierigste Lage gebracht hätten. Die wäre ihm im Falle des Gelingens des Oktoberunternehmens allerdings erspart geblieben, denn der Ausgleich zwischen Zis und Trans war im Grunde perfekt, als der König bei Sopron landete. Der Ausklang der österreichisch-ungarischen Differenzen hatte sogar eine dem Restaurationsgedanken sehr förderliche Brüskierung der Tschechoslowakei durch Italien gezeitigt.

Der Kaiser hat die ob Westungarns entbrannten Zwistigkeiten zwischen den einstigen Weggenossen Österreich und Ungarn vorausgesehen und sich im Rahmen seines Könnens bemüht, ihnen vorzubeugen. Dem Kaiser tat es wehe, sehen zu müssen, daß gerade die beiden Staaten, die eine vielhundertjährige Geschichte im engen Vereine gehalten und die im Weltkriege innig zu einander gestanden hatten, sich schon am Morgen nach dem Friedensschlusse in Fechterstellung gegenübertraten und die ehemaligen Feinde als Hilfstruppen warben. Er sah in dem Kampfe zwischen Österreich und Ungarn eine politische Perversität. Österreich hat an alle seine feindlichen Nachbarn Territorien verloren, die von einer sich zu Österreich bekennenden Bevölkerung besiedelt sind. Und es hat für diesen Besitz lau und lässig gekämpft. Von einem bis zum Kriegsschluß mit ihm verbundenen Zwillingsbruder sollte es ein zum Wechsel seiner Staatszugehörigkeit gar nicht geneigtes Land bekommen. Und Regierung und Volksvertretung — nicht das Volk — begehrten dieses Land plötzlich heißer als zum Beispiel Deutschsüdtirol.

Wer die Kulissengeschichte der Pariser Friedensverhandlungen nicht kennt, wird nicht begreifen, was die alliierten und assoziierten Mächte zur Zuteilung Westungarns an Österreich gebracht hat. Der Kaiser wußte es wohl. Die tschechoslowakischen Unterhändler waren es, die für ein österreichisches Westungarn plädierten. Der Rat der Vier hat die sehr weitgehenden Wünsche der Tschechen nach einem territorialen Korridor, der die nordslawische mit der südslawischen Welt verbinden sollte, nicht erfüllt. Den Tschechoslowaken ist aber eine gesicherte Eisenbahnverbindung mit dem Süden zugesprochen worden. Gesicherte Eisenbahnverbindungen lassen sich leicht zu einem territorialen Besitzstande erweitern, wenn der Besitzer des Territoriums nachgiebig und ungeschickt ist — dachten die Tschechen —, und so schanzten sie

die westungarischen Komitate den Österreichern zu, die sie — mit den Ungarn verglichen — für sehr nachgiebig und für sehr ungeschickt hielten. Für diese Gebietsverschiebung ließ sich ja ein sehr hübsches Argument finden, das nationale Prinzip. Daß das nationale Prinzip und das Selbstbestimmungsrecht der Völker in diesem Falle so gar nicht harmonierten, weil die deutschen Ungarn nichts vom deutschen Österreich wissen wollten, bedrückte wieder die Herren in Paris nicht, denen Prinzipien wie „Nationaler Staat" und „Selbstbestimmungsrecht der Völker" nur Schall und Rauch oder aber graueste Theorie waren. So wurde Westungarn, dessen Deutsche außerhalb Österreichs bleiben wollten, demselben Österreich zugesprochen, dem man ihm anhängliche Deutsche Böhmens, Mährens, Tirols, Kärntens und der Steiermark genommen hatte.

Dr. Renner, der österreichische Friedensunterhändler, hat damals die Gabe Westungarn mehr oder minder deutlich zurückgewiesen. Er wollte Westungarn nur haben, wenn sich seine Bewohner für den neuen Herrn in freier Abstimmung entschieden haben sollten, obwohl er wissen mußte, daß die Entscheidung gegen Österreich ausfallen würde. Dr. Renner hat das Geschenk ausgeschlagen, um es später zu fordern. Tempora mutantur et nos mutamur in illis. Die Zeiten hatten sich insoferne geändert, als in den Maitagen von St. Germain Béla Kun die Sowjetrepublik Ungarn beherrschte, dann jedoch das Königreich wiederhergestellt worden ist. Das Ungarn des Béla Kun wollte man sich verpflichten, das konservative Ungarn sollte dagegen abgestoßen werden.

Der Kaiser besorgte, daß dieses Herumspringen mit dem völkischen Selbstbestimmungsrechte in der westungarischen Frage den Österreichern in anderen Fragen übel angerechnet werden könnte. Was den alliierten und assoziierten Mächten recht ist, ist Österreich noch lange nicht billig. Den Ententeherren, vor allem Italien, könnte es einfallen, die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht abzulehnen, wenn Tirol, das doch innerlich nie auf Bozen, Meran und Brixen verzichtet hat, in besseren Zeiten Italien bitten würde, den Südtiroler Deutschen die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes zuzugestehen. Italien könnte da auf das westungarische Beispiel hinweisen und den Nordtirolern damit die stärkste

moralische Waffe, die sie im Kampfe um ihre Vereinigung mit den Brüdern südlich des Brenner führen, aus der Faust schlagen.

Der Kaiser war im Jahre 1920 der Ansicht, daß das über Westungarn heraufziehende Gewitter beschworen werden könnte, wenn man über die Zugehörigkeit Westungarns in freier Volksabstimmung entscheiden ließe, die doch Österreich gelegentlich der Friedensverhandlungen immer verlangt hatte und die Ungarn gerne hingenommen haben würde. Der Kaiser hat auch noch im Herbst 1920 seine Freunde im Auslande in diesem Sinne informiert. Doch Österreich wollte es anders. Wenn der Kaiser später — im Jahre 1921 — direkten Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn das Wort geredet hat, so hatte das seine Ursachen in der Ablehnung der Entente, eine Volksabstimmung zuzulassen, und in der Erwägung, daß solche Aussprache auch in anderen Belangen eher zu einer Annäherung als zu einer Entfremdung führen könnte. Dann besorgte er auch, daß eine Verständigung unter dem Diktate einer fremden Macht zustande kommen und diese dritte Macht die größten Vorteile daraus ziehen würde. Wir werden sehen, wie recht der Kaiser hatte.

Der kritische Moment war gekommen, sobald der Friede von Trianon in Kraft trat. Denn von da ab konnte Ungarn zur Erfüllung der ihm nach dem Friedensvertrage zukommenden Verpflichtungen gemahnt und gedrängt werden.

Der französische Senat hat den Vertrag von Trianon in einer Abendsitzung am 11. Juli angenommen. Damit war dieses Friedensinstrument (die französische Kammer hatte ihm schon früher zugestimmt) auch von der letzten der europäischen Hauptmächte angenommen worden. Am 26. Juli 1921 wurden die Ratifikationsurkunden im französischen Ministerium des Äußern hinterlegt. Nun oblag es den Serben, die von ihnen noch besetzt gehaltene Baranya zu räumen, den Magyaren, den Österreich zugesprochenen Teil Westungarns herauszugeben. Die Geschichte des bis zum Kugelwechsel gesteigerten Kampfes zwischen Österreich und Ungarn bildet eines der traurigsten Kapitel in der Historie dieser beiden Staaten. Die Ungarn konnten wohl in die Baranya einrücken, nicht aber die Österreicher in Westungarn. Zuerst schieden die Budapester Herren das Land recht eigenmächtig in zwei Zonen, von denen die eine bis zur Anerkennung verschiedner finanzieller

Forderungen Ungarns als Faustpfand zurückbehalten werden sollte. Schließlich wurden die österreichischen Truppen, die nach Aufforderung der interalliierten Generalskommission wenigstens die freie Zone halten sollten, auch aus dieser gedrängt. Daran trug nicht nur die Inferiorität der österreichischen Volkswehr gegenüber den ungarischen Banden die Schuld, sondern auch die Interesselosigkeit der österreichischen Bevölkerung an dem territorialen Gewinn. Die Verhandlungen und Beschlüsse der österreichischen Nationalversammlung geben da nicht das richtige Bild. Die Großdeutschen forcierten die westungarische Annexion aus pseudonationalen Gründen. Die Wiener Sozialisten wieder ließen sich von ihrer Antipathie gegen das „reaktionäre" Königreich leiten und wurden von ihren bolschewistischen ungarischen Kameraden aufgehetzt, die hofften, in einem österreichischen Westungarn ein geeignetes Niederlassungsgebiet zu finden. Die Christlichsozialen, von denen viele den Irrsinn dieser westungarischen Politik erkannten, liefen mit den anderen. Das österreichische Volk wurde erst ein wenig warm, als die Ungarn sich in beispielloser Weise überschrien. Was sich ungarische Staatsmänner und Zeitungen in jenen Tagen an verallgemeinernden Ausfällen gegen Österreich geleistet haben, trieb schließlich auch unbefangene und den ungarischen Ansprüchen wohlwollend gegenüberstehende Österreicher ins Lager der nationalistischen Schreier. Dennoch: Wäre man damals vor das österreichische Volk mit der Frage getreten: „Der Friedensvertrag spricht euch Westungarn zu; eure Gendarmen haben gemäß der Aufforderung der Entente versucht, das Land zu besetzen, sie sind dafür von unter dem Schutze der ungarischen Regierung stehenden Banden beraubt und ermordet worden; liegt euch an Westungarn so viel, daß ihr Ungarn mit Krieg überziehen und dafür Opfer bringen wollt?" — die Antwort wäre ein überwältigendes „Nein" gewesen.

Doch im Rate der Wiener Auguren ward es anders beschlossen. Österreich begab sich in die Fährlichkeiten der Anlehnung an die Siegermächte. Richtig ist, daß die ganze Welt für Österreich laut Partei ergriff. Ebenso richtig ist aber, daß die stärksten Mächte Ungarn im geheimen zum Widerstande ermutigten. So blieben Österreich schließlich nur zwei Mächte, die — nicht um Österreichs willen — bereit sein mochten, sich für die österreichischen An-

sprüche einzusetzen; und da wieder die eine mehr, die andere weniger. Die eine war die Tschechoslowakei. Sie mußte die österreichischen Forderungen im Interesse ihrer „Korridorpläne" vertreten. Die Unterstützung Österreichs lag auch in der Linie der mit der Hallstädter Entrevue eingeleiteten und durch das Abkommen von Lana gekrönten Politik, Österreich für die Ziele der Kleinen Entente zu gewinnen. Endlich konnte das gehaßte Ungarn von der Gefährlichkeit der tschechischen Feindschaft überzeugt werden. Am 29. August fand die erste Aussprache zwischen Wien und Prag statt. Sie führte zu einer vollkommenen Übereinstimmung der Anschauungen. Die tschechische Regierung erklärte sich bereit, das schon früher, zu Hallstadt, gegebene Versprechen zu halten und die Übergabe Westungarns an Österreich eventuell mit „Machtmitteln" durchzusetzen. Vier Wochen später vermaß sich Benesch, den Dirigenten auf der europäischen Bühne zu spielen. Am 23. September wurde der österreichische Bundeskanzler nach Hainburg, am 25. der ungarische Minister des Äußern, Graf Banffy, nach Brün beschieden. In Prag und Wien frohlockte man bereits ob des errungenen Sieges. Nun sollte die zweite, entscheidende Konferenz zwischen Benesch und Schober stattfinden. Da kam ein verlegenes Telegramm nach dem anderen aus Prag. Immer wieder wurde die Entrevue auf den nächsten Tag verschoben. — Was war geschehen? — Schon am Tage der ersten, überflüssig pompös ins Werk gesetzten Ministerbegegnung war ein dumpfes Grollen aus Italien vernehmbar geworden: Was vermaß sich der tschechische Gernegroß? Er, den die Großmächte ins Leben gerufen, wollte nun ihr Werk meistern, wollte die Durchführung eines von den Großmächten geschaffenen Friedens in die Hand nehmen und ihnen so jeden Einfluß auf die Länder an der mittleren Donau entwinden? Benesch wurde in der brüskesten Weise Halt geboten. — Routinierter im diplomatischen Handwerk als der tschechische Kollege, frug der italienische Minister des Äußern — nach Mitunterfertigung des Ungarn zur Räumung Westungarns bis zum 4. Oktober auffordernden Ultimatums — bei den Kabinetten in Paris und London an, ob es ihnen bei voller Aufrechterhaltung der durch das Ultimatum geschaffenen Lage erwünscht wäre, wenn er mit Wien und Budapest spräche, um weiteren Verwicklungen vorzubeugen. Die Bundesgenossen Italiens stimmten

natürlich zu, und dem tschechischen Minister des Äußern blieb nichts anderes übrig, als seinen Begegnungen mit Schober und Banffy die unschuldige Deutung einer rein informativen Aussprache zu geben und sich von Paris ein Wohlverhaltenszeugnis ausstellen zu lassen, das ihm nach seiner diplomatischen Abfuhr gerne gewährt wurde. Italien lud Österreich und Ungarn zu einer Konferenz à trois ein. Die bittere Pille, die Della Torretta dem österreichischen Bundeskanzler zu verabfolgen sich anschickte, wurde verzuckert; er verhieß ihm in den verbindlichsten Formen, daß er ihm nach Venedig entgegenkommen werde. Und in Venedig — am 11. und 12. Oktober — erklärte dann der italienische Außenminister mit dürren Worten, der Ausgleich, den er vorschlage, sei im Zusammenhange mit den Österreich so sehr interessierenden finanziellen Problemen zu betrachten. Die Ablehnung des Eingehens auf die Verhandlungsbasis würde die gesamte Entente verletzen. So bedrängt, mußte Österreich für die Gemeindegebiete Oedenburg (Sopron), Kroisbach, Agendorf, Harkau, Kohlendorf und Zinkendorf ein Plebiszit zugestehen, wogegen Ungarn sich verpflichtete, die übrigen Gemeinden übergabefertig zu machen.

Aus dem westungarischen Handel war ein wenig Ungarn, besonders aber Italien als Sieger hervorgegangen. Ungarn zuliebe war der Vertrag von Trianon in einem nicht unwesentlichen Punkte modifiziert worden. Italien hatte sich den Ländern an der Donau als ihr Schirmvogt vorgestellt. Jugoslawien hatte die Baranya herausgeben müssen und so wenig wie die Tschechoslowakei den vollen Sieg der den slawischen Korridor verheißenden österreichischen Sache erlebt. Ungarn hatte einen Sieg zu verzeichnen, nicht nur dank der ihm günstigen internationalen Situation, sondern auch dank der Hilfe, die die Legitimisten der Regierung und dem Lande geliehen hatten. Es war Ostenburgs wohldisziplinierte, in Sopron stehende Schar, die Ungarn die Bewunderung der interalliierten Generalskommission eingetragen hatte.

Um so mehr mußte es die Legitimisten erbittern, daß die ungarische Regierung auch in den westungarischen Handel, der doch alle Patrioten hätte einen sollen, die Zweideutigkeit ihrer Politik in der Königsfrage und die Nebenregierung eingeführt hat. Hinter

dem Widerstand der Banden stand die ungarische Regierung. Ihr offizieller Exponent in Westungarn war Graf Sigray, der von ihr anerkannte faktische Herr aber Gömbös. Graf Bethlen hat die Gömbös, Pronay und Hejjas wiederholt dem Grafen Sigray gegenüber verleugnet. Aber schon am 8. September konnte Graf Sigray konstatieren, daß der Landeswehrmachtverein „Move" die Leitung der westungarischen Angelegenheit an sich gerissen hatte. Gömbös war — z. B. am 2. Oktober 1921 — in der Lage, vom Hughesapparat des Ministerpräsidenten aus an Ostenburg Weisungen zu erteilen und zu verheißen: „Ich teile Dir mit, daß ich das Zusammenwirken (der regulären Formationen und der Banden — Anm. d. Verf.), das bisher sehr mangelhaft war, fördern werde." Und Pronay erhielt Mitte Oktober das schriftliche Versprechen des Grafen Bethlen, daß die Regierung nicht vergessen werde, „ihre Pflicht gegenüber den Insurgenten zu erfüllen". Um was es dem Trio Gömbös-Pronay-Hejjas ging, hat uns Gömbös' Blatt „Szozat" verraten: um die Errichtung einer Militärdiktatur, die die gleichfalls für Westungarn kämpfenden Legitimisten „in Behandlung nehmen sollte". Waren diese „behandelt", so sollte Erzherzog Albrecht zum Fürsten des Leitha-Banats ausgerufen werden; von da zum Throne in Ofen wäre nur ein Schritt gewesen. Wir wissen nun, warum Oberst Baron Lehár damals von Pronay der Freiheit beraubt wurde, wir haben aber nie gehört, daß Pronay deshalb zur Verantwortung gezogen worden wäre. Ein unschönes Detail in dem ganzen Streit um Westungarn war die Sorge der Regierung, Féltorony zu behalten. Féltorony gehört — der Linie des Erzherzogs Albrecht.

Halten wir schließlich fest, daß in jenen Tagen Major von Ostenburg in Sopron kommandierte. —

Zeigte sich Ungarn in der westungarischen Campagne wenigstens nach außen hin als e i n Lager, so bot es in allen anderen Belangen das Bild eines Körpers, dessen Glieder und innere Organe unaufhörlich widereinander streiten.

In den Monaten April und Mai verbarg sich der Kampf zwischen Legitimisten und Anhängern der freien Königswahl noch der Öffentlichkeit. Ein dichter Schleier verdeckte den Aufmarsch der Parteien, der jäh zerriß, sobald sie versammelt und gerüstet waren.

Die markantesten Vertreter der verschiedenen Richtungen präzi-

sierten nochmals ihr Verhältnis zur Königsfrage. Unter diesen war Graf Bethlen der erste. Gelegentlich der Vorstellung seines Kabinetts setzte er einen Teil des so oft zitierten Gesetzartikels I von 1920 außer Kraft. Der Nationalversammlung hätte es obgelegen, dem Provisorium in der Frage des Staatshauptes unmittelbar nach geschlossenem Frieden ein Ende zu bereiten. Graf Bethlen wies darauf hin, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Großmächte noch ausstehe, daß die Nationalversammlung aber auch nach der Ratifizierung die Königsfrage nicht lösen könne, da die Zeit hierzu noch nicht gekommen sei. Er werde keine Propaganda weder für noch gegen den König dulden. Und er werde sich jedem Versuch widersetzen, der Stellungnahme der Nationalversammlung in der Königsfrage zu präjudizieren. Graf Andrássy forderte, daß die Königsfrage durch die Nationalversammlung einer Lösung zugeführt werde, die den gesetzlichen König dem Lande zurückgebe. Graf Apponyi hat sich am 6. Mai, gleich nach dem Ministerpräsidenten, als ein Freund der Vertagung der Entscheidung in der Königsfrage bekannt; es sollte vorerst konstruktive und produktive Arbeit geleistet werden. Auch Gaal gab das einen Tag später zu.

Ich glaube, der Kaiser hätte sich zu jener Zeit mit einer Vertagung der Königsfrage abgefunden, wenn er in die Regierung das Vertrauen hätte setzen können, daß sie jede Propaganda, also auch die gegen ihn, unterdrücken würde. Dieses Vertrauen war aber nicht vorhanden und konnte auch gar nicht vorhanden sein, hatte doch Graf Bethlen schon in den Tagen seiner Kabinettsbildung den Versuch gemacht, Gömbös als Staatssekretär in die Regierung einzuführen. Die bereits vor Ostern in Szene gesetzte systematische, wenn auch langsame Unterdrückung aller loyalen Elemente in Heer und Verwaltung wurde nicht einen Tag unterbrochen. Der Kaiser hat daher schon frühe, Mitte April, den Legationssekretär von Borovicsény zu Dr. Gratz nach Wien entsandt und den ehemaligen Minister mittels Handschreibens einladen lassen, die Vertretung der Interessen des Königs zu übernehmen. Dr. Gratz hat dieses Mandat angenommen; es war ihm ehrlich darum zu tun, ein Einvernehmen zwischen König und Regierung herzustellen und dadurch dem Könige die Gewißheit zu geben, daß seiner Sache kein Abbruch geschehen werde. Nur

hierin sah er eine Bürgschaft gegen eine unzeitige Wiederholung des österlichen Versuches. Dr. Gratz hat in der zweiten Hälfte des April mit dem Grafen Bethlen mehrere Besprechungen gepflogen, die erhoffen ließen, daß es zu einem Akkord kommen werde. Allerdings bestand auch damals schon die Sorge, daß der Ministerpräsident nicht freie Hände habe. Reichsverweser und damit auch der Kabinettschef stützten sich ja auf eine Macht, die sie zu Gefangenen machte. Eine baldige Verständigung zwischen Budapest und Hertenstein wäre um so erwünschter gewesen, als in Hertenstein auch schon die ersten Nachrichten über Bemühungen Benesch' und Pasic' einliefen, den gegen die Habsburger errichteten Wall durch Einfügung Rumäniens zu festigen und zu erhöhen. Und fast zu gleicher Zeit — Mitte Mai — wurde ruchbar, daß die Regierung sich mit dem Gedanken einer Wahlreform trage. Wie diese beschaffen sein würde, konnte man aus den Bemühungen um die Schaffung einer einheitlichen Regierungspartei erraten. Die Basis für eine solche Partei verrückte sich immer mehr zu ungunsten des Königs. War dieses Parteigebilde damals auch noch recht nebelhaft, so mußte doch die Tatsache befremden, daß die Regierung bei der Suche nach einer die Königsfrage ausschaltenden Formel den Forderungen der illegitimistischen Elemente weit entgegenkam und die legitimistischen kaum hörte. Von einer Neutralität der Regierung war nichts zu merken, noch weniger von Loyalität. Auch aus Paris kamen Meldungen, die die Entwicklung in und um Ungarn als bedrohlich hinstellten, so daß der erste, ursprünglich wirklich nur sehr vage Gedanke, im Juni nach Budapest zurückzukehren, immer häufiger an den König herangetragen wurde.

Die Gegner einer habsburgischen Restauration müssen darum erfahren haben. Ob auf dem Wege zwischen der Schweiz und Ungarn etwas durchgesickert ist, weiß ich nicht. Der Feind mußte übrigens gar nicht diesen Weg überwachen, um etwas zu erfahren. Wer das Leben um den Kaiser kannte, konnte leicht gewahren, „daß etwas los sei". In Hertenstein sind keine bewußten Indiskretionen begangen worden. Aber wer kennt nicht die Art der Überdiskreten und Überschlauen, die ein Geheimnis zu wahren glauben, indem sie ihrem Antlitz das Gepräge eines Plakates geben: „Fragt mich nicht, ich weiß etwas ganz Geheimes!" Diese

Menschen haben auch in Hertenstein nicht gefehlt. Menschen, die, wenn sie mit einem Vertrauen belastet sind, nicht mehr auf geraden Wegen kommen, sondern bei Nacht und Nebel und unter den auffälligsten Versicherungen ihres „zufälligen" Erscheinens. Sei dem wie immer — der kaum geborene Gedanke einer Rückkehr im Juni war binnen wenigen Tagen ein „Geheimnis" aller Kabinette. Nicht anders erkläre ich mir das Übermaß feindlicher Rüstungen und Drohungen im Juni.

Am 9. Juni wurde in Prag der Wortlaut des am 23. April zu Bukarest geschlossenen Übereinkommens zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei verlautbart, das den Anschluß Rumäniens an die Kleine Entente bedeutete. Diese Publikation sollte wohl ebenso wie die zwei Wochen später erfolgte Entblößung der Verträge von Rapallo eine an die Adresse Hertensteins gerichtete Drohung sein. Zu gleicher Zeit verriet die dem „Hradschin" nahestehende „Prager Presse", daß Dr. Benesch eine Abänderung des Völkerbundpaktes zu erreichen trachte; der Völkerbund sollte Interessentenzusammenschlüsse wie die Kleine Entente nicht nur zulassen, sondern auch selbst die Initiative zur Bildung von solchen Staatengruppen ergreifen. Das Bukarester Übereinkommen war am 28. Juni von Beratungen in Prag über eine Militärkonvention zwischen den neuen Ententegenossen gefolgt. Zur Zeit der Prager Veröffentlichung weilte Take Jonescu in Belgrad, um auch mit den Serben ins reine zu kommen. Diese Verhandlungen schienen etwas schwieriger zu gehen, vermutlich wegen der rumänisch-serbischen Differenzen im Banat. Die Mitglieder der Kleinen Entente versuchten auch, das nichtkarlistische Ungarn an ihre Seite zu ziehen. Der italienische Geschäftsträger, Prinz Castagnetto, wählte die Generalversammlung der ungarisch-italienischen Handelskammer, um Ungarn der wärmsten Sympathien Italiens zu versichern, und Benesch lud die ungarischen Staatsmänner zu Konferenzen nach Marienbad. Die ungarische Regierung hat sich allerdings, viel später, veranlaßt gesehen, dem Gerüchte entgegenzutreten, daß bei jener Gelegenheit die Königsfrage erörtert worden sei. Diesem Dementi glauben, hieße aber die Dreistigkeit Benesch' unterschätzen, die Aufrichtigkeit eines ungarischen Communiqués überschätzen. Auch nach den Brucker Verhandlungen im März 1921 ist ähnliches versichert worden. Ich weiß aber, daß

Benesch selbst gegenüber einem Dr. Gratz den allerdings glänzend parierten Versuch gemacht hat, über die dynastische Angelegenheit zu sprechen. Warum hätte er es nicht in einer Auseinandersetzung mit Männern des Kabinetts Bethlen wagen sollen? Benesch hat es gewagt. Ein Zeugnis hierfür ist der telegraphische Auftrag, den er am 23. Oktober 1921 an den Vertreter der Tschechoslowakei in Budapest gelangen ließ, und der lautete: „A l'occasion des négociations avec M. Banffy, ministre des Affaires étrangères hongrois, à Mariánské Lázne, j'ai parlé entre autres de la question de l'ex-empereur Charles; à d'autres occasions également, je lui ai exprimé ma ferme opinion. Rendez-vous lundi auprès du Ministre des Affaires étrangères et dites-lui que je considère opportun de lui rappeler ce que je lui ai dit à Mariánské Lázne et à Brno."

Neben dem Kleine Entente-Trommelfeuer ging auch ein solches der Großen Entente, dieses in Bern, nieder. Die von Reuter am 4. Juni verbreitete Mitteilung des Mitarbeiters des „Daily Telegraph" ist durchaus glaubwürdig, daß mehrere Gesandte der verbündeten Mächte dem Bundesrat vorgestellt hätten, welche drükkende Verantwortung der Aufenthalt Karls in der Schweiz, das so nahe an den von ihm einst beherrschten Ländern liege, mit sich bringe, daß größte Wachsamkeit vonnöten sei, wenn eine Erneuerung seiner letzten Eskapade vermieden werden wolle, und daß ein Aufenthalt des Herrschers in Spanien dem in der Schweiz vorzuziehen wäre. Unter den vorstellenden Gesandten wird auch der englische, Theo Russell, gewesen sein. Diese Annahme bestätigt ein Gespräch, das er am 18. Juni mit dem politischen Agenten des Kaisers, Baron Hye, geführt hat; Theo Russell stellte zunächst fest, daß ein Aufenthalt in England kaum denkbar sei und sich auch anderwärts schwerlich etwas werde finden lassen. Es käme höchstens Spanien in Betracht, das sei aber sehr weit von Ungarn. Er ventilierte die Möglichkeit eines Asyls in Frankreich, das ja an dem Kaiser ein größeres Interesse habe, und schloß: „I am afraid He will make an other attempt to go back to Hungary. And than it's done for ever." Das war es also, worauf Theo Russell hinauswollte und worüber er Baron Hye auszuholen wünschte. Ehe Baron Hye antworten konnte, teilte der englische Gesandte noch mit, „daß darüber in der ganzen Welt herumtelegraphiert werde". Baron Hye stellte Rückkehrabsichten des Kaisers in Ab-

rede, scheint aber keinen rechten Glauben gefunden zu haben. Jedenfalls ging die Unruhe ob der Pläne des Kaisers weiter durch die Welt.

Während Dr. Gratz im Juni mit Horthy und Bethlen weiter verhandelte und aus den Verhandlungen den Eindruck gewonnen haben wollte, daß „der König von dieser Seite mit einer gewissen Zuversicht der Zukunft entgegensehen könne, die eine Wiedereinsetzung in die königlichen Rechte versprach", ließ sich in der nahe dem Schloß Hertenstein gelegenen Pension ein ungarischer Polizeiagent namens Zdeborsky nieder, der nach seiner eigenen Angabe den Druck der bei Orell-Füßli in Zürich (!) in Auftrag gegebenen ungarischen Banknoten von Hertenstein (!) aus zu überwachen hatte und verzweifelte Versuche machte, in das Schloß vorzudringen. Der deshalb zur Rede gestellte Minister des Innern, Graf Raday, behauptete in einem an Borovicsény gerichteten Briefe, daß der Polizeiagent seinen Urlaub an den lachenden Ufern des Vierwaldstätter Sees verbringe. Er widersprach damit dem Polizeiagenten selbst und bedachte nicht, daß ein Polizeiagent das für einen mehrmonatigen Urlaub in dem Lande des Schweizer Franken notwendige große Vermögen gewöhnlich nicht besitzt. Die Entsendung Zdeborskys ist natürlich nur ein kleines Detail in der Geschichte des Abfalls der ungarischen Machthaber, sie ist aber sicher besonders abstoßend und wurde auch vom Kaiser als ein unwürdiger Akt empfunden. Gratz, der gelegentlich seiner Vorsprache beim Kaiser, vom 22. bis 24. Juni, auch um diese Machenschaft der Regierung Bethlen erfahren hatte, gab trotzdem den Versuch nicht auf, König und Regierungsgewalten einander zu nähern. Da der ehemalige Minister in Hertenstein erfahren hatte, daß man dort über auch für Ungarn wertvolle außenpolitische Informationen und Verbindungen verfügte, glaubte er, der Verständigungsaktion dienen und einer überraschenden Rückkehr des Königs vorbeugen zu können, indem er eine nichtamtliche Verbindung zwischen Budapest und Hertenstein empfahl, die notwendigerweise zu einem Nachrichtenaustausch geführt hätte. Er benützte seinen Aufenthalt in der Schweiz auch, um im Interesse des Aufenthalts des Königs beim Bundesrat vorstellig zu werden und die finanzielle Lage des Herrschers zu studieren. Der König hat keinerlei Intervention finanzieller Natur gewünscht, Gratz hat

aber nach Erkenntnis des von Ungarn wie von allen Nachfolgestaaten begangenen Unrechts sich zum Sachwalter des Monarchen auch in dieser Richtung gemacht. Im Juli wieder in Budapest, mußte Dr. Gratz den Eindruck gewinnen, daß die ungarische Regierung nichts getan hatte und auch nichts zu tun willens schien, wenn sie ihn auch andauernd mit schönen Worten speiste. Dr. Gratz hat im Oktober 1921 vor Gericht ausgesagt, daß er ständig von der Unruhe erfüllt war, die zweideutige Haltung der Regierung würde den König schließlich zu einem übereilten Schritte drängen.

Diese Unruhe beherrschte auch das ganze sich für Ungarn interessierende Ausland. Immer wieder tauchten die abenteuerlichsten Meldungen auf. Am 22. Juli waren in London Gerüchte verbreitet, daß der Kaiser die Schweiz verlassen habe und auf dem Wege nach Ungarn sei. Das Gerücht mag entstanden sein, weil der Herrscher in jenen Tagen Ausfahrten im Auto machte, auf denen er von Borovicsény begleitet war. Eine spätere Meldung der „B. Z. am Mittag", daß der König entgegen anderslautenden Nachrichten nicht mehr in der Schweiz weile, sondern sich verborgen in Ungarn aufhalte, mag auf die durch einen Alarmartikel des „Berliner Tageblattes" erzeugte Nervosität zurückzuführen gewesen sein. Gerade damals griffen aber die Gerüchte den Ereignissen weit voraus. Dem Kaiser ist wohl die Rückkehr nach Ungarn am 17. oder 20. August vorgeschlagen und zum Beweise der Durchführbarkeit vorgestellt worden, daß die in Galizien versammelten slowakischen Formationen zum Losschlagen bereit und ein Einverständnis mit Kramarz erzielt sei. Alle diese leichtfertigen Behauptungen haben sich aber sehr bald als unwahr herausgestellt, wie sie auch den Kaiser nicht ermutigt haben, auf sie einen Restaurationsversuch aufzubauen. In Galizien hat noch viel später — in der ersten Hälfte des Monats September — Oberst Baron Lehár festgestellt, daß gar nichts organisiert sei, und Kramarz' Abneigung vor einer Verbindung mit Karlisten kannte ich aus anderen Gründen sehr genau. Daß für einen Putsch im August nichts vorbereitet war, erhellt auch aus der Tatsache, daß der ungarische Sekretär, Herr von Borovicsény, der am 30. Juli geheiratet und sich unmittelbar nach der Trauung nach St. Moritz begeben hatte, am 5. August nach Ungarn abreiste und erst am 30. August in die Schweiz zurückkehrte.

Wie notwendig aber die Rückkehr des Königs schon zu jenem Zeitpunkte gewesen wäre, weil die innerpolitische Lage Ungarns — durch die Schuld des Reichsverwesers und der Regierung — vollkommen unhaltbar geworden war, das lehrte jener Bericht eines führenden Legitimisten vom 20. Juli 1921, dessen ich schon einmal gedacht habe. Ich bedaure es, daß ich diesen Bericht derzeit noch nicht im Wortlaute und unter dem Namen seines Autors publizieren kann. Immerhin will ich die charakteristischen Teile des Schreibens wiedergeben:

„Die Unzufriedenheit wächst. Jedermann sieht bereits, daß der Reichsverweser — schwach, unbegabt und hilflos, wie er ist — eine Puppe in den Händen der ihn umgebenden Interessengemeinschaft wurde. Seine wachsende Unbeliebtheit ist teils hierauf zurückzuführen, teils auf die Verschwendung, die seine Umgebung mit dem Gelde des Landes treibt, und die Edmund Beniczky in der Nationalversammlung zur Sprache brachte, wobei er hervorhob, daß das Reichsverwesertum in einem Jahre 42 Millionen öffentlicher Gelder kostete und dies zu einer Zeit, da die Beamten und Richter darben und hungern. Diese Verschwendung und verschiedene Regierungsübergriffe blieben natürlich nicht ohne Rückwirkung auf die Person des Reichsverwesers, der wiederholt auf dieses ihn schädigende Treiben seiner Umgebung aufmerksam gemacht wurde, aber nicht imstande ist, sich von ihr zu befreien, obwohl diese Umgebung als die ‚Kamarilla' in der Nationalversammlung immer häufiger angegriffen wird.

Schweren Schaden brachten ferner dem Reichsverweser und der Regierung der Ausgang des Friedrich-Prozesses sowie die Angriffe Beniczkys.

Verschlechtert wird die wirre Situation durch die Streitigkeiten zwischen den beiden großen politischen Parteien, durch die Finanzpolitik Hegedüs', die steigende Arbeitslosigkeit und den Gegensatz zwischen Stadt und Land. Auch den größten Anstrengungen des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen gelang es bisher nicht, die einheitliche Regierungspartei zu schaffen. Es ist kein seltener Fall, daß die Regierung in der Gefahr schwebt, überstimmt zu werden, ja, in zwei Fällen ist dies bereits geschehen. Die Partei der Kleinen Landwirte beurteilt alles aus dem Gesichtspunkte der Königsfrage. Hierin liegt meiner Ansicht nach die

Schwierigkeit der Situation. Es ist ein tragisches Vergehen des Reichsverwesers und der Regierung, daß sie den in dieser Frage einmal eingenommenen Standpunkt nicht zu vertreten wagen. Euere Majestät haben gewiß Kenntnis davon, daß sowohl der Reichsverweser als auch die Regierung Teleki, für deren sämtliche Maßnahmen das Kabinett Bethlen die Verantwortung übernahm, sich auf den einzig richtigen, gesetzlichen Standpunkt stellten, daß ‚die ungarische Regierung König Karl IV. als legitimen König von Ungarn anerkennt und daß dieser nur durch die Umstände an der Ausübung seiner gesetzlichen Herrscherrechte gehindert ist'. Es ist nur auf den Mangel an Aufrichtigkeit und Mut jener oben erwähnten Faktoren zurückzuführen, wenn heute im Lande Unklarheit herrscht, wenn die Stimmung dauernd erregt und die innere Ruhe und Rechtssicherheit noch nicht zurückgekehrt sind. Auch im Volke herrscht allgemein die Ansicht, daß nur mit der Rückkehr des Königs Ordnung kommen werde.

Große Gefahren birgt die Arbeitslosigkeit in sich; wenn es nicht rechtzeitig gelingt, diese zu beheben, so wird sie sich im Laufe des Winters zu einer wahren gesellschaftlichen Katastrophe entwikkeln, worauf ich mir das hohe Interesse Euerer Majestät schon jetzt zu lenken erlaube.

Spionenumtriebe und Verfolgungen der Kamarilla, die sich namentlich gegen jene richten, die als Legitimisten bekannt sind, stehen auf der Tagesordnung. Die Spione sind überall placiert, beim Militär ebenso wie bei den Zivilbehörden. Die Kamarilla bildet, wie auch einmal in der Nationalversammlung ausgesprochen wurde, einen Staat im Staate. Ihr unberufener Einfluß weckt überall starke Erbitterung, und man kann es kaum erwarten, daß dieser Druck endlich weiche.

Im Offizierskorps wird jetzt die im Trianoner Vertrag vorgeschriebene Herabsetzung des Kontingents vorgenommen. In dieser Angelegenheit nahm dieser Tage General Sréter das Wort; er forderte die Entfernung der aus der gemeinsamen Armee stammenden Offiziere (deren Zahl sich jetzt zu der der nicht aus der gemeinsamen Armee stammenden Offiziere wie 3:1 verhält) in dem Maße, daß diese Proportion auf 1:1 falle, was nicht nur die Entfernung der besten, sondern auch just jener Offiziere bedeutete, die zu Euerer Majestät halten, die Legitimisten sind. Das Offiziers-

korps zerfällt, was seine Gesinnung anbetrifft, in zwei Lager. Wenn auch der größte Teil legitimistisch, königstreu ist, so gelang es doch, bei anderen den Glauben zu erwecken, daß der Eid, den sie dem Reichsverweser geschworen haben, die bindende Kraft des Euerer Majestät geleisteten Eides aufhob. Davon, daß der Reichsverweser durch seinen als Soldat und in anderer Eigenschaft geleisteten Eid Euerer Majestät Treue schuldet, ist nie die Rede. So kam es, daß sich in einem Teile des Offizierskorps der Irrglaube verbreitete, in erster Reihe dem Reichsverweser Treue zu schulden, — eine Ansicht, die durch die gewissenlose Propaganda der Interessengemeinschaft, von der ich weiter oben sprach, gestärkt wurde. Diese Irreführung des Offizierskorps gelang in einem solchen Maße, daß selbst hohe Offiziere, deren Königstreue über jedem Zweifel erhaben ist, zu grübeln begannen und in schwere Gewissenskonflikte gerieten. Von ihnen ging jene Strömung im Offizierskorps aus, die eine Lösung der Frage dadurch anstrebt, daß der Reichsverweser selbst Schritte tun möge, um Euere Majestät zur baldigen Rückkehr zu veranlassen. Dieser Bewegung, die sich erst im Anfangsstadium befindet, kann meines Erachtens kein Erfolg beschieden sein, solange sie sich auf militärische Kreise beschränkt. Im Offizierskorps herrscht große Abneigung gegen die Umgebung des Reichsverwesers, die sich, wo es nur geht, zum Nachteil der übrigen Offiziere in den Besitz von Vergünstigungen setzt. Ihr Spionagesystem untergräbt alle Disziplin und Autorität. Namentlich die sogenannten T-Offiziere, die zur Kontrolle der Kommandanten und aller Offiziere bestimmt waren, lockerten im Offizierskorps die Kameradschaft.

Ein Teil des Offizierskorps ist also unbedingt königstreu; ein anderer Teil ist in dem Sinne legitimistisch, daß er eine Verständigung zwischen Euerer Majestät und dem Reichsverweser anstrebt, der kleinste Teil hält nicht zu Euerer Majestät und dieser Teil ist es, der sich der verschiedenen Atrozitäten schuldig machte.

Der Hauptsitz der königsfeindlichen Propaganda ist der sogenannte ‚Move', der durch seinen mit dem Kabinettschef und dem Minister des Äußern sehr befreundeten Präsidenten auf den Reichsverweser und die Regierung großen Einfluß übt. Der ‚Move' entfaltete die lebhafteste Agitation im Interesse des Erzherzogs Albrecht.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik konnte ich nur spärliche Informationen einholen, was ich um so mehr bedaure, als nach meiner Ansicht der Schlüssel der Situation hier zu suchen ist.

Vor vier Wochen verbreitete sich im Lande die Nachricht, daß Euere Majestät zwischen dem 20. und 24. August neuerdings in Ihrem Lande erscheinen würden. Diese Nachricht weckte große Erregung. Die größte in der Umgebung des Reichsverwesers. Überall sprach man von der Rückkunft Euerer Majestät, und so kam jene schon erwähnte Bewegung unter den Offizieren zustande, die den Reichsverweser bewegen wollte, Euere Majestät zur Rückkehr aufzufordern. Doch auch N. N. machte die Regierung darauf aufmerksam, daß die Stellung des Reichsverwesers sehr erschüttert sei, und daß es sein eigenes wohlverstandenes Interesse wäre, selbst zur Rückkehr des Königs die Hand zu bieten. Vor vier Wochen nun äußerte sich der Ministerpräsident gegenüber dem Grafen Joseph Hunyady in diesem Sinne. Graf Hunyady erklärte, sich ohne den Grafen Julius Andrássy und Stephan Rakovszky nicht in Unterhandlungen einlassen zu können und auch dann nur in dem Falle, als die Regierung hierzu vom Reichsverweser ermächtigt werde. Ich habe Kenntnis davon, daß der Ministerpräsident geneigt war, beim Reichsverweser Schritte zu tun und ihm nahezulegen, zur Eröffnung solcher Verhandlungen den Grafen Szécsén zu entsenden. Ich kann das Bedenken nicht von der Hand weisen, daß diejenigen, die heute mächtiger sind als die amtliche Regierung, sich die Macht nicht so leicht aus den Händen reißen lassen werden. Ich halte sie für fähig, derartige Verhandlungen selbst gegen den Willen der Regierung zu initiieren, um die Pläne Eurer Majestät auszukundschaften und rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu treffen oder Euere Majestät direkt in eine Falle zu locken. Ich befürchte das um so mehr, als diese Kamarilla bei der Wahl ihrer Mittel noch nie von Skrupeln gehemmt war. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß sie — da sie den Boden unter sich wanken fühlt und ihre Zukunft sichern möchte — Euerer Majestät Bedingungen stellt, die der freien Ausübung der Herrscherrechte hinderlich wären und eine nützliche, segensreiche, das Land regenerierende Tätigkeit sehr erschweren oder völlig illusorisch machen würden.

So sehr ich auch die heutige Lage als besser beurteile denn die-

jenige zu Ostern, so glaube ich doch, daß Euere Majestät nur dann zurückkehren sollten, wenn die auswärtige Lage entsprechend vorbereitet ist.

Wäre es aber möglich, mit dem Reichsverweser eine entsprechende Verständigung herbeizuführen, bei welcher die königliche Autorität nicht den kleinsten Schaden, die volle verfassungsmäßige Herrschergewalt nicht den geringsten Abbruch erlitte, dann wäre dies eine Lösung, die ich Euerer Majestät untertänigst empfehlen möchte. ...“

Der Kaiser hatte übrigens gerade im Juli eine Reihe von Personen empfangen, die, wie Gesandter Baron Wense und Legationsrat Graf Colloredo, gleichfalls geduldigem Abwarten das Wort geredet hatten. Dann stand man inmitten einer ernsten Aktion, die die außenpolitische Lage Ungarns erleichtern und auch die Widerstände gegen eine Restauration verringern sollte. —

Der um Ungarn gelegte Ring wurde wirklich immer fester und nahm dem unglücklichen Lande die Möglichkeit zu atmen. Am 10. August hatten sich zu Hallstadt Masaryk und Hainisch, die Staatsoberhäupter der Tschechoslowakei und Österreichs, getroffen; dabei war eine Art Anschluß Österreichs an die Kleine Entente vollzogen worden. Tschechoslowakei, Österreich, Jugoslawien, Rumänien — alle Nachbarn Ungarns waren so zu einem Gürtel zusammengeschlossen worden. Sich dieses Vierbundes zu erwehren, von dem alle, mit Ausnahme Österreichs, bessere oder schlechtere Truppen einsetzen konnten, dessen wäre die ungarische Armee auch dann nicht fähig gewesen, wenn sie entgegen dem Friedensvertrage von Trianon auf einer halbwegs achtenswerten Höhe erhalten und von der gewiß nicht gering einzuschätzenden nationalen Begeisterung getragen wurde. Ungarn mußte also einmal den Ring der feindlichen Nachbarn sprengen. Der Punkt zum Ansetzen der Sprengpatrone konnte nicht frei gewählt werden. Was frommte es, wenn Österreich aus der Reihe fiel? Die Tschechoslowakei und Jugoslawien sind und bleiben aber Feinde Ungarns, nicht wegen der ungarischen Integritätsträume, sondern weil Slowaken und Banater zu Ungarn hinstreben. Die sind mit dem im Jahre 1918 geschaffenen Regime nicht zu versöhnen. Sie können dem neuen „Vaterlande“ nur erhalten werden, wenn Ungarn in Elend und Trauer versinkt, also jede Anziehungskraft verliert. Anders Rumänien.

Rumänien ist nicht neuerstanden wie die Tschechoslowakei und Jugoslawien, es hat sich nur vergrößert, indem es sich Siebenbürgen, die Bukowina, Teile des Banats und Bessarabien angliederte. Diese annektierten Länder sind tatsächlich von vielen Rumänen bevölkert. Rumänien ist reich und wäre es bei gesunder Wirtschaft noch mehr. Die Siebenbürger Sachsen, die polnischen und ukrainischen Splitter in der Bukowina, die tüchtigen, aber wenig zahlreichen Székler in Siebenbürgen kommen als Elemente einer staatsauflösenden Bewegung nicht in Betracht. Rumänien hat also die Anziehungskraft des verstümmelten ungarischen Mutterlandes weniger zu fürchten als Tchechien und Jugoslawien. Ungarn ist anderseits der unentbehrliche Schlußstein in der gegen Rußland aufzuführenden Mauer und der Russe ebensowohl der Feind des Ungarn als des Rumänen. Ein genesenes Rußland wird den Weg nach dem warmen Meere, nach Konstantinopel, wieder aufnehmen. Und der führt durch Rumänien! Die Not an aufrichtigen Bundesgenossen, die Rumänien vielleicht morgen auf die Suche nach Freunden gehen lassen wird, zwingt Ungarn aber schon heute zur Werbung. Wird Rumänien aus dem Gürtel der feindlichen Nachbarstaaten gelöst, dann ist der ganze Spuk der Kleinen Entente verjagt.

Auch die habsburgische Restaurationspolitik konnte und mußte mit Rumänien rechnen, weil die rumänische Armee das Rückgrat der Kleinen Entente ist.

In den Bemühungen um die Gunst Rumäniens gab es ein förderndes und ein störendes Element. Das fördernde war die Erinnerung an die Mission des Obersten Randa, das störende dagegen der ungarische Krönungseid. König Karl hat wie alle seine Vorgänger bei der Krönung beschworen, die territoriale Integrität Ungarns und seiner Nebenländer zu erhalten und Ungarns Grenzen nach Möglichkeit auszudehnen. Die Nachbarn Ungarns wollen in dieser eidlichen Verpflichtung die ihnen von König Karl drohende Gefahr erkennen, die sie zwinge, seine Rückkehr um jeden Preis zu vereiteln. Sie haben unrecht. Der ungarische Verfassungsrechtler Marczali sagt von dem Eide (der den König unter anderem auch die Goldene Bulle Andreas' II. beschwören läßt, von der kein einziges Wort mehr in gesetzlicher Geltung ist), daß er kaum mehr als eine historische Erinnerung ist, denn man könne nicht verlangen,

daß der König sich einen Eid als Richtschnur dienen lasse, den er beim besten Willen nicht vollständig halten könne. Die Nachbarn Ungarns könnten sich auch vor Augen halten, daß der König lediglich die Bewahrung, nicht aber die Wiederherstellung der Integrität beschworen hat, daß diese Integrität in seiner Abwesenheit preisgegeben worden ist, daß er die Grenzen Ungarns nur nach Möglichkeit auszudehnen hat, und daß diese Möglichkeit mit oder ohne König gegeben sein kann. Kriege werden nicht mehr von den Königen gemacht. Selbst der kriegerischste Herrscher wird nach dem Weltkriege seine Völker gegen ihren Willen nicht mehr zu den Waffen rufen können. Umgekehrt: Eine Nation, die ihren alten Besitzstand wiederherstellen wollte, würde auch ohne und gegen den Ruf des Königs zu den Waffen eilen. Es ist also nicht glaubwürdig, daß irgendein Staat, der seine eigenen Bürger zufriedenzustellen weiß, sich durch den Krönungseid Karls IV. bedroht fühlt.

Ich kann begreifen, daß ein Staat, der sich aus den Verpflichtungen der Kleinen Entente schälen wollte, des Erfolges, den ungarischen Krönungseid aus der Welt geschafft zu haben, bedürfte, um die gegen seinen Abfall lautwerdenden Stimmen zum Schweigen zu bringen. Ich habe hierüber angesehene ungarische Politiker gesprochen, die etwa folgendes ausführten: „Sicher wird kein illegitimer König den Krönungseid leisten, den Karl IV. geschworen hat, denn die Unterstützung und Anerkennung eines solchen Kandidaten, durch welche auswärtige Macht immer, wird von Zusagen abhängig sein, die mit dem alten Eidestexte nicht in Einklang zu bringen wären. Die Frage des Krönungseides wird aber auch für den in seine Macht wiedereingesetzten legitimen König eine Rolle spielen. Die meisten Mächte werden nach der Restauration die diplomatischen Beziehungen mit Ungarn verschieden schroff abbrechen, sei es auch nur zur Verschleierung ihres geheimen Einverständnisses mit der Restauration. Die eine wird ihre Gesandtschaft abberufen, die andere bloß den Gesandten beurlauben — es gibt viele Nuancen. Schließlich und endlich werden aber die internationalen Beziehungen Ungarns auch unter König Karl in Ordnung gebracht werden müssen. Zu dieser Ordnung wird es, was die Siegermächte anbetrifft, nur kommen, wenn auch der König den durch den Frieden von Trianon geschaffenen Zu-

stand anerkennt. Das ist für das ungarische Volk belanglos. Die Revision des Friedensvertrages hängt von ganz andern Mächten als der des Königs von Ungarn ab. Aber es ist schwer, diese Frage jetzt aufzuwerfen, ohne den Feinden des Königs ein allerdings nur scheinbares Argument gegen seine Wiederkehr zu liefern."

König Karl selbst hat niemals daran gedacht, seinen Eid zu einem politischen Handelsartikel zu machen. Er hätte sich seiner aus dem Krönungseide hervorgehenden Verpflichtungen nur dann entbunden gesehen, wenn ihn die Nation von ihnen lossprach.

Wer aber — dem Könige und Ungarn zuliebe — Rumänien gewinnen wollte, der mußte zum mindesten den fortwährend mißverstandenen Krönungseid ins richtige Licht setzen, mußte den Rumänen begreiflich machen, daß die Gefahr, die ihrem Kriegsgewinn von einem Ungarn König Karls drohte, gewiß nicht größer war als die, die von einem Ungarn Horthys ausging — angenommen, daß eine solche Gefahr überhaupt bestand. Die Bedeutung der Restauration des legitimen Königs liegt für Ungarn u. a. in der Wiederherstellung des innern Friedens und damit der Kräftigung des Landes — ein Erfolg, den das von Rußland bedrohte Rumänien nicht genug begrüßen könnte. Ich glaube nicht, daß die rumänische Öffentlichkeit im Jahre 1921 willens und fähig war, solchen Gedankengängen zu folgen, sie wurde damals noch von Averescu und Take Jonescu geführt; es wäre also besser gewesen, einen späteren Zeitpunkt für solche Aufklärungsarbeit zu wählen. Ihn abzuwarten, war aber leider nicht möglich. Ich sah aus Gründen, deren noch gedacht werden wird, den Tag nahe kommen, da der Kaiser sich ein zweites Mal auf den Weg nach Ungarn machen würde. Es mußte also selbst der sehr schwachen Hoffnung Rechnung getragen werden, daß Rumänien schon bis dahin zu einer ruhigeren Aufnahme jedes habsburgischen Restaurationsversuches gebracht werden könnte.

Ich habe am 2. Juli 1921 in einem an einen befreundeten rumänischen Diplomaten gerichteten Privatschreiben mich in einer Weise über den von Rumänien eben vollzogenen Anschluß an die Kleine Entente geäußert, daß er sich gedrängt sehen konnte, dieses Schreiben nach Bukarest zu senden. Ich gebe den Schluß dieses Briefes wieder:

„... Die Prager und Belgrader Machthaber bekämpfen die Rückkehr König Karls nicht, weil sie etwa glaubten, Er würde, kaum in Budapest eingetroffen, die ungarischen Regimenter gegen Prag oder Belgrad führen, sondern weil sie wissen, daß jeder Windhauch ihre morschen Staatsgebäude zum Einsturz bringen kann und, merkwürdig genug, glauben, daß die Heimkehr Karls IV. nach Ungarn in ihren Landen einen Sturm entfachte. Dann: In der Tschechoslowakei steht einer slowakisch-deutsch-magyarisch-polnisch-ukrainischen Majorität eine tschechische Minorität gegenüber; es ist verständlich, daß die nichttschechischen Bürger die Politik der Hegemonie einer Minorität mit einer Absage an den Staat beantworten. Und — daß sich heute nur mehr die Serben zu Jugoslawien bekennen, das beweist die für diesen Staat so beschämende Tatsache, daß die Konstituante von fast allen Kroaten und Slowenen verlassen ist. Der Krieg gegen ein Ungarn, in dem König Karl wieder die Herrschaft ausübte, wäre ein Präventivkrieg. Präventivkriege sind zu allen Zeiten als unmoralische und unpolitische Akte verurteilt worden. Der Präventivkrieg der Tschechoslowakei und Jugoslawiens gegen ein karlistisches Ungarn wäre aber gar eine Monstrosität, eine Perversität, denn er wendete sich weniger gegen Ungarn als gegen Tschechoslowaken und Jugoslawen, von denen gefürchtet wird, daß sie den eigenen Staat preisgeben, sobald König Karl wieder in ihre Nähe gelangt ist. Ein solcher Krieg könnte aber schließlich doch nicht den Zusammenbruch der von vielen eigenen Bürgern verleugneten Staaten verhindern!

Für all das gibt es aber doch keine rumänische Analogie!

In Rumänien gibt es auch nach der Inkorporierung von Magyaren und Deutschen noch eine ansehnliche rumänische Majorität. Die Möglichkeit des Selbständigkeitsverlustes oder einer Auflösung Rumäniens droht derzeit höchstens von der russischen Seite. Großrumänien stellt nicht, wie die Tschechoslowakei, einen Brocken eines zerstörten Wirtschaftsgebietes, sondern die Erweiterung eines alten, reichen Wirtschaftsraumes dar. Rumänien kann also seine Bürger ökonomisch befriedigen. Wie immer man die Sache wendet und dreht — es ist mit Bezug auf die Habsburgerfrage keine rumänisch-

tschechoslowakisch-jugoslawische Interessengemeinschaft zu entdecken, die die übrigen Interessengegensätze, besonders die rumänisch-jugoslawischen, kompensieren könnte. Ich möchte vielmehr glauben, daß die in Prag und Belgrad gewünschte Erhaltung Ungarns und Österreichs in Ohnmacht, Schwäche und Zerstückelung die außenpolitische Handlungsfreiheit Rumäniens beengt. Dereinst konnte Rumänien zwischen der Freundschaft mit Rußland, der Freundschaft mit Österreich-Ungarn oder dem Anschlusse an einen Balkanbund wählen. Welche Wahl hat Rumänien heute, da Rußland von Lenin beherrscht, Österreich-Ungarn zerstört ist, und der Balkan in den Banat reicht? ...“

Mein Schreiben ist so, wie ich es erwartet hatte, beantwortet worden: Der Empfänger kenne die Beweggründe der verantwortlichen Stelle zu wenig, um von sich aus antworten zu können, er habe daher den Brief an diese Stelle gesandt.

Um den 1. August ist einem französischen Freunde des Kaisers von einer prominenten rumänischen Persönlichkeit gesagt worden, daß die Zeit für Aussprachen noch nicht gegeben sei. Sie werde kommen... Sie ist zu spät gekommen...

Eine andere Aktion, die darauf abzielte, die ungarische Regierung für Anstrengungen um die rumänische Freundschaft zu gewinnen, konnte auch nicht mehr zu Ende geführt werden. Im Interesse Ungarns gedacht, mußte sie, wie schon nachgewiesen, auch der Restaurationspolitik zu Hilfe kommen. Da der für die äußere Politik Rumäniens maßgebende Mann, Take Jonescu, im Banne Frankreichs stand, lag es nahe, eine Verständigung des Grafen Bethlen mit Take Jonescu über Paris zu empfehlen. Auch in dieser Angelegenheit bestätigte sich die Eigenheit des ungarischen Premiers, mit keinem klaren Ja oder Nein zu antworten, sondern die Sache nach Kräften zu verschleppen. Erst am 5. Oktober teilte Graf Bethlen einem Vertrauensmanne des Königs mit, daß Graf Banffy, sobald die westungarische Krise erledigt sein würde, nach Paris ginge, um sämtliche Fragen der ungarisch-französischen Politik ins richtige Geleise zu bringen; die Pourparlers über die ungarisch-rumänischen Beziehungen seien ein Teil davon.

Zu spät, viel zu spät ... denn mittlerweile hatten die Dinge in Ungarn einen Verlauf genommen, der eine Katastrophe heraufbe-

schwören mußte. Es sei wiederholt: Der König hätte auf einen neuerlichen Restaurationsversuch verzichtet, wenn er — die Herren in Budapest wußten es — zwei Sicherheiten gehabt hätte: einmal, daß Horthy und Banffy selbst loyal seien, dann daß sie nichts zuließen, was die Chancen des Königs in Ungarn verderben konnte. Der Gewinnung dieser Sicherheiten dienten die unablässigen Einwirkungen Apponyis, Andrássys, Rakovszkys und Dr. Gratz' auf Reichsverweser und Kabinettschef. Rakovszky stellte dem Reichsverweser wiederholt vor, daß zwischen seinen Loyalitätsversicherungen und dem Verhalten seiner Umgebung eine Kluft wäre. Die Zeitungen stünden unter strengster Zensur; für den König könnte keine Zeile geschrieben werden, gegen ihn alles. Der offizielle Presseapparat leihe dem Hilfe. Rakovszky und seine Freunde forderten vom Ministerpräsidenten die Entfernung des Pressechefs, Ministerialrats von Eckhardt, der die antilegitimistische publizistische Kampagne führte, und Graf Bethlen sagte wiederholt zu, Eckhardt werde noch vor der Einberufung der Nationalversammlung entlassen werden. Das Versprechen ist so wenig gehalten worden wie jenes andere, Gömbös' Nebenregierung ein Ende zu bereiten. Dem Grafen Andrássy hielt der Ministerpräsident vor, er könne keine Propaganda für den König zulassen, da er sonst von der Plattform der Regierung — Vertagung der Königsfrage — abwiche. Graf Andrássy berichtigte sofort, er wünsche die Zulassung einer karlistischen Propaganda nur in dem Maße, als Aktionen gegen den gekrönten König geduldet würden. Diese Agitationen gingen weiter, jede Stimmungsmache für den legitimen Herrscher werde aber nach wie vor rücksichtslos unterdrückt. Das sei keine Vertagung der Königsfrage! Voll Verzweiflung rief Graf Andrássy aus: „Seine Majestät sieht und weiß doch, daß hier im Interesse der Legitimität fast nichts geschieht, während zur selben Zeit eine Nebenregierung schalten und walten kann, die dem König den ererbten Boden abgräbt!" Dr. Gratz hat Ende Juli stundenlang beim Reichsverweser geweilt. Dr. Gratz hat über die Ergebnisse seiner Bemühungen gesagt, daß die Erklärungen des Reichsverwesers wohl nicht entscheidend, doch ausführlicher und präziser als sonst gewesen seien. Horthy verhieß die Anordnung einer ständigen, nicht amtlichen Verbindung mit dem Könige und die Absendung eines Schreibens an ihn. Auch stellte er dringliche Ver-

fügungen in den materiellen Fragen in Aussicht. Gratz wollte nun den Eindruck gewonnen haben, daß ihm Horthy näherstehe als Bethlen. Mit dem letzteren scheint er am 4. August gesprochen zu haben. Er beruhigte den vor dem 20. August bangenden Ministerpräsidenten, stellte ihm aber nochmals vor, daß die Regierung sich doch einmal unangenehmen Überraschungen aussetzen könnte, wenn nach wie vor mit Versprechen operiert, diese aber nicht eingelöst würden. Am 22. August konferierten Dr. Gratz und Graf Andrássy mit dem Reichsverweser. Beide Anhänger des Königs haben über den Verlauf dieser Audienz geschwiegen. Sie scheint sie aber mehr als ihre Vorgängerinnen befriedigt zu haben, da Gratz nachher den König bitten konnte, sich jeder unzeitgemäßen Aktion zu enthalten. Am 30. August erhielt der ehemalige Minister des Äußern aus den Händen des Reichsverwesers ein an den König gerichtetes Schreiben, von dem sogar Graf Bethlen erklärte, daß sein Inhalt nicht befriedige. Andrássy, Rakovszky und Gratz sagten dem sie informierenden Ministerpräsidenten sofort, daß sie gewisse Erklärungen vermißten, auf die sie nach den vorausgegangenen Verhandlungen das größte Gewicht legen müßten. Gratz äußerte noch die Sorge, das Schreiben werde die der bezweckten entgegengesetzte Wirkung haben. Graf Bethlen versuchte zu beruhigen, indem er in Aussicht stellte, es würde im Bedarfsfalle ein zweites Schreiben nachgeschickt werden.

Am 4. September legte der in Hertenstein erschienene Dr. Gratz dem Könige den Brief des Admirals vor. In deutscher Sprache verfaßt, lautete er so:

„Euere Majestät!

Das Interesse Euerer Majestät und des Vaterlandes erfordert, daß ich die dermalige außen- und innenpolitische Lage Euerer Majestät ehrerbietigst schildere. — Die außenpolitischen Verhältnisse haben sich seit dem Osterbesuch Euerer Majestät entschieden verschlimmert. Die kleine Entente, welche anfangs dieses Jahres bloß den Wunsch einiger uns feindlich gesinnter Staatsmänner darstellte, hat sich seitdem zu einem festgefügten, ganz bestimmte Ziele verfolgenden aggressiven Bündnis gegen Ungarn herausgebildet — gegen jenes Ungarn, welches sie vermöge seiner Lebensfähigkeit und

dank der militärischen Tugenden seiner Bevölkerung als eine konstante Gefahr ihres Besitzstandes, mindestens aber als einen ihre stete Waffenbereitschaft herausfordernden unbequemen Nachbarn betrachten. — Die königl. italienische Regierung hat sich dem Konzern der kleinen Entente im Vertrage von Rapallo angeschlossen, dessen Verfügungen sich unmittelbar gegen die Restaurierung der Dynastie richten und sich in diesem Belange mit den ausdrücklichen Vereinbarungen der kleinen Entente decken. Der einzige unserer Nachbarn, der dieser Frage vielleicht indifferent gegenübersteht, ist Österreich, obwohl auch dieser Staat durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit von Tchechoslowakien und der großdeutschen Propaganda stark beeinflußt wird. — Diese Tatsachen zwingen mich, die außenpolitischen Schwierigkeiten, die sich einer Rückkehr Euerer Majestät entgegenstellen würden, noch bedeutend höher einzuschätzen, als sie anläßlich des letzten Aufenthaltes Euerer Majestät in Ungarn waren. — Ich muß daher pflichtgetreu und mit vollster Offenheit meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß eine Restaurierung — mit Rücksicht auf den eben geschilderten Zusammenschluß der Nachbarstaaten — momentan unmöglich erscheint und ein eventueller Entschluß Euerer Majestät den Ruin und die Vernichtung des Landes und somit auch das Ende jedweder Restaurationsmöglichkeit herbeiführen würde. Es wird Euerer Majestät wahrscheinlich bekannt sein, daß Take Jonescu in den Staaten der kleinen Entente und sogar in Polen mit dem Plane hervorgetreten ist, Ungarn unter den Nachbarn gänzlich aufzuteilen, um dadurch die endgültige Abrüstung für diese Staaten möglich zu machen. Die Staaten der kleinen Entente suchen ständig nach einem Vorwand, diesen Plan zu verwirklichen. Euerer Majestät Erscheinen in Ungarn würde ihnen diesen Vorwand liefern, um so mehr, als ja die Großmächte, namentlich England und Italien, in diesem Falle wohl auf ihrer Seite stehen würden. Die Frage der legitimen Restauration des ungarischen Königtums ist zu einer schwerwiegenden internationalen Frage geworden, die daher nur mit internationalen Mitteln gelöst werden kann, welche eine Vorbereitung und vorsichtige Fühlungnahme bei den leitenden

Großmächten erfordert. — Die raschen Veränderungen, welche in der außenpolitischen Welt vor sich gehen, bieten die Möglichkeit, in nicht unabsehbarer Zeit Gelegenheiten auszunützen, welche durch die Absurdität des Friedenswerkes in immer größerer Zahl auftreten. — Da ich die reale Basis meiner Betrachtungen nicht verlassen will, ist es mir unmöglich, ein Prognostikon der nächsten politischen Gestaltungen oder bezüglich des Zeitpunktes dieser Ereignisse aufzustellen. Fragelos werden jedoch diese Ereignisse es möglich machen, der gewünschten Lösung näherzutreten. Ich bitte auch bei dieser Gelegenheit Euere Majestät, die Versicherung entgegennehmen zu wollen, daß mir nichts fernersteht, als mich an meine derzeit innehabende Stellung zu klammern oder sie in irgendwelcher Weise zu erweitern. Im Gegenteil ersehne ich mit Ungeduld den Augenblick, der mich von diesem Sorgenstuhle erlöst. Ich habe nur das einzige pflichtgemäße Bestreben, dieses Land, an dessen Spitze mich die Ereignisse und das Vertrauen gegen meinen Wunsch und Willen gestellt haben, aus den unendlichen Schwierigkeiten der heutigen Lage herauszuführen, um es dann unter Wahrung des legitimen und staatsrechtlich richtigen Prinzips den berufenen Händen anzuvertrauen. — Die innerpolitischen Schwierigkeiten, die sich einer dermaligen Rückkehr Euerer Majestät und der oben geschilderten Lösung entgegenstellen, habe ich mit Absicht nicht näher geschildert. Solche bestehen wohl und würden, wenn außer Acht gelassen, die von unseren Nachbarstaaten schon drohende Lage nur noch verzweifelter gestalten. Nur zielbewußte und ungestörte Arbeit kann mir und der Regierung möglich machen, die gesetzmäßig legitime Lösung vorzubereiten, um so mehr, als eine offenkundige Propaganda zugunsten Euerer Majestät sowohl bei den Nachbarstaaten als auch im Lande selbst eine gegenteilige Agitation auslösen und die heute so notwendige Einheit der Nation vernichten würde. —

Ich habe dieses Schreiben nach gepflogener Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen verfaßt und mit dessen Inhalt Euerer Majestät wirkliche Geheime Räte Graf Julius Andrássy und Herrn von Gratz bekannt gemacht. Den

Minister der auswärtigen Angelegenheiten habe ich angewiesen, die diesbezüglichen außenpolitischen Berichte Euerer Majestät zu unterbreiten. — Ich bitte Euere Majestät, diesen meinen Bericht gnädigst entgegenzunehmen und meine alleruntertänigsten Unterbreitungen so auffassen zu wollen, daß sie die gewissenhaften, wahrheitsgetreuen Worte eines Mannes sind, dem König, Vaterland und seine persönliche Ehre gleich teuer sind. —

Euerer Majestät alleruntertänigster

Horthy."

Dieses Schreiben des Reichsverwesers hat das nach den Oktoberereignissen herausgegebene Weißbuch der ungarischen Regierung aus guten Gründen der Öffentlichkeit vorenthalten.

Es ist nicht ungeschickt verfaßt: Horthy bekennt sich als loyaler Stellvertreter des Königs, der nur im Augenblick der Wiederkehr des Herrschers widerraten müsse, aber alles tue, um eine nahe Möglichkeit zu fruktifizieren. Das Schreiben ließ aber alle zwischen dem König und seinen Getreuen einerseits, Horthy und Bethlen anderseits schwebenden Fragen offen: Es lieferte keine Erklärung für die Unterdrückung jeder karlistischen bei Duldung der antikarlistischen Agitation. Es verhieß keine Unterdrückung dieser königsfeindlichen Propaganda, betonte aber die Unmöglichkeit und Unzulässigkeit einer legitimistischen Arbeit. Es erklärte auch nicht die Beseitigung der Anhänger des Königs aus den öffentlichen Ämtern. Es bot auch gar keine Bürgschaft dafür, daß der Reichsverweser im geeigneten Augenblick abtreten werde. Möglich, daß er sich nicht an sein Amt klammerte. Aber er wurde an sein Amt geklammert und duldete die Nutznießer des Interregnums um sich. Nicht einmal das einzige positive Versprechen, das einer Berichterstattung des Grafen Banffy, ist gehalten worden. Es hat den König nicht interessiert, ist aber für die Art der Herren in Budapest bezeichnend, daß sie das Privateigentum des Königs nach wie vor unter Sperre hielten und die Ausfolgung der Erträgnisse des Familiengutes unter den nichtigsten Vorwänden hinausschoben, bis endlich der König entseelt auf der Bahre lag.

Horthys Brief hat auf den Kaiser einen schlechten Eindruck gemacht. Er verstärkte sich, als der Kaiser sah, daß die Regierung

sogar seinem Aufenthalte in der Schweiz Schwierigkeiten bereitete. Mehr noch, die Regierung stellte den König unter verschiedenen Vorspiegelungen unter eine regelrechte polizeiliche Aufsicht. Sie verständigte ihren Geschäftsträger in Bern, daß in Lugano mehrere, namentlich bezeichnete russische und ungarische Bolschewisten die Ermordung der ganzen Königsfamilie beschlossen hätten, und daß die Verbrecher am 15. September zwecks endgültiger Vereinbarungen nochmals in Zürich zusammenkommen würden. Der Geschäftsträger bat die schweizerische Regierung auftragsgemäß um besonderen Schutz und forderte auch das Gefolge des Kaisers zu besonderer Vorsicht auf. Auch Herr Zdeborsky stellte seine Dienste zur Verfügung. Von da ab amteten in Hertenstein vier Securitasorgane und ein luzernischer Polizeiagent; die Gendarmerie der Umgebung war zur Beobachtung Hertensteins angewiesen. Die Erhebungen der Schweizer Polizei haben ergeben, daß die betreffenden „Attentäter" niemals in der Schweiz geweilt haben.

Dr. Gratz, von der Zweideutigkeit und Hinterhältigkeit Horthys und Bethlens aufs unangenehmste berührt, hat doch in jenen Septembertagen nichts unterlassen, was den König zu einer ruhigen Auffassung der Lage bringen konnte, die jede Überraschung in den nächsten Monaten ausgeschlossen hätte.

Ich weiß sehr wohl um dieses Wirken Dr. Gratz'. Ein ungarischer Freund hatte mich kurz zuvor wissen lassen, daß die bedeutendsten Männer Ungarns, darunter auch Dr. Gratz, die sofortige Rückkehr des Königs nach Ungarn forderten, und daß sie alle bereit seien, ein Kabinett zu bilden. Ich habe mit Dr. Gratz nach seiner Audienz am 4. September eine Dampferrundfahrt auf dem Vierwaldstätter See unternommen, um mich mit ihm aussprechen zu können. Der ehemalige Minister, dem ich von der mir gewordenen Information Mitteilung machte, und den ich bat, mir zu sagen, was es denn wünschenswert und möglich erscheinen lasse, daß der König nach Ungarn zurückkehre, hat mir sofort erwidert, daß diejenigen, die so sprächen, Phantasten seien. Gewiß stehe er seinem königlichen Herrn jederzeit und in schwerer Lage erst recht zur Verfügung; derzeit könnte er aber nicht anderes tun, als den König vor jedem Restaurationsversuch dringendst warnen. Ehe nicht die Kleine Entente an irgendeiner Stelle brüchig gewor-

den sei, würden die ungarischen Gegner des Königs immer die Möglichkeit haben, einen Teil der ungarischen Öffentlichkeit gegen den Restaurationsversuch einzunehmen. Er selbst glaube nicht, daß ein solcher Versuch vor erheblicher Besserung der äußeren Lage glücken könnte. Man dürfe nicht vergessen, daß der ganze staatliche Mechanismus im Augenblick der Rückkehr des Monarchen noch in den Händen von Männern wäre, die nichts für den König tun würden. Es bestünde also die Gefahr, daß gegen die drohenden Nachbarn nicht die ganze Kraft Ungarns angerufen werden könnte. Die äußeren Feinde ließen sich überhaupt nur im Zaume halten, wenn der König reibungslos in den Wiederbesitz der inneren Macht gelangte, also jedem Überfallsversuch der rasche Widerstand des geeinten Ungartums drohte. Und immer wieder kam Dr. Gratz darauf zurück, daß der Ring der Kleinen Entente zum Springen gebracht werden müßte, was einerseits die ungarische Öffentlichkeit mit Vertrauen in das Gelingen des Restaurationsversuches erfüllen und anderseits die Aggressivität der unversöhnlichen Gegner schwächen würde. Eine auf diesen Erfolg abzielende Aktion sei gewiß nicht aussichtslos, sie erheische aber Zeit, denn ein plumper und unzeitgemäßer Versuch könnte eher schaden als nützen. — Es sei die Art unreifer Jugend, Hoffnungen für Erfüllungen zu nehmen.

Dr. Gratz fuhr — so glaube ich — in dem Gedanken nach Ungarn zurück, daß er für absehbare Zeit die Gefahr einer unvermuteten Rückkehr des Königs nach Ungarn gebannt habe, daß es aber notwendig sei, auf Horthy und Bethlen weiter zu drücken, um dem Könige den Glauben an seine Zukunft zu erhalten und das ungarische öffentliche Leben von vielen schwärenden Wunden zu heilen.

Man wird nicht sagen dürfen, daß der König jenen beiden Spitzen zu Unrecht mißtraute. Das Vertrauen, das ihnen die sehr anspruchsvollen Herren um Gömbös dauernd gezollt haben, sagt genug. Die zweideutigen, das konstitutionelle Gewissen Ungarns beleidigenden Regierungspraktiken haben auch das Aufsehen des ungarischen Parlaments erregt und dort zu schweren Entladungen geführt.

Mehrere Abgeordnete, die die Terrorisierung ganz Ungarns und

damit auch des Reichsverwesers nicht mehr länger dulden zu können glaubten, enthüllten Mitte Juli die Atrozitäten, die während der Gegenrevolution und nachher just von denjenigen begangen wurden, die sich jetzt vermaßen, Reichsverweser, Regierung und Nationalversammlung zu vergewaltigen. Das schauderhafteste, was man aus diesen Anklagen erfuhr, war aber, daß die Urheber der Greueltaten regelmäßig durch Personen, deren Einfluß zum Reichsverweser hinaufreichte, der gerichtlichen Verfolgung entzogen wurden. Der Beweis, daß man es mit einer Nebenregierung zu tun habe, war ziemlich lückenlos erbracht, er konnte aber nicht ohne Angriffe auf den Reichsverweser geführt werden. Die Debatten, die sich hierüber entspannen, gehörten zu den stürmischsten in der Geschichte des ungarischen Parlamentarismus und zeichneten sich durch eine sehr scharfe Abwehr des Grafen Bethlen aus, der sich damit nicht nur schützend vor die Person des Reichsverwesers, sondern auch vor die Terroristen stellte. Auf dieser Bahn konnte ihm der Präsident der Nationalversammlung, Herr von Rakovszky, nicht folgen. Der hierüber heraufbeschworene Konflikt zwischen Ministerpräsident und Präsident der Nationalversammlung führte zur Abdankung des letzteren. Das in jenen Tagen von allen Fiebern geschüttelte Parlament hatte aber noch nicht genug der Sensationen. Oberstleutnant von Pronay, der vom Abgeordneten Beniczky angegriffen worden war, richtete an Herrn von Rakovszky ein von Drohungen und Beleidigungen strotzendes Schreiben. E i n Satz sagt alles: „Ich kann kaum glauben, daß es auch in den Familien Beniczky und Rakovszky derartige Patrioten (wie Hejjas — Anm. d. Verf.) gegeben hat, sonst wären die Nachfolger nicht so tief gesunken." Dem Bilde fehlte das richtige Kolorit, wenn man nicht auch des in jenen Tagen an vielen Mauern Budapests erschienenen Anschlages der „Erwachenden Ungarn" gedächte, der namhafte ungarische Politiker mosaischen Glaubens an Leib und Leben bedrohte. Natürlich versprach der Ministerpräsident Sühne; Pronay wurde dann sogar auf ein paar Wochen in einen übrigens sehr gelinden Arrest geschickt. Die Frage ist aber wohl berechtigt: Wie stark mußten sich Pronay und Genossen gefühlt haben, daß sie diese Terrorisierung ungarischer Parlamentarier wagen konnten! Eine recht schmerzliche Erfahrung war die, daß Graf Bethlen und seine Ministerkollegen jeweils viel schärfere

Worte gegen diejenigen fanden, die solche Zustände geißelten, als gegen jene, die sie geschaffen hatten und aufrechterhielten.

Die ungarische Nationalversammlung ging Ende August in Ferien. Die politische Atmosphäre blieb aber in einem Maße elektrisch geladen, daß ein Funke die Explosion auslösen konnte.

Auch der Verlauf der parlamentarischen Kampagne mußte die Überzeugung des Königs festigen, daß es endlich eines energischen, autoritativen Zugriffes bedürfe, um das ungarische öffentliche Leben von seinen Auswüchsen zu befreien, und daß das von Horthy nicht zu erwarten sei. Er war ein gewähltes Staatsoberhaupt und dazu nicht frei gewählt. Bei ihm erschienen täglich diejenigen, die ihm zur Macht verholfen hatten und, daran erinnernd, ihren Anteil an Macht heischten. Horthy ließ sie gewähren. Starke Treue, bis ans Ende durchhaltende Loyalität hat der König nach all den schlimmen Erfahrungen bei ihm nicht mehr angenommen.

Ein kleines, flackerndes Hoffnungslicht zeigte sich Ungarn und dem König noch bis September. Auch dieses Lichtlein verlöschte nur allzufrühe:

Ungarn hatte sein Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund eingebracht und dessen Vertretung in Genf seinem größten Staatsmanne, dem Grafen Albert Apponyi, anvertraut.

Dieses Gesuch ist von den Schöpfern der Kleinen Entente aufs heftigste bekämpft worden. Die Aufnahme bedeutet für jeden Staat die besonders feierliche Verbürgung und Verbriefung seiner Unabhängigkeit und Integrität. Das Völkerbundsmitglied wegen der Restauration seines Königs anzugreifen, wäre wahrlich eine Beleidigung aller im Völkerbunde vertretenen Staaten gewesen. Ich zweifle nicht, daß Benesch und Pasic auch die Rückkehr König Karls in den Völkerbundsstaat Ungarn mit bewaffneter Hand bekämpft hätten — wenn nur die eigenen Waffen nicht stumpf waren. Der Völkerbundspakt hätte sie bestimmt nicht gestört. Aber aus diesem Pakt wären doch dem sich zur Wehr setzenden Ungarn starke moralische Hilfen erwachsen. Das Erfreuliche an den Vorgängen in Genf war nun, daß Ungarn sehr viele Staaten fand, die nicht nur sein Gesuch, sondern auch seine Auffassung in der Königsfrage zu unterstützen bereit schienen. Die Verwicklungen in Westungarn gestatteten es Ungarn leider nicht, die Mächte auf die Probe ihrer Ehrlichkeit zu stellen. An dem Tage, da in der

ungarischen Nationalversammlung auf den Abgeordneten Rakovszky geschossen wurde — es war der 24. September —, ließ Graf Apponyi dem Vorsitzenden der zweiten Session des Völkerbundes, dem holländischen Minister des Äußern van Karnebeek, ein Schreiben zugehen, mit dem er bat, die Entscheidung über das Gesuch Ungarns um Aufnahme in den Völkerbund auf die nächste Session zu verschieben; bedauerlicherweise seien Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Interpretation und die Durchführung des Artikels 71 des Friedensvertrages von Trianon aufgetaucht, die nicht rechtzeitig ausgeglichen werden konnten, so daß das Gesuch Schwierigkeiten begegnen könnte.

Graf Apponyi hat den Gedanken abgelehnt, daß die Königsfrage auf das Gesuch Ungarns irgendwie abgefärbt hätte. Ehe er Genf verließ, lud er die Vertreter der Weltpresse zu sich, um ihnen auseinanderzusetzen:

„Take Jonescu soll erklärt haben, daß Ungarn nicht in den Völkerbund aufgenommen werden könne, wenn es nicht darauf verzichte, den König Karl in die Regierungsgewalt wiedereinzusetzen oder im allgemeinen auf die Herrschaft eines Habsburgers. Herr Jonescu würde uns zu Dank verpflichten, wenn er sich die Mühe gäbe, den Artikel des Vertrages von Trianon oder des Völkerbundspaktes zu zitieren, der Ungarn oder einem beliebigen anderen aufnahmeheischenden Staate eine solche Verpflichtung auferlegte. Beachten Sie wohl, daß ich nicht auf den Grund dieser Frage gehen oder meine persönlichen Ansichten über die Aussichten und die Folgen einer Restauration äußern will, aber ich möchte zwei Prinzipien hervorheben, die mir als für uns wie für alle anderen Staaten indiskutabel erscheinen: Dasjenige unserer nationalen Souveränität, die es uns nicht gestattet, wem immer das Recht zuzugestehen, uns Gesetze in bezug auf konstitutionelle oder andere innere Fragen zu machen; dann das nicht minder wichtige Prinzip, daß durch den Friedensvertrag von Trianon unsere Rechnung mit unseren ehemaligen Feinden — und zu welchem Preise noch dazu! — beglichen ist, man uns also nicht neue positive oder negative Verpflichtungen, die der Vertrag nicht enthält, auferlegen kann. Die Bedingungen für die Aufnahme in den Völkerbund sind im Artikel 1 des Paktes festgesetzt, es ist also nicht statthaft, in einem besonderen Falle neue Bedingungen zu statuieren. Andern-

falls würde der Völkerbund keine völkerrechtliche Institution mit festen Gesetzen sein, sondern würde zu einem Klub werden, wo der Aufnahmewerber nach den Launen oder Sympathien der Mitglieder aufgenommen oder hinausballotiert werden kann. Ich zögere nicht zu sagen: Hängt unsere Aufnahme von einem den Prinzipien des Völkerbundes widersprechenden Akt ab, so würden wir auf die Ehre, aufgenommen zu werden, verzichten. Der Tag wird kommen, da man uns für diese Intransigenz Dank wissen wird."

Und als ob Graf Apponyi geahnt hätte, daß das noch nicht in den Völkerbund aufgenommene Ungarn der Schauplatz eines neuerlichen Restaurationsversuches sein könnte, appellierte er gegen die für einen solchen Fall vermutete Aggression der Kleinen Entente schon jetzt an den Schutzgeist der Gesellschaft der Nationen: „Getreu dem Geiste der Institution, die die Herrschaft des Rechtes der Herrschaft der Gewalt überall entgegensetzen will," so rief Graf Apponyi aus, „sind im Artikel 17 des Paktes auch die Rechte der Nichtmitglieder kodifiziert. Er sichert ihnen zu, daß sie, falls es zwischen ihnen und einem Mitgliede des Völkerbundes einen Konflikt gibt, eingeladen werden würden, das Reglement des Völkerbundes für die Lösung des Konfliktes anzunehmen, und daß sie im Falle einer bejahenden Antwort dieselben Rechte und Bürgschaften wie der Mitgliedstaat genießen würden. Das ist ihr unbedingtes Recht, denn der betreffende Text ist nicht fakultativ, sondern imperativ, es ist nicht gesagt, daß jene Staaten eingeladen werden k ö n n e n, sondern daß sie eingeladen w e r d e n. Nun denn, seitdem der Vertrag von Trianon in Kraft ist, von dem auch der Völkerbundspakt einen Bestandteil bildet, ist Ungarn in den Besitz dieser Rechte und Bürgschaften gelangt; man kann ihm deren Genuß auf keinen Fall ohne gröbliche Verletzung der Stipulationen des Paktes verweigern."

Es ist doch anders gekommen, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil Graf Bethlen es in entscheidender Stunde unterlassen hat, den Völkerbund anzurufen.

Graf Apponyi erschien nach seiner Rede, am 30. September, in Hertenstein. Er hat den König als Gefangenen in Tihany wiedergesehen.

Der Oktober kam. Ich schickte mich an, auf 10 bis 14 Tage

nach Bern oder Zürich zu gehen, um Ärzte zu konsultieren. Vorher wollte ich, ohne besonderen Anlaß, mein Gewissen erleichtern, indem ich dem Kaiser meine Auffassung über die politische Lage vortrug und auf Borovicsény Einfluß zu gewinnen trachtete.

Ich habe dem Kaiser vorgestellt, daß die Zeit für ihn arbeite. Könnte er sich gedulden, so würden sich die Vorbedingungen für die Restauration gewiß ergeben. Ich legte alles mir zur Verfügung stehende Material dar, das beweisen konnte, daß vor dem Jahre 1922 keine entscheidenden Entschlüsse zu fassen wären. Mein Bericht, dazu bestimmt, wenigstens einige Monate Zeit zu gewinnen, hat den Beifall des Kaisers gefunden. Er war in jenen ersten Oktobertagen b e s t i m m t entschlossen, zu warten. Er hat auch etliche Tage später ähnliche Gedankengänge im Gespräche mit Erzherzog Max entwickelt, so daß dieser vollkommen beruhigt war. Er bedurfte dieser Beruhigung, denn er war aus Bayern unter der Impression der dort herumgebotenen Gerüchte in die Schweiz gekommen.

Am gleichen Tage sprach ich mit Borovicsény. Ich habe ihm zwei Dinge gesagt: Ich würde, wenn wieder ein Restaurationsversuch gewagt werden sollte, nicht wie im Frühjahr den Kaiser umzustimmen versuchen, denn ich hätte damals die schmerzliche Erfahrung gemacht, daß mir zwar nicht die Bekehrung gelinge, wohl aber die Ermattung des kaiserlichen Herzens. Es liege an denen, die weniger verbraucht seien als ich, die noch das volle Vertrauen des Kaisers besäßen, ihn im gegebenen Augenblicke zu warnen. Sie hätten sich vor Augen zu halten, daß ein neuerlicher vergeblicher Restaurationsversuch das Ende wäre. Ich hätte schon zu Ostern einen tragischeren Ausgang befürchtet. Nun könnte ich aber nicht irren. Die großen Mächte würden den Kaiser, der in Ungarn scheitere, zugrunde gehen lassen.

Borovicsény, der dem Monarchen aufrichtig anhing, schwieg mit zuckenden Lippen und Lidern.

Merkwürdig, gerade in jenen Tagen, da der Kaiser dem Gedanken eines Restaurationsversuches ferner denn je stand, ging durch die Welt ein Beben, dessen Ablauf ich dann doch noch in Hertenstein abzuwarten gedachte. Della Torretta wollte ganz bestimmte Umtriebe des Kaisers in Erfahrung gebracht haben. Er schickte sei-

nen Berner Gesandten zu Bundesrat Motta und bestätigte in einem Zirkulare an die Regierungen der Großen und Kleinen Entente den Willen Italiens, sich jedem Wiedereinsetzungsversuche eines Habsburgers entgegenzustellen. Die offiziöse Bukarester Telegraphenagentur erfand, Kaiser Karl habe im engsten Einvernehmen mit den deutschen Monarchisten einen Putsch für Allerheiligen vorbereitet. Von London wurde Theo Russell mit Anfragen bestürmt. Die Kleine Entente zeigte eine gegenüber sonst noch gesteigerte Geschäftigkeit, und Herr Zdeborsky eilte immer öfter von Hertenstein zum Telegraphenamte in Luzern und zurück. Berlin alarmierte die Welt durch Nachrichten, daß zwischen den ungarischen und österreichischen Legitimisten eine Verbindung zum Zwecke eines Umsturzes in Wien (mit ungarischer Hilfe!) hergestellt worden sei. Die Belgrader „Politika" schrieb etwas später: „Die Intrigen der ungarischen Legitimisten nehmen einen beunruhigenden Umfang an. Der Augenblick für den Putsch ist nahe; die bevorstehende Ankunft Karls in Ungarn wird der Auftakt sein. Wir hören aus absolut sicherer Quelle von Vorbereitungen in Sopron. Ein Flugzeug wird am vorher angegebenen Punkt landen."

Bundesrat Motta wurde unsicher. Er schickte den Präsidenten des Luzerner Regierungsrates, Herrn Walther, zum Kaiser. Das war am 13. Oktober vormittags. Der Kaiser versicherte wahrheitsgemäß, daß an all den Gerüchten kein wahres Wort sei. — Und in der Nacht, die diesem Tage folgte, verwandelte sich die Szene . . .

Ich habe mich seither häufig gefragt, was in den ersten Oktobertagen die Unruhe erzeugt haben mag. Ich bin zu keiner befriedigenderen Antwort als der gekommen, daß gewisse Vorbereitungen schon damals den Verdacht von Spionen erregt haben und auf eine nahe bevorstehende Tat bezogen worden sein könnten. Oberst Baron Lehár soll am 3. oder 4. Oktober seinen Kameraden, Oberst Binder, in ein Budapester Kaffeehaus bestellt und ihn dort gebeten haben, zu erheben, wie sich das Offizierskorps der Budapester Garnison zu einem neuerlichen Restaurationsversuch des Königs stellen würde; die hervorragendsten Politiker hätten die Rückkehr vorbereitet. In Zürich waren zwei angeblich polnische Flieger erschienen, die sich nach den Möglichkeiten, einen Apparat zu kaufen, erkundigt hatten. In Luzern lernte Borovicsény die Steuerung eines Automobils. All das waren Vorbereitungen „für alle Fälle",

ohne daß zu jener Zeit ein bestimmter Termin ins Auge gefaßt gewesen wäre. —

Die Vorgänge in Hertenstein in der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober spielten sich bei einem außenpolitischen Konzert von unerhörter Klangfülle ab. Was brach in jenen Tagen und Stunden alles zusammen, und was drohte damals in Brüche zu gehen! — König Ludwig von Bayern verhauchte sein Leben, Kronprinz Rupprecht, der von vielen Deutschen ersehnte Erneuerer der deutschen Kaiserherrlichkeit, trat auf die Bühne. Bayern in einer Krisis, die die Krise des Deutschen Reiches war. Der Ministerpräsident von Kahr brachte den Kampf um den Ausnahmezustand in Bayern auf des Messers Schneide. Ihm schien die Reichseinheit nichts mehr zu gelten. Dabei blutete das Reich aus der oberschlesischen Wunde, die von Tag zu Tag mehr aufsprang. Am 13. Oktober wurde Oberschlesien durch Spruch des Völkerbundes den Deutschen genommen und, mutlos geworden, warf der Erfüllungskanzler sein Portefeuille auf den Tisch. Aus Angora kamen Gerüchte über den Abschluß eines die englisch-französische Freundschaft einmal mehr beleidigenden Sonderabkommens zwischen dem Pariser Unterhändler Franklin-Bouillon und Kemal Pascha. Jenseits des Großen Ozeans ein Wetterleuchten und Stürmen. Europas Staatsmänner schickten sich an, nach Washington zu fahren. Die Verhandlungen zwischen Rußland und Rumänien kamen am beßarabischen Problem zum Stillstand; mißmutig wandten die Delegierten einander den Rücken. Jugoslawien rüstete zum Kreuzzug gegen die Albaner. Eine kindliche Friedensschalmei klang zwischendurch: Man lud die Nachfolgestaaten nach Portorose. Am 24. Oktober sollte diese Versöhnungsouvertüre an den Gestaden der blauen Adria gegeben werden, am 20. der ungarische Vertreter, Dr. Gratz, dahin abreisen.

In Ungarn: Die Partei der kleinen Landwirte warf am 10. Oktober die Königsfrage auf. Sie wollte sie auf der Stelle gesetzlich geregelt wissen und forderte damit die christlichnationale Vereinigung heraus. Graf Apponyi sprach sich an demselben 10. Oktober dahin aus, daß die Legitimisten den ihnen hingeworfenen Fehdehandschuh aufheben würden. Die Lage sei noch nie so verwickelt gewesen. Die Offensive der Anhänger der freien Königswahl falle mit der westungarischen Verwicklung und der schwersten Krise

der ungarischen Finanzpolitik zusammen. Graf Andrássy schrieb, daß Ungarn mit dem Ausfuhrpanama genug habe, ein Panama mit der Einfuhr von Kronen würde an Korruption und Parteilichkeit alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Graf Andrássy spielte mit dieser Äußerung auf einen eben erst aufgedeckten Skandal mit Ausfuhrlizenzen an, der bis in die Nähe des der Partei der kleinen Landwirte angehörenden Ackerbauministers reichte. Die Aufrollung der Königsfrage sollte vielleicht die Aufmerksamkeit von jenem Skandal ablenken.

Und Horthy? — Er war wieder auf der Seite der Gegner des Königs zu finden.

Er ordnete die Auflösung des Gendarmeriebataillons Ostenburg an, das königstreu und wohldiszipliniert geblieben war, während alle anderen militärischen Formationen durch die politische Propaganda Gömbös' und seines „Move" in den Strudel der Politik gezogen worden waren. Die Begeisterung, die jene Maßnahme im Lager der Gömbös, Pronay und Hejjas auslöste, verriet nur allzu deutlich, wem Horthy mit seiner Verfügung einen Dienst geleistet hatte und wie groß der Dienst war.

Mahnend erhob Graf Apponyi in elfter Stunde seine Stimme. Nach seiner Überzeugung sollte die Synthese von Tradition und jener kühnen Evolution, die allein vor Revolutionen sichere, nur unter der unbestrittenen moralischen Autorität des legitimen Königtums zu verwirklichen sein. Nur von ihr erwartete der Patriarch die Herstellung einer unantastbaren, stabilen Rechtsordnung und die gefahrlose Wiederbelebung aller öffentlichen Freiheiten. Graf Apponyi wollte, das erklärte er in der am 21. Oktober vom „Pester Lloyd" verlautbarten Emanation, nicht allen inneren und äußeren Schwierigkeiten zum Trotz die Sache übers Knie brechen, aber das Ziel, auf das Ungarn loszusteuern habe, müsse angegeben werden. Seine Festsetzung würde schon an und für sich ein gewaltiger Schritt auf dem Wege der inneren Konsolidierung sein.

Graf Bethlen vernahm die Aufforderung. Ihn hatte auch Graf Anrdássy bestürmt, der schließlich das Versprechen erhielt, der Ministerpräsident würde die geplante neue Einheitspartei auf das Ziel der legitimen Restauration einstellen und in den nächsten Tagen sein legitimistisches Glaubensbekenntnis vor aller Welt ablegen.

Klarer als früher sprach er am 21. Oktober vor seinen Pécser Wählern. Zum ersten Male seit seiner Berufung an die Spitze der Regierung, bekannte er sich laut zu dem gekrönten Könige, wenn er auch gewisse Bedingungen vom Könige erfüllt sehen wollte, ehe dieser wieder zur Macht gelangte. So anfechtbar auch manche staatsrechtliche Theorien des Ministerpräsidenten waren — es soll doch nicht vergessen werden, daß er damals Verhandlungen mit dem Könige und den Signatarmächten ankündigte, daß er sich nicht nur gegen jeden „Putsch" des Königs, sondern auch gegen jeden Versuch, den König um seine Rechte zu bringen, wendete.

Der Ministerpräsident — vielleicht durch den allzu offensiven Schritt des Reichsverwesers stutzig und besorgt geworden — hatte seine Bekehrung eingeleitet. In zwölfter Stunde.

Die Uhr war abgelaufen.

Die Nacht vom 13. Oktober war vorbei, und in der Stunde, da Graf Bethlen in Pécs sprach, weilten König und Königin bereits auf ungarischer Erde ...

Die Nacht vom 13. Oktober!

Ein Kurier war avisiert. Niemand wußte, niemand ahnte, welch schwerwiegende Botschaft er bringen sollte. Ich hatte lediglich erfahren, daß er mit den ungarischen Fliegern Fekete-Farkas und Alexy gereist war. Ich fuhr ihm nach Luzern entgegen. Mit einem schnellen Motorboot brachte ich ihn über den Vierwaldstätter See nach Hertenstein. Im „Kessel", wo Luzerner, Küßnachter und Alpnachstädter Wasser gegeneinander fluten, hoben schaumgekrönte Wogen das schlanke Fahrzeug. Bis dahin hatten wir über gleichgültige Dinge gesprochen. Jetzt stellte ich aber doch die Frage, die mich schon die ganze Zeit unserer gemeinsamen Fahrt bedrückt hatte: „Was ist denn um Gotteswillen los? Was sollen wieder die beiden Flieger?" Der Bote: „Nicht viel. Niemand spricht jetzt von Rückkehr. Unsere Freunde in Ungarn waren mit den ersten Ermittelungen unzufrieden. Die Piloten sollen noch einmal die Verhältnisse in der Schweiz studieren. Wer weiß übrigens, ob jemals gerade geflogen wird! Man sorgt halt für die Zukunft — für alle Fälle. Das ist alles."

Zielweisend flammte das Bogenlicht auf der Terrasse vor Schloß Hertenstein auf. Der Motor wurde abgestellt. Langsam glitt das Boot ans Ufer.

Der Kaiser, der sonst Nachrichten aus der Heimat nicht rasch genug hören konnte, war diesmal gar nicht ungeduldig. Es war spät geworden. Er wollte den Morgen abwarten. Wichtiges, Dringendes konnte der Bote doch nicht bringen! — Schließlich siegte — wie immer — das Pflichtgefühl. Der Kaiser kam herunter und bat den Kurier zu sich: „Auf einen Augenblick. Wir können ja in den nächsten Tagen mehr sprechen." „Wie Euere Majestät befehlen", und der Ankömmling ging hinter dem Kaiser ins Haus.

Mitternacht war längst vorbei, als die Audienz zu Ende ging ...

„Horthy war es mit dem Befehl zur Auflösung des Ostenburg-Detachements um einen tödlichen Streich gegen den Legitimismus zu tun gewesen. Wenn Ostenburg und seine Gendarmen unter den übrigen Soldaten der nationalen Armee verschwänden, wenn sie auf die verschiedensten Garnisonen verteilt wären, dann wäre dem Könige die Garde genommen, deren er im Falle seiner Rückkehr bedürfte. Der König brauchte sie, um eventuell drohen zu können, denn ein gutes Wort, ein Appell an den Eid des Admirals würde nie und nimmer verfangen. Um den 20. Oktober sollten Ostenburgs Bewaffnete einwaggoniert, nach Budapest gebracht und dort abgerüstet werden. Um einen Tag, vielleicht um zwei, könnte der Offizier die Ausführung des Befehles verzögern, länger nicht, denn ihn überwachten die Banden Pronays und Hejjas'.

Der politische Kampf in Ungarn stände auf des Messers Schneide. Wenn der König nicht käme, dann siegten gewiß die ‚kleinen Landwirte'; sie würden, wenn sie die Entscheidung der Königsfrage forcierten, die Hilfe des Reichsverwesers finden. Hinter den ‚Königswählern' ständen die Terroristen, die die Öffentlichkeit schon so oft ‚bekehrt' hatten.

Die außenpolitische Lage wäre nicht ungünstig. Die großen Mächte mit den größten Problemen befaßt, im Vergleich zu denen die ungarische Königsfrage leicht wog. Italien und die Tschechoslowakei verfeindet, Rumänien wegen Beßarabiens gebunden, die Jugoslawen in Albanien engagiert, was auch dort Animositäten Italiens gegen die Kleine Entente auslöste. In Jugoslawien und in der Tschechoslowakei die von Serben und Tschechen bedrückten Nationalitäten wohl nicht bereit, mit einem Ungarn König Karls

zu gehen, aber auch nicht willens, die Zwangsheimat zu verteidigen.

Alles käme darauf an, in Ungarn so rasch als möglich die königliche Gewalt wiederaufzurichten, um allen Feinden die geeinte Kraft Ungarns nicht in der Offensive, wohl aber in starker Defensive entgegenstellen zu können.

Allerdings, viel Zeit dürfte nicht verlorengehen. Wenn die Gegner einen Zwiespalt in Ungarn merkten, dann hätten sie die Mittel und die Zeit, ihre in Unordnung geratenen Reihen wieder zu schließen und gegen Ungarns Grenzen zu führen, während man in Ungarns Herz, in Budapest, um die Macht rang. Also kein Verhandeln mit dem Reichsverweser, sondern unvermuteter Einzug in die königliche Burg — ein Einzug an der Spitze von Ostenburgs Gendarmen und der sich gewiß rasch anschließenden Budapester Garnison.

Das taktische Programm: Flug des Königs in den Raum von Sopron. Rechtzeitige Ankündigung des Landungstages, worauf die erforderlichen Eisenbahngarnituren für Ostenburgs Truppe im Bahnhofe von Sopron rangiert werden würden. Nach der Landung bleibt der König verborgen. Er wird zur Nachtzeit den nach Budapest fahrenden Militärzug besteigen — unerkannt sogar von seinen Soldaten. In Budapest erst wird er das Schwert ziehen und an der Spitze seiner Soldaten in die königliche Burg marschieren. Ostenburg bürgt für seine Leute. In Budapest sind zwei Regimentskommandanten ihrer Mannschaft ganz sicher und sie selbst der Sache des Königs treu ergeben. Die übrigen bindet nichts an den Reichsverweser als das Diktat Gömbös'. Leute, die aber an dem Tage ausgespielt hätten, da der König in seiner Hauptstadt weilte.

Daß die Vorkämpfer des Legitimismus — die Apponyi, Andrássy, Rakovszky, Beniczky, Gratz und so viele andere Ungarn von Namen und Talent — sich um den wiedergekehrten König scharen würden, bedürfe keines Beweises und keiner Prüfung."

Das waren die Nachrichten, die der Kurier gebracht hatte.

Die Schilderung der verzweifelten Lage Ungarns nahm des Königs Herz gefangen, gewisse Ermutigungen, die die ganze Zeit seit Ostern aus dem Auslande zu ihm gedrungen waren, ließen ihm das Unternehmen als aussichtsreich erscheinen.

Als die Kaiserin um all das erfuhr, war ihr erstes und einziges Wort: „Wenn Du fliegst, dann bin ich an Deiner Seite. In solchen Sturmtagen gehört die Königin zu König und Landeskindern."

Tags darauf erfuhr ich im großen um Absicht und Plan. Der Kaiser, der sich bereits für den Flug entschieden hatte, blickte mich fragend an. Und ich sprach:

„Eurer Majestät konnte ich vor kurzem meine Meinung über die internationale Lage vortragen. Wenn nun Ungarn ausgesprochen haben, daß der letzte Augenblick für die Restauration ihres Königs gekommen sei, so kann ich Eure Majestät nur mehr bitten, über mich zu verfügen. Wenn es möglich wäre, flöge ich mit Eurer Majestät, und ich bliebe an Ihrer Seite zu jeder Stunde und an jedem Orte.

Eure Majestät haben sich für die Rückkehr entschieden. Wollen Eure Majestät mit frohem Herzen ans Werk gehen. Wer unablässig an den Sieg denkt und an ihn glaubt, wird siegen. Wer auch die Niederlage bedenkt, wird geschlagen. Ich flehe zu Gott, daß Er Eure Majestät in Seinen gnädigen Schutz nehme!"

Indem ich so sprach, bin ich meinem in den Ostertagen gefaßten Entschlusse treugeblieben. Ich habe nichts gegen den Restaurationsversuch eingewendet, den ich nach meiner Überzeugung nicht mehr verhindern konnte. Ich habe es im Gegenteil versucht, den Kaiser mit Vertrauen in den Erfolg der großen und — des bin ich auch heute noch gewiß — guten Sache zu erfüllen. Hätte ich an jenem 14. Oktober der Rückkehr widerraten, so wäre meinen Bemühungen kein Erfolg beschieden gewesen. Mein Gewissen wäre aber frei von Vorwürfen. Als Sühne ist mir das Leid ob meines kaiserlichen Herrn frühen Todes auferlegt.

Vom 14. Oktober an wurden nun die Vorbereitungen für den Flug nach Ungarn getroffen. Der Kaiser hatte ausdrücklich befohlen, daß an den Vorbereitungen kein Nichtungar, besonders auch kein Herr des in der Schweiz zurückbleibenden Gefolges teilhaben dürfte. Es ist mir aber nicht erspart geblieben, die letztwilligen Verfügungen des Kaisers für den Fall seines Todes zu empfangen.

Die ungarischen Flieger hatten auf dem Flugplatz von Dübendorf erhoben, daß es dort einen einzigen zu längerem Überlandflug geeigneten Apparat gab. Es war ein Junker-Metallflugzeug

mit geschlossener Kabine. Der Apparat neuester Konstruktion konnte sechs Personen aufnehmen. Die Besitzverhältnisse waren nicht ganz klar. Der Aeroplan war von den Junkerwerken der schweizerischen Ad astra-Flugzeuggesellschaft zwecks Erprobung zur Verfügung gestellt, und diese hatte am 24. September angezeigt, daß sie den Apparat kaufe, den Kaufpreis aber noch nicht erlegt. Mit dem Flugzeug war ein erstklassiger deutscher Pilot, der Fliegeroffizier Zimmermann, in die Schweiz gekommen. Er hatte die Aufgabe, schweizerische Piloten für den Junkerapparat einzufliegen und war der Junkergesellschaft, solange sie Eigentümerin des Apparates war, verantwortlich. Die Fliegeroffiziere hatten auch in Erfahrung gebracht, daß in der Schweiz kein Apparat zu kaufen und ein Flug mit dem C. H. 59 nur unter dem Chefpiloten Zimmermann möglich sei. Sie mußten sich daher entschließen, den Deutschen ins Vertrauen zu ziehen. Er erbat sich, als er eines Abends in das Geheimnis eingeweiht wurde, eine vierundzwanzigstündige Bedenkfrist. Nach deren Ablauf erklärte er sein Einverständnis. Sobald die Ungarn mit Zimmermann im reinen waren, wandten sie sich an die Ad astra-Gesellschaft mit der Bitte, einen kurzen Probeflug machen zu dürfen. Der Flug wurde zugestanden. Am 18. Oktober stieg der Apparat in die Lüfte und Fekete und Alexy konnten sich überzeugen, daß die Maschine tadellos gehorchte. Die meteorologische Lage versprach für einige Zeit günstiges Flugwetter. Es wurde daher unter Berücksichtigung der Tücken des Wetters und der Möglichkeit des rechtzeitigen Durchdringens eines Telegramms die Zeit vom 20. bis 22. Oktober als Flugtermin bestimmt. Ein entsprechendes Telegramm in verdeckter Sprache ging nach Ungarn ab. Am 19. erschienen Fekete und Alexy neuerlich im Bureau der Flugzeuggesellschaft; sie vereinbarten für den 20. Oktober einen Flug nach Genf, an dem außer ihnen auch ein Herr und eine Frau Kowno teilnehmen sollten. Der Flugpreis wurde sogleich bezahlt. Es war anzunehmen, daß die Flugzeuggesellschaft nach Bekanntwerden der tatsächlichen Verwendung ihres Apparates Schadenersatz verlangen würde. Es sollte auch nicht einen Tag der Glaube bestehen, daß der Flug ohne Bedacht auf die materiellen Interessen der Gesellschaft unternommen worden sei. Es wurden daher fünfzigtausend Franken bei der ungarischen Gesandtschaft in Berlin mit der Bestimmung er-

legt, daß sie von einem entsprechend legitimierten Herrn behoben werden würden. Das sollte Zimmermann selbst sein.

Zu gleicher Zeit wurde an den Kauf eines Automobils geschritten. Der Gedanke war der, daß das Kaiserpaar nicht mit einem der in der ganzen Schweiz wohlbekannten eigenen Autos auf den Flugplatz Dübendorf kommen sollte. In den Automobilkauf wurde bedauerlicherweise ein in Zürich lebender Österreicher verwickelt. Er hatte von dem Sinn des Geschäftes keine Ahnung, mußte aber später die Folgen seiner Gefälligkeit, die Ausweisung aus der Schweiz, tragen. Ein polnischer Prinz, Agent einer Automobilfirma, die bei dem Kaufe nicht berücksichtigt worden war, hat jenen Herrn der Polizei denunziert.

Den meisten Bewohnern Hertensteins blieb der Plan bis in die letzten Stunden verborgen. Die Vorbereitungen spielten sich fern dem Vierwaldstätter See ab und lagen in den Händen Borovicsénys. Einige Ungeschicklichkeiten haben, wie ich nachher erfuhr, bei dem einen oder anderen Bediensteten einen gewissen Verdacht erregt, das gesamte Personal — das schweizerische mitinbegriffen — hing aber dem Kaiser viel zu sehr an, als daß es Verrat geübt hätte.

Der 19. Oktober:

Alles war bereit und nach den in der Schweiz getroffenen Vorbereitungen anzunehmen, daß der Abflug gelingen werde. Wie aber stand es in Ungarn? War das die Ankunft für die Zeit vom 20. bis zum 22. Oktober verheißende Telegramm rechtzeitig angekommen, war es noch gelungen, den Landungsplatz herzurichten, Unterkunft für das Kaiserpaar sicherzustellen und den für die Fahrt nach Budapest notwendigen Wagenpark in Sopron zu versammeln? Offene Fragen und brennende Sorgen! — Aber nur daran nicht denken! Der Gedanke allein, daß das Kaiserpaar sich am kommenden Tage auf dem weiten Luftwege befinden werde, ließ das Blut gegen die Schläfen pochen. Und dabei galt es, sich heiter und unbefangen zu zeigen, der gewohnten, vielleich gar einer recht gleichgültigen Beschäftigung nachzugehen! Jene Tage sind an keinem Eingeweihten spurlos vorübergegangen und die späteren erst recht nicht. In dieser Hochspannung empfand ich es als Qual, jeweils mit Kaiser und Kaiserin sprechen zu müssen. Welche Gedanken und Gefühle mußten verborgen werden!

Ich war nicht im Zweifel, daß das in der Schweiz zurückbleibende Gefolge schweren Tagen entgegenging. Ich war gewiß, daß die schweizerische öffentliche Meinung den Kaiser des Wortbruchs anklagen, und durchaus nicht gewiß, daß die Versuche, den Kaiser von diesem ungerechten Vorwurf reinzuwaschen, durchdringen würden. Die Erklärung war zu verwickelt, als daß das sittlich und einfach denkende Volk das Mißverständnis in Zeiten politischer Flut durchschauen und glauben konnte. Baron Hye schlug eine sehr komplizierte Operation mit einem ihm anvertrauten kaiserlichen Handschreiben an den Bundespräsidenten vor — eine Manipulation, die den Empfänger glauben machen sollte, daß die Voranzeige vom Kaiser rechtzeitig erlassen, aber durch weiß Gott welche Umstände verspätet ans Ziel gelangt sei. Ich habe mich gegen jeden solchen Irreführungsversuch gewendet, denn unter anderem hätte er notwendig gemacht, daß der Kaiser sich in seinem Handschreiben zu einem Versprechen bekenne, das er nicht gegeben hatte. Da ich selbst keinen Ausweg fand, blieb mir nur die Hoffnung, daß die Zukunft die moralische Schuldlosigkeit des Kaisers an den Tag bringen und bis dahin der Erfolg und die Sittlichkeit seiner Regierungsführung mit seiner Herrschaft und seiner Persönlichkeit versöhnen werde.

Am 19. Oktober abends wurde festgesetzt, daß das Kaiserpaar, begleitet vom Flügeladjutanten Grafen Ledochowski, am nächsten Morgen mittels Automobils angeblich nach Einsiedeln fahren und abends durch ein Telephonat Ledochowskis aus irgendeinem schweizerischen Orte verbreitet werden sollte, daß das Kaiserpaar sich, wie schon oft, der Feier seines auf den 21. Oktober fallenden Hochzeitstages entziehen wollte. Der Flügeladjutant sollte aber erst während der Fahrt informiert werden.

Ich hatte nicht die Pflicht, mich von dem jeweils ausfahrenden Kaiserpaar am Wagen selbst zu verabschieden. Ich wollte also auch nicht am 20. Oktober zur Abfahrt erscheinen. Ich ging um 8 Uhr früh in die Gemächer des Kaiserpaares. Ich war meiner tiefen inneren Bewegung vollkommen Herr. Mit heiterer und zuversichtlicher Miene sprach ich über die Schönheiten eines Fluges, und dann wünschte ich dem Kaiserpaare aus ganzem Herzen Glück. Kaiser und Kaiserin schienen unbefangen und vertrauensvoll. Die Kaiserin strahlte, war gehobener Stimmung — ihre

Freude war es, auch in dieser Gefahr an der Seite des Kaisers sein zu können.

Ich ging.

Ging in mein Zimmer, trat auf den Balkon. Von unten her das Lärmen der Kinder. Sie alle wollten mit den Eltern fahren. Sie hingen sich an den Kraftwagen, standen auf den Trittbrettern. Kaiser und Kaiserin mußten sich auch in diesem Kreise geben wie immer. Wie schwer muß ihnen das gefallen sein! Die Kinder erhielten die Erlaubnis, bis zum Gartentor mitfahren zu dürfen. — Der Flügeladjutant, Fregattenkapitän von Schonta, trat mit tiefer Verbeugung zurück. Von meinem Balkon mußte ich all das mit ansehen. Ich hätte in mein Zimmer treten, mir diesen Anblick versagen können. Aber ich stand wie gebannt. — Der Kies knirschte. — Die Räder rollten. — Der Kaiser bog sich weit zurück und sah zur obersten Terrasse herauf, wo er mich vermutete. Er winkte mehrmals mit der Hand. Ich neigte mein Haupt. Und als ich es wieder hob, war das Auto verschwunden. Ich sah Kaiser und Kaiserin nicht mehr. —

Im Zimmer, vor meinem Schreibtisch sitzend, schrieb ich auf das zum Abschied empfangene Bild mit den Unterschriften „Karl" und „Zita" das Schicksalsdatum: 20. Oktober 1921. Das Bild ruft mir die Züge von Kaiser und Kaiserin ins Gedächtnis, die ich seitdem nicht mehr gesehen habe . . .

Ich erwog: Wo mochten sie jetzt sein? — In Biberbrücke. — Jetzt kannte Ledochowski wohl schon den Sinn der Fahrt. — Nahe dem Zürcher See, auf der Landstraße bei Rüti, wartete das Auto mit Borovicsény. Der Wagen wurde gewechselt. Ledochowski blieb nun zurück. Der neue Wagen stürmte auf Dübendorf zu.

Nach dem Mittagläuten ging ich langsam in den Speisesaal. — Es war 12 Uhr 14 Minuten. — Das war der Augenblick, da Kaiser und Kaiserin sich in die Lüfte schwangen.

Ja — der Start war gelungen. — Als Ledochowski mit seinem Wagen an den Ufern des Zürcher Sees rastete, hörte er wenig später hoch ober sich das Surren eines Motors. Gedankenvoll blickte er nach aufwärts. Da hatte der Chauffeur die blitzenden Tragflächen eines Riesenflugzeuges erspäht. Niemand hatte mit ihm gesprochen. Er flüsterte vor sich hin: „Seine Majestät!" . . .

An diesem Tage habe ich es als eine Erleichterung empfunden,

mich mit dem gleichfalls in Hertenstein weilenden Erzherzog Max aussprechen zu können. Das Herz war zu voll. Mir war die Aufgabe zugefallen, dem nichtsahnenden Erzherzog ein Handschreiben zu übergeben, mit dem der Kaiser seinen Bruder über seinen Entschluß informierte, und ihn nach dessen Kenntnisnahme in seinem Interesse zum raschesten Verlassen Hertensteins und der Schweiz aufzufordern. Ich wurde diesem Auftrage bald nach der Abfahrt des Kaiserpaares gerecht. Erzherzog Max wollte von mir Details wissen, die ihn die Chancen des Unternehmens beurteilen lassen könnten. Ich konnte wenig bieten. Am gleichen Tage verließ der Prinz Hertenstein.

Am Nachmittage geschäftiges Treiben der Kinder im Garten. Abends, wenn die Eltern heimkehrten, sollten sie den Uferrand zur Vorfeier ihres zehnten Hochzeitstages illuminiert finden! Überall warben die Kleinen Hilfskräfte für ihre Arbeit. Anfangs war es eine Ablenkung, mit ihnen Drähte zu spannen und bunte Lampions zu befestigen. — Welche Enttäuschung wird ihnen werden! — Der Gedanke trieb von ihnen fort.

Am Abend telephonierte Graf Ledochowski, daß das Kaiserpaar auswärts übernachten werde. Es wolle seinen Gedenktag in stiller Zurückgezogenheit irgendwo im Berner Oberland verbringen.

Am nächsten Abend hieß es, eine schwere Panne nötige zum weiteren Ausbleiben. Falls man bis Samstag nicht flottwerden könnte, ließe man sich das geschlossene Auto entgegenschicken. An diesem Tage hat in Hertenstein wohl niemand mehr an das in stiller Zurückgezogenheit feiernde Kaiserpaar geglaubt.

Ich sehnte den Augenblick herbei, da das Unternehmen bekannt und damit erörterungsfähig werden würde. Mochten Arbeit und Sorgen über mich hereinbrechen — besser als dieses Schweigen, dieses Hangen und Bangen in schwebender Pein! Dazu die Erwägung, daß ja am 21. Oktober der Einmarsch in Budapest gelungen sein müßte! Dann sollten aber auch die Telegraphen spielen! Allerspätestens am 22. Oktober mußte der Coup offenbar werden, wenn anders er nicht mißlungen war und die Gegner des Kaisers aus mir unerfindlichen Gründen noch das Geheimnis wahrten. In dieser Erwägung trat ich am Vormittage des 22. Oktober den schweren Gang zu Erzherzogin Maria Josepha an. —

Knapp vor Mittag wurde mir von der Schweizerischen Depe-

schenagentur telephonisch mitgeteilt, daß eine Ententegesandtschaft in Bern die Nachricht vom Eintreffen des Königs in Ungarn erhalten habe. Ich wurde um Auskunft gebeten. Sie lautete: Der Kaiser und die Kaiserin sind am 20. von Hertenstein weggefahren, um, wie es hieß, ihren Hochzeitstag in aller Stille zu verbringen; sie sind noch nicht zurückgekehrt.

Zwischen 11 und 12 Uhr hatte der Chef des Politischen Departements, Bundesrat Motta, die gleiche Nachricht erhalten. Er wendete sich an den Vorstand des Luzerner Militär- und Polizeidepartements, Regierungspräsidenten Walther, und dieser sich an mich. Ich meldete, daß der Kaiser nicht in Hertenstein und Flügeladjutant Fregattenkapitän von Schonta zur Erteilung weiterer Informationen bereits auf dem Wege nach Luzern sei.

Sobald nämlich die Nachricht von dem Eintreffen des Kaisers in Ungarn nach Bern gedrungen war, hatte Legationsrat Baron Hye sich zum Bundespräsidenten Schultheß, Fregattenkapitän von Schonta zum Regierungspräsidenten Walther zu begeben. Baron Hye überreichte dem Bundespräsidenten um ¾3 Uhr nachmittags das Handschreiben, mit dem der Kaiser mitteilte, daß er seiner beschworenen königlichen Pflicht gemäß dem Rufe seiner Getreuen, nach Ungarn zu kommen und dem Lande den Frieden zu geben, nachgekommen sei, und seine Familie und seine Bediensteten dem Schutze der Schweiz empfahl. Als Herr Schultheß das Schreiben gelesen hatte, warf er es wütend auf den Tisch, und sein erstes Wort war: „Der König hat das Wort gebrochen." Baron Hye wendete vor allem ein, daß die Bedingungen der Schweiz den eidlichen Verpflichtungen des Herrschers gegenüber seinem eigenen Volke widersprächen, was der Bundespräsident mit den Worten quittierte: „Dann hätte der König die Bedingungen nicht akzeptieren dürfen." Mit Rücksicht auf die hochgradige Erregung des Schweizer Oberhauptes ließ sich die Diskussion über die Bedingungen und das Versprechen nicht fortspinnen. Selbst die Anempfehlung der schutzbedürftigen Kinder wurde zuerst halb und halb mit den Worten abgewiesen: „Ich kann jetzt gar nichts versprechen." Schließlich lenkte aber Herr Schultheß ein: „Wir werden uns gewiß von der Menschlichkeit leiten lassen." Als Baron Hye der Hoffnung Ausdruck lieh, daß sich in Ungarn alles zum Guten wenden werde, replizierte der

Bundespräsident: „Ich werde Ihnen sagen, was geschehen wird: Die Tschechen, Jugoslawen und Rumänen werden in Ungarn einmarschieren." Der Empfang fand mit den bedauernden Worten ein Ende: „Es tut mir leid, daß ich Ihnen all das sagen mußte."

Auch die Mission Schonta endete wenig erfreulich. Die Antwort Walthers, des Obmannes der konservativen Partei der Schweiz, war wohl im Ton wesentlich freundlicher, in der Sache aber gleich hart. Die Möglichkeit einer Aufklärung über das Versprechen war nicht gegeben. Walther mag persönlich das Schicksal des Kaisers, das er in den dunkelsten Farben sah, bedauert haben, den schweizerischen Standpunkt hat auch er zur Geltung gebracht.

Ich kann nicht umhin, die unfreundliche Stellungnahme der schweizerischen Öffentlichkeit und die harten Maßnahmen, die der Bundesrat sehr bald beschlossen hat, zu erwähnen und, wo es mir notwendig erscheint, zu kritisieren. Ich möchte aber mit dieser Kritik nicht mißverstanden werden. Die ruhige Überlegung, die ich Monate nach der Katastrophe wiedergewonnen habe, läßt mich gewiß auch dem schweizerischen Standpunkt gerecht werden. Der Bundesrat sah sich durch den politischen Akt eines Asylisten in eine außerordentlich schwierige Lage versetzt. Die Wiederaufnahme des Kaisers nach dem Osterunternehmen hatte die Schweiz gespalten und dem Bundesrat Vorwürfe von allen Seiten eingetragen. An Vorwürfen haben es auch fremde Mächte nicht fehlen lassen. Das Prinzip, daß die Schweiz in ihrem Hause der Herr sei, ist sehr schön, und der Bundesrat hat sein Hausherrenrecht nach Kräften gewahrt. Gerade das ist ihm aber recht schwer geworden, weil die fremden Mächte einen Schein von Recht hatten, die Schweiz der Duldung politischer Umtriebe anzuklagen. Übrigens, das Recht ist heutzutage von der Gewalt fast vollständig verdrängt. Das gelindeste war es noch, wenn die Schweiz als die düpierte Macht verlacht wurde. Ich übersehe auch nicht, daß der Schweizer Geist durch die Kriegsgefahr, die der Restaurationsversuch heraufbeschworen hat, tief berührt war. In jenen stürmischen Tagen konnte man von dem schweizerischen Gewissen nicht die Untersuchung verlangen, ob die Bedrohung Ungarns mit Krieg ein Unrecht der Drohenden oder des Bedrohten war. Die Schweizer sagten sich, daß der Kaiser diese Gefahr vorhersehen mußte, also ihre Heraufbeschwörung nicht riskieren

durfte. Und dem einfachen Schweizer ging es auch nahe, daß diese Kriegsgefahr mittelbar von seinem Boden ausgegangen war. Der Bundesrat glaubte wohl, den Sturm der Parteien beschwören und sich gegenüber insistierenden fremden Gesandten nur dann auf die schweizerische Unabhängigkeit berufen zu können, wenn er der Gasse das Opfer des guten Rufes des Kaisers und der Ruhe Hertensteins brachte. Wenn der Erfolg für die Tat spricht, dann hat der Bundesrat politisch (aber nicht rechtlich) gut gehandelt, denn seine Haltung hat ihn und das Land vor Schaden bewahrt.

Immer wieder stieß man auf den Vorwurf, der Kaiser habe sein Wort gebrochen. Dagegen war damals nicht anzukämpfen. Ich selbst habe daher noch in meinem am 5. November 1921 an die Schweizer Öffentlichkeit gerichteten Abschiedsbriefe die Haltung des Kaisers aus dem Konflikt zwischen Bedingungen, die ihm Fremde auferlegt haben, und den Verpflichtungen, die er gegenüber seinen Landeskindern hatte, zu erklären versucht. Das Mißverständnis habe ich schon vorher gekannt. Wie es zu dem Mißverständnis gekommen war, hätte ich aber damals noch nicht schlüssig zu erklären vermocht. Meine Aufklärung hätte also unwahrscheinlich geklungen. Jetzt kenne ich den ganzen unglückseligen Hergang der Sache. Ich habe ihn in diesem Buche besprochen, weil ich indessen erfahren habe, wie den verbannten Kaiser der Vorwurf des Wortbruches geschmerzt hat.

Heute, ferne dem Sturm der Oktobertage, wird auch die Eidgenossenschaft gerechter und milder urteilen. Damals, es sei wiederholt, gab es nur einen Schrei der Entrüstung. Daß die liberale und sozialistische Presse wetterte, konnte nicht überraschen. Feindseligkeiten aus dem sozialistischen Lager brauchten übrigens nicht allzu tragisch genommen zu werden. Es muß sogar gesagt werden, daß die sozialistische Parteileitung sich nicht überschrien hat. Sie erbrachte einen Beschluß, in dem beispielsweise nur die schärfste Überwachung aller noch in der Schweiz Asylrecht genießenden Personen, die auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu höheren politischen Kreisen des Auslandes Anlaß zu Befürchtungen böten, nicht aber ihre Ausweisung gefordert wurde. Politische Führer und politische Zeitungen derselben Partei gehen oft verschiedene Wege. Das war in jenen Tagen nicht nur im sozialistischen Lager zu konstatieren. Während zum Beispiel ein Teil der freisinnigen

Presse sich in den heftigsten Ausfällen gegen den Kaiser und seinen Anhang erging, urteilten namhafte liberale Führer — ich habe mit so manchem gesprochen — viel leidenschaftsloser, daher auch gerechter. Nahe ging uns die Verurteilung des Kaisers durch die Konservativen. Es mußte wehe tun, wenn ein Mann wie Nationalrat Bossi, der den Kaiser noch wenige Monate früher vor den eidgenössischen Räten verteidigt hatte, nunmehr öffentlich erklärte: „Die selbstverständliche Voraussetzung war, daß der Asylsuchende die gestellten Bedingungen loyal erfülle und das gegebene Versprechen getreulich halte. Die Ereignisse der letzten Tage haben leider eine Enttäuschung gebracht und zum großen Bedauern der Freunde eines weitgehenden Asylrechtes gezeigt, daß diese Annahme eine irrige war, und daß König Karl das schweizerische Asyl mißbraucht hat ... ‚Ein Mann, ein Wort', gilt auch hier, und zwar noch in erhöhtem Maße, wenn ein König der höchsten Behörde eines Landes sein Wort verpfändet hat. Einen anderen Standpunkt kann man als Schweizer nicht einnehmen, er deckt sich mit der Schlußmaßnahme des Bundesrates, daß diesmal eine Rückkehr nach der Schweiz ausgeschlossen ist." Die Stellungnahme der konservativen Partei erklärt sich jedoch zur Genüge aus dem beleidigten Schweizer Gefühl und aus dem Schmerz über den Schaden, den die konservative Sache durch den Vorgang erleiden konnte. Die Konservativen waren es gewesen, die für das Asylrecht des Kaisers in erster Reihe gefochten hatten, und sie waren es endlich, die für den der Schweiz aus diesem Asyl eventuell erwachsenden Nachteil verantwortlich gemacht wurden.

Am Sonntag oder Montag (23. oder 24. Oktober) machten wir in Hertenstein zum ersten Male die Bekanntschaft der Organe der Bundesanwaltschaft. Diese Behörde war vom Bundesrate beauftragt worden, die näheren Umstände und die ganze Vorgeschichte der Ausreise des Kaisers zu erheben und insbesondere auch den Anteil der verschiedenen Personen an den Vorbereitungen festzustellen. Diese Untersuchung nach Hertenstein zu tragen, war ein undankbares Beginnen. Ich zum Beispiel wußte schon vorher um den Rückkehrentschluß, an dessen Fassung und Durchführung ich keinen Anteil hatte; aber auch mein sehr bescheidenes Wissen konnte ich nicht zugeben. Es ist mir bei meiner Einvernahme nicht leicht gefallen, in diesem einen Punkte von der Wahrheit

abzuweichen, ich bin aber anderseits überzeugt, daß kein einziger Magistrat der Schweiz von einem Getreuen des Kaisers angenommen hat, er würde zu einer Zeit, wo es um Leben oder Tod des Kaisers ging, auch nur das geringste preisgeben. Bald nach der ersten Einvernahme haben höchste Funktionäre des Bundes — auch mir gegenüber — wiederholt erklärt, sie legten auf das Resultat der Untersuchung nicht den geringsten Wert, sie handelten ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Untersuchung, die ganze Sache sei keine Frage des Rechtes, sondern eine solche der Politik. Die Untersuchung diente also bloß der Erlangung politischer Informationen. Ein solcher Dienst kam einem Gefolgsmann des Kaisers Karl nicht zu.

Am 24. Oktober beschloß der Bundesrat grundsätzlich die Ausweisung der Spitzen des Gefolges des Kaisers Karl. Am nächsten Tage stellte er die Liste der Auszuweisenden fest. Am Abend erschien Legationsrat Egger in Hertenstein, um mir für alle Betroffenen zu eröffnen:

„Der schweizerische Bundesrat hat heute morgen beschlossen, daß folgende Personen aus der Umgebung des Königs bis Ende des Monats die Schweiz zu verlassen haben:

Bischof Dr. Seydl, Oberst Graf Ledochowski, Fregattenkapitän von Schonta, Hauptmann Freiherr von Werkmann und Frau.

Der Bundesrat ist bereit, den sieben Kindern des Königs bis auf weiteres den Aufenthalt in der Schweiz zu gewähren und, wenn es gewünscht wird, ist er damit einverstanden, daß eine von den drei Erzherzoginnen bei ihnen bleibt. Der Mutter des Königs, Erzherzogin Maria Josepha, kann aber der weitere Aufenthalt in der Schweiz unter keinen Umständen gewährt werden.

Es wird um nähere Bezeichnung gebeten, welche der beiden anderen Erzherzoginnen bei den Kindern zu bleiben gedenkt. — Der Ausreisetermin wird den beiden Erzherzoginnen demnächst bekanntgegeben werden.

Der Bundesrat ist damit einverstanden, daß das für die Erziehung, Bewachung, die Bedienung und die Pflege der Kinder nötigste Personal bei den Kindern bleibe. — Er ersucht um genaue Bezeichnung der Namen dieser Personen, wobei er

sich vorbehält, die eingereichte Liste besonders hinsichtlich der Zahl des Personals zu prüfen.

Der Bundesrat nimmt an, daß das übrige Personal in nächster Zeit entlassen wird."

Am 26. Oktober wurde uns der formelle Ausweisungsbeschluß zugestellt. Er stützte sich auf Artikel 70 der Bundesverfassung. Wir hatten also die innere und äußere Sicherheit der Schweiz in Gefahr gebracht. Was ich über diesen Beschluß damals gesagt habe, gilt auch heute:

Der Bundesrat mochte uns die Bewilligung zum weiteren Aufenthalte in der Schweiz entziehen und uns nachher die Grenze sperren. Die formelle Ausweisung war aber ein Unrecht. Würde es dem Bundesrat schon schwer fallen, zu beweisen, daß der Monarch, der vom Bundesrate selbst als der rechtmäßige König von Ungarn anerkannt worden ist, die innere und äußere Sicherheit der Schweiz gefährdete, als er um sein Recht focht, so konnte er vollends nicht das in der Schweiz zurückgebliebene, ausschließlich aus Österreichern bestehende, an den Vorgängen in Ungarn nicht beteiligte Gefolge des Kaisers einer der Schweiz feindlichen Handlung bezichtigen. Was den Bischof anbetraf, so mußte seine Ausweisung auch noch als eine Unfreundlichkeit gegen Rom gewertet werden, denn er war mittels päpstlichen Breves zum Pfarrer der kaiserlichen Familie in der Schweiz bestellt worden. Der Bundesrat hat allen diplomatischen Vorstellungen vorgebeugt, indem er von Haus aus erklärte, er werde solche nicht entgegennehmen. Die Kurie hat sich dieser Abweisung a limine gebeugt.

Die Ausweisung innerhalb weniger Tage war eine Härte gegenüber der kaiserlichen Familie und gegenüber den Betroffenen. Jene Tage waren so sehr von Sorgen um das Schicksal des Kaiserpaares und um die Führung des Haushaltes ausgefüllt, daß jedes Mitglied des Gefolges unter der Arbeit schier zusammenbrach. Die so rasche Ausreise machte es unmöglich, die sehr verwickelten finanziellen Verhältnisse ohne Schaden für den Kaiser zu regeln. Es wäre zu weit gegangen, wenn ich behauptete, die kurze Ausreisefrist habe das Elend des Kaisers auf Madeira verschuldet. Gewiß ist aber: Wäre es dem Gefolge möglich gewesen, bis zur Installierung des Monarchen auf Madeira in der Schweiz zu ver-

bleiben, so hätte die finanzielle Lage des Kaisers für Monate sichergestellt werden können. Die erzwungene Ausreise innerhalb sechs Tagen stellte das gesamte Gefolge vor kaum zu lösende Fragen. Ich selbst hatte die Pflicht, dem Kaiser, wenn irgend möglich, politische Hilfe zu leihen. Ich konnte nichts anderes tun, als der unglücklichen Mutter, Erzherzogin Maria Josepha, bei der Anrufung ihr wohlgesinnter Souveräne Sekretärdienste zu leisten. Großmutter, Mutter und Tante des Kaisers, dann die Schwester der Kaiserin waren in Hertenstein und brannten auf Nachrichten über das Schicksal des Kaiserpaares; ich sollte also auch in diesen Tagen Nachrichten sammeln und weitergeben. Gewisse politische Verhandlungen zur Wiedergewinnung kaiserlicher Vermögensbestände durften nicht unterbrochen werden. Journalisten belagerten das Schloß. Die polizeilichen Einvernahmen, die trotz der Ausweisung weitergingen, verschlangen kostbare Stunden. Oberst Graf Ledochowski brach zusammen. Fregattenkapitän von Schonta war Tag und Nacht mit der Sicherung der kaiserlichen Familie und der Führung des Hofhaltes befaßt. Da sollte nun für alle das „Wohin" beantwortet werden. Die österreichische Gesandtschaft verweigerte fürs erste das Rückreisevisum, sie wollte Weisungen aus Wien abwarten. Also mußte die Einreisebewilligung einer anderen Regierung erbeten werden. Die meisten Staaten lehnten ab. Am 28. Oktober gestand uns die Regierung des Großherzogtums Luxemburg die Einreise zu. Auf welchem Wege dahin kommen? Weder die französische Botschaft noch die deutsche Gesandtschaft wollten von sich aus Durchreisebewilligungen erteilen. Es wurde nach Paris und Berlin telegraphiert. Wir gerieten in eine Zeitnot, die uns schließlich mit einem gewissen Fatalismus der Entwicklung der Dinge entgegensehen ließ. Alle unsere Bitten, uns eine kurze Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung zuzugestehen, wurden anfangs abgeschlagen. Am 28. Oktober fuhr Erzherzogin Maria Theresia nach Bern, um den Bundespräsidenten milder zu stimmen. Sie wurde mit höflichen Worten abgewiesen. Endlich bewilligte uns Bundesrat Häberlin eine dreitägige Verlängerung. Da lehnte die deutsche Regierung die Durchreise ab. Ich glaube, es war weniger meinen neuerlichen dringenden Vorstellungen als der Intervention der Schweiz, die die Affäre endlich liquidiert sehen wollte, zu danken, daß die deutsche

Regierung — gleichwie die französische — ihren Beschluß revidierte und die Durchreise unter vielen Kautelen zugestand.

In Bern war mir noch eine sehr schwere Stunde beschieden. Ich hatte den englischen Gesandten im Namen der Kaiserkinder zu bitten, er möchte ihr Glückwunschtelegramm anläßlich des Namenstages des Kaisers weiterbefördern; der kaiserliche Vater befinde sich auf einem englischen Kriegsschiffe, die Kinder wüßten seit zwei Wochen nichts von ihren Eltern und wollten ihnen wenigstens die Freude dieser Erinnerung bereiten.

Ich bedauere, Theo Russell aufgesucht zu haben. —

Am 2. November verließ Bischof Seydl Hertenstein, am 3. reisten meine Frau, Ledochowski und Schonta ab. Ich blieb als „Geisel" zurück. Am 5. November konnte auch ich zur Abreise rüsten. Die Erzherzoginnen Maria Josepha, Maria Theresia und Maria Annunciata sowie Prinzessin Elisabeth von Bourbon, dazu die anmutige Kinderschar gaben mir das Geleite durch das Haus, das ich noch einmal durchstreifte, hinunter zu dem Wagen, der mich nach Bern führte. — Wie furchtbar schwer fiel dieses Scheiden! — Auch der Abschied von der Schweiz ...

Ich habe mein eigenes Schicksal in jenen bewegten Tagen zuerst gezeichnet, der chronologischen Reihenfolge der auf mich hereingestürmten Eindrücke zuliebe. Das Traurige, das sich indessen ferne von mir abspielte, habe ich ja, solange ich in der Schweiz weilte, nur in Bruchstücken erfahren, und es hat erst geendet, als ich schon im neuen Asyl war.

Der Restaurationsversuch des Kaisers ist nach meiner Ansicht am ersten Tage gescheitert. Obwohl dem Kaiser als äußerster Termin seiner Rückkehr (mit Rücksicht auf die Auflösung des Detachements Ostenburg) der 22. bezeichnet und als Eintrefftermin die Zeit zwischen dem 20. und 22. Oktober gewählt worden war, ist es zu Sopron nicht gelungen, die für die Fahrt nach Budapest erforderlichen Waggons schon am 20. bereitzustellen. Die sogenannte Rübenkampagne hatte den Wagenpark der ungarischen Staatsbahnen in ihren Dienst genommen. Dieses Übel hätte noch nicht zur Niederlage führen müssen. Unerklärlicherweise wurden aber nach der Ankunft des Kaiserpaares die Grundlagen des frü-

heren Planes verlassen und Kaiser und Kaiserin am 21. Oktober nach Sopron geführt. Erst am 22. Oktober trat man die Reise nach Budapest an. Dieser Aufenthalt in Sopron mit der feierlichen öffentlichen Beeidigung der Garnison lüftete das Geheimnis zu früh und gestattete es der Regierung, den Widerstand zu organisieren, und der Kleinen Entente, ihr diplomatisches und militärisches Rüstzeug in Ordnung zu bringen. Zum Kampfe mit den Waffen ist es letzten Endes gekommen, weil Horthy sich von Gömbös hatte zur Untreue verleiten lassen. Der Kampf mit den Waffen ist verloren gegangen, weil Horthy und die Regierung hinterhältig genug waren, dem König einen Waffenstillstand vorzuschlagen, um Truppen heranziehen zu können, und ihn zu brechen, sobald sich die militärische Situation zu ihren Gunsten geändert hatte. Der Kampf um die Krone ist aber meines Erachtens verloren gegangen, weil man kostbare Stunden verloren und ihre Ausnützung dem Gegner ermöglicht hatte. Würde auch das Gefecht bei Buda-Oers mit einem Siege der Königstruppen geendet haben, es wäre nicht mehr rasch genug gelungen, die Einheitsfront gegen die Nachbarn herzustellen und an die Grenzen vorzuschieben. In dem Augenblicke, da die Welt erfuhr, daß der König in Ungarn sei, mußte ganz Ungarn hinter ihm stehen.

Diejenigen, die sich gegen den König gestellt haben, mögen sich dessen nicht berühmen. Sie haben Ungarn — ohne Notwendigkeit — um die Unabhängigkeit gebracht. Der Ausgang des Königsdramas hat die Panik, die sein erster Akt hervorgerufen hatte, und die der Sache des Königs günstigen Umstände vergessen lassen. Als die ersten Nachrichten von der Landung des Königs nach Budapest drangen, flehte der Ackerbauminister Szabo nach den Berichten seines Kollegen Balla und des tschechoslowakischen Gesandten in Budapest nacheinander um englischen, serbischen und französischen Schutz, bis er endlich von einem französischen Donau-Monitor aufgenommen wurde, der ihn nach Apatin in Sicherheit bringen sollte. Horthy erklärte den ihn bedrängenden Ententegesandten, daß es keinen Ungarn gebe, der seine Klinge mit der des Königs kreuzen würde. Gömbös hat den ‚mattherzigen' Admiral bekehrt und die Ernennung zum Verbindungsoffizier zwischen Ministerpräsidenten und plenipotentiärem Militärkommandanten empfangen. Der Oberkommandant der ungarischen Na-

tionalarmee, Feldmarschalleutnant Baron Willerding, warf seinen Säbel hin; er wollte nicht zum Verräter an seinem königlichen Herrn werden. Er wurde durch den General Paul von Nagy ersetzt. So sah es im Inland aus. — Und im Ausland? — Die Pariser Nachrichtenagenturen verbreiteten am Sonntag, den 23. Oktober, Nachrichten über einen Erfolg des Königs in Telegrammen, die wie ein Hosianna auf den Sieg der guten Sache klangen. Der „Temps" lehnte noch am 24. Oktober den Gedanken ab, daß die Restauration eine Gefahr für Frankreich sei. Er schob den „Prozeß" Italien zu: „Une restauration des Habsbourgs serait en effet un danger pour elle." Die Popularität des Königs wurde zugegeben: „D'ailleurs, l'immense majorité des Hongrois est restée monarchiste, et entre les candidats au trône Charles IV paraît bien être celui qui a le plus de partisans." Und: „Il ne faut pas se dissimuler que les chances d'une restauration sont plus grandes aujourd'hui qu'il y a six mois." Der „Eclair" verdammte die Zerstückelung der Habsburger Monarchie, die den Balkan verlängert habe. „La Libre Parole", „L'Action Française" und so viele andere Organe Frankreichs standen auf der Seite Habsburgs. „Tribuna", „Obzor", „Slovenec" glaubten, Grund zur Klage gegen Rumänien zu haben, „das sich ganz uninteressiert gebärde". In der Tschechoslowakei sah es trostlos aus. Das im Juli 1921 über einige Bezirke der Slowakei verhängte Standrecht mußte nun für das ganze Land verkündigt werden. Die deutschen Blätter, allen voran die „Reichenberger Zeitung", protestierten solange gegen die Mobilisierung, bis sie in dem so freien Staate eingestellt wurden. Die tschechischen Studenten, die die schärfsten Maßnahmen gegen die Habsburger gefordert hatten, baten um Enthebung vom Waffendienste, sobald die Mobilisierung angeordnet worden war. Nur unter der Drohung tschechischer Bajonette rückten die nichttschechischen Soldaten zu ihren Regimentern ein. In der Slowakei gehorchten bloß zehn Prozent der Waffenpflichtigen dem Einberufungsbefehl. In den Kasernen meuterten die Soldaten. In Graslitz forderte die Einziehung der Einberufenen vierzehn Menschenleben. Von amtlichen Kundmachungen aus den Mobilisierungstagen seien auszugsweise drei wiedergegeben. Das Olmützer Divisionskommando verlautbarte: „Heute brach bei einer Kompanie des in der Jesuitenkaserne untergebrachten Grenzbataillons

Nr. 7 eine Empörung aus. Anlaß hierzu gab die durch einige Soldaten verbreitete Nachricht, daß bei einigen Regimentern der Jahrgang 1897 bereits demobilisiert wurde. Das Gerücht verbreitete sich rasch und erregte große Unzufriedenheit. Diese Stimmung machten sich einige unzuverlässige Elemente zunutze und wiegelten die Soldaten auf, ihren Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern. Als morgens der Kompaniekommandant Oberleutnant Talasek die Abteilung auf den Exerzierplatz führen wollte, weigerten sich die Soldaten, zu gehorchen. Sie zogen in die Kaserne zurück, wo sie auf dem Gange von Oberleutnant Talasek die sofortige Demobilisierung verlangten. Als seine gütlichen Bemühungen nichts fruchteten, erstattete er dem Stationskommando Meldung. Einige Minuten später erschien Platzkommandant Oberstleutnant Krakova in der Kaserne. Seiner Intervention gelang es, die Ruhe und Ordnung in der Ubikation augenblicklich herzustellen und die Soldaten zu veranlassen, ihre Unterkunftsorte aufzusuchen. Die Haupträdelsführer wurden verhaftet und dem Divisionsgerichte übergeben. Die Kompanie, welche diesen Auflehnungsversuch unternommen hatte, setzt sich zumeist aus Ostrauer Reservisten zusammen." Die Egerer und Karlsbader politischen Bezirksverwaltungen affichierten: „Nach Mitteilung des Stationskommandos Eger haben sich zahlreiche Mobilisierte, die in Franzensbad einquartiert waren (ungefähr 600 Mann), eigenmächtig aus ihrer Garnison entfernt, um die Demobilisierung zu Hause abzuwarten. Es wird aufmerksam gemacht, daß alle jene, die sich eigenmächtig entfernt haben, nach der Demobilisierung ihres Jahrganges nachdienen müssen. Deshalb liegt es in ihrem eigenen Interesse, wieder in die Garnison einzurücken." Das „Prager Amtsblatt" veröffentlichte an einem Tage folgende Beschlagnahmeerkenntnisse: „Der Tag", „Mährischer Grenzbote", „Deutsches Volksblatt", „Deutschösterreichische Tageszeitung", „Znaimer Tagblatt", „Der Kampf", „Die Wahrheit", „Slovacko", „Vestnik Delnickych telovicnych jednot". Noch wochenlang später belustigten die Dementis, die zugaben, was der breiteren Öffentlichkeit noch gar nicht bekannt war. —

Der Kampf, der schließlich zwischen Großer und Kleiner Entente wegen der dem königlos gewordenen Ungarn gestellten Bedingungen entbrannte, — er wäre wohl auch der Königssache nutzbar zu

machen gewesen, wenn diese nur rasch und ohne Blutvergießen gesiegt hätte!

Gesiegt haben aber Verrat, Betrug, Schein und die leere Drohung.

E i n Mann hat die Situation bestimmt. Das war Dr. Benesch. Ihm ist eine nicht vorhandene Macht geglaubt worden. Und wo der Glaube fehlte, verfing die Drohung. Den Franzosen drohte er, ihnen die Gefolgschaft gegen England und Deutschland aufzukündigen, den Italienern drohte er, mit den Jugoslawen durch dick und dünn zu gehen. Auch Gömbös glaubte an das Phantom tschechoslowakischer Macht. Und Gömbös zwang Horthy unter sein Gebot und Horthy endlich die Tausende, die an die Macht des Reichsverwesers glaubten. S o gelang es, einen Widerstand gegen die Königstruppen zu organisieren, der anfangs gar nicht vorhanden war.

Der König war mit bewaffneter Macht gegen ein Budapest aufgebrochen, das wehrlos und zu keiner Verteidigung entschlossen war. Eisenbahnzerstörungen und Waffenstillstandsverhandlungen hielten ihn so lange auf, bis Horthy (lies: Gömbös) Verstärkungen aus der Provinz herangeholt hatte, — Verstärkungen, die von der Unwahrheit verführt waren, daß der König mit ausländischen Söldnern gegen die Hauptstadt ziehe. Dann wurde der Waffenstillstand gebrochen, die überraschten Königstruppen konnten gefangen genommen werden, der König — neben ihm die Königin — war wehrlos geworden. Am 24. Oktober war alles vorbei. Das Königspaar ging ins Schloß des Grafen Franz Esterházy und wurde dort gefangen. Dort, in Tata, lernte es den Menschengeist in seinem Hochflug und in seiner letzten Niedrigkeit kennen. Die Staatsmänner, die ihr Schicksal schon in Sopron an das des Königs gebunden hatten, lösten das Band auch nicht in der Not und Gefahr. General Baron Lehár und Oberst von Ostenburg gehorchten nur einem wohlerwogenen Befehle ihres Obersten Kriegsherrn, des Königs, als sie trachteten, sich in Sicherheit zu bringen. Feldmarschalleutnant Hegedüs ging dagegen zur Regierung über.

Die Nacht vom 24. auf den 25. Oktober umfing mit ihren Schatten eines der düstersten Kapitel ungarischer Geschichte. Ein Protokoll der Offiziere des Ostenburg-Bataillons hat festgehalten, daß in jener Zeit selbst Mörder glaubten, sich auf den Reichsverweser berufen zu können.

Nach diesem Protokoll wurden am 24. Oktober ungefähr 120 Mann allerlei unverantwortliches Gesindel mit zwanzig requirierten Personenautos und einem Lastautomobil von ihrem Kommandanten Husarenrittmeister Koloman Rácz mit dem Befehl in Marsch gesetzt, den Eisenbahnzug des Königs anzuhalten und „die ganze Bande aus dem Weg zu räumen". Dann heißt es: „Die Autos nahmen ihren Weg über Promontor nach Tétény, und es ist nur der anständigen Gesinnung des Chauffeurs zu verdanken, daß der Plan nicht durchgeführt werden konnte."

Die Ereignisse im Schlosse des Grafen Esterházy zu Tatabánya sind im Protokoll wie folgt dargestellt:

„Am Abende nach der Ankunft in Tatatóváros erschien der Oberst des Generalstabes Siménfalvy im Schlosse; er richtete an den Gardekommandanten Gebhardt die Frage, ob er darauf rechnen könne, daß die Gardisten ihren Dienst im Interesse der Sicherheit des Königs fortsetzen werden? Die Antwort war, die Garde harre unter allen Umständen neben Seiner Majestät aus, könne aber mit Rücksicht auf die geringe Anzahl der Gardisten nur für die innere Sicherung des Schlosses sorgen. Siménfalvy erklärte hierauf, er werde noch im Laufe der Nacht eine Radfahrerkompanie beistellen, deren Kommandant sich zwecks Übernahme weiterer Befehle bei dem Kommandanten der Leibgarde zu melden haben werde; sonst habe niemand Zutritt in das Schloß. Bis zur Ankunft der Radfahrerkompanie seien die Zufahrten zum Schloß gesperrt zu halten. Die äußere Bewachung des Schlosses wurde einer Gendarmeriepatrouille übertragen, mit dem Auftrag, die ganze Nacht hindurch rings um das Schloß zu patrouillieren. Gemäß diesem Befehle traf Gendarmerieoberleutnant Elemér Székely die nötigen Maßnahmen; er machte den Kommandanten der Patrouille, einen Offiziersstellvertreter, wiederholt aufmerksam, daß der Kommandant der eintreffenden Radfahrerkompanie ihm vorzuführen sei, und daß sonst jedermann der Zutritt verweigert werden müsse. Am Tor des Schlosses hielt die übliche Torwache Dienst, verstärkt durch einige herrschaftliche Jäger. Zum Haupteingang des Hauptgebäudes und zum Nebeneingang, der zum Schlafgemach Ihrer Majestäten führte, hat bis Mitternacht die Leibgarde Posten gestellt. Von Mitternacht bis 6 Uhr früh hat die Leibgarde mit Rücksicht darauf, daß sie vollständig erschöpft war, nur mehr zur

Schlafzimmertür Ihrer Majestäten Wachtposten gestellt, während die Wachtposten am Eingang des Hauptgebäudes um Mitternacht durch herrschaftliche Jäger abgelöst wurden, die nach einer Erklärung des Grafen Franz Esterházy in jeder Hinsicht verläßlich waren. Die übrigen Mitglieder der Garde, im ganzen 8 Gardisten, begaben sich in den Zimmern des gegenüber dem Hauptgebäude gelegenen Nebengebäudes zur Ruhe. Ein Gardist blieb im Vorzimmer als Wachtposten zurück. Einige Minuten vor ½3 Uhr früh öffnete der Pförtner des Schlosses über Aufforderung des Offiziersstellvertreters, der vor dem Tore die Wache hielt, das Tor. Durch das Tor drangen unter Führung der Gendarmeriepatrouille bewaffnete Leute ein und zogen zu der Wohnstelle der Leibgardisten. Der hier diensttuende Gardist sah, soweit es die Dunkelheit gestattete, die mit den Gendarmen nahenden Bewaffneten und ließ sie näher, in der Meinung, es sei die avisierte Radfahrerkompanie. Als die Bewaffneten eingedrungen waren, befahlen sie ihm mit gefälltem Bajonett, sich nicht von der Stelle zu rühren, dann drangen sie in die Gemächer, wo sie zunächst die im Handbereich der Schläfer befindlichen Waffen entfernten und die Schläfer selbst mit vorgehaltenem Bajonett weckten. Sie durchsuchten sämtliche Räumlichkeiten, öffneten auch die Tür des Zimmers, in dem Graf Andrássy und seine Gemahlin schliefen, entfernten sich aber, da sie sie nicht erkannten. Zwischendurch befragten sie die Gardisten unausgesetzt, wo sich Ihre Majestäten aufhielten, und äußerten sich insgesamt in drohender und gehässiger Weise über den König und die Königin. Einer von ihnen sagte: „Wo steckt denn der Kartschi? Dem will ich eine Handgranate in die Tasche stecken!" Drei Bewaffnete und ein Individuum in schwarzer Lederjoppe, das sich für einen Oberleutnant Köváry ausgab, drangen zu dem auf einem Sofa im Speisesaal schlafenden Oberleutnant Székely vor. Auf dessen Frage, was sie wollten und wessen Leute sie seien, antwortete der angebliche Köváry: „Wir sind auf Verfügung Seiner Durchlaucht des Herrn Reichsverwesers hier, um die Wache des Königs zu entwaffnen und die Bewachung des Königs zu übernehmen." Als Oberleutnant Székely sah, daß es keine Soldaten seien, wollte er dieser Erklärung keinen Glauben schenken, und er fragte den angeblichen Köváry, ob er sich beim Obersten Siménfalvy gemeldet und von ihm eine Weisung erhalten habe, da

Oberst Siménfalvy der Bevollmächtigte der ungarischen Regierung und allein zu verfügen berufen sei. Der angebliche Köváry antwortete, er habe mit Siménfalvy nicht gesprochen. Oberleutnant Székely machte ihn aufmerksam, daß die Leibgarde mit Wissen und Zustimmung des Obersten Siménfalvy Waffendienst leiste, der angebliche Köváry daher im eigenen Interesse wohl daran täte, die Weisung Siménfalvys einzuholen, da er mit seinem Kopfe spiele, wenn er eigenmächtig vorgehe. Er forderte den angeblichen Köváry auf, mit ihm in die Portierloge ans Telephon zu gehen und die Weisungen Siménfalvys einzuholen. Nach kurzem Zögern willigte der angebliche Köváry ein, und Oberleutnant Székely meldete Siménfalvy telephonisch nach dem Tataer Bahnhof, daß ein sich Oberleutnant Köváry nennendes Individuum mit einer etwa zwanzigköpfigen, halb militärisch, halb zivil gekleideten Bande in das Schloß eingedrungen sei und die Wache entwaffnen wolle. Siménfalvy rief nun den angeblichen Köváry zum Telephon. Eine Muschel an das Ohr haltend, hörte Székely, daß Siménfalvy den angeblichen Köváry fragte, wer er und auf wessen Befehl er erschienen sei, worauf der angebliche Köváry den Inhalt seiner oben skizzierten Sendung wiederholte. Siménfalvy schrie mit zorniger Stimme: „Das ist nicht wahr!“ und befahl, der angebliche Köváry habe mit seinen Leuten das Schloß sofort zu verlassen. Hierauf ließ sich der angebliche Köváry in der neben dem Tor gelegenen Wachtstube nieder; er dachte eine Weile nach. Endlich sagte er: „Was soll ich tun?“ Oberleutnant Székely, der ihn aufgefordert hatte, sich endlich zu entfernen, untersagte ihm die neuerliche Benützung des Telephons. Hierauf gab der ebenfalls anwesende Gendarmerie-Offiziersstellvertreter, der den angeblichen Köváry in das Schloß geleitet hatte, gleichfalls einen telephonischen Bericht an seinen Kommandanten, den Gendarmerierittmeister in Tata, über das Geschehene ab. Der Rittmeister rief den angeblichen Köváry zum Telephon. Köváry schloß das Telephongespräch mit den Worten: „In Ordnung! Somit werde ich den Herrn Rittmeister hier erwarten.“ Inzwischen erschien im Schlosse ein vom Obersten Siménfalvy entsandter Oberleutnant, der sich mit Köváry zurückzog und mit ihm beriet. Bald danach langte der Gendarmerierittmeister von Tatatóváros mit einer Gendarmeriepatrouille an, drang mit seinen Leuten, die mit aufgepflanztem Bajonett erschie-

nen waren, in die Stube beim Tor und verhaftete den angeblichen Köváry. Darauf gab er seinen Leuten den Befehl, die im Schlosse befindliche Begleitung Kövárys zu entwaffnen. Während der Entwaffnung erschienen unter Führung eines Oberleutnants 35—40 Soldaten der nationalen Armee, die die Bewachung des Schlosses übernahmen. Der Gendarmerierittmeister gab die von dem angeblichen Köváry den schlafenden Gardisten abgenommenen Waffen ihren Eigentümern zurück und ließ den angeblichen Köváry mit seinen Leuten abführen. Die durch die Leibgarde aufgeführten Posten, und zwar sowohl die beim Haupteingang des Hauptgebäudes Wache haltenden zwei herrschaftlichen Jäger wie auch Oberleutnant Otto Leicht, der vor dem Schlafgemach Ihrer Majestäten Wache hielt, blieben ununterbrochen in bewaffneter Bereitschaft auf ihren Posten und wurden nicht angegriffen. Der Dienst im Innern des Schlosses wurde auch weiterhin von der bewaffneten Leibgarde versehen, die neben Ihren Majestäten bis zum Abende des Tages blieb, an dem der König und die Königin im Kloster der Tihanyer Abtei angelangt waren. Am 25. Oktober mittags kehrte der in Freiheit gesetzte angebliche Oberleutnant Köváry mit seinen Leuten in das Schloß zurück, wo ihm, zur größten Verwunderung der Leibgardisten, Oberst Siménfalvy die Waffen zurückgab. Jene, die wenige Stunden vorher zweifellos wegen ihrer bösen Absichten verhaftet worden waren, erhielten nun von dem Bevollmächtigten der Regierung ihre Waffen zurück und fuhren nach Aussage der Leibgardisten im Auto nach Budapest.“ —

In der zweiten Nacht traf der Befehl der Regierung ein, das Königspaar nach Tihany zu bringen. Den Fels von Tihany umrauscht das „ungarische Meer“, wie der Ungar stolz seinen Plattensee nennt. Ein weit ins Wasser vorspringender Steinblock, einst eine Insel, trägt Kirchen und Kloster. Die Abtei ist im 12. Jahrhundert von Andreas I. gegründet worden. Seit langem dient sie als das Alte Herren-Heim des Benediktinerordens. Zu seinen Insassen, einem Dutzend greiser Patres, gesellten sich nun am 26. Oktober König und Königin, ehemalige Minister, Soldaten, Polizisten und Offiziere der Alliierten. Denn hier wurde der König der Gefangene der Entente.

Am 24. Oktober hatte die Pariser Botschafterkonferenz beschlossen, von Ungarn zu fordern: Die Proklamation der Ab-

setzung des Königs, seine Verhaftung und Wegschaffung aus dem Lande unter Bedingungen, die die Alliierten festsetzen würden. Die ungarische Regierung hat danach getrachtet, den freiwilligen und schriftlichen Verzicht des Königs zu erlangen, denn sie wußte nur zu gut, daß die ungarische Verfassung die Entsetzung des Königs nicht kennt. Der König verweigerte, was er verweigern mußte. Dem Abgesandten der Regierung, Herrn von Kánya, übergab er folgende Erklärung:

„Solange mir Gott Kraft zur Erfüllung meines Berufes gewährt, werde ich auf den ungarischen Thron, an den mich mein Krönungseid bindet, nicht verzichten. Alle Rechte, die mir als Träger der Heiligen Krone zukommen, halte ich ausdrücklich aufrecht, wie ich auch stets bereit bin, die damit verbundenen Pflichten zu erfüllen. Es ist meine tiefste Überzeugung, daß dies der einzige Standpunkt ist, der den großen Traditionen und den von vergänglichen Heimsuchungen unabhängigen, bleibenden Interessen der ungarischen Nation entspricht."

Da begehrten die Budapester Ententegesandten die Übergabe des Königs an den Befehlshaber der sich gerade in Budapest aufhaltenden britischen Donauflottille und die sofortige Einbringung eines Entthronungsgesetzes. Niemals ist den ihre Freiheit und Unabhängigkeit liebenden Ungarn ein schlimmeres Ansinnen gestellt worden. König Karl sah die Kapitulation der Regierung und ihrer Parlamentsmajorität voraus. Er protestierte daher im voraus, noch von Tihany aus, gegen die befürchtete Verletzung seiner Rechte:

„I. Den unter ausländischem Druck und Zwang zustande gekommenen Beschluß der Nationalversammlung, der die Entthronung ausspricht, erkläre ich im Sinne der ungarischen Verfassung und der ungarischen Gesetze für ungesetzlich und unwirksam und lege dagegen Verwahrung ein.

Ich halte alle nach der ungarischen Verfassung mir, als dem mit der Krone St. Stephans gekrönten apostolischen König, zustehenden Rechte nachdrücklichst auch weiter aufrecht.

Tihany, 1921. Karl.

II. Gegen das Vorgehen der ungarischen Regierung, mit dem sie mich auf Grund des Beschlusses der Botschafterkonferenz dem Befehlshaber der britischen Donauflottille ausliefert, lege ich Verwahrung ein, da ich, als nach ungarischem Gesetz Ungar, das unbestreitbare Recht habe, mich auf ungarischem Gebiet aufzuhalten.

Tihany, 1921. Karl."

Nun wurde das unglückliche Königspaar auf den „Glowworm" gebracht, der es donauabwärts entführte.

Die ungarische Nationalversammlung gehorchte am 5. und 6. November dem selbst von Lord Phillimore als schändlich gebrandmarkten Diktate der Siegermächte: König Karl wurde des Thrones entsetzt.

Während Ungarn weiterhin von der Kleinen Entente bedrängt wurde, verbrachte das Königspaar seine Tage in banger Ungewißheit. Niemand verriet ihm sein Schicksal. Ich glaube, daß das Königspaar trotz allem das Fürchten nicht gelernt hat. König und Königin vereint stellten eine Kraft dar, die nicht zu brechen war. Die Geschichte wird diesen zwei Menschen das Zeugnis nicht versagen können, daß sie in der historischen Stunde Ungarns groß — größer als alle andern Ungarn waren.

Die Haltung der alliierten Mächte wird die Geschichte richten. Das Kabinett von St. James schöpfte aus der reichen Geschichte Englands bloß die Erinnerung an seinen Beruf, Kerkermeister unglücklicher Herrscher zu sein. Wollte man von den Kleinen Besseres erwarten? ...

Ich glaube nicht, daß die Völker in jenen trüben Tagen an der Seite ihrer Regierungen standen.

Kein Volk. Auch nicht das ungarische. Das wußte man.

Man hat es nicht gewagt, den gefangenen König bei Tag durch Ungarn zu schleppen. Ihm und seiner Gemahlin mag es ein Trost gewesen sein, daß sie, wo immer sie auf ungarische Menschen blickten, in Augen voll Tränen sahen. Und das nicht nur in Rumpfungarn, sondern auch in jenem Jugoslawien und jenem Rumänien, das einmal ungarisch war. Kein Lotse bot auf der Donau seine Dienste. Den König von Ungarn in die Verbannung zu füh-

ren, — dazu war keiner zu finden, der je unter dem Schutze der Krone St. Stephans stand.

Am 6. November war das Königspaar in Galatz, von rumänischer Seite würdig behandelt. Auf der „Principesa Maria“ wurde eine Messe gelesen, dann ging es nach Sulina. Hier wartete der englische Torpedojäger „Cardiff“. Er brachte König und Königin am 9. November nach Konstantinopel.

Konstantinopel! — Welche Erinnerungen!

Hier waren sie im Mai 1918, umrauscht von dem Willkomm der sonst so zurückhaltenden Türken. Vorbei der Jubel in Pera, vorbei der Glanz eines Empfanges in Dolmabagtsche, vorbei die märchenhaften Fahrten nach den blauen Wassern Kleinasiens! Sie waren jetzt die Gefangenen eines Engländers, der ihnen zu sagen sich weigerte, welches ihr Ziel und ihre Zukunft sei.

Durch das Mittelländische Meer zog der Engländer seine Bahn.

Vor Gibraltar ein kurzer Halt.

Am 19. November kam Madeira in Sicht und damit die erste Gewißheit.

TOD IN DER VERBANNUNG

Auf Madeira. — Die Haltung der Kaiserin. — Die ersten finanziellen Sorgen. — Die Vereinsamung des Kaisers. — Erkrankung des Erzherzogs Robert in Wartegg. — Die Kaiserin in der Schweiz. — Kesseltreiben gegen die Kaiserin. — Drohung der Botschafterkonferenz. — Rückkehr nach Madeira. — Das Wiedersehen mit den Kindern. — Zunehmende Gemütsdepression des Kaisers. — Die Not der Kaiserfamilie. — Krankheit, Tod und Bestattung des Kaisers.

Als Napoleon I. nach St. Helena deportiert wurde, ist ihm gestattet worden, den Großmarschall Grafen Bertrand, die Grafen Montholon und Gourgaud sowie den Marquis de Las Cases mit deren Familien, die Kammerdiener Marchand, St. Denis und Noverraz, den Türlakai Santini, die Piköre Gebrüder Archambault, den Lakai Gentilini, den Oberkoch Cypriani, den Küchenmeister Pierron, den Koch Lepage, den Silberdiener Rousseau, dazu Stallpagen, Reitknechte und noch anderes Personal mit sich zu nehmen. Die Auslagen wurden — im Jahre 1815! — mit 20 000 Pfund Sterling berechnet, und erst nach zehnmonatigem Aufenthalte auf der Insel wurde Napoleon, dem kein Friedensvertrag das Privatvermögen geraubt hatte, um die Leistung eines Zuschusses von 12 000 Pfund Sterling angegangen.

Im November 1921 brachte der „Cardiff" den Friedensfürsten Kaiser und König Karl nach Madeira, vielleicht dem teuersten Orte der Welt. Ich weiß nicht, ob als Gast oder als Gefangenen. Ich weiß aber, daß sowohl dem Gastgeber als auch dem Kerkermeister die Sorge für den Unterhalt seines Schützlings obliegt.

Den Kaiser haben — auf eigene Kosten — Graf und Gräfin Hunyady nach Funchal begleitet, — sonst niemand, kein Diener, kein Koch, keine Kammerfrau, niemand, niemand. Graf und Gräfin Hunyady, obwohl in Ungarn vermögend, waren doch der Last eines langen Aufenthaltes in einem Lande, in dem die englische Währung regiert, nicht gewachsen. Sie mußten Ende Dezember 1921 die Insel verlassen. Als die Kaiserin im Januar 1922 zu ihrem kranken Kinde in die Schweiz fuhr, wäre der Kaiser vollkommen verwaist geblieben, wenn sich nicht ein portugiesischer Edelmann bereit gefunden hätte, dem Kaiser Gesellschaft zu leisten. Die Kaiserin mußte sich mutterseelenallein dem Schiffe anvertrauen.

Alles habsburgische Gut hatten die Siegermächte den geldgierigen Sukzessionsstaaten zugesprochen. Sie faßten, da nun der Kaiser einmal in ihrer Gewalt war, einen Beschluß. Dieser seine

Urheber beschämende Beschluß ist am 16. November 1921 von der Agence Havas verbreitet worden: Die Botschafterkonferenz verteidigte sich gegen den „möglichen" Vorwurf, sie hätte die Höhe und die Aufteilung der Kosten des Unterhaltes des Vergewaltigten bereits beschlossen; nur die Bedingungen, unter denen das Leben des Königs Karl und seiner Familie gesichert werden könnte, seien — in Erwägung gezogen worden. — Auf diesen Blättern soll die aufreizende Geschichte des Kampfes um das Nichtbezahlenmüssen nicht verzeichnet werden. Es genügt ja die Konstatierung, daß die Botschafter noch „erwogen", als derjenige, dessen Unterhalt sie sicherzustellen gehabt hätten, bereits gestorben war.

Kaiser Karl kam nach Madeira krank und matt. Wochenlang war das Kaiserpaar von einem Zug in den andern, von einem Schiff auf das nächste geschleppt worden. Ein schmutziger Waggon, ein Donaumonitor — eine Nußschale —, ein kleiner Kreuzer, der nicht auf die Beförderung von Passagieren eingerichtet ist, waren ebensolange ihr Heim gewesen. In die Intimität ihres Lebens hatte sich allüberall die Indiskretion der Kerkermeister gestohlen. Nirgends hatte sich die Möglichkeit einer Erholung geboten, nirgends Rast zur Pflege des Körpers und zum Sammeln des Geistes. Der Kaiser, der Seereisen schlecht verträgt, war nicht einen Tag wohlauf gewesen. Er wäre so gerne ans Land gegangen, um mit dem Allmächtigen an geweihter Stätte Zwiesprache zu halten. Das war ihm vor Gibraltar mit der beleidigenden Erklärung versagt worden, daß man seinem Worte, nicht zu entweichen, mißtrauen müßte. Innerhalb der Werke einer Seefestung!

In Funchal änderte sich das Bild. Portugals Regierung und Volk haben auf ihrer Erde das Kaiserpaar als Fürsten empfangen und behandelt. Die Herzlichkeit beim Empfang, die Wärme auch in späteren Tagen haben dem Kaiser wohlgetan. Der Heilige Stuhl hatte den Bischof von Funchal beauftragt, sich dem Kaiser und der Kaiserin zur Verfügung zu stellen; dieser Bischof hat seine Hirtenpflicht in edelster Weise erfüllt. Die ersten auf Madeira gewonnenen Eindrücke waren also keine schlechten. Alles war neu, des Kaisers lebhafter Geist durch einige Zeit mit dem Zurechtfinden in einer neuen Welt befaßt. Graf Hunyady war zudem ein Gesellschafter, der des Kaisers Bedürfnis, das

Vergangene zu beleben und Bilder der Zukunft zu entwerfen, befriedigen konnte. Die Seelenstärke der Kaiserin verlöschte die unangenehmen Erinnerungen, die den Kaiser noch auf seiner Reise begleitet hatten.

Die Kaiserin fühlte unter ihrem Herzen ein neues Leben, als sie sich dem Flugzeug anvertraute. Die Sorgen, die ihr daraus auf der Reise nach Ungarn, im Kampfe vor Budapest, in ungarischen und englischen Gefängnissen erwuchsen, hat sie allein getragen. Zu niemandem ist ein Wort der Klage, ein Laut der Angst, ein Schrei der Qual gedrungen. Ihre Briefe aus Ungarn und aus Madeira — Briefe, die sie an ihre Kinder und deren Umgebung gerichtet hat — sind ersichtlich von dem Bestreben diktiert worden, nirgends ein Verzagen, eine sich zum Schmerze steigernde Teilnahme an ihrem Schicksal aufkommen zu lassen. „Wir sind glücklich in den schönen Erinnerungen" — „Alle unsere Freunde waren treu wie Gold" — „Es geht uns gut; wir haben prachtvolles Wetter, es ist so frühlingshaft warm, daß man die Fenster überhaupt nie schließt und schon am frühen Morgen und im Schatten ohne Mantel im Freien sitzt; die Bevölkerung ist über alles freundlich"— „Ich wünschte, Ihr wäret so ruhig, wie ich es bin", — das waren die Trostworte, die sie zum Teil noch aus Tihany und dann von dem afrikanischen Eilande in die Schweiz sandte.

Finanzielle Schwierigkeiten haben den Kaiser und die Kaiserin nicht bedrückt, solange diese Schwierigkeiten nur ihr Leben und nicht auch das anderer Menschen trafen. Sie haben sich daher für ihre eigene Person sehr leicht in gewisse Beschränkungen der Lebensführung gefügt, die ihnen ihr Notstand zur Pflicht machte. — Solange sie allein waren! — Aber je näher der Tag kam, da die Kinder sich mit den Eltern vereinigen sollten, und je häufiger zum Kaiser Nachrichten über den Notstand seiner einstigen Bediensteten drangen, desto unruhiger wurde er. Noch als Graf Hunyady auf Madeira weilte, begann er, auch dort zu sparen, wo das Sparen keinen rechten Gewinn brachte. Die portugiesische Regierung hatte für die Verbannten die Villa Viktoria vorbereitet, eine Dependance des großen Reid's Palace Hotel. Das Kaiserpaar wurde demgemäß anfangs aus dem Hotel versorgt. Der Kaiser glaubte, sich den bescheidenen Luxus, den sich jeder Besucher

des „Flor de Océano“ leistet, nicht gönnen zu können, es sei denn, daß er der Lebensführung der sehnlichst erwarteten Kinder Eintrag täte. Graf Hunyady wurde so eines Tages durch die Bemerkung des Kaisers überrascht, er werde keinen schwarzen Kaffee mehr nehmen, das sei ein überflüssiger Genuß. Der Obersthofmeister bestimmte den Maître d'hôtel, zu erklären, daß der Kaffee einen den Preis nicht berührenden Bestandteil des Menüs ausmache. So blieb denn dem Kaiser wenigstens diese kleine Freude gewahrt — bis er Villa Viktoria verließ. Die eigenen geldlichen Verlegenheiten haben den Kaiser nicht gehindert, des Schicksals derjenigen zu gedenken, die sein Sturz in eine politische und wirtschaftliche Krise gebracht hatte. Es bedrückte ihn sehr, daß die ungarische Regierung die ihm pflichtgemäß Getreuen gefangengesetzt, die Schweiz sein Gefolge von seinen Kindern getrennt hatte. Anderen Freude zu bereiten, anderer Tränen zu trocknen, war stets seine Freude gewesen. Vor Weihnachten durchstöberte er mit dem Grafen Hunyady die Geschäftsläden Funchals, um Gaben für diejenigen zu beschaffen, die ihm in Treue gedient hatten. Das war die letzte reine Freude des Kaisers; selbst die Freude ob der Ankunft seiner Kinder war nicht ungetrübt, mit ihrer Ankunft kamen erhöhte Sorgen um ihre Unterkunft, um ihr Leben, ihre Erziehung und Bildung.

Als Graf und Gräfin Hunyady Madeira verließen, war es für den Kaiser ein schwerer Abschied.

Die ihn nach Weihnachten sahen, schrieben, der Kaiser sei furchtbar gealtert, abgemagert und gebeugt.

Graf Hunyady hat, ehe er Madeira verließ, Sorge getragen, daß der Kaiser stets über einen genügenden Kredit verfüge. Der ungarische Kavalier konnte eines nicht vorhersehen: daß der Kaiser diesen Kredit niemals in Anspruch nehmen würde. Dem Kaiser haben die physischen und psychischen Kräfte gefehlt, die das finanzielle Elend hätten bannen können. Monarchen kommen gemeiniglich nicht in die Lage, ihre Einnahmen und Ausgaben selbst zu verwalten. Entsprechend organisierte Administrationen nehmen denjenigen die persönlichen Sorgen ab, die für das Leben von Völkern zu sorgen haben. Ein Fürst ist auch gar nicht in der Lage, sich mit einer Bitte um Hilfe an irgendjemanden zu wenden, der gewiß gern Hilfe böte. Wäre einer der Gefolgsmannen

beim Kaiser gewesen — die wirtschaftliche Katastrophe wäre vermieden worden! Es gab noch gewisse Hilfsquellen, die der Kaiser möglicherweise selbst nicht kannte. Und im äußersten Falle hätte ein treuer Diener auch den Appell an den einen oder den anderen Monarchen nicht gescheut — ohne Vorwissen und Bewilligung des Kaisers.

Daß man dem Kaiser kein Gefolge in einer Zeit gelassen hat, wo dieser arm gewordene Mann so sehr der Aussprache und in einem gewissen Sinne auch des Beistandes bedurft hätte, werte ich als eine besondere Härte der Kerkermeister. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß wir alle, die wir in der Schweiz um den Kaiser sein konnten, ihm auch gerne nach Madeira gefolgt wären, und daß wir uns selbst den drückendsten Verhältnissen unterworfen hätten, nur um dem Kaiser dienen zu können. Die Ententemächte haben uns aber schon gelegentlich der Ausweisung aus der Schweiz als gefährliche politische Verbrecher behandelt. Jeder Versuch, auf illegalem Wege nach Madeira zu gelangen, wäre an der Wachsamkeit Englands gescheitert, das auch auf portugiesischem Boden kommandiert. Graf Revertera glaubte, mit größerer Aussicht auf Erfolg als wir die Vereinigung mit dem Kaiser anstreben zu können. Die Pariser Botschafter haben für solche vornehme Gesinnung kein Verständnis aufgebracht. Der Kaiser hat dann Baron Hye zu sich gebeten, der ihm schon in der Schweiz Dienste geleistet hatte, ohne zur eigentlichen Suite gehört zu haben. Eine Regierung, die sich um die Beschaffung der erforderlichen Visa rein formell bemühte, hat von der Botschafterkonferenz die Belehrung empfangen, sie sollte sich nicht mit den Angelegenheiten des Königs Karl befassen, es würden keine Einreisebewilligungen für das (portugiesische) Madeira erteilt werden.

Der Kaiser sollte vereinsamen. —

So elend, so dürftig war das Leben des Kaiserpaares, als es die beängstigende Botschaft empfing, daß sein sechsjähriger Sohn Robert einer Blinddarmoperation unterzogen werden müßte.

Nach der Entfernung des Gefolges aus der Schweiz waren die Kinder des Kaiserpaares mit ihrer Urgroßmutter Erzherzogin Maria Theresia aus Sparsamkeitsrücksichten nach Schloß Wartegg gezogen, einem Besitze der Kaiserin und ihrer Geschwister. Die Erzherzoginnen Maria Josepha und Maria Annunziata waren in

Hertenstein verblieben, bis erstere die Einreisebewilligung für Deutschland, letztere die für Liechtenstein erhielt. Ein Teil des Bedienungs- und Pflegepersonals hatte entlassen werden müssen. Eine Köchin, ein Küchenmädchen, ein Diener mit seiner Frau konnten sich endlich am 23. Dezember in Le Havre einschiffen, um dem Kaiserpaar die allerbescheidenste Bequemlichkeit zu bringen. Der an die Stelle des männlichen Gefolges getretene ehemalige k. u. k. Konsul Fischer von Ankern war gleichfalls aus der Schweiz ausgewiesen worden, er durfte aber noch bis zur Ausreise der Kaiserkinder in der Schweiz bleiben. Diese Ausreise wurde allmählich dringend. Da erklärten die hervorragendsten Ärzte der Schweiz, bei Erzherzog Robert, einem zarten Knaben, sei eine Präventivoperation notwendig, da er nach der Reise längerer Erholung bedürfte und auf Madeira kaum gleich reiche klinische Behelfe wie in der Schweiz zu finden sein würden. Man mag sich die Verzweiflung der nun schon durch Wochen von ihren Kindern getrennten Eltern vorstellen, als sie diese Nachricht erreichte!

Die Kaiserin war dem Kaiser in seinen schwersten Stunden die treue Gefährtin gewesen, nun rief sie die Mutterliebe zu ihrem Sohne.

Auch die Sorge einer Mutter um das kranke Kind wurde zu einem Politikum umgeformt.

Die Kaiserin hat, sobald sie von der Notwendigkeit der Operation unterrichtet war, hierzu ihre Zustimmung gegeben und Schritte zur Erlangung der Schweizer Aufenthaltsbewilligung für sich selbst angeordnet. Sie wollte ihren aus so traurigem Anlasse notwendig gewordenen Aufenthalt in der Schweiz zu einer Weihnachtsfreude für ihre Kinder machen. Sie gedachte, mit ihren und des Kaisers Geschenken nach Wartegg zu gehen und sich dort im Lichterglanze des Christbaums mit ihren Kindern zu vereinigen. Dann sollte der schmerzliche Weg ins Spital angetreten werden. Diese Freude ist der Kaiserin und ihren Kindern zerstört worden. Mitte Dezember erbrachte der eidgenössische Bundesrat einen zustimmenden Beschluß. Er stellte für die Einreise nur zwei Bedingungen: Es sollte ein die Notwendigkeit der Operation dartuendes ärztliches Zeugnis vorgelegt werden und der Aufenthalt der Kai-

serin auf schweizerischem Boden nicht über das Schwinden jeder Gefahr für den Patienten dauern dürfen. Die Kaiserin beschaffte sich daraufhin vom Gouverneur von Funchal einen portugiesischen Paß, auf Grund dessen sie die erforderlichen Durchreisevisa erbat. Die Operation wurde für den 7. Januar festgesetzt. Gleich nach Bekanntwerden des Beschlusses des Schweizer Bundesrates setzte das Kesseltreiben der Kleinen Entente ein, das, wie immer, auch diesmal zu einer Kapitulation der großen Mächte führte. Der Kaiserin wurde auf Geheiß aus Paris der Paß entzogen, obwohl die großen Mächte wiederholt erklärt hatten, die Detentionsmaßnahmen träfen nur den Kaiser, nicht aber seine Gemahlin, die selbstverständlich volle Freizügigkeit genieße. Auf den in Paris vorgebrachten Protest entschloß sich die Botschafterkonferenz vor Weihnachten, die Reise der Kaiserin doch zuzulassen, und wieder einmal wurde ihre Freiheit feierlich deklariert. Ein paar Tage später gab es ein neues Schwanken. Die Ursache waren jetzt ignoble Vorstellungen der ungarischen Gesandtschaft in Paris. Der französische Botschafter sowie die Gesandten Englands und Italiens zu Bern erschienen beim Chef des Politischen Departements und versuchten, die Schweiz im voraus für jeden eventuellen Putschversuch der Kaiserin mit Hilfe des Kronprinzen verantwortlich zu machen. Im Bundeshaus wies man die Zumutung, die bereits erteilte Einreisebewilligung zurückzuziehen oder eine schwere politische Verantwortung zu tragen, entschieden zurück, man paßte sich aber ihr insoferne an, als man nun verfügte, daß die Kaiserin nicht nach Wartegg gehen dürfe, und weitere strenge Bestimmungen für den Aufenthalt der Fürstin in der Schweiz in Aussicht stellte. Die Kaiserin ließ jetzt durch einen Vertrauensmann erklären, daß sie sich welchen Einschränkungen immer und auch einer Überwachung unterwerfe. Die Bedingungen waren dann: Einreise ohne männliche Begleitung, Aufenthalt in der Zürcher Krankenanstalt Paracelsus, in der Erzherzog Robert operiert werden sollte, Verzicht auf den Empfang von Besuchern mit Ausnahme der Familienmitglieder und der zum Hofstaate gehörenden Personen, Beschränkung des Aufenthaltes auf die Gefahrsdauer. Die Kaiserin sollte auch in Zürich überwacht werden. Das ist dann, soweit die Zürcher Polizei in Betracht kam, in taktvoller Weise geschehen.

Endlich konnte die arme Fürstin — am 12. Januar — kommen. Sie wurde in Basel von Legationsrat Egger und Herrn von Fischer empfangen. Die Kaiserin hat das Verhalten des eidgenössischen Diplomaten, der ihr während der ganzen Dauer ihres Schweizer Aufenthaltes zugeteilt blieb, nicht genug rühmen können.

Drei Tage nach ihrer Ankunft setzte eine neue Hetze ein. Der Wind blies wieder einmal aus Ungarn. Budapester Behörden verständigten den dortigen eidgenössischen Generalkonsul, daß Borovicsény entflohen und wahrscheinlich auf dem Wege in die Schweiz sei.

Am 14. Januar 1922 wurde Erzherzog Robert operiert.

Am 16. Januar wurden Gerüchte in Umlauf gesetzt, daß Kaiserin Zita mit dem Kronprinzen Wien passiert habe. Da das denn doch etwas zu unglaubwürdig war, wurde 24 Stunden später getuschelt und geschrieben, die Kaiserin wolle unter nichtigen Vorwänden den Zürcher Aufenthalt in die Länge ziehen. Unter diesen Umständen war es hoch an der Zeit, daß auch die Kleine Entente gehörig Lärm schlage. Zuerst meldete ein Prager Blatt, „Cesko Slowo", daß Jugoslawien und die Tschechoslowakei von der Schweiz Aufklärungen über die behaupteten Umtriebe der Kaiserin verlangen werden. Am 21. Januar erklärte der serbische Minister des Äußern, Nincic, daß tatsächlich Kombinationen bestünden, die eine Rückkehr der Königin nach Ungarn im Auge hätten. Die eingelangten Nachrichten seien nicht ohne Grundlage. In Anbetracht des Ernstes der Situation hätten Prag und Belgrad in Budapest vorgestellt, welche ernste Folgen ein solches Ereignis haben würde. Die Botschafterkonferenz war wohl infolge des Sturzes Briands einige Tage gehindert, sich mit dem Tratsch zu befassen. Sie hat das in befriedigender Weise nachgetragen, indem sie beschloß, dem Kaiser durch die portugiesische, der Kaiserin durch die schweizerische Regierung eröffnen zu lassen, daß jeder von ihnen unternommene Versuch zur Wiederaufrichtung der Monarchie ihre Internierung auf einer entfernteren Insel als Madeira zur Folge haben würde. Ich glaube, daß der Schweizer Mittelsmann sich geschämt hat, als er der am Krankenlager ihres Sohnes bangenden und sorgenden Frau diese Botschaft überbrachte. Die Kaiserin entschloß sich daraufhin, die Schweiz vorzeitig zu verlassen. Die Welt sollte ihre Ruhe haben. Die Mutter

wollte diese Ruhe mit dem Opfer ihrer eigenen Ruhe bezahlen. Es wurde zwischen der Kaiserin und der eidgenössischen Regierung sowie zwischen dieser und der französischen Botschaft in Bern vereinbart, daß die Kaiserin ehestens über Basel abreisen werde. Sie wollte in Paris einen Tag ausruhen. Man vergesse nicht, daß die Kaiserin Mutterfreuden entgegensah! — Da ließ der französische Botschafter Allizé der Kaiserin 36 Stunden vor ihrer Abreise mitteilen, daß kein Aufenthalt in Frankreich gestattet sei und die Verfolgung der Route Genf-Bordeaux gefordert werden müsse. Im Bundeshaus war man empört. Ich bin überzeugt, daß die Schweizer die menschliche Seite des Falles tief empfanden. Das dürfte auch von den verantwortlichen französischen Stellen anzunehmen sein; ich wenigstens glaube, daß jene harte Verfügung nicht der Initiative Poincarés oder derjenigen Allizés, eines sonst sehr wohlwollenden Mannes, entsprungen, sondern auf einen Beschluß der von der Kleinen Entente bedrängten Botschafterkonferenz zurückzuführen war. Die neuen Bedingungen bedeuteten eine Verlängerung der Bahnfahrt infolge schlechter Verbindungen um 36 Stunden, nächtliche Pausen, die in Bahnhöfen verbracht werden mußten, Fahrten ohne Schlafwagen. Bei dem Zustande der Kaiserin, ihrer körperlichen und seelischen Erschöpfung bedeutete das neue Reiseprogramm eine Gefahr für ihr Leben. Die nachdrücklichsten Vorstellungen der Schweiz blieben erfolglos. Es ergab sich daraus noch eine große Schwierigkeit mehr. Die neue Route mit der Notwendigkeit wiederholten Wagenwechsels erforderte unbedingt die Begleitung der Kaiserin durch einen Herrn. Die französische Botschaft in Bern durfte aber für solchen Zweck keine Visa ohne Bewilligung des Quai d'Orsay erteilen. Diese Bewilligung mußte zu spät kommen. Schließlich erbot sich ein Ausländer, der Frankreich frei passieren konnte, der armen Kaiserin Kavalierdienste zu leisten.

Die Kaiserin verließ also die Schweiz. Die verschiedenen konsularischen und Eisenbahnfunktionäre, besonders aber die Bevölkerung Frankreichs wetteiferten in rührenden Aufmerksamkeiten und suchten so die Kaiserin die Härten der Reisedispositionen vergessen zu machen. Es waren gute Kupees reserviert worden, und der französische Konsul in Genf fuhr bis Lyon mit, um überall die Fahrt zu erleichtern. Schließlich wurde der übermüdeten

Kaiserin auf in Paris erhobene Vorstellungen auch das Übernachten auf französischem Boden gestattet.

Die Kaiserin kam aber doch erst auf spanischem Boden so recht zum Bewußtsein, daß die Menschheit das Unglück zu achten versteht. Schon auf der Reise in die Schweiz war die Kaiserin an der portugiesisch-spanischen Grenze im Auftrage des Königs Alfons von dem ehemaligen spanischen Militärattaché in Wien, Major Obrégon, begrüßt und dann bis an die französische Grenze geleitet worden. Major Obrégon hatte auch die Einladung des Königspaares überbracht, die Kaiserin möchte auf der Rückreise in Madrid verweilen. Sie wurde dann auf der Heimfahrt in Spaniens Hauptstadt mit allen einer Herrscherin zukommenden Aufmerksamkeiten empfangen. Das Königspaar an der Spitze der Hofwürdenträger und der Regierung war im Bahnhofe erschienen. Eine Ehrenkompanie erwies ihr königliche Ehren. Nach zwei Tagen eines denkwürdigen Aufenthaltes verließ die Kaiserin das gastliche Land, nach Madeira den Eindruck bringend, daß die iberischen Staaten sich vor der Majestät des Leides zu beugen verstehen.

Ob wohl das eine oder das andere Mitglied der Pariser Botschafterkonferenz von Regungen eines feineren Gewissens beschwert war? Ob sie sich nicht alle lächerlich vorkamen, die den Kaiser wegen seiner Unnachgiebigkeit gegenüber allen Abdikationsansinnen verbannt und nun auf das Geschrei einer böswilligen Meute zu glauben vorgegeben hatten, der Kaiser ließe seinen erstgeborenen Sohn als König nach Ungarn bringen? —

Blickt man auf die wegen ihrer Begleitumstände interessante Episode des Aufenthaltes der Kaiserin in der Schweiz zurück, und mißt man an dem Verhalten der in diese Episode verwickelten Regierungen ihre Menschlichkeit und Ritterlichkeit, dann muß man sagen, daß die Regierung, die unter der Politik des Kaisers unmittelbar und allein gelitten hatte, sich am vornehmsten verhalten hat. Es war die eidgenössische.

Mit der Kaiserin kamen sechs ihrer Kinder, die sich in Portugal mit ihr vereinigt hatten, nach Madeira. Erzherzog Robert folgte etwas später nach. So war der Kaiser die letzten acht Wochen seines Lebens mit seinen Lieben vereint.

Was muß der unglückliche Mann während der Abwesenheit der Kaiserin in den Wochen völliger Vereinsamung gelitten haben!

Das Verdienst des Grafen Almeida, der von Lissabon nach Funchal gekommen war, um dem Kaiser in jener Zeit zur Seite zu stehen, soll nicht gering eingeschätzt werden. Aber der Portugiese, der einmal in der österreichischen Arcièrenleibgarde gedient hatte, war doch im Laufe der vielen Jahre, die er nicht mehr in Österreich-Ungarn gewesen war, der Heimat und den spezifischen Interessen des Kaisers entfremdet und zudem im Kerker, in den ihn seine royalistische Gesinnung wiederholt gebracht hatte, gebrochen worden.

Der Kaiser hat damals viele Stunden in wahnsinniger Angst um das Leben und die Sicherheit seiner Getreuen in Ungarn verbracht. Eine Dame, die mit dem gleichen Schiffe wie die Kinder nach Funchal kam, war entsetzt ob des Aussehens des Kaisers. Er war abgemagert und sehr melancholisch. Das vor der Zeit gebleichte Haar war seine Krone geworden. Zu ihr sollte sich nur allzubald das Sterbekreuz als Zepter gesellen.

Ein Brief hat mir folgende erschütternde Tatsachen zur Kenntnis gebracht:

„Beim Wiedersehen mit den kleinen Hoheiten machte der Kaiser einen vollkommen gebrochenen Eindruck. Immerfort liefen ihm die Tränen über die Wangen ...

Die nächsten Tage war der Kaiser sehr still. Den europawärts fahrenden Schiffen blickte er stundenlang voll Sehnsucht nach. Allmählich schien der Allerhöchste Herr sich wieder zu finden. Er befaßte sich intensiv mit den beiden Ältesten, ging viel mit ihnen spazieren und zog sie sehr an sich. Das waren wahrscheinlich die einzigen frohen Stunden. Wenn der Kaiser allein war, verfiel er in Grübeln. Der gänzliche Mangel an Teilnahme in seinen Ländern tat ihm mehr wehe, als irgend jemand zu beschreiben vermöchte. Vielleicht haben ihn Zeichen der Teilnahme, die doch vorhanden sein mußte, nicht erreicht. Es ist ihm ja so vieles vorenthalten worden!"

Auch ohne diese mir erst nach dem Tode des Kaisers gegebenen Nachrichten habe ich gewußt, wie es um meinen kaiserlichen Herrn stehen mußte. Er brauchte Gesellschaft. Die beste Gesellschaft war ihm natürlich die Kaiserin. Die von Jahr zu Jahr

größer gewordene Sorge, ihren Wirkungskreis zu überschreiten, ließ sie aber politische Auseinandersetzungen tunlichst meiden. Der Kaiser, der eine sehr hohe Meinung von seinem ewigen Herrscheramt hatte, wünschte jedoch eine ständige Aussprache über politische Gegenstände. Er war Optimist; das ließ ihn von einer besseren Zukunft träumen. Zu zweit oder zu dritt geträumt, gewannen diese Bilder schärfere Gestalt. Lenkte er, müde geworden, von politischen Betrachtungen ab, dann wollte er von dem Begleiter ins Reich schöner Erinnerungen geführt werden. Die lagen, sehe ich von den Erinnerungen familiärer Natur ab, in seiner von keinen Herrschersorgen beschwerten Dienstzeit als Dragoneroffizier und in der Offensive gegen Italien im Frühjahre 1916, die ihm den Ruhm eines erfolgreichen Korpskommandanten gebracht hatte. Wer einen Teil dieser Lebensbahn mit ihm gewandelt war, der konnte dem Kaiser, indem er dessen Erinnerungen erweckte und belebte, eine moralische Stütze auch in drangvoller Zeit sein. Diese Stütze blieb dem Kaiser auf Madeira versagt. Der Kaiser hat sein politisches Leben in keiner Stunde seines Funchaler Aufenthaltes als erfüllt angesehen. Diese Anschauungsweise hat aber seinem Leben keine frischen Impulse gegeben, sondern den verantwortungsbewußten Mann erst recht gequält. Er fürchtete, den Zusammenhang mit dem heimatlichen Leben zu verlieren; er fürchtete, in dieses Leben gestellt zu werden, ohne es sogleich wieder erfassen zu können. Aus solcher Sorge heraus hat mir der Kaiser wenige Wochen vor seinem Tode den Auftrag zukommen lassen, eine umfassende Darstellung der Entwicklung in den einzelnen Ländern von dem Tage seiner Gefangennahme an zu liefern und ihm aus der Heimat nicht nur das Große, sondern auch das Kleine und Alltägliche von Menschen und Dingen zu erzählen, so daß er glauben könne, er höre die Stimmen seiner Landeskinder wie dereinst. Die Befolgung dieses Auftrages ist mir nicht leicht gefallen. Ich wollte auch jetzt, da der Kaiser keinen Einfluß auf den Gang der Ereignisse mehr nehmen konnte, nicht von der oft harten Wahrheit abweichen; ich durfte aber dem verbannten Kaiser auch nicht das Vertrauen nehmen, um ihn nicht zu entmutigen und so zu seinem Ende beizutragen. — Der Kaiser hat meinen Bericht empfangen und gelesen. — Ich habe keine Antwort mehr erhalten.

Das Unheil hatte indessen seinen Lauf genommen. Der Kaiser besaß nur mehr eine für Funchaler Verhältnisse sehr bescheidene Summe. Er, der niemals Geld zu verwalten gehabt hatte, begann nun zu rechnen. Wie einen Schatz verwahrte er das wenige Geld in einer Kassette. Er kam zu dem Schlusse, daß es bloß kurze Zeit reichen würde, und daß er dann nicht wüßte, wie er mit Weib und Kindern leben sollte. Auf Erhaltung durch die Entente rechnete er nicht. Die unzarte Aufforderung, ein Vermögensbekenntnis vorzulegen, hat er unbeantwortet gelassen.

In dieser peinlichen Lage sah er in der Einladung eines reichen Portugiesen, wann immer die Villa Quinta do Monte zu beziehen, einen Ausweg. Monte ist ein villenreiches Bergdorf hoch über dem Meere inmitten prachtvoller Eichen- und Platanenwaldungen. Der Besitzer, der die klimatischen Verhältnisse der Insel wohl kannte, hatte an einen Sommeraufenthalt gedacht. Der Kaiser zog aber am 18. Februar 1922 auf den Berg, während alle umliegenden Villen weiterhin unbewohnt blieben. Mit der Kaiserin, sieben Kindern und einem gewissen Personal, das der Kaiser allmählich herangezogen hatte, um die vaterlands- und erwerbslos Gewordenen zu erhalten, bewohnte jetzt der Kaiser das enge und feuchte Heim. Wie sich's dort lebte, wissen wir aus dem vom 12. März 1922 datierten Briefe einer Kammerfrau:

„... Hätte mein Versprechen, Dir zuerst einen ausführlichen Brief zu schreiben, längst eingelöst, aber wir sind von Funchal auf den Berg übersiedelt, und da waren fast keine Möbel heroben und mußten fast alle leihweise vom ‚Hotel Viktoria' nehmen. Unser Transport war auch noch nicht da mit Wäsche, Geschirr und Glas und mußten daher auch das vom Hotel leihweise mitnehmen. Dieser Tage soll der größere Teil an Betten, Schränken, die ganze Wäsche, Geschirr, Glas, Kübeln und Kannen, Wirtschafts- und Wasserservice wieder hinunter ins Hotel. Da habe ich natürlich viel zu tun. Unten wäre es ja sehr schön, aber die armen Majestäten haben kein Geld und konnten das teure Hotel nicht mehr bezahlen, und hat ein Bankier, der Mitinhaber der ganzen Hotels auf der Insel Madeira ist, den Majestäten eine Villa umsonst geboten, was bei der pekuniären Lage die armen Majestäten natürlich dankend annahmen. Nun ist es hier auf dem

Monte erst Mai-Juni angenehm, unten haben sie jeden Tag Sonne, auch wenn es regnet, dauert es nie lange, hier oben hatten wir wirklich erst drei schöne Tage, sonst immer Nebel, Regen und feucht. Es ist natürlich viel wärmer als bei uns, aber man friert hier bei uns auf den Bergen. Hier oben haben wir kein elektrisches Licht, nur ein Wasserklosett im ganzen Hause, nur im ersten Stock Wasser und unten in der Küche. Die Villa wäre ganz schön, aber wenig Platz haben wir, trotzdem nur das allernötigste Personal da ist. Zum Heizen nur ganz grünes Holz, das beständig raucht. Gewaschen wird hier nur mit kaltem Wasser und Seife. Gott sei Dank haben wir unsern Waschkessel mit, welcher im Freien aufgestellt ist. Die Leute waschen nur mit kaltem Wasser hier; die Wäsche wird nicht gekocht wie bei uns, da muß alles die Sonne bleichen, welche ja tropisch brennt, wenn sie scheint. Leider hatten wir hier wenig Sonne, wir schauen ganz eifersüchtig nach Funchal hinunter, wo sie beständig scheint. Das Haus ist so feucht, es riecht im ganzen Haus nach Moder, und bei jedem sieht man den Hauch. Die Verkehrsmittel sind nur Auto und Ochsen, welche man nicht bezahlen kann; sonst geht auch eine Bergbahn herauf, aber nicht jeden Tag. Zu Fuß kann man nicht hinunter, da man fast den ganzen Tag brauchen würde, um zurückzukommen. Der arme Kaiser, welcher nur drei Mahlzeiten einnimmt, kann abends kein Fleisch bekommen, nur Gemüse und Mehlspeisen, das bedauern wir am meisten. Für uns wäre es ganz gleich, mir fehlt es nicht, aber nicht einmal genug zu essen haben sie hier. Wenn man nur eine Persönlichkeit wüßte, die bei der Entente Einfluß hätte, um zu erwirken, daß die Majestäten eine anständige Villa sich mieten könnten. Man muß den Majestäten eine anständige Apanage geben, damit sie doch das Leben anständig haben, doch das Nötigste; es fehlt ja an allen Ecken und Enden. Der Lehrer der Kinder, der ein Doktor ist, wohnt in einem halbverfallenen Gartenhäuschen, welches nur notdürftig geflickt wurde. In einem zweiten verfallenen Häuschen mit bloß einem Raum, den man durch eine Bretterwand teilte, sind die beiden Diener mit ihren Frauen, welche auch im Hause als Hausmädchen Dienst machen, untergebracht...

Was noch das Allerärgste ist, Ihre Majestät kommt im Mai nieder, da soll weder eine Hebamme noch ein Arzt genommen werden. Es ist bloß eine Kinderpflegerin da, die aber keine Erfahrung hat. Also nicht einmal eine richtige Hebamme soll kommen. Ich bin ganz desparat darüber. Ich schreibe ohne Wissen Ihrer Majestät, aber ich kann es nicht zulassen, daß man die zwei unschuldigen Menschen hier in einem gänzlich unzulänglichen Haus längere Zeit läßt. Es soll ein Protest eingelegt werden! Die Majestäten werden sich nicht rühren und lassen sich, ohne zu mucken, in ein Kellerloch bei Wasser und Brot einsperren, wenn es von ihnen verlangt würde. In unserer Hauskapelle ist an der Wand ganz dicht der Pilz. In sämtlichen Zimmern könnte man es nicht aushalten, wenn nicht beständig Kaminfeuer wäre. Wir helfen natürlich alle zusammen, um all dem Übel abzuhelfen; manchmal wollten wir schon verzagen, aber wenn wir sehen, wie geduldig die Majestäten alles hinnehmen, dann machen wir getrost wieder weiter. Seine Majestät hat schon seit Wochen einen argen Katarrh mit Husten. Erzherzog Karl Ludwig ist auch erkältet im Bett ... Kühe gibt es hier viele, aber alle tuberkulos, die Milch muß gut gekocht werden ...“

Und eine Funchaler Dame schrieb:

„Sie mußten sich so einschränken, daß die Kaiserin nicht einmal Butter für sich kaufen kann.“

Unter solchen Lebensverhältnissen erkrankten die Kinder an spanischer Grippe. Und auch der geschwächte Körper des Kaisers wurde von dem Krankheitsstoffe befallen. Das war am 14. März. Jetzt erst, da Nachrichten von dem Leiden des Kaisers nach Europa drangen, erwachte das Gewissen der Menschheit. In der alten Heimat wurde ein namenloses Erbarmen wach, das sich in Sammlungen kundgab, die es den Ärzten des Kaiserpaares ermöglichen sollten, nach Funchal zu reisen. Nun gestatteten sogar die zu Paris versammelten Botschafter, daß die Ärzte nach Funchal kommen dürften und so dem Kaiser eine Hilfe werde, die — zu spät kommen mußte.

Der Kaiser sah seinen Abend kommen.

Die Kaiserin, unterstützt von Gräfin Viktoria Mensdorff und portugiesischen Ärzten, tat das Unmögliche, um das fliehende Leben anzuhalten. Aber der Sonnenstrahl, der sich nur allzuselten zu dem Leidenden stahl, kam nicht vom österreichischen Himmel, das Rauschen der Wälder, das zu seinen Ohren drang, kam nicht aus ungarischen Forsten. Das Ringen des Kranken um den Atem erfüllte den armseligen Raum, der das Sterbezimmer eines Gekrönten werden sollte. Die eigenen Leiden, das Leid der Heimat und die Sorge um die Zukunft seiner Lieben marterten den kaiserlichen Dulder. Aus dieser Armut, diesem Jammer, dieser Qual sprach der Verscheidende von der Ewigkeit, der Heimat, von Weib und Kindern.

„Ich gehe nach Hause. Ich möchte mit Dir nach Hause gehen. Ich bin so müde!" — Die Sehnsucht, in heimischer Erde auszuruhen von stürmischer Lebensfahrt, ward nicht erfüllt.

Kaiser und König Karl verschied am 1. April 12 Uhr 23 Minuten mittags in Monte auf Madeira und wurde ebendort am 5. April zur letzten Ruhe bestattet.

„Am Mittwoch haben wir den armen Kaiser begraben", schrieb eine in Funchal lebende Österreicherin. „Noch nie habe ich etwas so Tragisches gesehen, und dieses armselige Sterben hat mich tief ergriffen... Der Kaiser war mit seiner Familie vor einiger Zeit auf den Monte übersiedelt, dies ist ein kleiner Sommeraufenthalt, der ziemlich hoch über Funchal liegt und um diese Zeit noch sehr feucht und kalt ist. Der Kaiser soll gesagt haben, daß er noch nie in seinem Leben so gefroren hat, wie da oben. Jedenfalls hat ihm der Aufenthalt da das Leben gekostet. Er bekam die Grippe, die aber hier nur in einer ganz leichten Form auftritt, wollte zehn Tage lang keinen Arzt und versuchte, sich mit Hausmitteln zu kurieren. Die Hilfe kam dann zu spät, und er starb am 1. April mittags an einer Lungenentzündung.

Am Mittwoch vormittag fuhr ich auf den Monte, um ihn noch aufgebahrt zu sehen. Es war alles so traurig und arm. Er lag in einem kleinen und einfachen Sarg, der am Boden stand, es war kein Priester da, niemand außer einem Herrn, der meiner Ansicht nach der Lehrer der Kinder sein muß.

Der Kaiser hatte die einfache Felduniform an und trug das Goldene Vlies. Bei seinem Kopf war der Kranz der österreichischen Kolonie mit dem schwarzgelben Bande, Blumen waren massenhaft da, das war das einzige, was den schaurigen Eindruck etwas milderte ... Das Begräbnis selbst war feierlich. Die Leiche wurde in der alten Wallfahrtskirche am Monte beigesetzt. Der Sarg wurde in einem kleinen, niedrigen zweirädrigen Karren geführt, den einer von unseren Herrn mit den österreichischen Dienern des Kaisers zog. Wagenpferde gibt es ja hier nicht. Die ganze Gesellschaft von Funchal folgte, und eine Unmenge Volk war vor der Kirche. Die Kaiserin war mit den drei ältesten Kindern da. Die Kinder sind das Reizendste, was man sich vorstellen kann, besonders die beiden ältesten Söhne. Nach der Beisetzung hielt einer von den österreichischen Herrn Wache, bis der Sarg am Abend verlötet wurde. Dazu kam die Kaiserin noch einmal mit dem Thronfolger. Diese Frau ist wirklich bewunderungswürdig. Sie hat keinen Augenblick die Fassung verloren, ebenso die Kinder. Ich habe keines von ihnen weinen gesehen. Sie waren nur sehr blaß und traurig. Beim Verlassen der Kirche grüßten sie nach allen Seiten. Die Kaiserin hat dann noch mit den Leuten gesprochen, die bei der Beisetzung geholfen haben. Alle fanden sie ganz reizend. Der Sarg war mit der alten österreichisch-ungarischen Fahne bedeckt, es ist wohl das letztemal, daß sie entfaltet wurde. Was wird jetzt mit der armen Familie werden?..."

So ist der Kaiser ferne der Heimat gestorben und bestattet worden.

Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn, München

Im Verlag für Kulturpolitik, München
erschien ferner:

3.—6. Tausend

Charles Richet
Allgemeine Kulturgeschichte

In deutscher Bearbeitung mit Einleitung
und erläuternden Anmerkungen

von

Prof. Dr. Rudolf Berger

Zweite verbesserte und vermehrte, bis zur Gegenwart geführte Auflage

Zwei Bände, broschiert M. 10,—, in Halbleinen M. 14,—, mal Schlüsselzahl des B.V.

Die erste Auflage dieser ersten Kulturgeschichte, die in deutscher Sprache erschien, war in knapp drei Monaten vergriffen. Die Presse aller Parteien bezeichnet Richets Werke als eine wahre Kulturtat. Das Buch eröffnet einen markanten Überblick über die Geschichte aller Länder und Völker von der Urgeschichte bis zur Gegenwart. Es ist eines jener wenigen Werke, die in keiner Bibliothek fehlen dürften. Spannend wie ein fesselnder Roman geschrieben, vermittelt es eine Fülle von Wissen. Erstaunlich, ja unbegreiflich ist es, wie ein einzelner ein derart umfassendes Werk zu konzipieren vermochte.

Verlag für Kulturpolitik, München

11.–15. Tausend

Karl Friedrich Nowak

Der Sturz der Mittelmächte

Großoktav, 435 Seiten stark

Geheftet M. 7,50, in Halbleinen M. 8,50, in Ganzleinen M. 10,–,
in Halbleder M. 15,–, mal Schlüsselzahl des B.V.

Der große und dauernde Wert des als objektivste Darstellung allgemein anerkannten Werkes, das

englisch: bei Kegan Paul, London
französisch: bei Payot & Co., Paris
italienisch: bei Zanichelli, Bologna

erscheint, ist heute längst unbestritten.

Minister, Marschälle und Generale, Gelehrte, Politiker und Publizisten haben öffentlich und in persönlicher Zuschrift diese erste, interdiplomatische Geschichte der Weltkatastrophe als das bedeutendste und packendste Geschichtswerk der Zeit bezeichnet.

Verlag für Kulturpolitik, München

8.—10. Tausend

Karl Friedrich Nowak

Chaos

Großoktav, 353 Seiten stark
Geheftet M. 7,50, in Halbleinen M. 8,50, in Halbleder M. 15,—,
mal Schlüsselzahl des B.V.

Englische Ausgabe bei Kegan Paul, London
Französische Ausgabe bei Payot & Co., Paris
Italienische Ausgabe bei Zanichelli, Bologna

Aus Hunderten von Leitartikeln über
„Chaos"

„Berliner Tageblatt": Ein geschlossenes Kunstwerk ... Ein wertvolles Dokumentenwerk, das den Leser erleben läßt, wie Geschichte wird.

„Neue Freie Presse": ‹Der Forscher› wird lernen können an dieser Übersichtlichkeit, die die Herrschaft über das wahrhaft chaotische Thema an keiner Stelle verliert und das Maß von Detail und großer Linie stets festhält.

Kultusminister a. D. Konrad Hänisch über „Chaos": Es gibt keine Stunde in diesen schicksalsgesättigten vierzehn Tagen, die Nowak nicht durchforscht ...

Wer in die ganze Tragödie des Zusammenbruchs der Mittelmächte wirklich eindringen will, muß zum besseren Verständnis neben dem „Sturz der Mittelmächte" auch „Chaos" gelesen haben, das, auf gleich authentischem Material aufgebaut, weit über Deutschlands Grenzen hinaus die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregt hat.

Der Verlag für Kulturpolitik, München
bereitet außerdem vor:

Michael Graf Károlyi:

Gegen eine ganze Welt

*

Generalmajor Max Hoffmann:

Der Krieg der versäumten Gelegenheiten

*

Die Kriegsaufzeichnungen des Feldmarschalls Lord Douglas Haig

*